

Jochen Mitschka
Tim Anderson

Die Menschenrechts- industrie **im humanitären Angriffskrieg**

Die verlorene Unschuld der
Menschenrechtler –
Syrien, Deutschland und
der Angriffskrieg

KOPP

Jochen Mitschka
Tim Anderson

**Die
Menschenrechts-
industrie
im humanitären
Angriffskrieg**

Die verlorene Unschuld der
Menschenrechtler –
Syrien, Deutschland und
der Angriffskrieg



KOPP VERLAG

1. Auflage November 2018

Copyright © bei: Kopp Verlag, Bertha-Benz-Straße 10, D-72108 Rottenburg

Alle Rechte vorbehalten

Covergestaltung: Stefanie Huber

Übersetzung der englischen Texte: Jochen Mitschka

Lektorat, Satz und Layout: Helmut Kunkel

ISBN E-Book 978-3-86445-643-5

eBook-Produktion: **GGP Media GmbH**, Pößneck

Gerne senden wir Ihnen unser Verlagsverzeichnis

Kopp Verlag

Bertha-Benz-Straße 10

D-72108 Rottenburg

E-Mail: **info@kopp-verlag.de**

Tel.: (07472) 98 06-0

Fax: (07472) 98 06-11

Unser Buchprogramm finden Sie auch im Internet unter:

www.kopp-verlag.de

Dank

Ich danke dem Verlag, schnell auf meinen Buchvorschlag reagiert zu haben. Mein Dank geht auch an das Lektorat für die gründliche Überarbeitung des Manuskripts.

Und natürlich gilt mein Dank der besten aller Ehefrauen, die mir sogar verzieh, dass ich am Hochzeitstag nicht ihre Facebook-Wünsche las, weil ich zu sehr mit dem Buch beschäftigt war.

Mein Dank gilt auch meinen Freunden in der Linkspartei, die mich ermutigten, das Buch zu schreiben, und meiner Timeline bei Twitter, die mir immer wieder mit konstruktiver Kritik half, die Beschreibung der Fakten möglichst zuverlässig zu erstellen.

Natürlich Tim Anderson, der mit seiner Expertise über verdeckte Kriege in Lateinamerika und dem Mittleren Osten immer bereit ist, wichtige Beiträge zu leisten.

Besonderer Dank an Jens Bernert für die Erlaubnis, seine Texte zu verwenden, und an Professor Nicolas Boeglin für die Zusage, umfassend aus seiner Völkerrechtsanalyse zu zitieren.

Nicht vergessen möchte ich unbekannte Administratoren von AfD-Twitter-Seiten, die mir halfen, eigene Gedanken noch einmal zu überprüfen.

— JOCHEN MITSCHKA,

IM JULI 2018

Vorwort

Wenn die Geschichte so geschrieben wird, dass sie bestimmten Interessen dient, anstatt der Mehrheit der Bevölkerung aufzuzeigen, was tatsächlich den Massen geschah, ist Demokratie nur ein Potemkinsches Dorf. Denn Demokratie basiert auf Meinungsbildung, die sich wiederum aus der Geschichte und der aktuellen Berichterstattung manifestiert.

Die in den letzten Jahren entstandene »Menschenrechtsindustrie«, die sich auf einem Kreuzzug zum »humanitären Krieg« begeben hat, will Einfluss nehmen auf diese Geschichtsschreibung.

Vielleicht benötigt man ein gewisses Alter, um selbst Zeitzeuge gewesen zu sein und so zu begreifen, dass die offiziellen Narrative der Geschichtsschreibung nicht mit dem Erlebten übereinstimmen. Und so entsteht dieses Buch aus dem Wunsch, die Widersprüche zu verdeutlichen.



Im ersten Teil des Buches will ich allgemein ohne großen theoretischen Ballast an Beispielen aufzeigen, wie Meinungsbildung durch die Geschichtsschreibung, die Medien und heute eben auch durch sogenannte »Nichtregierungsorganisationen« (NGOs) geformt wird, während der zweite Teil des Buches sich dann intensiv mit den Folgen solcher »Information« auseinandersetzt.

Waren früher absolutistische Herrscher, Religionen oder später ein oligarchisches Establishment für die Darstellung der Vergangenheit zuständig, so schalteten sich in den letzten Jahrzehnten sogenannte »Teile der Zivilgesellschaft« oder »Nichtregierungsorganisationen« immer stärker in die Erstellung von Narrativen ein. In diesem Buch kann nur angeschnitten werden, wie die Geschichtsschreibung manipuliert wird, und ich beginne mit einem Rückblick auf ein paar Beispiele.

Dann beleuchte ich die »neueste« Entwicklung, die seit der Aufklärung zu beobachten ist, nämlich das Narrativ der »Politik für Menschenrechte«. Das wichtigste und schon am Anfang entscheidende Menschenrecht war das auf Eigentum. Alles andere hatte sich dem unterzuordnen, und daran hat sich bis heute wenig geändert. Deutlich wird dies an der fehlenden Aufarbeitung der Sklaverei, und ein Interview mit Rainer Roth, dem Autor von *Sklaverei als Menschenrecht* ¹, will dann die Brücke aus der Geschichte in die Gegenwart schlagen.

Das darauf folgende Kapitel von Tim Anderson wird am Beispiel Syrien die heutige Heuchelei und politische Instrumentalisierung von Menschenrechten aufgrund der Analyse der neuesten Geschichte deutlich machen.

Das Image von »Nichtregierungsorganisationen«

Nach allgemeinem Verständnis waren NGOs einmal angetreten, um als Kontrollinstrument der Zivilgesellschaft den Staat zu beobachten, Individuen vor unfairer Behandlung durch die Mächtigen zu schützen und Ungerechtigkeiten aufzudecken. Durch diesen hohen Anspruch, der im Bewusstsein der Bevölkerung verankert ist, und weil Organisationen über viele selbstlos agierende Helfer verfügen, die tatsächlich Menschen geholfen haben, erhielten NGOs eine Stimme, die oft und gern

gehört und zitiert wird, als scheinbar unabhängige und neutrale Sprachrohre der Schwachen und Unterdrückten. Aber sogar in *Wikipedia* ² finden wir schon einige Kritikpunkte:

- NGOs sind nicht demokratisch legitimiert. Sie sind nicht gewählt und damit auch nicht ermächtigt, im Namen des Volkes zu sprechen oder zu agieren.
- NGOs sind auch intern nicht immer demokratisch strukturiert. ³
- Kritik gibt es auch an einer zu starken Stellung der NGOs. ⁴
- Im Gegensatz zu Lobbyisten, die wirtschaftliche Interessen verfolgen, treten Lobbyisten, die ökologische und soziale Interessen verfolgen, als NGOs auf und werden als solche in der Öffentlichkeit wahrgenommen. ⁵
- Einige Nichtregierungsorganisationen werden auch betrieben, um inoffiziell Einfluss auf die Politik und öffentliche Meinung in anderen Ländern zu nehmen. So hat die russische Regierung den USA mehrfach vorgeworfen, etwa die Aufstände in der Ukraine (Orange Revolution) und Georgien (Rosenrevolution) massiv finanziell zu fördern, und hat mit dieser Begründung im Jahre 2005 selbst strengere Gesetze für NGOs im eigenen Land erlassen. ⁶
- Laut italienischer Staatsanwaltschaft gibt es Beweise für eine Zusammenarbeit von mehreren NGOs mit libyschen Schleppern bei der Rettung von Migranten im Mittelmeer. ⁷ Nach Angaben der Staatsanwaltschaft sollen einige NGOs auch von Schleppern finanziert werden. ⁸
- In griechischen Flüchtlingslagern haben Aktivistinnen und Aktivisten von NGOs 2015/16 wiederholt für Unruhe gesorgt, gegen die staatliche Verwaltung und Behörden agitiert. Teils haben sie sogar die Kontrolle übernommen. Ferner haben sie die Migranten zum Sturm auf die Grenzzäune zu Mazedonien ermuntert. ⁹



Noch ein Wort zur Finanzierung von NGOs. In dieser Hinsicht gilt noch immer das alte Soldatenlied von Ludwig XIV.: »Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.« Ganz besonders trifft dies wohl für jene NGOs zu, die in Deutschland unter dem Banner von Stiftungen auftauchen, welche von politischen Parteien gegründet wurden. Einen kleinen Haken gibt es bei diesem Bild allerdings doch, denn solche NGOs »essen« eigentlich das Brot des Steuerzahlers, »singen« aber das Lied der entsprechenden Partei.

Dieses Buch soll daher einen Beitrag zur Aufklärung leisten. Viele Mitarbeiter der genannten Organisationen an der Basis arbeiten mit den besten Vorsätzen und oft für die richtige Sache. Andere aber sind dermaßen indoktriniert und von der Richtigkeit ihres Anliegens überzeugt, dass sie glauben, im Interesse des Guten Abstriche bei der Wahrheit in Kauf nehmen zu müssen, ebenso wie Kollateralschäden. Einige, besonders jene in Leitungsfunktionen, haben ein natürliches Interesse daran, ihre Karrieremöglichkeiten zu erhalten, oder werden daran gemessen, wie viel sie für die Finanzierung der Organisation beitragen.

Auch *Wikipedia* ¹⁰ benennt unter »Finanzierung« einige Gründe für zunehmende Kritik. Demzufolge ist dieses Buch notwendig, um jene Menschen zu informieren, die abseits vom Mainstream wissen wollen, was es denn nun mit einigen wichtigen NGOs auf sich hat, von denen sie ständig etwas in den Medien hören, ohne aber *über* sie zu hören.

Es geht keineswegs darum, die Arbeit dieser Organisationen pauschal zu verteufeln. Sie leisten oft auch Gutes für die Menschen, mit denen sie sich beschäftigen. Aber es geht darum, das Bewusstsein dafür zu wecken, dass sie und ihre führenden Protagonisten jeweils zu hinterfragen sind, und

keineswegs pauschal mit einem »Wahrheitssiegel« versehen werden dürfen. Sie sind eben oft nicht nur Lobbyisten für sich selbst und das sie unterstützende Netzwerk, sondern auch für die großen Sponsoren ihrer Aktivitäten.

So wie dieses Buch sich vornehmlich auf die dunkle Seite konzentriert, ganz einfach aus dem Grunde, weil eine Gesamtbetrachtung den Rahmen sprengen würde, so bilden die sogenannten Nichtregierungsorganisationen oft die Sichtweise des sie beherrschenden und finanzierenden Establishments ab, aber nicht das vollständige Bild, ein neutrales Bild, oder das der Schwachen und Unterdrückten, der Gruppen ohne Lobbymacht. Auch wenn das in den Satzungen oft behauptet wird.

Wer das erkannt hat, hat bereits den wichtigsten Schritt zur Entwicklung einer unabhängigen und selbstständigen Meinung getan.

Wenn Deutschland in immer mehr Krisengebieten mit Soldaten auftaucht, wenn die Gesellschaft wieder systematisch auf Krieg vorbereitet wird, die Rüstungsausgaben verdoppelt und Straßen zur Front gegen den vermeintlichen Feind ausgebaut werden, dann ist es Zeit zu analysieren, wozu diese Militarisierung dient.



Im zweiten Teil dieses Buches will ich aufzeigen, dass der deutsche Bundeswehreinsatz in Syrien gegen den Geist des Grundgesetzes verstößt, der allgemein anerkannt besagt: »Vom deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen.«

Darüber hinaus will ich nachweisen, dass nicht nur der Geist, sondern meiner Meinung nach auch der Text des die Verfassung ersetzenden deutschen Grundgesetzes verletzt wird.

Ich werde darstellen, wie bereits lange im Voraus durch die westlichen Großmächte ein Regimewechsel in Syrien geplant war und wie in Deutschland durch eine alles überwältigende Kriegspropaganda die Medien und die Politik blind geworden waren für die wirklichen Umstände und Tatsachen, nämlich dass in Syrien kein Bürgerkrieg, sondern ein Stellvertreterkrieg entbrannt war.

Ich werde beschreiben, warum die Argumente des Generalbundesanwaltes, mit denen er meine erste Strafanzeige wegen Verletzung des inzwischen gelöschten § 80 des Strafgesetzbuches (Vorbereitung eines Angriffskrieges) aus dem Jahre 2016 ablehnte zu verfolgen, insbesondere angesichts der weiteren Entwicklungen und Erkenntnisse unzutreffend sind.

Die in den letzten Monaten des Jahres 2017 immer deutlicher werdende Versorgung der Terroristen in Syrien mit Waffen und Ausrüstung durch westliche NATO-Länder und ihre Verbündeten soll die letzten Zweifel beseitigen, dass mit diesen extremistischen Dschihadisten in der Tat ein Stellvertreterkrieg gegen das Land geführt wird.

Ein Kapitel von Tim Anderson beschreibt, warum der Einsatz deutscher Truppen im Rahmen der von den USA geführten Koalition in Syrien nicht nur zur Unterstützung indirekter, sondern auch zu direkten Kriegshandlungen gegen die legitime syrische Regierung geführt haben können.

Da nicht nur Fakten und »der Geist des Grundgesetzes« in der Politik entscheidend sind, sollen schließlich Hinweise von Rechtsexperten bei der Klärung helfen, ob und inwiefern auf der Basis der vorliegenden Informationen ein weiterer Syrien-Einsatz der Bundeswehr gegen das deutsche Grundgesetz verstößt.



Am Ende des Buches werfe ich einen Blick auf die Situation speziell in Deutschland. Auch hierzulande bedeutet, heute wie damals, das Eintreten für »Menschenrechte« leider immer noch nicht das Eintreten für Menschen, sondern für Kapitalinteressen, Politik und das »Recht auf Eigentum«.

1. Wie Helden entstehen

Schon in der Schule werden uns Massenmörder wie Karl der Große als Helden dargestellt, obwohl sie unzählige Verbrechen gegen die Menschlichkeit begingen und die einfachen Bürger ihrer Zeit furchtbar unter ihren Eroberungskriegen litten.

So geht das bis heute weiter. Henry Kissinger, einer der größten Kriegsverbrecher der Neuzeit, wird als politischer Guru verehrt, und Universitätsabteilungen sind nach ihm benannt. »Mutter Teresa«, die Kranke unter furchtbaren Schmerzen sterben ließ, »damit sie Gott näher waren«, obwohl Schmerzmittel verfügbar gewesen wären, wird heiliggesprochen. Und die Kalendersprüche des Dalai Lama, so erklärt uns die Politik, seien die ethischen Glanzpunkte des gewaltlosen geistlichen Führers Tibets, eines vom bösen China unterdrückten Landes. Dabei ist der Dalai Lama der Vertreter einer menschenverachtenden Theokratie, die ihre Untertanen als Leibeigene hielt. Und so haben es die Medien leicht, die Narrative weiter zu pflegen, deren Grundlagen uns schon in Schule, Studium, Kirche und Politik beigebracht werden.



Karl der Große

Er war ein Massenmörder, der Verbrechen gegen die Menschlichkeit beging, indem er Völkermord als übliche Politik praktizierte, und der zwecks Machtverbreitung religiösen Fanatismus schürte. Einer von Karls Rachefeldzügen im Jahr 792 gegen die Sachsen liest sich in den fränkischen Reichsannalen, die von Karls Begleitern niedergeschrieben wurden, wie folgt:

Schleunigst bot er sein Heer auf und zog nach Sachsen. Hier berief er alle sächsischen Großen vor sich und forschte nach den Rädelsführern der letzten Empörung. Da nun alle Widukind als den Anstifter bezeichneten, ihn aber nicht ausliefern konnten, weil er sich nach jener Tat wieder zu den Normannen (Dänen) begeben hatte, so ließ sich der König von den übrigen, die dem Rate des Verführers gefolgt waren, bis zu 4500 ausliefern und sie zu Verden an dem Flusse Aller alle an einem Tag enthaupten. Nachdem der König so Rache genommen hatte, begab er sich in das Winterquartier nach Diedenhofen und feierte daselbst wie gewöhnlich Weihnachten und Ostern. **11**

Massenmord von 4500 Menschen als Rache Karls des Großen mit anschließendem Weihnachtsfest.

Das verzweifelte Festhalten der Sachsen an ihren Göttern und althergebrachten Kulthandlungen mit Tier- und Menschenopfern war für die Christen »treuloses Verhalten«, das bestraft werden musste. Herzog Widukind führte auch nach Verden seine Sachsen mit Unterstützung der Friesen gegen die Franken. Das bittere Ende kam aber nach einem letzten Sieg seiner Sachsen schließlich in der Nähe von Detmold. 3 Tage lang wurde dort auf beiden Seiten gemordet, bis der Widerstand der Sachsen zusammenbrach.

Erneut konnte Widukind entkommen, stellte sich dann aber ein Jahr später freiwillig zur Taufe. Der große Karl aber hatte seinen Rachedurst immer noch nicht gestillt. Er brach zu einem »großen

Vernichtungszug« auf, wie der Historiker Rudolph Wahl bereits vor etwa 65 Jahren in seinem Buch *Karl der Große* schrieb:

Biograph Einhard erwähnte den Massenmord von Verden in seiner *Vita Karoli Magni* **12** nicht, er notierte lediglich über die Sachsen:
»Wenn sie ... etwas erreicht hatten, gestattete er (Karl der Große) niemals, dass sie unbestraft blieben, sondern zog entweder persönlich gegen sie ins Feld oder schickte ihnen seine Grafen mit einer Armee, um Rache für ihr treuloses Verhalten zu nehmen und gerechte Sühne zu fordern. [...] In breiter Front gingen die Franken beiderseits der großen Straße vor, die den Rhein mit der Elbe verband. Hinter ihnen regte sich kein Leben mehr. Von der Sommerhitze ausgedörrte Wälder wurden verbrannt, die Saaten vernichtet, die Häuser niedergerissen, die Brunnen verschüttet. Wo sich ein verängstigter Bauer zeigte, der zur rechtzeitigen Flucht zu alt oder zu stolz gewesen war, wurde er niedergemetzelt. Aber es kam nirgendwo zur Unterwerfung. Das Land war ausgestorben.«

Um die noch gelegentlich aufflammenden Aufstände einiger Sachsen gegen die Franken endgültig zu brechen, griff Karl schließlich zum Mittel der Massendeportation.

Bei Einhard lesen wir:

Nachdem er dann alle, die ihm Widerstand geleistet hatten, besiegt und unter seine Herrschaft gebracht hatte, führte er 10000 Sachsen, die an beiden Elbufern gewohnt hatten, mit Frauen und Kindern aus ihrer Heimat und siedelte sie in verschiedenen Gruppen zerstreut in Gallien und in Germanien an. [...] An ihrer Stelle ließ Karl in Südholstein im Jahre 804 die Obodriten, einen slawischen Stamm, den er über die sächsischen Gebiete hinaus ebenfalls bereits christianisiert hatte, ansiedeln. **13**

Massenzwangsumsiedlung zwecks ethnischer Umgestaltung des Reiches. Wer nun behauptet, das hätte Karl der Große halt damals tun müssen, übersieht, dass sein martialisches Vorgehen viel Schmerz und Leid hervorrief – jenseits aller Menschlichkeit; dass sich von damals bis heute eine blutige Linie der Elite durch die Geschichte zieht. Leider unterscheidet sich die Politik von heute keinesfalls von der damaligen.

Henry Kissinger

Maßgeblich auf das Konto Henry Kissingers gehen die Verbrechen im Zusammenhang mit dem Vietnamkrieg, der nicht nur mit einer Lüge (Tonkin) begann, sondern auch noch weitergeführt wurde, als er längst als verloren galt. Trotzdem erhielt Kissinger für die Beendigung des Vietnamkrieges – unglaublich, aber wahr – den Friedensnobelpreis! Dabei ist Kissinger zum Beispiel für das exzessive »Christmas Bombing« in Vietnam verantwortlich, das zu über 500000 Toten und 2 Millionen Flüchtlingen führte. Er ist verantwortlich für die völkerrechtswidrige Bombardierung Kambodschas, bei der die Lebensgrundlage der Menschen zerstört wurde. Noch heute leidet das Land unter zahlreichen Blindgängern und Munitionsüberresten. Das Chaos führte schließlich zur Machtergreifung eines despotischen Regimes, unter dem 3 Millionen Menschen ermordet wurden.

Kissinger ist außerdem verantwortlich für die US-Politik, die es Suharto, dem Diktator Indonesiens, erlaubte, Osttimor anzugreifen und zu annektieren. Die USA gaben ihm aufgrund von Kissingers Meinung Rückendeckung in der Weltpolitik und lieferten Waffen. Die Annexion Osttimors führte zu Tausenden Menschenrechtsverletzungen und Morden an der Zivilbevölkerung.

Kissinger ist verantwortlich für den Putsch gegen den gewählten sozialistischen Präsidenten Salvador Allende in Chile. Selbst *Wikipedia* widmet dem US-amerikanischen Dokumentarfilm *Angeklagt: Henry Kissinger* aus dem Jahr 2002 einen umfangreichen Beitrag und vermeldet:

Kissinger bereitete eine Verschwörung vor, die die Chilenen schockieren sollte. **14**

In seinen Memoiren behauptet Kissinger, er habe mit den Ereignissen in Chile nichts zu tun, was offizielle amerikanische Dokumente jedoch widerlegen. General René Schneider, **15** der treu zur chilenischen Verfassung stand und an einem Putsch rechter, proamerikanischer Militärs nicht mitgewirkt hatte, wurde als Feind der USA ausgemacht. Eine Entführung Schneiders wurde vorbereitet. Kriminelle wurden rekrutiert und von der CIA mit Waffen und Geld ausgestattet. Bei dem Versuch seiner Entführung wurde Schneider ermordet. Alexander Haig, Mitarbeiter Kissingers und ehemaliger US-Außenminister, versucht im Film, die Bedeutung dieser Ereignisse herunterzuspielen, und sagt, man habe ihn doch »nur entführen« wollen. Entführung sei nur dann ein Verbrechen, wenn man niedere Beweggründe hätte. Der Journalist Christopher Hitchens kommentiert dies mit der Bemerkung, kein Staatsanwalt würde es einem Mörder positiv anrechnen, wenn sich dieser – neben der Leiche stehend – damit herausreden wolle, dass er das Opfer doch nur entführen wollte.

Eine Untersuchungskommission, das Church Committee, befragte Kissinger zu den Ereignissen in Chile. Ergebnis der Untersuchung war, dass Kissinger über jeden Schritt des Entführungsplans informiert war und diesen unterstützt hatte. Kurz vor der Entführung will Kissinger diesen Plan jedoch widerrufen haben. Ehemalige Weggefährten bezichtigen Kissinger dafür ausdrücklich der Lüge ...

16

Kissinger gesteht also, den gesamten Plan gekannt zu haben, behauptet aber, dass er den dann umgesetzten Plan angeblich widerrufen hätte, sodass dieser sozusagen gegen seinen Willen ausgeführt worden wäre.

Das ist nur ein kleiner Auszug aus einer viel größeren Reihe ungesühnter Verbrechen dieses hoch geehrten Politikers, der uns als Vorbild dargestellt wird.

Mutter Teresa

Schon am 8. März 2013 veröffentlichte die *Süddeutsche Zeitung* einen Artikel über eine Studie, die zu der Feststellung kam, dass »Mutter Teresa« alles andere als eine Heilige war.

502 Dokumente und Publikationen haben die Wissenschaftler über das Leben Mutter Teresas gesichtet und nach Abzug doppelter Texte 287 davon ausgewertet. Das von ihnen gesichtete Material mache 96 Prozent aller verfügbaren Literatur über die Ordensschwester aus, behaupten sie, ohne dies genauer zu erläutern.

Dennoch kommen sie zu einer eindeutigen These: Der Vatikan habe den Prozess zur Seligsprechung Mutter Teresas mit Hilfe einer PR-Kampagne auf den Weg gebracht. Das dafür erforderliche Wunder, das sie an einer Frau vollbracht habe, sei später von Ärzten widerlegt worden, so die Wissenschaftler. **17**

Die Heiligsprechung war also eine PR-Aktion, sagen Wissenschaftler, und das »Wunder«, das zur Heiligsprechung vom Vatikan anerkannt wurde, stellte sich als Fälschung heraus.

Vielleicht ist der Friedensnobelpreis ja insgeheim für die Menschen reserviert, die die größten Heuchler unter den Verbrechern gegen die Menschlichkeit sind. Jedenfalls erhielt auch sie diesen Preis. Deutlicher in der Verurteilung der angeblichen Heiligen ist der Autor des Buches *Mother Teresa: The Final Verdict* (2002). **18** Auch aus diesem Buch zitiert *Wikipedia*:

Aroup Chatterjee setzt sich in seinem Werk kritisch mit der Legendenbildung auseinander und bezweifelt in einem Interview die Effizienz der Hilfstätigkeit in Kalkutta (»36000 Kranke, die sie von der Straße aufgesammelt habe. Ich fand keinen einzigen Menschen, dem das passiert ist. [...] Krankenwagen des Ordens sind zum Fahrdienst für die Schwestern umgebaut worden, und bei Hilferufen verwies der Orden auf die Ambulanz von Kalkutta.«). [...] So wurden außerdem laut Chatterjee leicht heilbare Patienten vom Sterbehaus nicht immer in ein Krankenhaus eingewiesen, sondern ihnen sei bisweilen durch die Behandlung womöglich

geschadet worden, beispielsweise durch Verwendung nicht sterilisierter, mehrfach verwendeter Spritzen. [...] Weiterhin soll die Gabe von Schmerzmitteln untersagt worden sein. Laut Mutter Teresa sei durch das Leid eine besondere Nähe zu Jesus Christus erfahrbar, Schmerzen und Leiden seien daher positiv zu bewerten.

In dem Buch wird also beschrieben, dass Mutter Teresa bewusst Infektionen begünstigte und dass sie Schmerzen zuließ, um die Kranken Gott näher zu bringen.

Wikipedia erklärt, dass Mutter Teresa genau das unternahm, was nach katholischer Glaubenslehre getan werden muss, um Heiligkeit zu erreichen: soziales Engagement, religiöse Rituale und Askese. Die beiden Autorinnen Susan Kwirecki und Loretta S. Wilson erkennen hierin eine zweckbestimmte, rational geplante Vorgehensweise, die im Gegensatz zur behaupteten Selbstlosigkeit steht. **19** Bestätigt wird diese Einschätzung durch die Tatsache, dass Mutter Teresa sich selbst am Lebensende jene schmerzstillenden Mittel gönnte, die sie ihren Patienten über Jahrzehnte verweigert hatte. **20** Was deutlich macht, dass sie vermutlich eine dieser Heuchler/Innen war, die eigentlich als religiöse Extremistin verurteilt werden sollte, der es nicht um die Menschen ging, sondern um ihre Religion und ihren eigenen Platz in der Religionsgeschichte.

Dalai Lama

In einem Vortrag an der Universität Wien hat Colin Goldner das Lächeln des Dalai Lama entlarvt. **21** Er beschreibt, was seine »Heiligkeit«, der Dalai Lama, in Wirklichkeit ist: der Vertreter einer feudalistischen Theokratie, die mit einer Mönchsherrschaft die Menschen Tibets versklavt hatte. Natürlich sind die gesellschaftlichen Verhältnisse in China, aus der Sicht einer vom Westen geprägten »Demokratie«, in keiner Weise vorbildlich. Aber die Theokratie, die Chinas Gesellschaftssystem in Tibet ablöste, war um ein Vielfaches schlimmer gewesen, und nur die ehemals Herrschenden, also die mit absolutistischer Macht über die Menschen entscheidenden Mönche, weinen diesem System nach.

Goldner berichtet zum Beispiel dass der Dalai Lama 40000 Menschen als persönliche Leibeigene auf Dutzenden von Landgütern, die für das Wohlbefinden seiner Familie zuständig waren, sein Eigentum nannte. Und natürlich ist ein solcher Mensch eher in Freundschaft mit der CIA und rechten Kreisen zu sehen als ein sich für Menschenrechte einsetzender Aktivist.

Es klingt unglaublich: Den Menschen unter dieser Theokratie wurde lebend die Haut abgezogen, noch im 20. Jahrhundert wurden Augen ausgestoßen, Gliedmaßen abgehackt. Jedes Kloster hatte eine Folterkammer. Und das Netzwerk der Klöster herrschte über das Land schlimmer als eine mittelalterliche Aristokratie.

Kommen wir nun zur Religion des Dalai Lama. Die tibetische Religion wird zwar formell dem Buddhismus zugerechnet, kennt aber Millionen von Göttern. Nur hochrangige Kleriker haben die Chance, ins Nirwana zu kommen. Sicher keine Frauen. Diese Religion hat kaum etwas mit dem ursprünglichen Buddhismus gemein. Die Lehre Tibets schürt die Angst, dass ungehorsame Angehörige in einer der sechzehn Höllen ungeheure Qualen erleiden müssen. Die Angst war das wichtigste Unterdrückungswerkzeug der Theokraten. Das größte Vergehen war Ungehorsam gegenüber der Theokratie. Die Höchststrafe war die Wiedergeburt als Frau. Die Regierung des Dalai Lama war ein staatlicher Terrorismus. Und so schien dem geistlichen Führer Terrorismus auch nicht unbedingt ein Problem zu sein:

Ohnehin schaut er sich insgeheim gern Kriegs- und Actionfilme an, gab der indischen Atombombe seinen ausgesprochenen Segen und nannte selbst nach dem U-Bahn-Attentat des Sektenfanatikers Asahara den Terroristen einen Freund, wenngleich nicht unbedingt

Dazu sollte man auch wissen, dass Asahara Terrorakte geplant hatte, die über die von 9/11 weit hinausgingen. Der Terroristenführer und Hitler-Verehrer war mit zwei höchst wirksamen Empfehlungsschreiben des Dalai Lama (als dieser bereits Nobelpreisträger war) ausgestattet gewesen, was einen Teil des Zulaufs bewirkte. Der Giftgasanschlag der Sekte am 20. März 1995 war nur Vorspiel zu viel größeren geplanten Anschlägen. Dass in den westlichen Berichten kein Wort über den Dalai Lama verloren wurde, wird nicht überraschen. Es gibt weitere Links, die noch mehr Einblicke in die Abgründe jenes vom Westen als Waffe gegen China geschmiedeten »Heiligen« gibt.

Die Kritik am Dalai Lama ist keineswegs auf obige Angaben beschränkt, sie geht aber im medialen Rummel und der politischen Nutzung »Seiner Heiligkeit« vollkommen unter. Hier noch weitere Beispiele: Entlarvung der »Enthaltsamkeit« **23** ... Kindesmissbrauch und Giftgas **24**.

Dass man in *Wikipedia* keine Beschreibung der gesellschaftlichen Zustände Tibets vor der Wiedereingliederung nach China findet, wird den informierten Internetnutzer nicht verwundern. Dass das Schwergewicht der *Wikipedia*-Beschreibung auf den Exzessen gegen das gestürzte Regime – nach der chinesischen Machtübernahme – liegt, ist ebenso wenig überraschend. Insbesondere wird »natürlich« nicht erwähnt, dass die meisten Gewalttaten nicht von den chinesischen Soldaten verübt wurden, sondern von den nun gegen die Mönche aufbegehrenden Massen ehemaliger Leibeigener. Die angebliche Unterdrückung Tibets durch China ist reine Propaganda. Oft wird bei solchen Vorwürfen auf die längst überwundene Phase und die Verbrechen der Kulturrevolution Bezug genommen, die aber ganz China betrafen. Und bei *Wikipedia* fehlt jeder Hinweis, der die Kontakte des Dalai Lama zu Vertretern des Nationalsozialismus und der CIA beleuchtet.

Zurückblickend kann man feststellen, dass seit der Verleihung des Friedensnobelpreises an den Dalai Lama 1989 diese »Ehrung« immer wieder als Waffe des Westens gegen politische Gegner missbraucht wird.

Gandhis Gewaltlosigkeit

Bei *Wikipedia* findet man folgende Beschreibung Gandhis:

Gandhi ... war ein indischer Rechtsanwalt, Widerstandskämpfer, Revolutionär, Publizist, Morallehrer, Asket und Pazifist. [...] Schon zu Lebzeiten war Gandhi weltberühmt, für viele ein Vorbild und so anerkannt, dass er mehrmals für den Friedensnobelpreis nominiert wurde. In seinem Todesjahr wurde dieser Nobelpreis symbolisch nicht vergeben. Ebenso wie Nelson Mandela, Aung San Suu Kyi oder Martin Luther King gilt er als herausragender Vertreter im Freiheitskampf gegen Unterdrückung und soziale Ungerechtigkeit. **25**

Gandhi soll also gegen Unterdrückung und für soziale Gerechtigkeit gekämpft haben. Hier findet man keine Einschränkung, dass er dies nur für Inder aktiv betrieb.

Dazu bemerkt der Sozialwissenschaftler Rainer Roth in seinem Buch *Sklaverei als Menschenrecht*:

Gandhi sah die Beteiligung indischer Truppen im Rahmen der britischen Armee als entscheidende Voraussetzung dafür an, dass Indien im Rahmen des Britischen Empire gleiche Rechte auf Selbstregierung zugestanden wurden wie Australien und Kanada. In der Indian Army kämpften unter dem Kommando britischer Offiziere rund eine Million Soldaten. Rund 140000 kämpften bis Ende 1915 in Frankreich und Belgien, 675000 standen im Mittleren Osten, 144000 in Ägypten, weitere in Ostafrika usw. [...] Im Herbst 1914 stellten Inder ein Drittel der britischen Streitkräfte in Indien. »Es kann keine Freundschaft zwischen dem Mutigen und dem Verweichlichten geben«, erklärte Gandhi. »Wir werden als ein Volk der Ängstlichen betrachtet. Wenn wir uns von diesem Verdacht

befreien wollen, müssen wir lernen, die Waffen zu gebrauchen.« [...] Nur auf diese Weise werde sich das »große Britische Empire« davon überzeugen lassen, die Diskriminierungen aufzuheben, die auf den Indern lasteten, erklärte Gandhi. Es gehe darum, den Status der *white dominions* (wie Australien, Kanada usw.) zu erlangen und die Selbstregierung zu erhalten, die diese haben. [...] Bis zu 70000 indische Soldaten fielen im Weltgemetzel für die imperialistischen Interessen der Weltmacht Großbritannien. [...]

Auch dank der Gandhi'schen Predigt waren diese Soldaten keine widerwilligen Rekruten, sondern Freiwillige, ja sogar begeisterte Freiwillige. [...] Sie dachten, sie kämpften für die Selbstregierung Indiens. Die Kolonialbehörden schafften es dank ihrer Zusammenarbeit mit Gandhi und anderen Vertretern der indischen Nation, dass es nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs in Indien keine Unruhen und keine Angriffe auf die britische Armee gab. Diese Ruhe war auch im Sinne Gandhis. Die indische Bourgeoisie wollte sich selbst regieren, aber den englischen König als Staatsoberhaupt anerkennen. **26**

Hier lesen wir also, dass es nicht um »Unterdrückte« ging, die unterstützt werden sollten, sondern darum, dass die indische Bourgeoisie von der britischen als gleichberechtigt anerkannt wurde.

Fast verzweifelt versucht *Wikipedia*, nicht am Pazifismus Gandhis zu rütteln, kann aber nicht umhin, wenigstens die Beteiligung am Krieg gegen die Zulus zu erwähnen:

Er rückte mit nur 24 Mann an und half Verwundeten beider Seiten. Gandhi war von der Gewalt der militärisch weit überlegenen Briten bestürzt, die den Aufstand im Juli 1906 brutal niederschlugen und die Überlebenden sowie sympathisierende Zulu inhaftierten oder deportierten. [...] und warf sich seit dem grausam niedergemetzelten Zulu-Aufstand häufig vor, Gewalttaten anderer nicht verhindern zu können. **27**

Laut *Wikipedia* war Gandhi von der Gewalt der Briten also bestürzt. Roth und die von ihm zitierten Autoren sehen die Person Gandhi und seine Taten in diesem Zusammenhang in einem ganz anderen Licht:

Gandhi unterstützte das rassistische British Empire in dessen Kriegen gegen die Buren (1899–1902) und gegen die Zulus in Natal (1906). Er diente im Burenkrieg (1899–1902) in einer indischen Sanitätseinheit. Er unterstützte die Unterdrücker seines eigenen Volkes, indem er sich an der Unterdrückung anderer Völker beteiligte. Um den Widerstand der Buren niederzuschlagen, richteten die Briten erstmals Konzentrationslager ein, in denen sie bevorzugt Frauen und Kinder internierten. Viele von ihnen starben. [...]

Nachdem eine Kopfsteuer erhoben worden war, töteten Zulus 1906 in Natal zwei Polizisten. Die schwachen bewaffneten Kräfte der Zulus wurden mit Maschinengewehren niedergemäht. Viele Zulus wurden ausgepeitscht bzw. öffentlich erhängt. Gandhi kannte keine Gnade gegenüber den Zulus, auch wenn er keinen nennenswerten Widerstand von ihnen wahrnehmen konnte und erst recht keinen Aufstand. Er stand bedingungslos auf der Seite des britischen Empire. »Doch ich glaubte damals, das britische Empire bestehe zum Besten der Welt. [...] Ich hatte das Gefühl ... der Regierung von Natal meine Dienste anbieten zu müssen«, schrieb er. [...] Die Regierung Natal's zeichnete sich durch besonders rassistische Gesetze zur Vertreibung von Indern aus. Gandhi wurde im Rahmen eines indischen Ambulanzkorps der britischen Armee zum Feldwebel ernannt. Er wollte damals auch bewaffnete indische Militäreinheiten zur Unterdrückung der Zulus aufstellen, aber die britische Militärbehörde lehnte ab. **28**

Demnach wollte Gandhi sogar bewaffnete indische Militäreinheiten dem britischen Empire zur Verfügung stellen, um damit noch besser Zulus zu unterdrücken. Eine Tatsache, die weitgehend, zum Beispiel auch in *Wikipedia*, verschwiegen wird.

Roth ist nicht der Einzige, der erklärt, dass Gandhi ein Rassist war, der am indischen Kastensystem festhalten und es nicht, wie immer wieder behauptet wurde, beseitigen wollte. In einem Interview mit der *Zeit* sagte die indische Schriftstellerin Arundhati Roy:

Gandhi hat darauf bestanden, alle Kasten sollten bei ihrer erblichen Arbeit bleiben, aber keine Kaste solle für nobler gelten als eine andere – damit wollte er die Menschen dazu bringen, sich über ihre Erniedrigung sogar noch zu freuen. **29**

Es ging also keineswegs um das Auflösen des indischen Kastensystems, sondern vielmehr um das Anpassen an die Bedingungen der Zeit, um sicherzustellen, dass billige Arbeitskräfte auch weiterhin zur Verfügung standen, mit denen der Mittelstand seinen Wohlstand mehren konnte. Nur deshalb hat Gandhi das Thema Unberührbarkeit bekämpft. Es passte nicht mehr in die moderne Organisation der Gesellschaft. Aber die Frage »von Rechten – auf Land, Bildung, öffentliche Dienstleistungen« ist die wirkliche Problematik der Kasten in Indien.

Auch die Behauptung, Gandhi wäre ein Vertreter der Gewaltlosigkeit gewesen, ein absoluter Pazifist, ist ein längst widerlegtes Narrativ, wie es schon weiter oben über seine Zeit in Südafrika anklang. Wolfgang Dietrich schreibt über einen kritischen Autor:

Gandhis Zugang zum Thema Gewaltlosigkeit lehnt er noch entschiedener ab als Krishnamurti ... weil er ihn für Gewaltunterdrückung im asketischen Stil indischer Tradition hält. [...] Der Asket aber wendet die Gewalt gegen sich selbst – und das wirft er Gandhis asketischen Inszenierungen vor. Er geht so weit, Gandhi als für den Ausbruch der kollektiven Gewalt im Zuge der indischen Unabhängigkeit ursächlich zu sehen, weil dieser zuvor die Unterdrückung der Gewalt gepredigt habe. So habe Gandhi und mit ihm ganz Indien die Gewalt des Aggressors in sich aufgeladen, ohne sie zu transformieren. Oshos gänzlich energetisches Verständnis vom Sein schließt daraus, dass die im langen Freiheitskampf unterdrückte Energie sich letztlich in einer Orgie physischer Gewalt entladen musste. Ein Befund, in dem ihm so mancher westliche Psychoanalytiker folgen könnte, auch wenn das politisch inkorrekt ist. **30**

Peter Conzen schreibt in seinem Buch über die Grundpositionen von Erik H. Erikson und dessen Meinung zu Gandhi:

Gerade in Gandhis moralischem Rigorismus zeige sich viel an unterdrückter Gewalt gegen sich selber und andere. Ein verkappter Sadismus spreche beispielsweise aus Äußerungen, in denen Abscheu gegen Sinnlich-Triebhaftes sich mit Vorwürfen gegen Frau und Kinder koppelt. Schonungsloser als andere Biographen rechnet Erikson mit Gandhis Frauenbild ab, vor allem der bisweilen herabsetzenden Behandlung von Kasturba. **31**

Gandhis Aufruf zur Gewaltlosigkeit war im Prinzip ein Aufruf zur Gewalt gegen sich selbst. Gandhi hat so seine Anhänger aufgefordert, durch Gewaltlosigkeit gegenüber dem Feind sich selbst Gewalt anzutun oder antun zu lassen. Was nicht nur zu späteren Explosionen der Gewalt führte, sondern auch zu vielen Opfern der Gewalt, gegen die man nicht vorging.

2. Geschichtsschreibung: Beispiel Thailand 32

Um zu erkennen, wie die Geschichtsschreibung durch das jeweilige Establishment geprägt und bestimmt wurde, eignet sich das Beispiel Thailands besonders gut, da die Phasen der Geschichtsschreibung mit den unterschiedlichen Einflüssen klar auszumachen sind. Für den modernen Menschen ist es unendlich schwer zu erkennen, aus welchen Beweggründen und mit welchen Zielen die Geschichte geschrieben wurde. Er nimmt sie als gegebene Wahrheit hin. Und so gibt es eine starke Strömung innerhalb der durch Geschichtsschreibung, Schule, Universität und Medien geprüften Bevölkerung Thailands, die der Diktatur des militärisch-monarchistischen Netzwerkes freudig zustimmt.

Und während wir heute die zeitgenössischen Darstellungen des Krieges der Menschenrechtsindustrie gegen Syrien betrachten, die wiederum in die Geschichtsschreibung eingehen werden, und wir als Zeitzeugen in der Lage sind, die Fälschungen zu erkennen, wird dies späteren Generationen immer schwerer fallen. Meist reduziert sich die Korrektur von Lügen der Geschichtsschreibung auf Fachkreise und kleine interessierte Gruppen. Dabei hat die Geschichtsschreibung enormen Einfluss darauf, wie wir die Gegenwart beurteilen.



Der thailändische Intellektuelle und Autor Chit Phumisak (1930–1966) definiert Geschichtsschreibung wie folgt:

Geschichte ist die Beschreibung der sozialen Kämpfe der Menschen. Diese Beschreibung kann als Blaupause für den Kampf späterer Generationen dienen. Das Studieren der Geschichte ist essenziell, um gesellschaftliche Entwicklungen zu verstehen, und ist somit ein wichtiger Schlüssel, um die Tür für das rechte Handeln zu öffnen. Die Sakdina^{1*} wusste um diese Tatsache, weshalb sie das Studieren der Geschichte in den eigenen Händen behielt und deren Beschreibung zum Gewinn der eigenen Klasse betreibt. 33

Auch Chit Phumisak hatte erkannt, dass die Geschichtsschreibung einem Zweck dient, nämlich dem Machterhalt derjenigen, die über sie bestimmen.

In der thailändischen Geschichtsschreibung lässt sich besonders deutlich der Einfluss der jeweiligen Elite auf die Geschichtsschreibung aufzeigen. Sie wird im Westen ebenfalls in religiöse Geschichten der Dynastien und Geschichte der modernen Zeit unterteilt. Aber vermutlich nur in Thailand sind die drei verschiedenen Typen der Geschichtsschreibung so klar zu unterscheiden: Tamnan, Phongsawadan und Prawatsat.

Die Tamnan-Geschichte 34

Tamnan bedeutet »Geschichte«, »Legende« oder »Mythen«. Phongsawadan wurde aus den Sanskritwörtern *vam.śa* und *avatāra* gebildet und bedeutet so viel wie »die Annalen von Mitgliedern einer Blutlinie, einer Dynastie oder eines Königreiches«. Der letzte Typus der Geschichtsschreibung –

Prawatsat (aus Pali: *pravati* und *sattha*) – bedeutet nach heutigem Verständnis so viel wie »Geschichte«.

Während der Periode des Tamnan lag der Schwerpunkt der Geschichte auf religiösen Themen. Im Prinzip drehte sich alles um den Buddhismus. Die Religion war das bestimmende Element der Gesellschaft. Mit der Religion und ihren Regeln waren Menschen in der Lage, in sozialen Gemeinschaften zusammenzuleben. Bis heute erkennen wir an den ursprünglichen Überlieferungen – jenseits der im Laufe der Jahrhunderte durch »Kirchengeschichte« und Regeländerungen entstandenen Massenreligion –, dass der Buddhismus einstmals auf Respekt, Rücksicht, Liebe und Aufopferung aufgebaut war. Das waren die wichtigen Elemente, die die soziale Gemeinschaft zusammenhielten und auch gegen andere beschützten.

Wenn wir heute darüber sprechen, was die Tamnan-Geschichte erzählt, dürfen wir nicht vergessen, dass erst in nachfolgenden Geschichtsperioden analysiert und interpretiert wurde, was in dieser Zeit Teil der Tamnan-Geschichte war. Grundsätzlich, so sagt man heute, beginnt die Tamnan-Geschichte zu dem Zeitpunkt, als Gautama Buddha gelobte, die Erleuchtung zu erreichen. Dies war eine Zeit in weit zurückliegenden Jahrhunderten, noch vor zahlreichen Inkarnationen Buddhas und bevor er alle Meriten erworben hatte, um schließlich der Buddha zu werden.

Das Werk *Jinakalamalipakaranam*, entstanden im Jahre 1517, beschreibt das Tamnan-Konzept in Hinsicht auf Zeit und Raum im vorher erläuterten Sinn. **35** Die Tamnan-Geschichte fährt dann weiter fort mit der Beschreibung des Werdegangs Buddhas. Es wird auch geschildert, wie er schließlich die Erleuchtung erlangte und wie er seine Regeln lehrte, das Dhamma. Nach dem Tode Buddhas beschreibt die Geschichte verschiedene Konzile, die in Indien und Sri Lanka stattfanden. Auch wird der Einfluss des indischen Königs Ashoka bei der Förderung des Buddhismus hervorgehoben, was sich aber in neuerer Zeit immer deutlicher als nachträgliche Veränderung der ursprünglichen Texte herauszustellen scheint.

Danach wird erzählt, wie der Buddhismus nach Thailand kam. Auch dies hat sich rückblickend als mögliche Manipulation herausgestellt. An diesem Punkt soll die »wahre Geschichte« Thailands beginnen. Verschiedene Könige und Königtümer werden dargestellt, mit dem Fokus aber auf die Rolle der Religion für die Gesellschaft sowie die Rolle der Herrscher bei der Verbreitung und Unterstützung der Religion.

Das wichtigste Thema der Tamnan-Geschichte ist also ganz klar die Religion mit der Gründerfigur Gautama Buddha, der die alles bewegende Kraft in ihr ist. Der Zweck der Geschichtsschreibung, so die allgemeine Auslegung, ist die Wiedergabe der Entstehung des Buddhismus. König und Königtümer kommen nur so weit ins Bild, als sie den Buddhismus fördern.

In dieser Weltsicht wird die Gesellschaft durch die gemeinsame buddhistische Tradition definiert, nicht durch ein abgegrenztes Territorium, eine gemeinsame Historie oder Herrscherdynastien. Die thailändische Geschichte erscheint so als Teil der buddhistischen Tradition. Man kann beispielsweise darin lesen, dass Buddha zu Lebzeiten von Indien über Chiang Mai nach Ayutthaya geflogen sei. Diese eventuell nachträglich hinzugefügte Geschichte muss als Versuch angesehen werden, eine Kontinuität zu beschreiben, die die buddhistische Tradition in Südostasien mit dem Ursprung verbindet. Sie zeigt auch, dass das damalige Establishment Thailands sich selbst als Teil der größeren Welt des Buddhismus ansah – wenn man so will: als Teil einer globalisierten Religionsgemeinschaft.

Es heißt ferner, Buddha sei im Norden Thailands umhergereist, und man liest, wie er den Einheimischen begegnete, deren Sprache er aber nicht sprach. Die Historiker dieser Periode stellten

allerdings fest, dass Buddha zu ihnen in der Sprache der lokalen Menschen hätte sprechen müssen, um sich verständlich zu machen.

In einer weiteren Geschichte wird nicht nur eine Verbindung zwischen Thailand und dem Ursprung des Buddhismus hergestellt, sondern es wird auch die herausragende Bedeutung Thailands behauptet. Spätestens an diesem Punkt beginnt die Authentizität vollständig zu bröckeln.

Die Tamnan-Sicht der Geschichte bedeutete, dass der Buddhismus aus Indien stammte, aber nun sein Zentrum in das Königreich Thailand verlegt hätte. Hier werde die Religion bis zum Ende des Jahres 5000 nach dem Tode des Buddha überleben.

Nun dürfte klar sein, warum die Tamnan-Geschichte sich auf die Religion fokussiert. Sie wurde von Mönchen und anderen religiösen Männern geschrieben, die bekannt waren als Rusi (indisch: Rishi), Chipakhao und Khrubaachan.

Der Rusi war eine Art Einsiedler, der Chipakhao war jemand, »der ein weißes Gewand trug« und sich zwar strikt an religiöse Regeln hielt, aber nicht in der Lage war, vollkommene religiöse Disziplin einzuhalten.

Der Khrubaachan war ein Lehrer. Alle drei Menschentypen waren religiös geprägt, stammten aus der Erziehung von Klöstern und spielten eine wichtige Rolle im sozialen Leben der Gemeinschaft. Sie waren die »Elite« ihrer Zeit und demnach bemüht, die Regeln für das Leben zu erstellen und auf ihre Einhaltung zu achten. Andererseits waren sie von den strengen Regeln der Sangha (buddhistisch-religiöse Organisation, ähnlich dem königlichen Hof, aber für religiöse Fragen zuständig) befreit. Sie waren sozusagen die ersten weltlichen Führer.

Der Übergang zur nächsten Periode der Geschichtsschreibung ist verwischt, da die letzten Werke, die man der Tamnan-Periode zuordnet, zunehmend gewalttätig wurden und immer stärker »weltliche« Züge zeigten, wodurch sie sich von der religiösen Sichtweise entfernten.

Die Phongsawadan-Geschichte

Die Phongsawadan-Geschichtsschreibung begann etwa im 17. Jahrhundert, vielleicht während der Regentschaft des Königs Narai von Ayutthaya (1657–1688). Sie war die Folge drastischer Veränderungen in der thailändischen Gesellschaft, denn nun hatten die Menschen Kontakt mit Ausländern bekommen, besonders mit Europäern. Und so machten gelehrte Männer, Schreiber, nicht mehr Karriere im Kloster, sondern am Königshof, und ihr Denken wurde nicht mehr strikt von der Religion bestimmt, vielmehr wurde die Religion nun zu einem Werkzeug.

Nach einem längeren Prozess der politischen Entwicklung hatte sich herausgestellt, dass Königreiche mächtige autonome Institutionen werden konnten, die zunehmend der religiösen Führung den Rang abliefen. Historiker waren nun Männer, die die kulturellen Aktivitäten des Landes leiteten und entwickelten, weniger die rein religiösen.

Das Werk *Phraratcha Phongsawadan Krung Si Ayutthaya Chabap Luang Prasaoet*, die Chronik von Ayutthaya, wurde im 17. Jahrhundert von einem königlichen Astrologen geschrieben, nicht mehr von Persönlichkeiten aus dem Umfeld der Klöster. Die Sprache war nicht mehr das internationale Pali, sondern die weltliche, ethnische Sprache der Region, das Thai jener Zeit. Der Buddhismus hatte nicht seinen Einfluss verloren, spielte nun aber eine untergeordnete Rolle und wurde zur Stützung der neuen Ordnung eingesetzt. Dabei war der Prozess lang und möglicherweise schmerzhaft. Denn viele der später führenden Männer wurden nach wie vor in Klöstern erzogen. Aber ihre Treue galt nicht mehr der Religion, sondern ihrem Vorgesetzten, dem König.

Die Phongsawadan-Geschichte ist eine dynastische Chronik, die in erster Linie die Aktivitäten der Könige und Königreiche hervorhebt und lobpreist. Manche erklären, dass es eine Geschichte des Staates sei, verglichen mit der vorhergehenden Geschichte der Religion. Aber Teile der Tamnan-Periode, besonders diejenigen, die dem neuen Gesellschaftskonzept dienlich waren, konnte man noch lange auch in der Phongsawadan-Geschichte wiederfinden.

Die Geschichtsschreibung der Phongsawadan-Periode beginnt in der Regel mit der Gründung eines Königreiches und der Auflistung der Aktivitäten aufeinanderfolgender Könige. Diese neue Art, die prinzipiell nichts mehr mit Buddha, seiner Lehre und ihren Regeln zu tun hat, kann in den Chroniken, die auf Befehl von Rama I. in Bangkok um das Jahr 1800 geschrieben wurden, deutlich gesehen werden. Diese Geschichte beschreibt Bangkok als Nachfolger des untergegangenen Königreiches von Ayutthaya.

Die Prawatsat-Geschichte

Im 19. Jahrhundert veränderte sich die Geschichtsschreibung erneut. Es entstand die »Prawatsat-Geschichte«. In dieser Zeit wurde moderne Technologie aus dem Westen nach Thailand gebracht. Das wichtigste Instrument für die Entwicklung dieser Geschichtsschreibung war wohl die Druckerpresse. Ein amerikanischer Missionar soll die erste Druckerpresse importiert haben, um seine christlichen Manifeste zu vervielfältigen und die Menschen leichter missionieren zu können. Er begann jedoch, mit alten historischen Werken zu arbeiten, und veröffentlichte Übersetzungen chinesischer Geschichten ins Thailändische. Prinz Damrong – der Bruder König Mongkuts, der einer der führenden Historiker Thailands werden sollte – gestand einmal, dass sein Interesse am Lesen durch Lektüre des Buches *Sam Kok* von Dr. Bradley, wie der Missionar hieß, erweckt wurde. **36**

Damals begann für Thailand die Bedrohung durch den Imperialismus, hauptsächlich aus Frankreich und England. Das Auftreten der Europäer hatte einen großen Einfluss auf das Denken der thailändischen Elite. Sie begann, ihre Arbeit zu reformieren und sich stark an die Linie der europäischen Länder anzupassen. Wir können diese Veränderungen besonders gut während der Regentschaft von König Mongkut und später noch deutlicher während der seines Sohnes Chulalongkorn sehen. Diese beiden Könige legten auch großen Wert auf die »richtige« Geschichtsschreibung. Reynolds schrieb darüber:

Von den Monarchen der Bangkok-Periode zeigten die Könige Mongkut (1851–1868) und Chulalongkorn (1868–1910) besonderes Interesse an der Vergangenheit, und zwar genau zu einer Zeit, als interne Reformen, der Druck der Westmächte und Reaktionen auf westliches Gedankengut die Vergangenheit infrage stellten und somit das historische Bewusstsein schärften. **37**

Dieses historische Bewusstsein in Thailand war ja von den Königen und ihren Vorfahren erst »geschaffen« worden. Wir wissen aus der Geschichte der Pharaonen, wie mühsam es war, mit Steinmetzen die Geschichte umzuschreiben. In Thailand war das einfacher, da in Kriegen Schriften und Geschichtsartefakte verloren gegangen waren.

Im Jahr 1833, so die offizielle Geschichtsschreibung Thailands, fand König Mongkut eine Inschrift von König Ramkhamhaeng des Reiches Sukhothai, die aus dem 13. Jahrhundert stammen soll. Er brachte die Inschrift nach Bangkok und begann, die Epigrafik (Inschriftenkunde) zu fördern, die schon bald von ausländischen und thailändischen Lehrern weiterentwickelt wurde.

Der erste Band über die Inschrift erschien im Jahr 1924, weitere folgten. Einige ausländische Forscher sehen die Steintafeln zwar als eine später entstandene Fälschung an, aber für Generationen

von Schülern und Studenten war und ist diese Inschrift eine Kernaussage der Ewigkeit und der potenziellen Leistung der absolutistischen Monarchie. Ob die Steintafeln Fälschungen sind, obwohl Sie UNESCO-Ehren erhielten, oder nicht, darüber wird nicht nur in Thailand heftig, emotional und mit großem Einsatz gestritten – müsste doch im Fall einer Fälschung die Geschichte des Landes umgeschrieben werden.

Die Könige sahen nun die Geschichtsschreibung auch als Werkzeug an, territoriale Ansprüche zu erheben. So erhob zum Beispiel König Mongkut gegenüber Frankreich den Anspruch auf kambodschanisches Gebiet und präsentierte eine Chronik, mit der er gegenüber französischen Diplomaten seinen Anspruch zu belegen suchte. ³⁸ Sein Sohn Chulalongkorn zeigte ebenfalls großes Interesse an der Geschichtsschreibung. Oft bezog er sich auf die Geschichte, um seine Argumente zu untermauern. So zum Beispiel, um den Anspruch einer Blutlinie zu erhärten oder die Frage der Thronfolge zu klären.^{2*}

Man erkennt sofort, wie groß der Einfluss der Politik und der Machtansprüche der jeweils Herrschenden auf die Geschichtsschreibung war. Dies drückte sich auch in der Anpassung der Geschichtsschreibung an die westliche Art aus. Man ging weg von der rein beschreibenden Form hin zu einer analysierenden und erklärenden Geschichtssicht. Letztere war – nicht nur in Thailand – besser geeignet, Herrschaftsansprüche zu belegen. Einer der führenden Historiker jener Zeit wurde Prinz Damrong, dessen Arbeiten bis heute die Geschichtssicht der Schüler Thailands prägen und der auch im Ausland der meistzitierte Historiker Thailands ist.

Mit den neuen Techniken des Westens gelangten aber auch Bücher und Schriften in den Grand Palace. Schon bald reichte der Platz nicht mehr aus, und bis zum Jahr 1932 hatte sich eine Sammlung von mehr als 200000 Büchern ergeben, die in eine Büchereiorganisation geflossen waren. Während damals noch keine Zensur ausgeübt wurde, war der Kreis derjenigen, die Zugang zu den Büchern hatten, klein und stellte keine Bedrohung im Sinne einer das thailändische Narrativ gefährdenden Verbreitung anderer Ansichten dar. 1966 flossen die Bücher in die neue Nationalbibliothek des Landes, womit auch die Kontrolle derselben institutionalisiert wurde.

Bis zu dieser Zeit war das Studium der Geschichte eine Sache der thailändischen Elite gewesen. Der Stil hatte sich aber wie beschrieben verändert und wurde von im Ausland gebildeten Prinzen geprägt. Im Jahr 1933 jedoch, nach der Revolution, wurde die Geschichtswissenschaft institutionalisiert. Zunächst bestand ein großes Interesse. Mit zunehmender Beschränkung der Lehre und Forschung jedoch schwand das Interesse, bis sich Anfang des 21. Jahrhunderts nur noch kleinste Gruppen für das Studium der Geschichte interessierten.

Diese neue thailändische Geschichtsschreibung, wie sie heute noch die Schüler und Studenten prägt, wurde im Wesentlichen von zwei Persönlichkeiten geprägt: von Prinz Damrong (1862–1943) und Luang Wichitwathakan (1898–1962).

Prinz Damrong

Prinz Damrong hatte sowohl eine thailändische als auch eine europäische Ausbildung genossen. Er war einer der Ersten, die »wissenschaftliche« Methoden anwandten. Man sagt von ihm, er habe die Brücke zwischen europäischer und thailändischer Kultur und Wissenschaft gebaut. In seiner Geschichtsschreibung dominieren als zentrale Themen das Königreich und die Monarchie, im Prinzip also die Geschichte seiner Familie. Historische Elemente wurden immer nur als Teil dieser beiden institutionellen Einheiten beschrieben.

Damrong verwandte neue Methoden, aber nur, um damit alte Grundlagen neu erscheinen zu lassen. Er beschrieb seine Familie und nicht die Geschichte. Und das, obwohl Thailand längst Teil einer Region, ja einer sich globalisierenden Welt geworden war.

Luang Wichitwathakan

Luang Wichitwathakan stammte aus bescheidenen Verhältnissen und wurde innerhalb der Sangha geschult und gebildet. Einen großen Teil seines Wissens erarbeitete er sich als Autodidakt. Er verließ dann das Kloster und wurde zunächst Mitarbeiter im Außenministerium, von dort schickte man ihn an die Botschaft nach Paris und zu den Vereinten Nationen. 1931 veröffentlichte er sein erstes Werk unter dem Titel *Prawattisat sakhon* (»Weltgeschichte«, 12 Bände). Nach der Revolution von 1932 wurde er Sprecher der neuen Regierung. Dann arbeitete er bis 1962 unter verschiedenen Regimes, wobei er anscheinend immer dem jeweils Herrschenden zu Diensten war. Seine wichtigsten Positionen erhielt er unter den Diktatoren Phibun und Sarit, die er beriet und deren Geschichtsbild er umsetzte.

Er war der erste Vertreter eines modernen thailändischen Nationalismus. Seit 1932 hatten verschiedene aufeinanderfolgende Regierungen versucht, eine neue Legitimation aufzubauen, nachdem die absolutistische Monarchie abgeschafft worden war, aber Demokratie sich nicht durchsetzen konnte. Luang war auch ein glühender Verfechter des thailändischen Nationalismus während des Krieges und trat als Sprecher diverser nationalistischer Bewegungen in Erscheinung. Auf seine Werke baut die extremistische Volksallianz für Demokratie (PAD), wenn sie Territorialansprüche gegenüber Kambodscha erhebt.

War die Geschichtsschreibung von Prinz Damrong also durch eine Glorifizierung seiner eigenen Dynastie motiviert, so bezweckte die Geschichtsschreibung von Luang eine Rechtfertigung für nationalistische und diktatorische Politik. In seinem Essay zum Beispiel, in dem er die Franzosen beschuldigte, Thailand Kambodscha »gestohlen« zu haben, »übersah« er vollkommen den aufstrebenden Nationalismus in Laos und Kambodscha und vor allen Dingen die historischen Gegebenheiten der Khmer-Kultur.

Luang Wichitwathakan wurde oft wegen seiner Methodologie verurteilt. Er war ein typischer Politiker, der Fakten und Genauigkeit ignorierte. Seine Schriften basierten oft auf »Hörensagen« oder eigener Vorstellungskraft. Er glorifizierte die thailändische Rasse ins Extreme und ließ große Teile der Geschichte außen vor. Trotzdem oder gerade deswegen war und ist Luang Wichitwathakan sehr populär. Er wird bis heute gern zitiert, und Teile seiner Werke werden heute noch gelehrt.

Die Gegenposition: Chit Phumisak

So weit die offizielle Geschichtsschreibung, die noch heute von diesen beiden Persönlichkeiten, Luang Wichitwathakan und Prinz Damrong, beherrscht wird. Aber es hat auch eine Gegenposition gegeben, nämlich die von Chit Phumisak. Eine, die jedoch verboten, verfolgt und ausgelöscht wurde.

Diese Geschichtsschreibung war genauso einseitig wie die von Prinz Damrong und Luang, nur vertrat sie die Position der gesellschaftlichen Gruppen, die bisher noch niemals beschrieben worden waren, deren Schicksal keinen der Geschichtsschreiber der Vergangenheit interessierte: das einfache Volk.

Chit Phumisak (1930–1966) war der Sohn eines kleinen Provinzbeamten, der in seiner Kindheit oft den Ort und die Schule wechseln musste, weil sein Vater versetzt wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg zog er nach Bangkok und beendete seine High-School-Ausbildung. Seine Karriere als Schriftsteller begann während seines Studiums an der Fakultät der Künste der Chulalongkorn-Universität. Mitte der 1950er-Jahre verlor die diktatorische Phibun-Regierung nach und nach an Popularität, Phibun wandelte sich vom Saulus zum Paulus und versuchte, durch demokratische Reformen und Erlaubnis der Redefreiheit an der Macht zu bleiben.

Viele Artikel und Bücher von Chit stammen aus dieser Zeit, sodass Phibun indirekt und unbewusst als Förderer Chits angesehen werden kann. In dieser Zeit entstand auch Chits vielleicht wichtigstes Werk, *Chomna Sakdina Thai* (»Das Gesicht des thailändischen Feudalismus«). Es ist eine marxistische Analyse der thailändischen Geschichte und stellt die Gegenposition zu allem dar, was bisher als Geschichte gelehrt worden war.

Verständlicherweise wurde Chit Phumisak zusammen mit anderen Schriftstellern verhaftet, als Diktator Sarit die zaghaften Demokratisierungsbestrebungen Phibuns abwürgte und Letzterer ins Exil gehen musste. Sarit führte zwei erfolgreiche Coups im Jahr 1957 und 1958 durch. Chit musste daraufhin 6 Jahre im Gefängnis verbringen, wo er aber ganz erstaunlicherweise einen großen Teil seiner bekannten Werke verfasste und es schaffte, diese aus dem Gefängnis zu schmuggeln. Sie wurden unter verschiedenen Pseudonymen veröffentlicht und bildeten den intellektuellen Unterbau für einen entstehenden Widerstand gegen die Art der thailändischen Herrschaft. Im Jahr 1964 wurde Chit seltsamerweise entlassen und floh in den Dschungel, wo er sich einer Guerillabewegung im Nordosten des Landes anschloss. 1966 wurde er erschossen.^{3*}

Chit komponierte auch Lieder und schrieb Gedichte für die Massen, die gesungen und zitiert wurden, als sich Aufstände und radikale Studentenbewegungen bildeten. In der Studentenbewegung von 1973 standen die Studenten vor der Wahl, Pridi Bonmayong oder Chit Phumisak zu ihrem Idol zu erheben. Sie respektierten zwar Pridi, entschieden sich aber für Chit, da Pridi ihnen nicht revolutionär, nicht radikal genug erschien. Chits Bücher wurden daraufhin immer wieder gedruckt und seine Lieder immer wieder gesungen, seine Gedichte gelesen. Sein Name ist bis heute ein rotes Tuch für die Herrschenden des Landes.

Zurück zur Geschichtsbeschreibung Chits. Seine Arbeit war ebenfalls stark durch westliche Einflüsse geprägt. Besonders die Rolle Amerikas in Asien in den 1950er-Jahren beschäftigte ihn intensiv. Deshalb warnte er in seinen Büchern vor dem Imperialismus und hinterfragte die Zusammenarbeit der thailändischen herrschenden Klasse mit den Ausländern. Chit sympathisierte mit anderen Asiaten, die gegen westliche Kolonisierung kämpften, und mit der unterdrückten Gesellschaft in ihren Ländern.

In seinem bereits erwähnten Buch über den thailändischen Feudalismus behandelt er die Geschichte von der Sukhothai-Periode im 13. Jahrhundert bis zum Beginn des westlichen Einflusses im 19. Jahrhundert. Er teilte, wie Marx, die Gesellschaft in zwei Klassen: die Unterdrücker und die Unterdrückten. Die Unterdrücker sind jene, die er Sakdina (Feudalisten) nennt, denen die Produktionsmittel gehörten, unabhängig davon, ob es um Landwirtschaft oder Zwangsarbeit ging. Die Unterdrückten waren die Phrai (Fronarbeiter) und die That (Sklaven), die für die Sakdina arbeiten mussten. Interessanterweise wurde in den Jahren 2009 / 2010 der Begriff »Phrai« für die Demokratiebewegung der Rothemden zu einem Wort, mit dem sie sich selbst klassifizierten und so aus dem Schimpfwort eine Auszeichnung machten.

Es ist nicht so sehr der marxistische Ansatz, der Chits Arbeit kennzeichnet, als vielmehr die Tatsache, dass er überhaupt die Ausbeutung beschrieb, die bedingt war durch eine Klassengesellschaft, durch Anspruch auf exklusive Landnutzung, durch Zwangsarbeit und durch eine ausbeuterische Besteuerung. **39**

Hatten zuvor die Religion und dann die Dynastien der Könige im Zentrum der Geschichtsschreibung gestanden, so gelang es Chit, den Fokus auf die Massen zu richten. Seine Bücher sprechen von ihren Leiden und den vielen Arten, mit denen die herrschende Klasse sie zu ihrem eigenen Nutzen ausbeutete. Chits Geschichtsschreibung ist eine politische Waffe gegen die herrschende Klasse Thailands, und diese tut noch heute alles, um die Verbreitung seiner Schriften zu verhindern.

3. Die Korrektur der Geschichtsschreibung

Die Verfälschung der Geschichte, wie wir sie seit der ägyptischen Hochkultur kennen, hat die Geschichte der Menschheit bis zum heutigen Tag begleitet. Im Mittelalter wurden Heerscharen von Mönchen mit dem Umschreiben der Geschichte beschäftigt, später dann waren es Verlage, Propagandaabteilungen, Gesetze und Erklärungen von Herrschersystemen.



Thailand gehört zu den Ländern, in denen die herrschende Klasse in der Neuzeit einige der intensivsten und offensichtlichsten Manipulationen der Vergangenheit begangen hat und noch heute als offizielle Doktrin vertritt. Dieser zum großen Teil erfolgreiche Versuch, die Geschichte anders darzustellen, als sie sich in Wahrheit abgespielt hat, kann zurückverfolgt werden bis zum Beginn der Chakri-Dynastie. Die Geschichte Thailands dient der Legitimierung für einen Herrschaftsanspruch über die ganze südostasiatische Halbinsel, wie sie von rechten Nationalisten herangezogen wird. Gerade so, wie die deutsche bzw. westeuropäische Geschichtsschreibung das Narrativ von »westlichen Werten« bedient, die über die ganze Welt verbreitet werden müssen. Wenn wir von Geschichtsschreibung reden, muss es allerdings nicht ausschließlich die in den Schulen gelehrt (oder ignorierte) sein.

Bei einer Umfrage im Jahre 2006 erklärten 85 Prozent der US-Soldaten im Irak, dass ihre »Hauptmission« darin bestehe, »Saddam für seine Rolle bei den Terroranschlägen vom 11. September zu bestrafen«. Das Verrückte ist: Saddam hatte nichts mit 9/11 zu tun!

40

Wenn ein großer Teil der US-Soldaten der Meinung war, sie würden den Irak überfallen, weil Saddam Hussein etwas mit 9/11 zu tun hatte, erkennt man den Grad der Indoktrination. Aufgrund der Umschreibung der wahren Geschichte (Geschichte im weitesten Sinn) zur Motivation des Kanonenfutters wurden also auch im 21. Jahrhundert Kriege geführt, die zu Millionen Toten führten.

Gehen wir noch etwas weiter zurück und schauen wir uns an, wer nach Ansicht der deutschen Bevölkerung den Krieg gegen Nazi-Deutschland gewann. Waren noch kurz nach dem Krieg die Meinungen stark vertreten, dass Russland den größten Beitrag zur Niederlage Nazi-Deutschlands geleistet hatte, so wird heute kolportiert und von der Mehrheit der Deutschen und inzwischen auch Europäer geglaubt, dass die USA den Krieg entschieden bzw. gewonnen hätten. Der Sturm der westlichen Alliierten auf die Normandie wird als entscheidender Tag der Niederlage Hitlers genannt. Tatsache ist aber, dass dieser Sturm niemals erfolgreich gewesen wäre, hätte nicht Russland schon lange die Hauptlast des Krieges getragen.

Die britischen und amerikanischen Streitkräfte in Westeuropa waren zusammen mit 20 Divisionen der deutschen Wehrmacht konfrontiert. Nur 20! Im Osten kämpfte die Sowjetarmee gegen 200 Divisionen der Wehrmacht. Rein zahlenmäßig hat also die Sowjetunion 90 Prozent des Krieges geführt und damit enorm zum Sieg beigetragen. Sogar Churchill gab zu, es sei die Rote Armee gewesen, »die der Nazi-Kriegsmaschine die Eingeweide herausgerissen hat«.

Hier eine weitere Zahl, die den Einsatz und das Opfer zeigt. Die Sowjetunion hatte 20 bis 26 Millionen Kriegstote zu beklagen, Amerikaner und Briten 300000. Auf deutscher Seite – nur von Juli bis November 1944 – hatte das Ostheer rund 1,2 Millionen Soldaten verloren. **41**

Der Autor dieser Zeilen muss also darauf hinweisen, dass die Sowjetunion ein praktisch zehnfaches Opfer für den Sieg über Nazi-Deutschland erbrachte, damit der durch transatlantische Propaganda (zu der nicht nur Hollywood beitrug) geprägte Medienkonsument die wahre Geschichte erkennt.

Oder schauen wir uns die offiziellen und medial verbreiteten Narrative zur Ukraine-Krise an. **42** So wird aus einem aggressiven, gewalttätigen Umsturz eine friedliche Revolution, während die sich gegen den Umsturz wehrenden Aufständischen zu russischen Aggressoren werden. **43** Und unser (ehemaliger) Bundespräsident Gauck marschiert im Gedenken an die Opfer der »Revolution« Arm in Arm mit jenem Putschisten, dessen Verbündete sehr wahrscheinlich für die Morde des Maidan verantwortlich sind. **44, 45**

Die Sezession der Krim und die Beantragung der Aufnahme in die russische Föderation wird zu einer Besetzung und Einverleibung, obwohl immer wieder Umfragen bestätigen, dass die Menschen aus freiem Willen gehandelt hatten. **46**

Die Liste könnte weitergeführt werden – von Afghanistan über Libyen bis hin zu Syrien, jetzt gerade Venezuela. Immer wird ein Narrativ verbreitet, welches dem Establishment entspringt, und medial so lange wiederholt, bis es tief verwurzelt in den Köpfen der Menschen steckt, egal wie oft die Lügen und Fehler nachgewiesen wurden.

4. Sklavenhaltung als Menschenrecht

Wer glaubt, es gäbe inzwischen universale und allgemein anerkannte Menschenrechte, die weltweit gelten, der irrt gewaltig. Und es sind nicht die bösen Diktatoren dieser Welt, die sich dem verweigern, sondern die mächtigsten Länder der Welt. In seinem Buch *Menschenrechtsdiskurse in China und den USA* ⁴⁷ beschreibt Frédéric Krumbein die Einschränkungen und Unterschiede in der Auslegung von Menschenrechten in den beiden wichtigsten Staaten der Welt.

Die Vereinigten Staaten von Amerika, die sich gern durch »Menschenrechtsberichte« als Richter über andere Länder erheben, definieren die politischen und bürgerlichen Rechte ihrer Verfassung als Menschenrechte. Und nach wie vor ist das Recht auf Eigentum das oberste aller Menschenrechte. Derweil priorisiert China die sozialen Menschenrechte sowie die kollektiven Menschenrechte auf Grundsicherung und Entwicklung.

Während also die USA immer noch nicht die Zeit überwunden haben, da Eigentum in Form von Sklaven als Menschenrecht definiert war, verharrt China auf den unteren Stufen der Maslow'schen Bedürfnishierarchie, derzufolge der Deckung der physiologischen und Sicherheitsbedürfnisse das Hauptaugenmerk gilt. Wobei in der Bevölkerung bald Individualbedürfnisse in den Vordergrund rücken werden und, mit dem Erwerb von Eigentum, der Schutz desselben.



Im folgenden Interview mit Rainer Roth ⁴⁸ versuche ich herauszukristallisieren, wie sich die Wahrheit der Geschichte der »Menschenrechte« in der heutigen Politik widerspiegelt, insbesondere jener Mächte, die einst solche grundlegenden Rechte proklamierten:

Mitschka: Herr Roth, ich beschäftige mich mit Geschichte, um daraus Lehren für die Gegenwart zu ziehen. Leider muss ich aber feststellen, dass die Geschichte, die uns in der Schule, in Universitäten und den Medien vermittelt wird, oft ein entstelltes Bild der Vergangenheit darstellt, im besten Fall das Bild aus der Sicht des besitzenden Establishments. Ihr Buch *Sklaverei als Menschenrecht* korrigiert in vielen Fällen das Bild der Vergangenheit, das uns über die Sklaverei vermittelt wird. Mit folgenden Fragen möchte ich Ihre Meinung dazu einholen, inwiefern nach Ihrer Ansicht Parallelen oder Erkenntnisse über derzeitige politische Auseinandersetzungen zu ziehen sind.

Als ich kurz nach der Jahrtausendwende im Rahmen meiner Arbeit als Unternehmensberater nach Bangladesch reiste, um Partner für eine deutsche Firma zu suchen, traf ich bei einem der möglichen Kooperationspartner auf eine schier endlose Schlange von einfachen Leuten vor der Firmentür. Auf die Frage, was es damit auf sich hätte, antwortete man mir, dass die Menschen ihre Arbeitsfähigkeit demonstrieren wollten und einen Job auf einer Großbaustelle im Ausland suchten. Wenn ich solche Stellen vermitteln könnte, so wurde mir versprochen, würde man mir 500 Dollar pro Kopf zahlen. Es waren freiwillige, anspruchslose Arbeitssklaven, die zu Billigstkonditionen bereit waren, 10 Stunden und mehr am Tag zu arbeiten, die bereit waren, sich für 3 Jahre zu verpflichten, im Ausland zu arbeiten, ihren Flug selbst zu bezahlen und das Gehalt des ersten Jahres für die Vermittlungsgebühr zu opfern. Ich war damals schockiert. Nun schreiben Sie in Ihrem Buch:

Zu Beginn stellten hauptsächlich weiße Vertragsarbeiter (*indentured servants*) die Arbeitskräfte auf den Plantagen von Barbados. Vermittler versteigerten sie meistbietend an die Pflanzer. Sie kosteten etwa zwölf Pfund und konnten bei Nichtgefallen weiterverkauft werden. Es waren vor allem arme Leute aus England, Irland und Schottland, entwurzelte Farmer oder Pächter und unterbeschäftigte Arbeiter, die sich vertraglich (*indentured*) verpflichteten, eine gewisse Zeit für ihren Käufer zu arbeiten. Sie hatten die Kosten der Überfahrt und Vermittlung sowie die Kosten ihrer Unterbringung, Kleidung und Verpflegung abzarbeiten. Die Vertragszeit betrug drei bis zehn Jahre, auf Barbados im Durchschnitt 6,75 Jahre (Meissner 2008, 27).

Sind das nicht vergleichbare Situationen?

Roth: Die Schuldklaverei ist bis heute nicht beseitigt. Sie wird, wenn ich das richtig sehe, millionenfach vor allem in den arabischen Emiraten angewandt. Die ArbeiterInnen stammen aus Pakistan, Indien, den Philippinen usw. Die Ölförderung und Ölverarbeitung in den Emiraten hängt von Schuldklaven ab. Von daher leben die Nationen der Menschenrechte heute ebenfalls noch von einer »modernen« Form der Sklaverei.

Es gibt ein Buch von Kevin Bales über die moderne Sklaverei. Ihre wichtigste Form ist die Schuldklaverei, die die offene Sklaverei abgelöst hat. Sie ist hauptsächlich in Indien verbreitet, einem Land, in dem sich Bauern häufig verschulden und dann ihre Schulden über eine befristete Schuldklaverei abarbeiten müssen.

Mitschka: In Ihrem Buch wiederholen Sie immer wieder, dass die Sklaverei keineswegs durch den Kapitalismus abgeschafft wurde, sondern vielmehr das Rückgrat für seinen Erfolg war. Wurden die Sklaven bzw. ihre Nachkommen irgendwann einmal dafür entschädigt, dass jene unglaubliche Kapitalakkumulation durch sie ermöglicht worden war?

Roth: Nein, zu keinem Zeitpunkt. Da sie Eigentum der Sklavenhalter waren, waren nur diese entschädigungsberechtigt für den Verlust ihres Eigentums. So ist es ja in der französischen Menschenrechtserklärung vereinbart. Auch Großbritannien hielt es so. 40 Prozent der Einnahmen eines staatlichen Haushalts, 20 Millionen Pfund, wurden für die Entschädigung der Sklavenhalter aufgebracht. Die Sklaven mussten nach der Proklamation ihrer Freilassung im Jahre 1834 ihre »Freiheit« mit 4 weiteren Jahren nahezu unentgeltlicher Arbeit für ihre ehemaligen Sklavenhalter abarbeiten.

Anders war es in den Südstaaten der USA. Dort wurden die Sklavenhalter nicht mit Geld entschädigt. Das war im Grunde ein Bruch der amerikanischen Verfassung, die keine entschädigungslose Enteignung zuließ. Die Entschädigung bestand jedoch darin, dass die Sklavenhalter am Ende die Verfügungsgewalt über ihre ehemaligen Sklaven behalten und sie einem konsequenten System der Rassentrennung unterwerfen konnten, das von den Nordstaaten akzeptiert wurde.

Es stimmt jedoch nicht ganz, dass der Kapitalismus die Sklaverei abgeschafft hat. Er hat die offene Sklaverei weitgehend beseitigt, weil sie nicht den Anforderungen des Industriekapitals an flexible Arbeitskräfte entsprach. Er hat jedoch die versteckte Sklaverei nicht abgeschafft: einerseits die Schuldklaverei, andererseits die Lohnsklaverei. Laut John Locke ist es eine Form der Knechtschaft, wenn jemand seine Arbeitskraft als Ware verkauft. Die damit verbundene Abhängigkeit von einem Käufer und darüber hinaus die Abhängigkeit von Märkten, die ein Eigenleben führen, ist eine indirekte, eine versteckte Sklaverei.

Mitschka: Herr Roth, Sie schreiben von einem Krieg zur Verbreitung des Christentums und führen aus:

Indianer und schwarze Afrikaner für Kinder zu halten, die durch vernunftbegabte Europäer auf die Stufe des Menschen emporgehoben werden, nahm den Standpunkt der Aufklärung vorweg. Die christliche Missionierung ebenso wie die säkulare Aufklärung verstand sich als eine Art Entwicklungshilfe für (geistig und kulturell) unterentwickelte Völker.

Für mich hört sich das sehr ähnlich an wie gewisse Reden, die Politiker heute halten, um den »unterdrückten Völkern« Freiheit und Demokratie zu bringen. Und so wie damals sterben dabei eben Millionen. Mache ich dabei einen Gedankenfehler?

Roth: Nein. Bis heute gibt es sogenannte Entwicklungsländer, die nach Ansicht der entwickelten Länder des Westens an die Zivilisation herangeführt werden müssen. Das Menschenrecht auf Privateigentum und die dem entsprechenden politischen Vertretungsorgane, die nur einer Minderheit der Bevölkerung die politische Herrschaft verschaffen, sollen auf der ganzen Welt eingeführt werden. Alle Länder, die sich dem widersetzen, sind unzivilisierte Schurkenstaaten und müssen durch ökonomische Abhängigkeit, korrupte Regierungen und/oder militärische Interventionen abhängig gehalten werden.

Mitschka: In Ihrem Buch schreiben Sie, dass die Menschenrechtserklärung, die Unabhängigkeitserklärung und die Bundesverfassung von Sklavenhaltern aus Virginia entworfen wurden. Wurden damals die »Menschenrechte« anders definiert als heute?

Roth: Nein. Bis heute ist das Eigentum, besser das Privateigentum, das wichtigste Menschenrecht. So sahen es schon John Locke und auch Rousseau. Heute wird das meist in den Hintergrund geschoben. Da Sklavenhaltung in Sklavenplantagen, die Tabak, Zuckerrohr, Baumwolle usw. anbauen, Grundlage der Ökonomie der englischen Kolonien war, ist es logisch, dass Sklavenhalter auch an der Spitze der amerikanischen, antikolonialistischen Revolution standen und auch lange Zeit die Präsidenten der USA stellten. Die amerikanische Verfassung war die rechtliche Form, die sich der größte Sklavenhalterstaat der modernen Geschichte gab. Die Befreiung von der Sklaverei war ein Verfassungsbruch. Im Übrigen war John Locke, der Vater der englischen Menschenrechte und der Inspirator der amerikanischen Verfassung, Aktionär einer Sklavenhandelsgesellschaft und über Jahre Sekretär der englischen Sklavenhalterkolonie Carolina. Die französische Menschenrechtserklärung wurde von den zahlreichen Vertretern der Sklavenhalter und – händler, die im französischen Parlament saßen, mit verabschiedet.

Mitschka: In Ihrem Buch liest man, dass nach Verabschiedung der »Verfassung der Freiheit« in den USA die Unfreiheit der Sklaven um rund 560 Prozent anstieg. Andererseits ... passiert heute nicht genau das Gleiche, wenn man sich zum Beispiel die »Bomben für Freiheit« gegen den Irak oder gegen Libyen anschaut, begründet mit Menschenrechten, und dann die Folgen betrachtet?

Roth: Die Expansion der Sklaverei in den USA war eine Folge der industriellen Revolution in England, die ihren Kern in der Baumwollindustrie hatte. Hier verband sich die direkte Sklaverei der USA mit der indirekten Sklaverei der britischen Arbeiterklasse. Im Irak und in Libyen ging es der »westlichen Wertegemeinschaft« darum, kapitalistische Länder, die eine relative Unabhängigkeit gegenüber den früheren Kolonialmächten erkämpft hatten, zu ruinieren und sie zu unterwerfen.

Mitschka: John Locke, der von *Wikipedia* als »Vordenker der Aufklärung« und als »Vater des Liberalismus« bezeichnet wird, erhält in Ihrem Buch das zusätzliche Attribut »Menschenrechtler«. Mit seinen Thesen legitimierte er im Prinzip die ewige Sklaverei. Ist es Zufall oder liegt es an diesem Geist der »Aufklärung«, dass heute besonders von »Liberalen« Kriege für Freiheit, Menschenrechte und Demokratie gefordert werden?

Roth: Locke wird als »Vater der Menschenrechte« bezeichnet, als der Erste, der sie formulierte. Die englische Revolution, deren Ideologe er war, führte nach ihrem Sieg 1649 und schließlich 1688 mit wenigen Unterbrechungen Kriege zur Eroberung von Kolonien wie Irland, Jamaika, Indien oder Afrika, aber auch Kriege gegen die Konkurrenten Niederlande und Frankreich, um das Menschenrecht auf Vermehrung des Privateigentums auszuüben. Ein Menschenrecht für Iren, Kariben, Inder usw. auf Eigentum wurde nicht anerkannt. Eroberungskrieg war ein Menschenrecht.

Das englische Menschenrecht auf Eigentum stand gegen das französische Menschenrecht auf Eigentum. Die Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft ist das private Individuum und sein Egoismus. Der Egoismus hat regionale und nationale Formen. Im Kampf der nationalen Menschenrechte auf Eigentum setzt sich das stärkste Land mithilfe von Kriegen durch. Und das war eben England, bis es durch die USA abgelöst wurde.

Mitschka: Locke hatte das Recht, Sklaven zu besitzen, als Menschenrecht bezeichnet. Der Schutz des Privateigentums war für Locke das wichtigste Menschenrecht. Wie sehen Sie die heutigen Verfassungen einerseits und die tatsächlichen Verhältnisse andererseits im Vergleich zum 17. Jahrhundert?

Roth: Die heutigen Verfassungen sehen ihren Ursprung in den Verfassungen und Rechten der Revolutionen von England, Frankreich und den USA und in ihren allgemeinen Formeln wie Freiheit, Demokratie, Rechtsstaat usw. Die Kontinuität zeigt sich darin, dass bis heute nur ein Menschenrecht auf Entschädigung der ehemaligen Sklavenhalter anerkannt wird, während man jede Form von Entschädigung der ehemals Versklavten ablehnt, obwohl Sklaverei seit Kurzem als Verbrechen gegen die Menschheit gilt. Das Gleiche gilt für die Kolonialverbrechen, die bis heute ungesühnt sind. Allerdings haben sich die Dinge mit dem Fortschritt der Produktivkräfte und mit dem Widerstand der Sklaven, der Lohnabhängigen, der Bauern und dem Aufkommen der nationalen Befreiungsbewegungen geändert. Das waren die treibenden Kräfte, warum neue Formen für alte Abhängigkeiten gefunden werden mussten.

Mitschka: Sklaven konnten in England und den Kolonien einige Jahrhunderte lang willkürlich getötet werden, im schlimmsten Fall gab es eine Geldstrafe. Ist es übertrieben zu sagen, dass das willkürliche Töten von Menschen mit Drohnen – aufgrund von Schatten oder anderen Vermutungen – sowie die Bombardierung von Ländern mit Millionen von Todesopfern die Fortsetzung dieses Denkens sind?

Roth: Laut Locke gab es ein Recht auf Leben als grundlegendes Menschenrecht. Das bezog sich jedoch nur auf das Leben der bürgerlichen Geschäftsleute im Verhältnis zur Willkür absolutistischer Herrscher. Sklaven hatten ebenso wenig ein Recht auf Leben wie die Armutsbevölkerung Englands, die Einwohner Irlands oder Indiens, die zu Hunderttausenden an Hunger starben, weil ihre

ökonomische Entwicklung unterdrückt und ihre Ökonomie auf die Bedürfnisse Englands zugeschnitten wurde.

Das Menschenrecht auf Leben hat nie eingeschlossen, dass keine Menschenleben aufs Spiel gesetzt werden sollen, um Eroberungskriege zu führen. Das gilt bis heute. Und mit den wachsenden, gewaltigen Zerstörungskräften der Waffensysteme können immer mehr Menschen straflos vom Leben in den Tod befördert werden.

Mitschka: Das Verstümmeln und Foltern von Sklaven auch durch Christen war noch bis ins letzte Jahrhundert durchaus Praxis. Sehen Sie zum Beispiel die Tatsache, dass die USA in jedem Krieg – von Korea über Vietnam bis Irak – immer wieder Folter als übliche Praxis einsetzen, als Hinweis darauf, dass der Geist der Sklaverei längst noch nicht überwunden ist?

Roth: Folter hat ihren Ausgangspunkt nicht im Terrorismus gegen Sklaven. Sie war auch ein Mittel der religiösen Unterwerfung und ist bis heute ein Mittel der Kriegführung. Andererseits: Ist nicht auch der Hunger, zu dem Eroberungskriege wie in Syrien und anderswo Millionen Menschen verurteilen, eine Form der Folter?

Mitschka: Die Tötung von Sklaven war auch später nur strafbar, wenn die Tötung vorsätzlich erfolgte. Man ging aber zunächst davon aus, dass eine solche Absicht nicht vorlag, solange der Gegenbeweis nicht erbracht wurde. Sehen Sie hier Verbindungen zu den Tötungen von Menschen durch die Polizeiorgane und der Tötung von Zivilisten in Angriffskriegen zum Beispiel der USA?

Roth: Die zahlreichen straflosen Morde von Polizisten an Schwarzen in den USA sind eine Fortsetzung der früheren straflosen Lynchmorde mit anderen Mitteln.

Mitschka: In der Geschichte wird ja der US-Bürgerkrieg immer wieder als »erster Menschenrechtskrieg« bezeichnet, weil es angeblich um die Abschaffung der Sklaverei ging. In Ihrem Buch lesen wir nun, dass erste Menschenrechtserklärungen von Sklavenhaltern erstellt worden waren. Was hatte der Bürgerkrieg nun wirklich mit Menschenrechten zu tun, und war tatsächlich das Recht auf Sklavenhaltung als Menschenrecht definiert worden?

Roth: Im Bürgerkrieg ging es vor allem darum, die Einheit der USA zu bewahren. Die Südstaaten hatten einen unabhängigen Sklavenhalterstaat gegründet und beriefen sich dabei auf die amerikanische Verfassung. Das war nicht im Interesse des Kapitals in den Nordstaaten, das einen möglichst großen nationalen Markt für seine Expansion benötigte. Lincoln proklamierte die Sklavenbefreiung (ähnlich wie die französischen Jakobiner) als Kriegsmaßnahme, um die Südstaaten zu schwächen. Es ging dabei nicht um Menschenrechte. Das zeigte sich auch nach dem Sieg der Nordstaaten, als die Rassentrennung auch von den Staaten des Nordens toleriert wurde. Was hatte die 100-jährige Apartheid in den USA mit Menschenrechten zu tun? Nichts!

Mitschka: Herr Roth, in Ihrem Buch beschreiben Sie im Prinzip auf über 600 Seiten, wie sich die Vorstellung von Menschenrechten im Laufe der Jahrhunderte veränderte und das Recht auf Sklaverei über Jahrhunderte als Menschenrecht betrachtet wurde. Heute haben wir die Erklärung der universalen Menschenrechte, die aber auch nur teilweise von den Mächtigen der Welt anerkannt werden. Während die USA das Recht auf »Freiheit«, Demokratie und Meinungsfreiheit in den Vordergrund stellen, und dafür auch Kriege führen, betont China in erster Linie das Grundrecht auf

Erfüllung der elementaren Bedürfnisse des Menschen wie Nahrung, Krankenfürsorge, Kleidung, Wohnung. Was sehen Sie als nächsten Schritt der Entwicklung von »Menschenrechten«.

Roth: Unter dem Eindruck der nationalen Befreiungsbewegungen und des Sieges der damals sozialistischen Sowjetunion über den Hitler-Faschismus wurden in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung soziale Menschenrechte formuliert wie das Recht auf Arbeit, das Recht auf einen fairen, ausreichenden Lohn für Familien, das Recht auf Bildung usw. Diese proklamierten Menschenrechte werden jedoch nicht umgesetzt. Das ist auch gar nicht möglich, weil das wichtigste Menschenrecht, das auf Privateigentum und Kapitalverwertung, es nicht zulässt. Beschäftigt wird nur jemand, an dessen Arbeit ein anderer verdienen kann. Das schließt ein Recht auf Arbeit für alle aus. Eingestellt werden Kräfte, die möglichst billig sind, sodass Löhne gezahlt werden, die unterhalb des Existenzminimums liegen. Für die Unterhaltskosten der Familien der Arbeitskräfte fühlt sich das Kapital nicht zuständig. Soziale Menschenrechte stehen im Widerspruch zu den Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft.

Mitschka: Herr Roth, Sie beschreiben, wie Liberalismus und Sklaverei einträchtige Zwillinge in der Geschichte waren. Ist die Förderung von Kriegen durch Liberalismus die Fortsetzung dieser Geschichte?

Roth: Der Liberalismus tritt nicht etwa für die universale Freiheit ein, sondern für die größtmöglichen Abhängigkeiten von Arbeitskräften, die sich als Ware auf Märkten verkaufen müssen. Von daher trat der Liberalismus nicht nur für die Aufrechterhaltung der Sklaverei ein, sondern auch für Gewerkschaftsverbote, Streikverbote usw. Die englische Revolution wie auch die französische fassten Gewerkschaften und Streiks als Verstöße gegen das Menschenrecht auf Privateigentum auf. Liberale waren von Anfang an auch für Kriege, um die eigene ökonomische Position zu stärken. Sie waren und sind Vertreter des Imperialismus.

Mitschka: Auf über 600 Seiten widerlegen Sie die Geschichtssicht Liberaler, die ihre Vergangenheit offensichtlich nicht aufarbeiten wollen. Was sind wohl die Gründe, warum es keine klare Anerkennung der Fehler der Vergangenheit gibt? Vielleicht um keine Zweifel an der heutigen Politik zuzulassen, die auf dem sogenannten Neo-Liberalismus basiert?

Roth: Richtig. Die Verfälschung der eigenen Geschichte, die auf einem terroristischen Vorgehen gegen das eigene Volk und andere Völker beruht, ist notwendig, um an die Anfänge der bürgerlichen Revolution anknüpfen zu können. Sklaverei wird heute allgemein als »Verstoß gegen die Menschenrechte« dargestellt, obwohl sie doch die Verwirklichung des Menschenrechts auf Eigentum darstellte. Der egoistische Mensch ist die Grundlage der Menschenrechte. Das zeigt sich vielleicht am deutlichsten in der millionenfachen Versklavung von Afrikanern. Obwohl es ununterbrochen behauptet wird, waren die Menschenrechte auch zu keinem Zeitpunkt universal. Die juristische, fast religiöse Verklärung des individuellen Egoismus von Geschäftsleuten muss, wenn sie aufrechterhalten werden soll, von Raub, Mord, Unterdrückung, Sklaverei und Unfreiheit gereinigt werden, damit der Egoismus des Profits als unbefleckte Empfängnis erscheint.

Mitschka: Sie schreiben über den Bürgerkrieg der USA:

Der Bürgerkrieg entwickelte sich auch nicht aus dem Widerspruch zwischen der Freiheit für weiße Männer und der Unfreiheit für Schwarze, sondern aus dem Widerspruch zwischen denen, die die Sklaverei ausdehnen und denen, die die Ausdehnung der Sklaverei verhindern wollten. Beide Parteien standen zu Beginn des Bürgerkriegs auf dem Boden der Sklaverei. [...] Hätten die Konföderierten die Waffen niedergelegt, wäre die Sklaverei weiterhin mit Lincolns Zustimmung ein Menschenrecht geblieben.

Wenn ich das lese, scheint mir der Bürgerkrieg der USA der erste von vielen Kriegen des Landes, bei dem Menschenrechte vorgeschoben wurden, um handfeste Interessen des Kapitals durchzusetzen. Oder sehe ich das falsch?

Roth: Ob es der erste war, müsste untersucht werden. Die Sklaven wurden nicht im Namen der Menschenrechte befreit, sondern um die Sklavenhalter der Südstaaten militärisch und ökonomisch zu treffen. Die Schwarzen haben sich ihre Freiheit auch teilweise selbst erkämpft. Sie leisteten einen bedeutenden Beitrag für die Abschaffung der Sklaverei. Es ging im Bürgerkrieg nicht um Menschenrechte. Lincoln war ebenso wie vorher Jefferson usw. der Meinung, dass die Schwarzen nicht in den USA zusammen mit den Weißen leben sollten, sondern dass man eine neue Heimat für sie finden sollte, zum Beispiel in Afrika oder in der Karibik.



Beim kolonialen Krieg gegen die Bevölkerung anderer Kontinente starben in 400 Jahren allein durch die Sklaverei ca. 50 Millionen Menschen, ⁴⁹ wie man dem Buch von Rainer Roth entnehmen kann. Die Kriege, die nur schon allein die USA seit dem Zweiten Weltkrieg im Namen von »Freiheit und Demokratie« geführt haben, kosteten in ca. 70 Jahren über 20 Millionen Menschenleben. Womöglich müssen wir damit rechnen, dass die neokolonialen Kriege für »Freiheit und Demokratie« noch schlimmer werden als die Schlachten, die für »Zivilisation und Religion« geführt wurden.

Das Buch Roths erinnert daran, dass noch während der vom Westen so sehr beworbenen Aufklärung Sklaven in Haiti lebend an Hunde verfüttert wurden, weil das Menschenrecht an Eigentum bedroht worden war. In dem Buch fand ich ferner die Aussage eines Offiziers namens Léon Fiévez in der Kolonie Belgisch-Kongo:

Ich führte Krieg gegen sie. Ein Exempel war genug: einhundert abgeschnittene Köpfe, und es gab viel höhere Abgaben als zuvor. Mein Ziel ist letztlich humanitär. Ich tötete einhundert Leute ... aber das erlaubte es fünfhundert anderen zu leben.

Erinnert nur mich das an die »humanitären Kriege« des 21. Jahrhunderts und das scheinheilige Betrauern »notwendiger« Kollateralschäden? Die Frage ist, ob es von damals zu den heutigen »Bomben für Freiheit und Demokratie« eine Verbindung gibt, ob bei der Bombardierung und Tötung zur Durchsetzung von »Menschenrechten« nicht die gleiche pharisäerhafte Heuchelei zu erkennen ist, zum Beispiel wenn die Außenministerin der USA erklärt, dass 500000 tote Kinder durch Sanktionen gegen den Irak traurig, aber »den Preis wert waren«? ⁵⁰

Als Todesstrafe für Sklaven waren in Barbados und der Karibik das langsame Verbrennen bei lebendigem Leib üblich. Mir drängten sich die Bilder auf, die den Abwurf von weißem Phosphor durch die USA im Irak oder durch Israel in Gaza aufzeigten, die Bilder von verbrannten Kindern in Vietnam, die Napalmbomben zum Opfer gefallen waren.

»[Schwarze] Leihsklaven standen in direkter Konkurrenz zu Lohnarbeitern und wurden als Waffe gegen sie eingesetzt«, so liest man über das große Geschäft der Südstaatler mit Sklavenverkauf- oder – vermietung. Sklaven waren also auch eine Waffe, um das Aufbegehren der Arbeiter zu

unterdrücken. Liest man Berichte darüber, wie in Ländern illegale Immigranten und Flüchtlinge durch legale und illegale Beschäftigungsverhältnisse genutzt werden, um das Lohnniveau zu drücken, erkennt man meiner Meinung nach, wie wenig sich fundamental geändert hat.

Schauen wir uns nun am Beispiel Syrien an, wie die Nachfolger von Locke heute für humanitäre Kriege argumentieren.

5. Syrien – Die Menschenrechtsindustrie im »humanitären Krieg«

TIM ANDERSON

Der humanitäre Krieg, der angeblich aus selbstlosen, altruistischen Motiven geführt wird und heutzutage auf der Doktrin der »Schutzverantwortung« basiert, hat die Ausweitung großzügig geförderter Menschenrechtsorganisationen beflügelt – Organisationen, die eher gewerblichen PR-Agenturen als »Nichtregierungsorganisationen« gleichen. Große Agenturen wie die in den USA ansässige Gruppe Human Rights Watch (HRW) oder Amnesty International haben mit der Rechenschaftspflicht, der Bürgerbeteiligung und der Unabhängigkeit traditioneller NGOs kaum etwas gemein. Sie sind Unternehmen von immensem Umfang – oder sind dazu geworden – und haben ihren Hauptsitz meist in mächtigen Staaten, vor allem in den USA.

Weitere Agenturen mit besonderer Zweckbindung, die zum Beispiel eigens für den Syrienkrieg geschaffen wurden, haben von den gleichen mächtigen Staaten oder dort ansässigen Unternehmen Zuwendungen in vielfacher Millionenhöhe erhalten, um den humanitären Krieg zu unterstützen.



Jean Bricmont weist darauf hin, dass der Hauptzweck der UNO, nämlich Kriege zu vermeiden, durch die neue Doktrin der »humanitären Intervention« untergraben wurde. ⁵¹ Patrick Henningsen spricht von einem »industriellen Komplex der Menschenrechte«, der auf den guten Absichten »hart arbeitender und in höchstem Maße gebildeter Einzelpersonen« basiert. Diese Menschen jedoch sind meist nicht einbezogen in die politischen und strategischen finanziellen Beziehungen ihrer Gruppe. ⁵²

Diese Art der Verbreitung von »Menschenrechten« ist auch ein großes Geschäft. Amnesty International, eng verbunden mit dem US-Außenministerium, gibt rund 280 Millionen Euro pro Jahr aus. ⁵³ Human Rights Watch, eng mit der Partei der »Demokraten« in der US-Politik verlinkt, verfügt über ein Vermögen von mehr als 220 Millionen US-Dollar. ⁵⁴ Die »Weißhelme« (White Helmets), gegründet von einem ehemaligen britischen Soldaten, erhielten für ihr kriegesisches Vorgehen in Syrien über 100 Millionen US-Dollar, ⁵⁵ die hauptsächlich von den Regierungen Großbritanniens und der USA bezahlt wurden. ^{4*}

Diese Menschenrechtsindustrie half dabei, die letzten Kriege im Mittleren Osten zu vermarkten, besonders den Stellvertreterkrieg in Syrien. Solchen Kriegen liegt eine modernistische Doktrin zugrunde, die neokolonialen Stimmen Dominanz verleiht, Vertretern des Imperialismus, die als unabhängige Mediatoren auftreten. Der größte Widerspruch dieses Projekts des Westens im Namen der Menschenrechte jedoch ist dessen Missachtung des ersten Artikels der internationalen Menschenrechtscharta, in der das Selbstbestimmungsrecht der Völker und Nationen festgeschrieben ist. ⁵⁶ Angesichts dieser offensichtlichen Barriere bei der Ausübung von Machtansprüchen wurde die Idee einer »Schutzverantwortung« geschaffen, ⁵⁷ um neue Vorwände für militärische Interventionen parat zu haben.

Bei der internationalen Befürwortung des Vorgehens gegen Syrien zum Schutz von »Menschenrechten« spielten insbesondere zwei Aspekte eine wichtige Rolle:

1. Der vorgeschobenen Saga zur Begründung des Krieges (»die Regierung tötet die eigene Bevölkerung«) wird mehr Gewicht verliehen als forensischen Beweisen.
2. Es wird hartnäckig darauf beharrt, dass der syrische Staat (das »Regime«) angeblich nicht befugt sei, mit seiner nationalen Armee die syrische Bevölkerung zu verteidigen oder seine Städte von den aus dem Ausland unterstützten Stellvertreterarmeen zu befreien, ohne dass die staatlichen Sponsoren des Terrorismus dazu ihre Erlaubnis erteilt hätten – eine geradezu lächerliche Forderung an einen unabhängigen Staat. Dutzende von Ländern wurden so zu potenziellen Zielen.

In der vorliegenden Abhandlung wird die Menschenrechtsindustrie als Schlüsselfaktor für die zur Norm erhobenen »humanitären Kriege« des 21. Jahrhunderts charakterisiert. Dabei wird das Phänomen durch das Vorgehen von Menschenrechtsorganisationen im Krieg gegen Syrien illustriert. Anhand unabhängiger Quellen wird aufgezeigt, dass die Propaganda für Interventionen während einer Serie kritischer Ereignisse gleichbleibend einseitig war, gegen die elementaren Prinzipien einer fairen Einschätzung verstieß und sich die voreingenommene Berichterstattung während des gesamten Krieges verstärkte.

Ohne jetzt beurteilen zu wollen, ob die syrische Armee und deren Verbündete sich nicht tatsächlich Verstöße haben zuschulden kommen lassen, muss festgehalten werden, dass durch das Narrativ des »humanitären Krieges« jede Chance auf eine faire Beurteilung im Keim erstickt wurde. Eine betroffene Nation von geringem internationalem Gewicht hat kaum eine Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen.

Andererseits fällt auf, wie selten Großmächten zugehörige Menschenrechtsorganisationen die groben Verletzungen internationalen Rechts anmahnen, die von den sie finanzierenden Staaten begangen wurden. Stattdessen befeuern ihre einseitigen, frisierten oder zurechtgebastelten Berichte den »humanitären Krieg« und laden geradezu zu Gräueltaten unter falscher Flagge ein. So sollen »Ausnahmesituationen« erschaffen werden, um Verstöße gegen das Völkerrecht und Verletzungen der Souveränität eines Staates zu legitimieren. **58**

Ich werde zunächst auf die menschenrechtlichen Vorwände für den »humanitären Krieg« und die damit verbundenen, praktisch zur Normalität geratenen Interessenkonflikte eingehen. Danach werde ich anhand hinlänglicher Beispiele die Voreingenommenheit einiger der wichtigen internationalen Organisationen und sogar deren Fälschungen nachweisen. Die globalen Organisationen, über die ich berichte, sind Amnesty International und Human Rights Watch, während die zu einem bestimmten Zweck gegründeten »Nichtregierungsorganisationen« The Syria Campaign und die White Helmets sind.

Menschenrechte als Vorwand für »humanitären Krieg«

Humanitäre Kriege sind nichts Neues. Ihre Wurzeln lassen sich auf den liberalen europäischen Imperialismus des 19. Jahrhunderts zurückverfolgen sowie zu den fadenscheinigen Vorwänden eines »realistischen« Imperialismus. Der Liberalismus betont in der Theorie den Individualismus, die Nichteinmischung und den friedlichen Austausch, um seine koloniale Geschichte zu kaschieren.

So bezeichnete der britische Liberale John Stuart Mill, bekannt für seine Abhandlungen über individuelle Freiheit, den britischen Kolonialismus als »das beste Geschäft, das die Hauptstadt eines alten und wohlhabenden Landes betreiben kann«. Weiter schrieb er: »Zwischen zivilisierten Ländern und Barbaren können nicht die gleichen Regeln der internationalen Moral angewandt werden.« ⁵⁹ In dieser Form des Liberalismus herrschte die Vorstellung: »Barbaren verfügen über keinerlei Rechte einer Nation – außer der Behandlung, mit der sie dazu gebracht werden, eine zu werden.« ⁶⁰ Mill glaubte an rechtschaffene britische Interventionen, zum Beispiel um »zwischen streitenden Parteien zu vermitteln ... [und] für eine milde Behandlung des Besiegten einzutreten«. ⁶¹ Dieses Erbe der »zivilisatorischen Mission« wurde – im Unterschied zu den imperialistischen Traditionen Europas und zugunsten einer evangelisierenden Missionierung der »Freiheit« – in die nordamerikanische Tradition des »Exzeptionalismus« übernommen. Trotz ihrer kolonialen Landkäufe (zum Beispiel Louisiana) und Eroberungen (zum Beispiel Mexiko und Kuba) hatten die Vereinigten Staaten immer wieder den Status einer imperialen oder kolonialen Macht verleugnet. Das Selbstbildnis eines exzeptionalistischen Staates, eines »Lichts auf dem Gipfel«, blieb zentrales Thema. ⁶²

Das bedeutet, dass die nordamerikanische Macht größeren Wert auf die Betonung idealisierender Sprache legt als die Europäer. Der US-Imperialismus gibt vor, keine imperialen Altlasten zu besitzen. In diesem Sinne scheint er, zumindest nominal, mehr mit dem Völkerrechtskorpus konform zu gehen, der von den Vereinten Nationen nach 1945 entwickelt wurde.

Moderne Kriegspropaganda muss daher diesen historisch bedingten Idealismus berücksichtigen, wenngleich nur aus traditionellen Gründen: um die Mission eines Aggressors moralisch zu erhöhen und möglichen Widerstand auszuschließen, besonders von jenen, die ihre eigene Bevölkerung und Nation zu verteidigen gedenken. Zu den Werkzeugen gehören dann die heute so beliebten Normen der »Menschenrechte« und die Subsumierung in einer modernen, imperialen Sprache, wie zum Beispiel, dass es »unsere Aufgabe« sei, alle Menschenrechtsprobleme zu lösen. Das heikle Thema der Selbstbestimmung der Völker und Nationen geht unter in einem Narrativ, das auf der Vorstellung beharrt, die Bevölkerung »gescheiterter« oder »fragiler« Staaten müsse vor ihren eigenen »Diktatoren«, egal ob gewählt oder nicht, gerettet werden. Imperialismus ist und bleibt nun mal Imperialismus.

Im Zuge des sogenannten »Amerikanischen Jahrhunderts« und des erhofften »Neuen Amerikanischen Jahrhunderts« ⁶³ kam es dann zu abwechselnden Phasen des Machtstrebens, zum einen geprägt durch einen »realistischen« Ansatz, bei dem direktere Ziele und Methoden verfolgt wurden, zum anderen durch einen »liberalen« Ansatz, bei dem es um die Konsolidierung der hegemonialen Ideologie ging.

Die traditionellen Ziele – die zivilisatorische Mission und das Ausschalten von Wettbewerbern – blieben zwar bestehen, sie waren aber durchsetzt mit Phasen der verbalen Bekräftigung und Legitimierung. Im zeitgeschichtlichen Kontext einer heraufziehenden Energiekrise und eines Washington, das den Iran an die Islamische Revolution »verlor«, verkündete so die »liberale« US-Regierung zu Beginn der 1980er-Jahre, der Persische Golf sei von zentraler Bedeutung für »die lebenswichtigen Interessen der Vereinigten Staaten von Amerika«. ⁶⁴ Damit wurden die territorialen Ansprüche der USA, wie sie dort seit über einem Jahrhundert verfolgt worden waren, offiziell auf den Mittleren Osten erweitert.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem augenfälligen Aufkommen eines unilateralen globalen Systems begann sich die Idee des Neuen Amerikanischen Jahrhunderts auf die vollständige Kontrolle des ressourcenreichen Mittleren Ostens zu fokussieren. Dabei ging es nicht

bloß um die Kontrolle von Ölfeldern und Gaspipelines, sondern um die Beherrschung der gesamten Region. Terrorismus und die angeblich unumgängliche Zwangsabrüstung von »Schurkenstaaten« lieferten die Vorwände für die »realistischen« Invasionen Afghanistans und des Irak. Mithilfe von »kreativer Zerstörung« sollte ein »Neuer Mittlerer Osten« erschaffen werden; zu diesem Zweck sollte sektiererische Gewalt geschürt und gezielt eingesetzt werden. ⁶⁵ Ein führender US-General sprach von Plänen des Pentagons, »sieben Länder in 5 Jahren« zu besetzen, angefangen mit dem Irak und Syrien bis hin zum Iran. ⁶⁶

Bereits in den 1990er-Jahren war die liberal-imperialistische Doktrin für den militärischen Einsatz auf dem Balkan neu geformt worden. Angebliche Gewaltverbrechen und Gräueltaten lieferten der NATO den Vorwand, um die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien anzugreifen und zu zerschlagen. Dabei machte sie sich ethnische Spannungen zunutze, die aktiv befördert wurden, um Spaltungen hervorzurufen. ⁶⁷ Menschenrechtsorganisationen, eingebettet in die Außenpolitik der USA, begannen eine wichtigere Rolle zu spielen. Hinweise auf die vermeintliche westliche Untätigkeit während der Massenmorde von 1994 in Ruanda forcierten die internationalen Forderungen nach einer Intervention. Freilich hatten die USA den Regimewechsel unterstützt, der auf die Ruanda-Massaker folgte. ⁶⁸

Fortan erhielt die traditionelle Debatte der US-Außenpolitik durch die Befürwortung einer »humanitären Intervention« ein neues Gepräge. So empfahl im Jahr 2000 die ehemalige Direktorin von Human Rights Watch, Holly Burkhalter, in einer vom Außenministerium beauftragten Studie, Washington solle aus »humanitären« Gründen stärker militärisch intervenieren, angeblich um Gewaltverbrechen zu verhindern. Ihre Position war dringlicher und bestimmter als die des US-Militärs, das etwas zurückhaltender mit US-Interessen argumentierte. ⁶⁹ Die wieder auflebende Idee von »humanitären Interventionen« verwischte auf diese Weise die alten Unterscheidungen zwischen »Falken« und »Tauben«.

Die westliche Ablehnung der von der Bush-Regierung unternommenen Irak-Invasion von 2003 – aufgrund des bekanntlich falschen Vorwandes, gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen vorzugehen ⁷⁰ – erlaubte es den US-Liberalen, die Initiative zu ergreifen. Dem Projekt eines Neuen Mittleren Ostens musste größere Legitimität verschafft werden. Die Idee, dem hässlichen, »realistischen« Ansatz »intelligente Macht« entgegenzusetzen, wurde von Suzanne Nossel entwickelt, einer Mitarbeiterin von Human Rights Watch, die später mit Hillary Clinton im Außenministerium arbeitete und 2012 Geschäftsführerin von Amnesty International (USA) wurde. In ihrem Artikel »Smart Power« (2004) drängte sie zur Stärkung eines US-amerikanischen »liberalen Internationalismus«. Washington solle eine »energische Führung« in der Tradition des »Exzeptionalismus« anbieten. So könnten diverse Ziele verfolgt werden, aber »im Unterschied zu Konservativen, die sich auf die militärische Macht als Hauptwerkzeug der Staatskunst verließen, sähen liberale Internationalisten Handel, Diplomatie, Auslandshilfe und die Verbreitung von amerikanischen Werten als gleich wichtig an«. ⁷¹ Dieser facettenreiche Ansatz passte gut zur Pentagon-Doktrin der »full-spectrum dominance« ⁷² (»Überlegenheit auf allen Ebenen«), unter der das Militär wirtschaftliche, politische und kommunikative Hegemonie verstand.

Das US-Außenministerium brachte eine neue Doktrin der »Schutzverantwortung« (responsibility to protect, R2P oder RTP) in ein UN-Komitee ein. Eine »Internationale Kommission zu Intervention und staatlicher Souveränität« stellte 2001 die Idee einer »Souveränität als Verantwortung« vor, mit einem Fokus auf Gewalt in und zwischen schwachen und neuen Staaten. Der »Weltgipfel« von 2005 stellte dann fest, dass Staaten eine Verantwortung haben, große Verbrechen zu verhindern, und dass,

sollten sie dies unterlassen, die internationale Gemeinschaft »bereit sein sollte, durch den Sicherheitsrat ... ein gemeinsames Vorgehen zu veranlassen«. ⁷³ Im Jahr darauf wurde ein großer Teil des Textes in der Resolution 1674 vom Sicherheitsrat verabschiedet. ⁷⁴

Allerdings ist RTP im Kern eine imperiale Doktrin, die versucht, Krieg als Normalität zu beschreiben und das Vorrecht der Großmächte für Interventionen zu erweitern. Gemäß Edward Luck gibt es zwischen dieser Doktrin und der staatlichen Souveränität keinen zwingenden Widerspruch. Allerdings räumt er ein, dass die Idee von R2P »durch mächtige Staaten benutzt werden kann ... um aus anderen Gründen Zwangsinterventionen vorzunehmen«. ⁷⁵ Die R2P ändert zwar nichts am Völkerrecht, lenkt aber größere Aufmerksamkeit auf die interventionistische Macht des Sicherheitsrates nach Kapitel VII. Die Doktrin fördert »eine neue Norm des internationalen Gewohnheitsrechts« ⁷⁶ und legt sogar eine Verpflichtung zur Intervention nahe.

Das erste Experiment nach dieser Norm wurde von der NATO veranstaltet, als sie 2011 Libyen zerstörte. Der Vorwand war ein angebliches Massaker an Zivilisten im Zuge einer Dschihadisten-Revolte im Osten Libyens. Die britische Tageszeitung *The Guardian*, einer der wichtigsten Unterstützer »humanitärer Interventionen«, behauptete, während »Demonstrationen« seien »Hunderte Zivilisten« getötet worden. ⁷⁷ Amnesty International wusste seinerseits von angeblichen Fällen von »Mord, Entführung und Folter« zu berichten. ⁷⁸ Während Amnesty eindeutig die Intervention in Libyen unterstützte, gab sich die Organisation nach außen neutral, indem sie sowohl das relativ kleine Land als auch die mächtigen NATO-Kräfte kritisierte. Kovalik beobachtete allerdings, dass Amnesty zum »sofortigen Eingreifen« gegen Gaddafi durch die UNO aufrief, um dann milde Ermahnungen gegen die NATO wegen deren Bombenkampagne auszusprechen. ⁷⁹ Der Sturm der Beschuldigungen und Forderungen nach einer Intervention führte zur Resolution 1973 des Weltsicherheitsrats, die einen Schutz der Zivilbevölkerung durch eine »Flugverbotszone« forderte. Dieses Mandat »zum Schutz von Zivilisten« ausnutzend, intervenierte die NATO mit einem Bombenkrieg. Die libysche Regierung wurde gestürzt und Gaddafi vor aller Augen ermordet. Die Außenministerin Hillary Clinton brüstete sich öffentlich mit dem Tod des Präsidenten. ⁸⁰ Die NATO hatte das Mandat des Sicherheitsrates in grober Weise überschritten.

Die gefälschten Vorwände für den Krieg wurden schnell entlarvt. Wie Geneviève Garrigos von Amnesty International Frankreich einräumte, gab es »keine Beweise« für frühere Aussagen der Gruppe, dass Gaddafi unter Einsatz von »schwarzen Söldnern« Massaker begangen hätte. ⁸¹

Wie der amerikanische Akademiker Alan Kuperman zeigte, war Gaddafis Zerschlagung des Islamistenaufstandes im östlichen Libyen »weitaus weniger tödlich« als angenommen. In Wahrheit habe er, entgegen dem beliebten westlichen Narrativ, nie mit Massakern an Zivilisten gedroht und »von willkürlicher Gewaltanwendung abgesehen«. Späteren Schätzungen zufolge befanden sich unter den fast eintausend Opfern der ersten 7 Wochen lediglich 3 Prozent Frauen und Kinder. ⁸² Die NATO intervenierte, als die libyschen Streitkräfte bereits begannen, den Osten zurückzugewinnen. 10000 Menschen wurden im Verlauf der Intervention getötet. »Weder Beweise noch Gründe dafür, dass Gaddafi Massenmorde geplant hätte«, tauchten auf. ⁸³ Der UN-Sicherheitsrat war betrogen worden, und das Vertrauen, das man in die NATO gesetzt hatte, war bitter enttäuscht worden.

Der sofortige Missbrauch des RTP-Prinzips in der Praxis sorgte für Bestürzung. Wie Dunne und Gelber ausführten, habe das libysche Experiment die Idee einer R2P-»Norm« unterminiert, wobei die NATO durch ihre dreiste Umwandlung einer »Flugverbotszone« in einen Regimewechsel das Vertrauen der UNO betrogen und das parteiische Wesen der Intervention bewiesen habe. ⁸⁴ Chris Brown stimmt dem zu. Seiner Ansicht nach beweist die Intervention, dass die angeblich »unpolitische

Art« der Schutzverantwortung »eine Schwäche und keine Stärke ist. [...] Die Annahme, dass Politik aus der Betrachtung entfernt werden kann, ist eine Illusion und diese sollte zu einer Ernüchterung führen«. ⁸⁵

Die RTP-Doktrin verlor ihren intellektuellen Glanz. Trotzdem waren die Argumente für einen »humanitären Krieg« noch nicht vom Tisch. Schließlich hatte man in Washington eine demokratische Regierung, und in Syrien entfaltete sich gerade ein Stellvertreterkrieg. Zwar stand zu erwarten, dass ein Antrag auf eine Flugverbotszone für Syrien im Sicherheitsrat von Russland und China blockiert würde, da diese beiden Staaten sich aus der Erfahrung mit dem Fall Libyen betrogen fühlten; aber auch wenn die gewünschte Resolution des UN-Sicherheitsrats nicht durchginge, waren die »moralischen« Argumente für eine humanitäre Intervention in Syrien auf den Weg gebracht.

Ignorierte Interessenkonflikte

Die Interventionen mit »intelligenter Gewaltanwendung« in Libyen und Syrien demonstrierten eindrücklich, wie eigentlich bekannte Interessenkonflikte in einer neoliberalen Ära einfach ignoriert werden. Die USA griffen alsbald in den Syrienkonflikt ein, zunächst indem sie regierungsfeindliche Gruppen mit »nichtletalen Hilfsmitteln« unterstützten, um dann einige dieser Gruppen direkt mit Waffen zu versorgen, während sie für Milliarden US-Dollar Waffen an Saudi-Arabien verkauften, ein Land, das den islamistischen Aufstand in Syrien von Anfang an mit Waffen beliefert hatte. ⁸⁶ Obwohl die US-Regierung also Kriegspartei war, spielte sie den Schlichter. Die USA und ihre Alliierten (besonders Großbritannien und Frankreich) finanzierten außerdem eine Reihe von »Medienaktivisten«, Informanten und »Menschenrechtsvertretern«. Die Unabhängigkeit dieser Organisationen wurde durch die Tatsache, dass ihr Sponsor Kriegsteilnehmer war, eindeutig kompromittiert.

Dieser Interessenkonflikt ließ sich auch in der UNO-Kommission beobachten, die Mitte 2012 eingesetzt worden war, um die Menschenrechtssituation in Syrien einzuschätzen. Die UNO ernannte Anfang 2012 die US-Diplomatin Karen Koning AbuZayd neben dem Brasilianer Paulo Pinheiro zur Co-Vorsitzenden der in Genf ansässigen »Syrien-Kommission«, welche die vorherige Sondermission (UNSMIS) innerhalb des Landes ersetzte, die vom norwegischen General Robert Mood angeführt worden war. Der Ernennung von AbuZayd war zweifelsfrei ein parteiischer Schachzug der UNO-Verwaltung, da die USA zu diesem Zeitpunkt die bewaffnete Opposition in Syrien unterstützten. Die Ablösung der UNSMIS durch die von AbuZayd geführte Kommission ist deshalb bedeutsam, weil ein Massaker an Bewohnern des Dorfes Hula, außerhalb der Stadt Homs, der erste Test für die Anwendung der »Schutzverantwortungsdoktrin« gegen Syrien war. Die AbuZayd-Pinheiro Kommission versuchte, nichtidentifizierte Schlägerbanden, die mit der Regierung verbunden waren, verantwortlich zu machen, ohne Namen oder Motive zu nennen. ⁸⁷ Der Bericht wurde im Sicherheitsrat scharf kritisiert und führte dazu, dass Russland, China und Indien Aktionen gegen Syrien verweigerten. Tatsächlich hatten fünfzehn unabhängige Augenzeugen öffentlich Anführer der Faruq-Brigaden (FSA, Freie Syrische Armee) und örtliche Kollaborateure als Verantwortliche für die Verbrechen identifiziert. ⁸⁸ Sie gehörten zu einer Gruppe, die Repressalien gegen all jene angedroht hatte, die an der Wahl der Syrischen Volksversammlung teilnahmen.

Fünf Jahre später versuchte die von AbuZayd geführte Kommission die Befreiung Aleppos durch al-Qaida zugehörige Gruppen als »Verbrechen« darzustellen. Die Kommission behauptete fälschlich, es hätte »tägliche Luftangriffe« gegen den östlichen Teil Aleppos gegeben, was dann zur Befreiung

Aleppo geführt habe. Dabei war in nichtsyrischen Medien weit und breit zu erfahren gewesen, dass die Luftangriffe gegen den östlichen Teil der Stadt am 18. Oktober ausgesetzt worden waren. ⁸⁹ Merrit Kennedy vom NPR (National Public Radio) berichtete von »mehreren Wochen relativer Ruhe«, während deren »in einer humanitären Pause versucht wird, Zivilisten zu evakuieren«. ⁹⁰ Die »Wiederaufnahme« der Luftschläge fast einen Monat später war gegen die bewaffneten Gruppen im ländlichen Gebiet von Aleppo gerichtet, nicht gegen die immer kleiner werdenden Teile der Stadt, die noch von den Dschihadisten gehalten wurden. ⁹¹ Trotzdem behaupteten mit al-Qaida verbundene »Medienaktivisten«, die Stadt werde bombardiert. ⁹² Die UNO-Kommission, wie Gareth Porter es ausdrückte, »identifizierte die Quellen für dieses Narrativ nicht ... akzeptierte [aber dennoch] die Version der Ereignisse, die von den ›White Helmets‹ verbreitet wurde«, einer US-GB-finanzierten Dschihadisten-Hilfsorganisation. ⁹³ Dies war ein typischer Charakterzug der üblichen Kriegsberichterstattung.

Von Mitte 2011 an erklärte Washington öffentlich seine Absicht, die syrische Regierung unter Baschar al-Assad zu stürzen (»Assad muss gehen«). Alle Agenturen und Wortführer, die von der Großmacht finanziert werden, haben sich diese Sichtweise mehr oder weniger zu eigen gemacht. Das ist zwar simple Logik, aber in diesem Fall muss das Offensichtliche klipp und klar festgehalten werden. Organisationen, die die Politik und Praxis der US-Regierung unterstützen, haben bei der Vergabe von Förderungsgeldern eher gute Karten; wer die US-Politik hingegen nicht unterstützt, geht leer aus. Keine Organisation, die sich in der Polemik des Syrienkonflikts geäußert hat, kann behaupten, unabhängig zu sein, wenn sie von Regierungen bezahlt wird, die sich selbst verpflichtet haben, die syrische Regierung zu stürzen. Ebenso wenig können jene, die sich der »Revolution« verpflichtet fühlen, als unabhängige, neutrale Quellen angesehen werden.

Zum Beispiel hatte sich ein Großteil der westlichen Medienberichterstattung über den Konflikt auf eine einzige Person als Quelle bezogen: Rami Abdurrahman, einen Exilsyrer, der in Großbritannien lebt und sich selbst »Syrian Observatory for Human Rights / SOHR« nennt. Viele der Geschichten über Syriens Opferzahlen, »Verbrechen des Regimes« und große Kollateralschäden kommen von diesem Mann. ⁹⁴ Dabei hatte Abdurrahman in den ersten Jahren des Konfliktes auf seiner Website offen die Flagge der Muslimbruderschaft zur Schau gestellt, also jener Organisation, von der die »Freie Syrische Armee« (Free Syrian Army) angeführt wurde. ⁹⁵ (Siehe Abb. 5 auf S. 78.) Er behauptet, Informationen aus einem Netzwerk von Partnern in und rund um Syrien zu beziehen. Man kann davon ausgehen, dass auch dies meist regierungsfeindliche Personen sind.

Vertreter des Westens behaupten oft, dass syrische, russische und iranische Quellen wegen ihrer Voreingenommenheit keine Beachtung verdienen, sie sagen aber sehr selten das Gleiche über Quellen, die mit den bewaffneten regierungsfeindlichen Gruppen verbunden sind. Das ist eine unhaltbare Position. Abdurrahman gestand frühzeitig, dass er kleinere Zuwendungen von der EU und »einem EU-Land« erhalte, weigerte sich aber, das Land zu benennen. ⁹⁶ Da er in Großbritannien lebt, ist die ungenannte Geldquelle höchstwahrscheinlich eine Regierungsbehörde Großbritanniens.

Wie das SOHR, ist auch das »Syrische Netzwerk für Menschenrechte« (Syrian Network for Human Rights / SNHR) eigentlich eine One-Man-Show mit Sitz in Großbritannien. Das SNHR gibt vor, »unabhängig, überparteilich und nichtstaatlich« zu sein, und wird vom Exilsyrer Abdul Ghani betrieben. Diese Winzgruppe brüstet sich mit ihrer »Verantwortlichkeit«, aber ihre Finanzierungsquellen werden nirgendwo offengelegt. Bekundet wird lediglich Folgendes: »Das SNHR finanziert seine Arbeit durch nicht an Bedingungen geknüpfte Zuwendungen und Spenden von Institutionen und Personen.« ⁹⁷ Aber selbst dieser Hinweis erscheint inzwischen nicht mehr auf der

Website der Organisation. Abdul Ghani ist eng mit dschihadistischen Gruppen verbunden und somit eindeutig ein parteiischer Akteur. Er hatte 2013 gesagt, dass US-Luftschläge gegen Syrien notwendig seien, auch wenn dabei Zivilisten zu Tode kämen. Unter Verwendung der ersten Person für die bewaffnete Opposition fügte er hinzu: »Wenn *wir* nicht versuchen, Assads Raketen und Panzer auszuschalten, wird er sie gegen Zivilisten einsetzen.« ⁹⁸ Eine Notiz zur Methodik auf der Website von SNHR räumt ein, dass die Gruppe keine zuverlässigen Daten aus Syrien sammeln kann. Es heißt dort: »Die Wahrscheinlichkeit, Opferzahlen von Kämpfern der bewaffneten Opposition zu dokumentieren, ist eher gering.« Das SNHR könne nicht in die Kampfgebiete gelangen und die bewaffnete Opposition operiere im Geheimen. Gleichmaßen könnten die Opfer der Syrischen Armee und mit ihr verbundener Milizen nicht berechnet werden, da »es an einer klaren Methodik mangelt«. ⁹⁹ Wie Abdurrahman, so hat auch Abdul Ghani keinerlei Ausbildung in Forschungsarbeit. Beide kompilieren »Daten« aus dem Stegreif aus ihren eigenen parteiischen Netzwerken.

Dennoch benutzen von der UNO ermächtigte Gruppen und Amnesty International die »Daten« von SOHR, SNHR und einer weiteren Gruppe, genannt »Human Rights Data Analysis Group« (HRDAG). ¹⁰⁰ Letztere Gruppe erhält Gelder von US-Stiftungen, darunter die Open Society Foundations von George Soros, und direkt von der US-Regie-

rung durch das vom Kongress finanzierte »National Endowment for Democracy« (NED). ¹⁰¹ Diese Gruppe erklärt: »Vier Quellen werden für diese Analyse genutzt ... das Syrian Center for Statistics and Research (CSR-SY), das Damascus Center for Human Rights Studies (DCHRS), das Syrian Network for Human Rights (SNHR) und das Violations Documentation Center (VDC).« ¹⁰² Alle vier sind der syrischen Regierung feindlich gesinnte Quellen, die sich zu einem Netzwerk zusammengeschlossen haben. Ähnlich verstärkt ein nicht ausgebildeter Forscher und Blogger namens Eliot Higgins mit seiner kleinen Gruppe namens Bell'ngcat das US-Kriegs-Narrativ gegen Syrien. Higgins gibt zu, dass seine Gruppe Geld (unter anderem) von den Open Society Foundations (des Milliardärs George Soros) und vom US-finanzierten NED erhält. ¹⁰³ Abbildung 1 zeigt nur einen Teil des Netzwerkes der parteiischen und von westlichen Regierungen finanzierten Quellen. Die Zusammenarbeit in einer einseitigen Kriegsberichterstattung wurde von diesen und anderen Agenturen gesucht und gekauft. Wir wollen uns nun der Rolle von größeren, weitaus bekannteren Menschenrechtsorganisationen zuwenden.

Die wichtigsten »Informationsquellen«, die von Amnesty International und dem UNO-Menschenrechtsrat zur Lage in Syrien zurate gezogen werden



Syrian Observatory for Human Rights (SOHR, Rami Abdurrahman). Finanzierung: »kleinere Zuwendungen von der Europäischen Union und einem Land, dessen Identität er nicht preisgibt (NYT). Keine Forscherausbildung. Ansässig in Großbritannien.



Syrian Network for Human Rights (SNHR, Fadel Abdul Ghani). Finanzierung: »nicht an Bedingungen geknüpfte Zuwendungen und Spenden von Institutionen und Personen«. Keine Forscherausbildung. Ansässig in Großbritannien.



Bellingcat (Eliot Higgins). Finanzierung: Soros OSF und NED (US-Kongress). Keine Forscherausbildung. Ansässig in Großbritannien.



Human Rights Data Analysis Group (HRDAG). Finanzierung: Soros OSF und NED (US-Kongress). Ansässig in den USA.

Abb. 1: Die wichtigsten Quellen zur Lage in Syrien werden meist durch die gleichen westlichen Regierungen finanziert, die den regierungsfeindlichen Kräften Waffen liefern

Das Marketing für humanitären Krieg: Human Rights Watch und Amnesty International

Diese riesigen Agenturen sind Konzerne, die sich Projekten der politischen Legitimierung widmen. Sie sind tief in mächtige Staaten eingebettet, teilweise mit dem Zweck der »Zivilisierung«, vor allem aber auch, um die politischen Agenden der Globalisten zu legitimieren. Sie beziehen Hunderte Millionen Dollar von westlichen Regierungen und multinationalen Konzernen und zeichnen sich weder durch Bürgernähe noch durch demokratische Rechenschaftspflichten aus. In Kriegszeiten wird ihre Rolle besonders wichtig: um die Interventionen von Globalisten zu legitimieren und den Widerstand zu unterminieren.

Die Rolle von Human Rights Watch (HRW) und Amnesty International (Amnesty) während der sogenannten Smart-Power-Interventionen in Libyen und Syrien mag einige überrascht haben; dabei hat die Verwicklung dieser Organisationen mit der US-Außenpolitik schon längere historische

Wurzeln. Ihre einseitige Rolle wurde aber erst in letzter Zeit offensichtlich, und das aus dem Grunde, weil sich der Syrienkonflikt so sehr in die Länge zog und so stark auf einen dauerhaften ideologischen Vorwand angewiesen war. Im Folgenden wird erklärt, wie Human Rights Watch und Amnesty International in Washingtons »humanitären Krieg« einbezogen wurden, und am Beispiel der Syrien-Intervention werden in hinlänglichem Maße Beweise für deren parteiischen Charakter gegeben.

Human Rights Watch

Human Rights Watch ist eine Stiftung mit Sitz in New York und wird hauptsächlich von US-amerikanischen Gesellschaften und Stiftungen finanziert. Im Unterschied zum National Endowment for Democracy wird die Organisation nicht direkt von der Regierung gefördert, arbeitet aber eng mit Washington zusammen. 2010 hatte der Hedgefonds-Milliardär George Soros der Stiftung 100 Millionen Dollar gespendet, ¹⁰⁴ womit er sich zweifellos großen Einfluss auf die Gruppe verschaffte. Als der Mitgründer von HRW, Aryeh Neier, die Gruppe verließ und Präsident der Open Society Foundations von Soros wurde, stieg Ken Roth zum Exekutivdirektor auf. Er hält diese Position seit 24 Jahren (1993–2017). Das Budget von HRW belief sich 2016 auf 76 Millionen US-Dollar, die Vermögenswerte betrugen 234 Millionen. ¹⁰⁵ HRW verfügt über enge Verbindungen zu den »Demokraten« der US-Politik und zur elitären außenpolitischen Denkfabrik Council on Foreign Relations (CFR). Im Aufsichtsrat findet sich der ehemalige Vorsitzende James Hoge, von 1992 bis 2009 Herausgeber des Journals *Foreign Affairs*. Viele weitere Aufsichtsratsmitglieder entstammen der US-Wirtschaftselite. Einige Spender wünschen, dass die Gruppe sich auf ein bestimmtes Gebiet fokussiert. Im Jahr 2016 waren ca. 90 Prozent der Einnahmen der Gesellschaft durch Spender an Bedingungen geknüpft worden. ¹⁰⁶ Solche Gelder sind dann zeitlich befristet oder auf bestimmte Projekte beschränkt.

Zusammenfassend kann man sagen: HRW repräsentiert einen privatisierten, auf US-Interessen zugeschnittenen Katalog an Menschenrechtsfragen ¹⁰⁷ nach dem Gusto wohlbetuchter Förderer und ist dabei eng mit der amerikanischen Außenpolitik verlinkt. Trotz der Zurückweisung direkter Zuwendungen vonseiten der US-Regierung sind Interessenkonflikte offensichtlich. Zum Beispiel greift der Direktor von HRW, Ken Roth, regelmäßig Feinde der US-Außenpolitik an, sagt aber herzlich wenig über Missetaten der USA wie das Killer-Drohnen-Programm des ehemaligen US-Präsidenten Obama. ¹⁰⁸

Das Hauptaugenmerk von HRW in Lateinamerika galt für viele Jahre Kuba und Venezuela. Kolumbien hingegen, ein wichtiger Verbündeter der USA mit der höchsten Rate an getöteten Journalisten, Gewerkschaftern, Rechtsanwälten und gewöhnlichen Zivilisten, wurde weitgehend ignoriert. ¹⁰⁹ Bisweilen treten die politischen Motive besonders klar zutage. Der Bericht von HRW im Jahr 2008 über Venezuela unter Präsident Chávez befasste sich in erster Linie mit politischer Diskriminierung am Arbeitsplatz und in der Justiz. ¹¹⁰ Dafür wurde die Organisation von über 100 Akademikern (darunter auch der Autor) kritisiert, weil dabei »nicht einmal die minimalen Standards der Wissenschaft, Objektivität, Genauigkeit oder Zuverlässigkeit« eingehalten worden waren. ¹¹¹ HRW antwortete darauf. Der Bericht sei geschrieben worden, so der HRW-Direktor für Amerika, José Miguel Vivanco, »weil wir der Welt zeigen wollten, dass Venezuela für niemanden ein Modell ist«. ¹¹²

Ein paar Jahre darauf folgte auf einen weiteren Brief eine ähnliche Antwort. ¹³⁰ Akademiker, angeführt von zwei Nobelpreisträgern, forderten HRW auf, die »Drehtürpolitik« zu beenden, die sie mit der US-Regierung verband. ¹¹³ Wieder wurde kritisiert, dass HRW wichtige Verbrechen der US-

Regierung ignoriere, während US-Gegner wie Venezuela aufs Korn genommen würden. Die Kritiker wiesen auf den wiederholten Wechsel von US-Beamten (Präsidentenberater, US-Botschafter, Militärs sowie Mitarbeiter der CIA und des Außenministeriums) zu HRW hin und drängten die Organisation, dieser Verfahrensweise einen Riegel vorzuschieben, indem jene, »die die US-Außenpolitik mitgestaltet oder ausgeführt haben«, entweder »ausgeschlossen« oder erst »nach einer Abkühlungsperiode« beschäftigt würden. **114** Roth wies jeden Vorwurf eines Interessenkonfliktes zurück und behauptete, HRW habe eine große Bandbreite an Mitarbeitern. **115** Er fand es auch nicht problematisch, mit Javier Solana einen ehemaligen NATO-Chef im Aufsichtsrat zu haben. **116** Erst mit dem Wechsel von Obama zu Trump (also von einem »liberalen« zu einem »realistischen« Regime) tat sich etwas bei der Positionierung der eher demokratisch gefärbten HRW. Und tatsächlich wurden die USA zum ersten Mal in 27 Jahren in der Kategorie »Länder mit schwerwiegenden Verstößen gegen die Menschenrechte« aufgeführt, und zwar nur wenige Tage nachdem Trump ins Amt gekommen war. **117**

Wir wollen uns im Folgenden mit drei Tätigkeitsbereichen von HRW während des Syrienkrieges befassen, die zeigen, wie die Gruppe in der Praxis mit Washington abgestimmt agierte. Zunächst ist da die offenkundig falsche Aussage, die HRW über den Beginn des bewaffneten Konfliktes in Syrien machte. Im Bericht vom März 2012, der auch Anzeichen von Kritik an den bewaffneten Dschihadisten enthält, stellte HRW fest: »Bis September 2001 war die Protestbewegung in Syrien überwiegend friedlich.« **118** Eine ganze Reihe von unabhängig festgestellten Berichten zeigt, dass diese Aussage grundfalsch ist.

Der verstorbene Jesuitenpriester Pater Frans van der Lugt, der über 40 Jahre in Syrien gelebt hatte, ehe er 2014 von Dschabhat an-Nusra (al-Qaida) in Homs ermordet wurde, sah das so:

Ich habe von Anfang an bewaffnete Demonstranten bei diesen Protesten gesehen. [...] Sie waren die Ersten, die auf die Polizeischossen. Sehr oft erfolgte die Gewalt der Sicherheitskräfte als Reaktion auf die brutale Gewalt der bewaffneten Aufständischen. **119**

Ähnlich schrieb der in Ankara ansässige australische Akademiker Jeremy Salt im Oktober 2011:

Die Behauptung, die bewaffneten Regierungsoppositionellen seien erst kürzlich aufgetreten, ist eine dreiste Lüge. Die Ermordung von Soldaten, Polizisten und Zivilisten, oft unter den brutalsten Umständen, war von Anfang an vorhanden. **120**

Ein weiterer Geistlicher, der belgische Pater Daniel Maes, der im Kloster Mar Yakub der Ortschaft Qara, 90 Kilometer nördlich von Damaskus, lebte, sagte, es habe nie einen »gewaltlosen Aufstand« in Syrien gegeben, vielmehr sei die Gewalt vom Ausland aus finanziert und eingefädelt worden. **121** Unabhängige Stimmen in einem Konflikt sind von großer Wichtigkeit.

Der Mythos der »friedlichen Demonstranten, die zu den Waffen griffen«, wurde durch unabhängige Forscher und Journalisten demontiert. Vielmehr hatten bewaffnete Dschihadisten Demonstrationen für politische Reformen infiltriert. Der von Saudi-Arabien bewaffnete Aufstand in Daraa **122** breitete sich Anfang April 2011 nach Homs aus. General Abdo Khodr al-Tallawi (mit seinen zwei Söhnen und einem Neffen), der syrische Kommandeur Iyad Kamel Harfoush und Oberst Mohammad Abdo Khaddour, der nicht im Dienst war, wurden von Dschihadisten getötet. **123** Am 11. April berichtete der nordamerikanische Kommentator Joshua Landis vom Tod des Cousins seiner Frau, eines Soldaten in Baniyas. **124** In einem Bericht über den Tod einer Reihe von Soldaten schrieb Sharmine Narwani, im April 2011 seien 88 syrische Soldaten »von unbekannten Schützen in verschiedenen Teilen Syriens getötet worden«. **125**

Im Juni 2011 berichtete der Journalist Hala Jaber über »bewaffnete Dschihadisten«, die die Demonstrationen in Idlib infiltriert hatten und auf unbewaffnete Polizisten schossen. ¹²⁶ Diese gewalttätigen Dschihadisten vertrieben die friedlichen Demonstranten von den Straßen. Bei HRW wird nichts davon erwähnt. ¹²⁷

Dann gab es den Vorfall mit Katars Leichenschaubilder, die im Januar 2014 veröffentlicht wurden. Diese Fotos, die von einem anonymen Überläufer mit dem Codenamen »Caesar« vorgestellt wurden, zeigten angeblich Tausende von Gefangenen der »Opposition« in Syrien, die durch »das Regime« zu Tode gefoltert worden waren. Viele der Fotos schienen aus der Leichenhalle eines der führenden Krankenhäuser in Damaskus zu kommen. »Caesar« hatte von der kleinen, ölreichen Monarchie Katar, einem der Hauptsponsoren der Dschihadistengruppen, Asyl erhalten. ¹²⁸ Die unbestätigte Geschichte war also durch eine der kriegführenden Parteien gesponsert worden. Katar heuerte darauf ein paar britische Rechtsanwälte an, um der Story ein »Gütesiegel« zu verleihen. Und so wurde berichtet: »Nach Aussage führender Strafverfolger für Kriegsverbrechen liefern die zur Verfügung gestellten Fotos und Dokumente den »eindeutigen Beweis« für die systematische Ermordung von 11000 Gefangenen.« ¹²⁹ Forensische Sachverständige sollen aufgrund einer eingehenden Analyse von 55000 digitalen Bildern 11000 Todesopfer ausgemacht haben. »Insgesamt ließ sich feststellen, dass ein Großteil der Verstorbenen ausgehungert war und eine bedeutende Minderheit Spuren von Fesseln oder schlagstockähnlichen Instrumenten aufwies«, hielt der von Katar finanzierte Bericht fest. ¹³⁰ Dutzende der Fotos fanden weite Verbreitung, während die Gesamtheit der Bilder nicht veröffentlicht wurde.

Fast 2 Jahre darauf bekam HRW das gesamte Fotomaterial und hielt im Wesentlichen an dem bekannten Narrativ fest – bis auf ein wichtiges Detail: Fast die Hälfte der Fotos, so räumte HRW ein, zeigten »tote Soldaten oder Sicherheitskräfte« oder »Opfer von Explosionen, Mordanschlägen ... Bränden und Autobomben«. ¹³¹ Dieser Umstand war nie vorher erwähnt worden und wurde auch im übrigen Bericht von HRW nicht wieder aufgegriffen. Ohne das gesamte Material zu veröffentlichen, behauptete HRW: »Der Großteil der Fotos, 28707 Abbildungen, zeigt Menschen, die nach Erkenntnis von Human Rights Watch im Gewahrsam der Regierung verstarben.« Diese Fotos hatten eine konsistente Nummerierung und es gab »mehrere Fotos von jeder Leiche«, manchmal sogar bis zu zwanzig. Diese Fotos, so wurde geschätzt, »entsprechen mindestens 6786 Toten«. ¹³² Obwohl HRW zugab, dass mindestens 27000 der Fotos von toten Körpern nicht Gefangene »des Regimes« darstellten, wurde dieser Umstand in der Folge schlicht ignoriert. HRW sagte einfach: »Dieser Bericht fokussiert sich insbesondere auf die erste Kategorie von Fotos.« ¹³³ Bei flüchtigem Lesen des HRW-Berichts hat man vielleicht nicht einmal das Eingeständnis bemerkt, dass fast die Hälfte dieser Fotos nichts mit der »Ermordung von Oppositionellen im Industriemaßstab« zu tun hatte. ¹³⁴ Es war ein besonders dreister Betrug von HRW, am ursprünglichen Narrativ festzuhalten, obwohl man es inzwischen besser wusste. Rick Sterling wies darauf hin, dass die Veröffentlichung dieser Fotos kurz vor Friedensverhandlungen erfolgte. ¹³⁵

Ein dritter Beweis für die Voreingenommenheit der HRW-Informationen zu Syrien sind die wiederverwandten und umbetitelten Fotos des HRW-Direktors Ken Roth. Der Kolumnist Yalla La Barra schreibt, dass Roth im Laufe von 2014 und 2015 von Syriens Präsidenten Assad und dessen angeblichen »Fassbomben« wie besessen war. La Barra zufolge veröffentlichte Roth im Verlauf von 2014 nicht weniger als 65 Twitter-Mitteilungen über Assad und »Fassbomben«, im Jahre 2015 sogar ¹³⁵. In den Zahlen nicht enthalten sind weitere antisyrische Tweets sowie jene über Assads angebliche »Nutzung von Chemiewaffen gegen die eigene Bevölkerung«. ¹³⁶ Das Motiv für die

unterstellten Verbrechen der »Fassbomben« blieb unklar. Ständig gab es Hinweise auf angeblich improvisierte Bomben, die typischerweise aus Hubschraubern auf Gebäude abgeworfen wurden. Wobei sich eine so beschriebene Bombe ja kaum von anderen im Krieg abgeworfenen Bomben unterscheidet. Der von Roth und anderen beabsichtigte Eindruck war wohl, dass es sich um »wahllos« abgeworfene Bomben handelte oder um solche, die (aus nicht näher erklärten Gründen) ausschließlich auf Zivilisten abgeworfen wurden.

In jedem Fall waren Roths Tweets penetrant, voreingenommen und fahrlässig. Der Chef von HRW sagte wenig zu Saudi-Arabien, Katar, den USA, Großbritannien oder Frankreich, Ländern, die alle möglichen extremistischen Dschihadisten-Gruppen in Syrien bewaffneten. Genau wie Washington fokussierte er sich auf die syrische Regierung. Dabei machte er eine Reihe von unverantwortlichen Fehlern, wie in Abb. 2 und 3 aufgezeigt. Anfang 2015 veröffentlichte er Fotos der zerbombten Stadt Kobane (auch Ain al-Arab genannt), jener kurdisch-arabischen Stadt, die den ISIS-Angriffen widerstanden hatte, dann unter der Bombardierung durch die USA zerstört wurde, und erklärte, die Schäden stammten von syrischen »Fassbomben«-Abwürfen. ¹³⁷ Kurz darauf stellte Roth Fotos von Stadtteilen im Gaza-Streifen (zerbommt durch Israel) online und behauptete, es wären Schäden in Aleppo durch »Assads Fassbomben«. ¹³⁸ Siehe Abb. 2.

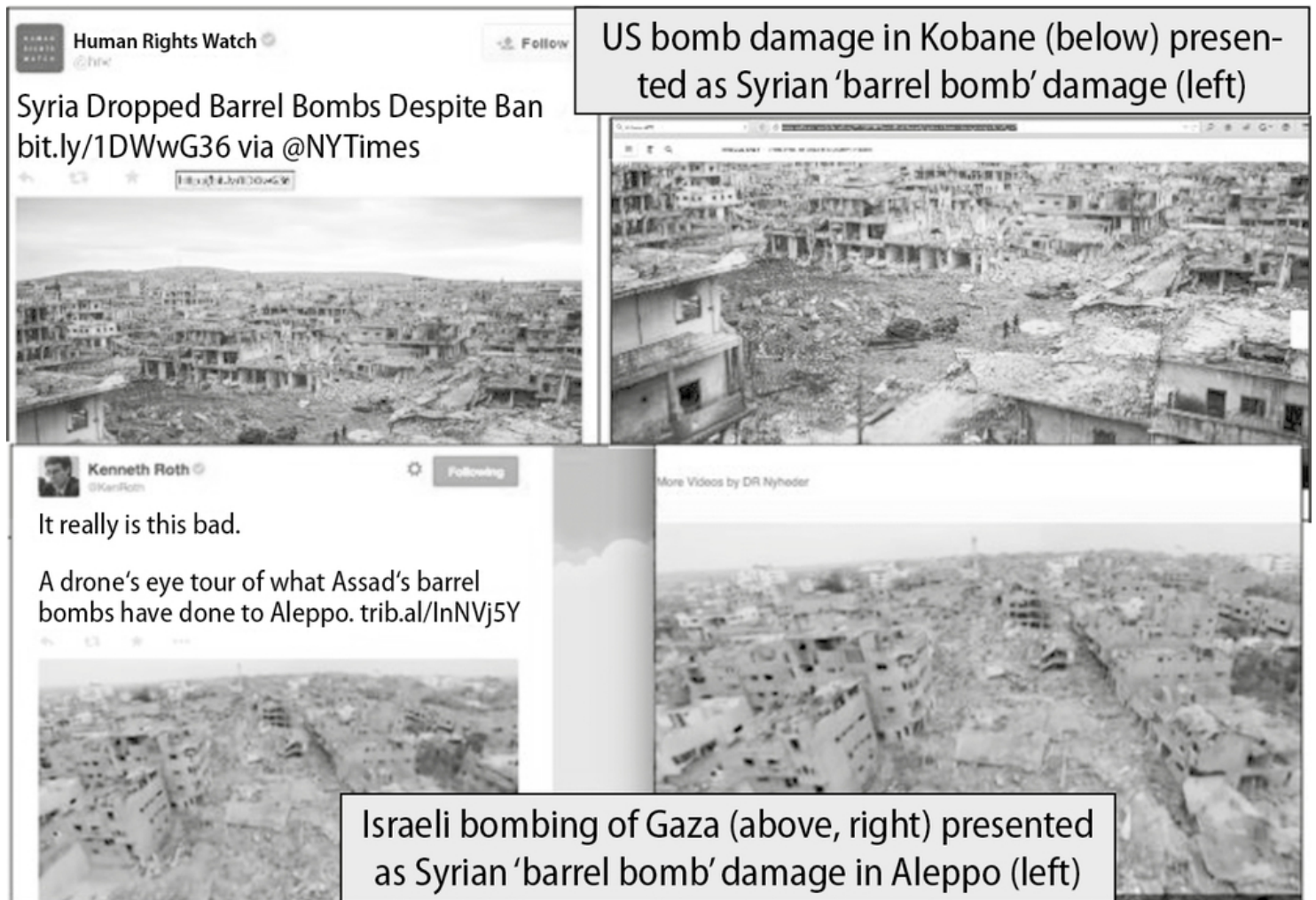


Abb. 2: Ken Roth's Fassbombenkampagne: Aus Gaza wird Aleppo

Kurz darauf veröffentlichte Roth wieder ein Foto mit Schäden in Aleppo, die er auf »Assads Fassbomben« zurückführte. Die Originalfotos aber waren von der US-Agentur Getty anders

beschrieben worden, nämlich als »Zerstörung in Hamidiyeh, in der Nachbarschaft von Aleppo, verursacht, als lokale Kämpfer der Selbstverteidigungskräfte ... versuchten, die traditionell christlichen Distrikte ... gegen Dschihadisten-Gruppen des Islamischen Staates zu verteidigen«. **139** Diese »Neuinterpretation« wird in Abb. 3 gezeigt. Diese drei »Fehler«, alle mit der gleichen Zielrichtung, sollten die Voreingenommenheit des HRW-Direktors hinreichend illustrieren.



Abb. 3: Human Rights Watch und die kreative Neuinterpretation von Fotos

Als ob das noch nicht genug wäre, versuchte Roth, Präsident Assad mit dem Kernwaffeneinsatz gegen Hiroshima von 1945 in Zusammenhang zu bringen. Am 9. August 2015 veröffentlichte er ein Foto vom zerstörten Hiroshima, mit dem Kommentar: »Die Planer der Hiroshima-Bombe hatten es sich zum Ziel gemacht (wie Assad heute), Zivilisten zu töten.« **140** Der Versuch, Syrien mit einem berüchtigten US-Kriegsverbrechen in Verbindung zu bringen, zeugt von extremem Zynismus.

Roths Verhalten illustriert eindrücklich die unzuverlässige Berichterstattung seiner Gruppe im Syrienkonflikt. HRW ist tief mit Washington verwoben, besonders mit dem Außenministerium und den »Liberalen« der US-Politik. Die hier aufgeführten Beweise demonstrieren den parteiischen Charakter dieser »Nichtregierungsorganisation«. Sie kann keinesfalls als unabhängige Quelle gelten.

Amnesty International

Amnesty International (AI) wurde 1961 als Nichtregierungsorganisation gegründet. Mit ihren Briefen setzte sich die Organisation für »politische Häftlinge« ein. Sie distanzierte sich zwar nach außen hin von »politischer« Einflussnahme, aber spätestens seit der Zeit des Ersten Golfkrieges (1990–1991) scheint sich das geändert zu haben. Seither hat die Gruppe aktive Beihilfe betrieben, um Vorwände für verschiedene US-Kriege zu liefern.

Amnesty behauptet zwar, unabhängig von Regierungen zu sein, und in der Tat akzeptieren einige seiner Zweige kein Geld von Regierungen. Dennoch hat die Gruppe viele Millionen Dollar von der britischen Regierung, der Europäischen Kommission und von den Regierungen der Niederlande, der

USA, Israels ¹⁴¹ und Schwedens ¹⁴² erhalten. Manche Staaten üben zweifellos Einfluss aus. Zum Beispiel hatte die Regierung Israels »die Gründung und das Wirken von Amnesty International, Abteilung Israel, in den 1960er- und 1970er-Jahren finanziert«, worauf Israels Außenministerium diesem AI-Zweig Anweisungen erteilte und ihm weitere Förderungsmittel zukommen ließ. ¹⁴³ Weltweit sammelt Amnesty International Spenden von ungefähr 280 Millionen Euro pro Jahr. ¹⁴⁴ AI erhält die Spenden von einer Reihe von Unterstützern, darunter verschiedene westliche Regierungen, die hochpolitische »Open Society«-Gruppe von George Soros und die proisraelische Agentur American Jewish World Service. ¹⁴⁵

Jean Bricmont, Autor des 2006 erschienenen Buches *Humanitarian Imperialism*, beobachtete, dass Amnesty International und HRW im Vorfeld der US-Invasion des Irak von 2003 vorgaben, »neutral« zu sein, indem sie »alle Kriegsparteien« aufforderten, das Kriegsrecht zu beachten. ¹⁴⁶ Sie entschlossen sich jedoch, nichts dazu zu sagen, dass es sich um einen Angriffskrieg handelte, der vom Generalsekretär der UN, Kofi Annan als »illegal« bezeichnet worden war. ¹⁴⁷ Ein Sprecher von Amnesty bestätigte diese Einstellung »keine Position zu beziehen, wenn es um den Einsatz von Streitkräften, Militärinterventionen in einem bewaffneten Konflikt geht, außer zu fordern, dass alle Parteien die internationalen Menschenrechte und Menschenrechtsgesetze beachten«. ¹⁴⁸ Genauso ignorierte Amnesty die Fremdeinmischung in Syrien, darunter auch die Bewaffnung von Terroristengruppen. ¹⁴⁹ Die Organisation bezog dann sehr einseitig Stellung zur Kriegführung und ließ dabei völlig außer Acht, dass es sich um einen Angriffskrieg handelte, was laut Nürnberger Tribunal »das schlimmste aller Kriegsverbrechen« darstellt.

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts ist die Führung von Amnesty bestens in die Außenpolitik der US-Regierung integriert und mit HRW quervernetzt. So wechselte Suzanne Nossel, Autorin der US-demokratischen »Smart Power«-Doktrin, von ihrem Posten als leitende Geschäftsführerin bei HRW zum US-Außenministerium, wo sie Ministerialrätin für internationale Organisationen wurde, um dann bei Amnesty International (USA) als leitende Direktorin anzuheuern. ¹⁵⁰ Bis 2017 stellte Amnesty USA sieben aktuelle und ehemalige US-Regierungsbeamte an. ¹⁵¹

Amnesty hatte während des Syrienkonfliktes niemanden wirklich »vor Ort«, mit einer Ausnahme. Ende 2016, während der Schlacht um Aleppo, erklärte der Medienkoordinator für Amnesty Australien, Samuel Hendricks, dem Autor: »Wir haben derzeit keine Mitarbeiter vor Ort in Syrien ... das ist einfach nicht machbar ... [jedoch] hat unsere erfahrene Krisenberaterin Donatella Rovera zehnmal die Grenze nach Syrien überschritten ... [und] wir haben Verbrechen dokumentiert, seit der Konflikt begann.« ¹⁵² Jedoch ging Rovera nur [illegal] über die Grenze, und auch nur zu den nördlichen Gebieten Syriens, die von Dschihadisten gehalten wurden. Zuvor hatte sie bereits die einseitigen und irreführenden Berichte über Libyen erstellt, jene in Verruf geratenen Behauptungen, von denen sich Amnesty Frankreich später distanzierte. ¹⁵³ Und doch wurde sie damit beauftragt, eine ähnliche Berichterstattung zum Syrienkrieg zu erstellen. Auf der Grundlage ihrer Besuche in Dschihadisten-Gebieten berichtete Amnesty über angebliche »fortgesetzte Verbrechen gegen die Menschlichkeit« durch die syrische Armee. ¹⁵⁴

Neben Roveras Berichten und einigen Interviews, die außerhalb Syriens geführt wurden, bezog Amnesty Informationen von den gleichen Quellen, die mit dem »Regime Change«-Projekt vernetzt waren, darunter Rami Abdurrahmans »Syrian Observatory for Human Rights« (SOHR). Obwohl SOHR seine Methode nicht offenlegte, behauptete Neil Sammonds, ein Analytiker von Amnesty: »Abdurrahmans Informationen über die Tötung von Zivilisten sind hervorragend und rangieren definitiv unter den besten, einschließlich der Details über die Bedingungen, unter denen die

Menschen anscheinend getötet wurden.« **155** Sammonds zeigte aber keinerlei Grundlagen auf, die zu dem Schluss führen könnten, dass die Informationen einer eindeutig voreingenommenen Quelle »hervorragend« sind.

Salil Shetty, Generalsekretär von Amnesty International, behauptete, Amnesty forsche »auf sehr systematische, gründliche Art, wobei wir die Beweise mit eigenen Mitarbeitern vor Ort sammeln ... [mit] Bestätigungen und Mehrfachprüfungen in Zusammenarbeit mit allen Parteien. [...] Es ist sehr wichtig, verschiedene Gesichtspunkte zu erhalten und stets die Fakten gegenzuprüfen.« **156** Doch entgegen diesen Behauptungen verließ sich die Gruppe auf Aussagen Dritter und auf Quellen, die eng mit den bewaffneten Gruppen in Syrien verbunden waren, besonders SOHR und SNHR. Der schottische Akademiker Tim Hayward kritisiert Amnesty für die Behauptungen, dass ihre Nachforschungen »systematisch« seien und aus »erster Hand« stammten, abgesichert durch »Bestätigungen und Mehrfachprüfung in Zusammenarbeit mit allen betroffenen Parteien«. Er schließt aus seinen Untersuchungen, dass im Fall von Syrien keine dieser Behauptungen zutrifft. **157**

Lassen Sie uns verschiedene Bereiche der Aktivitäten von Amnesty betrachten, welche die enge Verzahnung mit der Politik Washingtons demonstrieren. Zunächst einmal verfügt AI über eine unrühmliche Bilanz bei der Unterstützung falscher Vorwände für US-Kriege. So täuschte die Organisation vor, einen wichtigen Scheingrund für das US-amerikanische Eingreifen in den Ersten Golfkrieg (1990–1991) zu belegen, um die irakische Armee aus Kuwait zu vertreiben. Es geht dabei um die im Fernsehen ausgestrahlte Lüge der kuwaitischen »Krankenschwester Nayirah«, irakische Soldaten hätten ein kuwaitisches Krankenhaus gestürmt und beim Versuch, sich wertvolles medizinisches Gerät anzueignen, Säuglinge aus Brutkästen genommen, um sie auf dem nackten Fußboden sterben zu lassen. Diese Geschichte wurde durch das Sekretariat von Amnesty in London unterstützt, das behauptete, es hätte eine Bestätigung für die Behauptungen von »Nayirah«. Francis Boyle, ehemaliges Vorstandsmitglied von Amnesty USA, sagt, die Gruppe habe die Behauptung ohne saubere Überprüfung »durchgepeitscht«. **158** In Wahrheit war »Nayirah« die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA. Nach der Militärintervention, bei der auch ein unglaubliches Massaker an sich zurückziehenden Soldaten des Irak stattfand, wurde die Geschichte von »Krankenschwester Nayirah« als eine Fälschung der PR-Firma Hill & Knowlton entlarvt, die »Nayirah« auf ihre Rolle vorbereitet hatten. **159**

Im Jahr 2012 lancierte die damals neue Direktorin von Amnesty USA, Suzanne Nossel, eine Kampagne zur angeblichen Unterstützung der Rechte von Frauen und Mädchen in Afghanistan. Die Werbeplakate von Amnesty zum Zeitpunkt des NATO-Gipfeltreffens in Chicago 2012 erklärten: »NATO: Halte den Fortschritt am Laufen!« Diese nicht gerade subtile Schlussfolgerung kam einem Lobpreis der 10-jährigen Besetzung des Landes durch die NATO gleich, aufgrund eines Vorwandes, der von US-Präsident George W. Bush erträumt worden war. Erzkürnte Beobachter bezeichneten dies als Amnestys »Werbung für US-Kriege«. **160** Amnesty gab später zu, eine »verwirrende« Nachricht gesandt zu haben. **161**

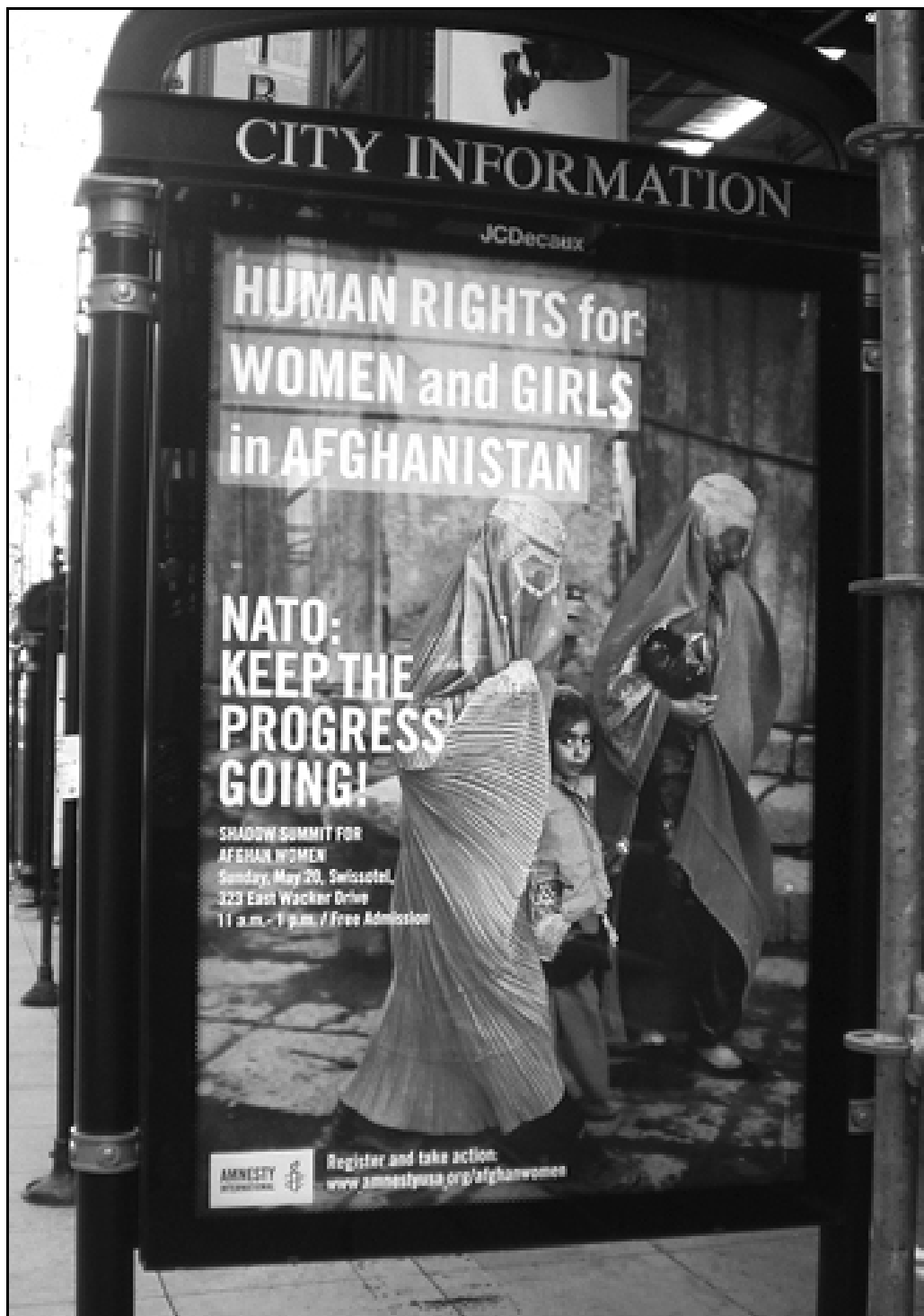


Abb. 4: Amnesty preist die 10-jährige Besetzung Afghanistans durch die NATO

Amnesty bestätigte außerdem die gefälschten Berichte über Libyen und agitierte gegen die Regierung Muammar Gaddafis. Der Vorsitzende von Amnesty Frankreich, Geneviève Garrigos, behauptete, der libysche Präsident bedrohe Zivilisten und hätte »schwarze Söldner« beauftragt, Zivilisten zu töten. Zu diesem Zeitpunkt verbreitete der Sender Al Jazeera (Eigentum der Monarchie Katar, die auch die libyschen Salafistengruppen unterstützte) Lügen über Schüsse auf Demonstranten in Bengasi. Nachdem NATO-Bomben den libyschen Staat zerstört hatten, gab Garrigos zu, dass es »keine Beweise« gegeben hatte, um ihre Behauptungen über »schwarze Söldner« zu untermauern. **162**

In ähnlicher Art und Weise verbreitete Amnesty eine Serie von unbestätigten und parteiischen Geschichten, um den Krieg gegen Syrien zu fördern. ¹⁶³

Zweitens: Während Amnesty auf den eigenen Websites offen die Flagge der bewaffneten Dschihadisten zur Schau stellte und damit die parteiische Art ihrer Quellen offenbarte, verband sie das mit der Abbildung einer »friedlichen Demonstrantin«, die mit den Fingern das Victory-Zeichen formte (Abb. 5). Zu dem Zeitpunkt dieser Abbildung aus dem Jahre 2012 waren Gruppen der »Freien Syrischen Armee« mit sektiererischen Morden beschäftigt und skandierten Schlachtrufe, die Genozide forderten. ¹⁶⁴ »Fight bad guys« sollte zu einem der Slogans von Amnesty werden – eine kaum subtile, populistische Parteinahme zugunsten eines »humanitären Krieges«.



Abb. 5: Kein Interessenkonflikt? Sowohl bei Amnesty als auch bei den »White Helmets« und SOHR prangt die Flagge mit drei Sternen der bewaffneten Dschihadisten.

Durch diese Nutzung dschihadistisch gefärbter Quellen schloss sich Amnesty den in den USA ansässigen Organisationen Avaaz, Human Rights Watch und The Syria Campaign an, finanziert vom US-Milliardär George Soros; Amnesty forderte den UN-Sicherheitsrat auf, nach Kapitel VII der UN-Charta bewaffnete Aktionen gegen Syrien durchzuführen, während die Gruppe gleichzeitig beteuerte, »unvoreingenommen« zu sein. Wie im Falle Libyens war der Vorwand die Verteidigung von

Zivilisten, »den Hauptleidtragenden einer Kampagne der ununterbrochenen willkürlichen Angriffe durch die syrische Armee«. 165

Und drittens übernahm Amnesty die Behauptungen von derzeitigen und ehemaligen Dschihadisten, dass es in einem kleinen Gefängnis in Saydnaya Massenstrangulierungen gegeben hätte. »Bis zu 13000 Insassen in syrischem Gefängnis gehängt, erklärt Amnesty«, lautete die Überschrift. 166 Zwar gibt es in Syrien tatsächlich die Todesstrafe, und zweifellos wurden während des Konflikts viele verurteilte Mörder hingerichtet, doch die hier zitierte übertriebene Behauptung muss dazu gedacht gewesen sein, die Öffentlichkeit für eine Ausweitung der westlichen Intervention zu motivieren. Amnesty hatte mit einigen Dutzend anonymer Menschen in der Türkei Interviews geführt und diese mit »Daten« in Zusammenhang gebracht, die von dem dschihadistisch ausgerichteten und in Großbritannien ansässigen Syrischen Netzwerk für Menschenrechte zur Verfügung gestellt worden waren. Amnesty behauptete, es habe eine »Strategie der Auslöschung« gegeben, die zum »Tod Hunderter, vielleicht Tausender Gefängnisinsassen« geführt habe. 167 Von der zunächst vagen Angabe »Hunderte, womöglich Tausende« erhöhte der Bericht auf »zwischen 5000 und 13000«, um sich in der Überschrift auf »bis zu 13000« festzulegen. 168 Eine durchsichtige Zahlenmanipulation unter Nutzung einer extremistischen Sprache.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Marija Sacharowa, sagte, der Bericht stimme nicht mit der Realität überein. Vielmehr erscheine er »wie das Ergebnis mathematischer Berechnungen auf der Grundlage von Aussagen Unbekannter«. 169 Der unabhängige Beobachter Peter Ford, ehemaliger Botschafter Großbritanniens in Syrien, fragte, warum solche Berichte gerade dann auftauchten, als in Astana Friedensgespräche voranzukommen schienen. Amnesty hatte diverse anonyme Zeugen in der Türkei befragt, und nach Aussage von Ford »lagen diese namenlosen Quellen hinsichtlich grundsätzlicher Dinge falsch«. Der ehemalige Botschafter hatte Saydnaya mehrere Male besucht und sagte, das Gefängnis sei viel kleiner als von Amnesty berichtet. Das Gebäude, das er in Saydnaya gesehen habe, »kann nicht mehr als 10 Prozent der Anzahl Gefangener aufnehmen, wie sie von Amnesty angegeben wurde« (10000 bis 20000). 170

Wie war es möglich, fragten Analysten, dass es keine detaillierten früheren Berichte über diese »Massenexekutionen« gegeben hatte? Sie wüssten gern, worauf die Informationen hinsichtlich der Zahl der Hinrichtungen basierten. Die wichtigste Quelle, SNHR aus Großbritannien, hat keine klare Methode der Datengewinnung erkennen lassen und keine Details der Daten veröffentlicht. Nur 95 Namen von Hingerichteten wurden bekannt. 171 Amnesty hatte eher wilde Vermutungen veröffentlicht, die auf anonymen Interviews und einer notorisch parteiischen Quelle im Exil beruhten. Eine solche Arbeitsweise erwartete man nicht von einer professionellen oder unparteiischen Organisation.

Maßgeschneiderte Organisationen: »The Syria Campaign« und »The White Helmets«

Es wurden diverse Organisationen gezielt gegründet – meist von westlichen Regierungen finanziert –, um dem »Kriegsnarrativ« zu dienen, das für den Syrienkonflikt aufrechterhalten werden musste. Im Folgenden wird keine vollständige Dokumentation all dieser Agenturen geliefert. Stattdessen soll das vernetzte Wesen von zwei Organisationen (»The Syria Campaign« und »The White Helmets«) aufgedeckt werden, um nachzuweisen, wie die Öffentlichkeit systematisch in die Irre geführt wird.



Abb. 6: »The Syria Campaign«: Eindrückliche Grafik, aber wertlose Daten. Die Wall-Street-Agentur The Syria Campaign veröffentlicht Schaubilder, die zeigen sollen, dass »das Regime« viel schlimmer sei als jede andere Gruppe. Im Kleingedruckten darunter ist zu lesen, dass die »Daten« von der dschihadistisch ausgerichteten Gruppe Syrian Network for Human Rights stammen. Eine transparente Methode der Datengewinnung ist nicht ersichtlich.

The Syria Campaign ist eine Wall-Street-Agentur, die zu dem Zweck gegründet wurde, mit plakativen Videos und Bildern eine Kriegsnarrativkampagne im Internet zu betreiben. Die Spezialität dieser Organisation ist das Marketing. Die wichtigsten Botschaften sind, dass die syrische Regierung der bei Weitem schlimmste Menschenrechtsverbrecher ist und dass die große Mehrheit der syrischen Flüchtlinge vor der syrischen Armee und Präsident Assad wegläuft. Ihre Informationen stammen wie üblich von parteiischen Agenturen, insbesondere von SNHR und SOHR. **172** Zusammengeschusterte Nachrichten mit obigem Tenor wurden von den meisten westlichen Medien aufgegriffen und übernommen. **173**

The Syrian Campaign (TSC) wurde von Personen im Umfeld von Avaaz gegründet, und zwar durch eine Muttergesellschaft mit dem Namen »Purpose«. Die Gruppe aus New York fügt ihren Mitteilungen »syrische« Glaubwürdigkeit hinzu, indem sie sich mit einigen Dschihadisten-»Aktivisten« wie dem Fotografen Khaled Khatib vernetzt. **174** Mit Förderungsmitteln der Soros-Gruppe ausgestattet, war TSC von vornherein syrienfeindlich eingestellt und forderte einen Regimewechsel. Im Juni 2014 versuchte TSC, Facebook davon abzuhalten, eine Seite für die Kampagne von Baschar al-Assad zur Präsidentschaftswahl einzurichten. **175** Avaaz, The Syria Campaign und The White Helmets organisierten eine gemeinsame Kampagne für eine »Flugverbotszone« nach libyschem Vorbild. Ohne jeden glaubwürdigen Beweis behauptete Avaaz: »Frauen in Syrien werden gezwungen, vor Panzern zu stehen und als menschliche Schilde zu dienen, um dann von Soldaten ausgezogen und vergewaltigt zu werden.« **176** Dies geschah zu einer Zeit, da sektiererische Islamisten sich öffentlich rühmten, syrische Frauen und Mädchen zu entführen und zu

vergewaltigen, Verbrechen, die durch Fatwas ihrer pseudoreligiösen Anführer unterstützt worden waren. **177**

TSC war auch fleißig damit beschäftigt, alte Kriegsfotos in einem neuen Kontext wiederzuverwerten. Im August 2015 veröffentlichten Avaaz und TSC eine Serie von Fotos toter Kinder zwischen Häuserruinen und behaupteten, es handle sich dabei um Opfer von Angriffen der syrischen Regierung gegen die Front der Islamisten in Ost-Ghuta (ein Vorort von Damaskus) im Jahr 2015. Die gleichen Fotos waren ein Jahr vorher genutzt worden, um eine Geschichte zu illustrieren, als ISIS 700 Menschen eines Stammes in Deir ez-Zor ermordet hatte. **178** Wenn man die Fotos weiter zurückverfolgt, wurde im März 2014 von der Agentur Getty News und dem Fotografen Khaled Khatib behauptet, die Bilder zeigten Kinder, die Opfer früherer »Fassbombenangriffe« in Aleppo waren. Der »Aktivist« Khatib soll in Regionen tätig sein, die von militanten Gruppen der Freien Syrischen Armee besetzt sind. Ferner gilt er als Mitglied des »Syrischen Zivilschutzes« in Aleppo, auch bekannt als »White Helmets«. **179**

Um nachzuweisen, dass die vielen Millionen syrischer Kriegsflüchtlinge zum größten Teil der eigenen Regierung zu entkommen suchen, führte TSC eine Umfrage in Deutschland durch. **180** In Berlin, Hannover, Bremen, Leipzig und Eisenhüttenstadt soll eine Befragung von 889 syrischen Flüchtlingen stattgefunden haben. Asylantragsteller »wurden angesprochen, als sie die Registrierungszentren verließen«. Die Umfrage spezifiziert allerdings nicht, wie die Auswahl der Befragten getroffen wurde, und es wurde auch keine Stichprobenfehlerquote angegeben. **181** Wenn es keine klare Aussage zum Probezugverfahren gibt und keine errechnete Stichprobenfehlerquote, gibt es auch keine Basis für die Behauptung, dass eine Umfrage repräsentativ für einen größeren Teil der Bevölkerung ist. Das Ergebnis ist praktisch wertlos, außer für anekdotische Zwecke.

Deckblatt, Überschrift und Grafikbeschreibung heben die Behauptung hervor: »70 Prozent der Flüchtlinge fliehen vor Assad«. **182** Dies ist eine falsche Darstellung der Umfrage, da in den Fragen gar kein »Assad« erwähnt wird. **183** Zweitens ergeben die Zahlen, wen die Flüchtlinge fürchten, zusammengerechnet nicht 100. Nun scheinen die drei wichtigsten Fragen folgende gewesen zu sein:

- [9]** Wer war für die Kämpfe verantwortlich?
- [14]** Von wem fürchteten Sie verhaftet oder gekidnapped zu werden?
- [18]** Was war für Sie der Hauptgrund, Syrien zu verlassen?

Zu den Fragen 9 und 14 gab es mehrere Antwortmöglichkeiten, sodass der Gesamtwert weit über 100 hinausging. **184** In den Antworten auf Frage 9 identifizierten 70 Prozent »die syrische Armee und verbündete Gruppen« als »verantwortlich für die Kämpfe«. Allerdings bezeichneten 82 Prozent auch andere bewaffnete Gruppen (ISIS, an-Nusra, FSA, YPG, andere Rebellen). Wenn man die kurdische YPG ausschließt, die bis dahin normalerweise Terroristen in Zusammenarbeit mit der Syrischen Armee bekämpft hatte, beträgt die Gesamtheit der regierungsfeindlichen bewaffneten Gruppen 74 Prozent. Auf Frage 14 antworteten 77 Prozent, dass sie befürchteten, »durch die syrische Armee oder verbündete Gruppen« verhaftet oder gekidnapped zu werden. Wenn man jedoch die Benennung aller regierungsfeindlichen Gruppen zusammenrechnet, kommt man auf 82 Prozent, zusammen mit der YPG sogar auf 90 Prozent.

Die Antworten auf beide Fragen lassen also den Schluss zu, dass die Beantworter Regierungsgegner stärker fürchteten als die syrische Armee. Dies ist genau das Gegenteil von dem, was die Überschrift »70 Prozent ... fliehen vor Assad« suggerieren will. Trotzdem wiederholten die

meisten Journalisten die Überschriften der Pressemitteilung. So berichtete zum Beispiel die *Deutsche Welle*: »Umfrage lässt keine Zweifel offen: Syrer fliehen vor Assad«. ¹⁸⁵

The Syrian Campaign bewies das Gegenteil ihrer Pressemitteilung: Sogar nach der sehr einseitigen Stichprobennahme sagen mehr Flüchtlinge, dass sie vor bewaffneten Gruppen fliehe als vor der Syrischen Armee.

Die Umfrage in Deutschland:

- ☐ Erwähnt nicht Assad,
- ☐ Verantwortlich für Kämpfe? Syrische Armee 70%, Antiregierungsgruppen 74%
- ☐ Furcht vor wem? Syrische Armee 77%, Antiregierungsgruppen 82%
- ☐ Stichprobe an: 68% junge Männer, 74% aus von Dschihadisten besetzten Gebieten



Die Medien wiederholten die Pressemitteilung ohne Bezug zur Umfrage

Umfrage lässt keinen Zweifel: Die Syrer fliehen vor Assad.

TSC: Syrische Flüchtlinge fliehen zu 70% vor Assad, zu 30% vor ISIS

Abb. 7: Umfrage der Organisation The Syrian Campaign belegt das Gegenteil der eigenen Überschrift (der ursprünglich englische Text wurde übersetzt)

Darüber hinaus war die TSC-Umfrage wenig repräsentativ. Bei den Syrern, die in Deutschland interviewt wurden, handelte es sich zum größten Teil um junge Männer aus Gebieten, die von Dschihadisten besetzt waren. Frauen und Kinder existierten in der Umfrage praktisch nicht. Die Umfrage besagt, dass 74 Prozent der Befragten aus Gebieten kamen, die von bewaffneten, regierungsgegnerschen Gruppen besetzt waren, und dass 68 Prozent junge Männer waren. Es gab praktisch keinen Flüchtling aus den von der Regierung gehaltenen Gebieten Tartus, Latakia und Sweida. Damaskus war deutlich unterrepräsentiert. ¹⁸⁶ (Siehe Abb. 7.) Zusammenfassend kann man feststellen, dass die Umfrage keineswegs beweist, dass die meisten Flüchtlinge »vor Assad fliehen«. Im Gegenteil beweist die Umfrage, trotz der eindeutig voreingenommenen Fragestellungen, dass die Befragten größere Angst vor den bewaffneten regierungsfeindlichen Gruppen hatten.

Die Weißhelme sind eine Gruppe, die bekannt ist für ihre Videos, in denen sie Werbung für sich selbst macht, und für Fotos von Mitgliedern, die mit Kindern in den Armen aus zerbombten Häusern laufen. Sie behaupten, »70000 Menschen« vor Bombenangriffen der syrischen Regierung in Sicherheit gebracht zu haben. ¹⁸⁷ Ihre Videos verbergen allerdings, dass es einen echten syrischen Zivilschutz gibt (angeschlossen an die Feuerwehr, mit roten Helmen), der praktisch im ganzen Land tätig ist. ¹⁸⁸ Der vom Westen erschaffene »Syrische Zivilschutz« ist ein Verbündeter der Dschihadisten, gegründet durch den ehemaligen britischen Söldner James Le Mesurier und ausschließlich in den von al-Qaida gehaltenen Gebieten im westlichen Teil Syriens tätig. ¹⁸⁹ Zunächst

hatte die Gruppe ihre Finanzierungsquellen verschleiert, aber im Laufe der Jahre 2015 und 2016 wurde enthüllt, dass der größte Teil ihrer Mittel von USAID und der britischen Regierung stammte. **190** Trotz angeblicher Unabhängigkeit und rein humanitärer Motive listete ein Bericht des Jahres 2017 ca. 120 Millionen Dollar Fördermittel von westlichen Regierungen auf. Von 2014 bis 2017 erhielt die Organisation mindestens 23 Millionen Dollar von der US-Regierung, 90 Millionen Dollar von der britischen Regierung und über 16 Millionen Dollar von den Regierungen der EU, der Niederlande, Dänemarks und Deutschlands. **191** Das sind die gleichen Regierungen, von denen auch die Dschihadistengruppen (die »moderaten Rebellen«) bewaffnet wurden.

Verschiedene Partner der Weißhelme in Syrien wie Mosab Obeidat, Khaled Diab und Farouq al-Habib sind eng mit den bewaffneten Gruppen und deren Finanzquellen vernetzt. Obeidat hatte mehrere Jahre für den Roten Halbmond Katars gearbeitet, dann »mit der US-Botschaft Jordaniens« **192**. Diab arbeitete ebenfalls für Katars Roten Halbmond, dort wurde er beschuldigt, 2,2 Millionen Dollar an Terroristengruppen in Syrien ausgehändigt zu haben. **193** Habib war Mitglied des Revolutionsrats von Homs. **194** Wie Human Rights Watch propagierten auch die Weißhelme das Szenario von »Assads Fassbomben«. Diese seien »die größte Bedrohung für die Syrer«. **195**

Auch bei der Wiederverwendung von Kriegsfotos mischten die Weißhelme kräftig mit. Unmittelbar nach Beginn der russischen Luftunterstützung für die syrische Armee am 30. September 2015 veröffentlichten sie auf ihrem Twitter-Account das Foto eines blutenden Mädchens, das angeblich während eines russischen Luftangriffs verletzt worden war. Diese falsche Behauptung wurde sofort in den russischen Medien entlarvt, da das Foto bereits 5 Tage vor dem Luftangriff schon einmal veröffentlicht worden war. **196** 2016 tauchten immer wieder Videos und Fotos auf, auf denen Männer in Uniformen der Weißhelme nicht nur mit Dschihadistengruppen vermischt auftraten und sie unterstützten – unter anderem bei der Folter und der Ermordung syrischer Soldaten und Zivilisten –, sondern auch ihre Sanitäteruniform ablegten und mit Insignien dschihadistischer Kampftruppen und Waffen posierten. Mit anderen Worten, diese Kämpfer gehörten zum Personal der Weißhelme. Es gibt inzwischen Sammlungen mit Dutzenden solcher Fotos. **197** Ein PR-Video der Weißhelme, das angeblich die Rettung eines Babys zeigte, wurde von der Organisation Swedish Doctors for Human Rights als Darstellung »medizinischer Fehlgriffe und Missbrauch von Kindern für Propagandamaßnahmen« bezeichnet. **198**

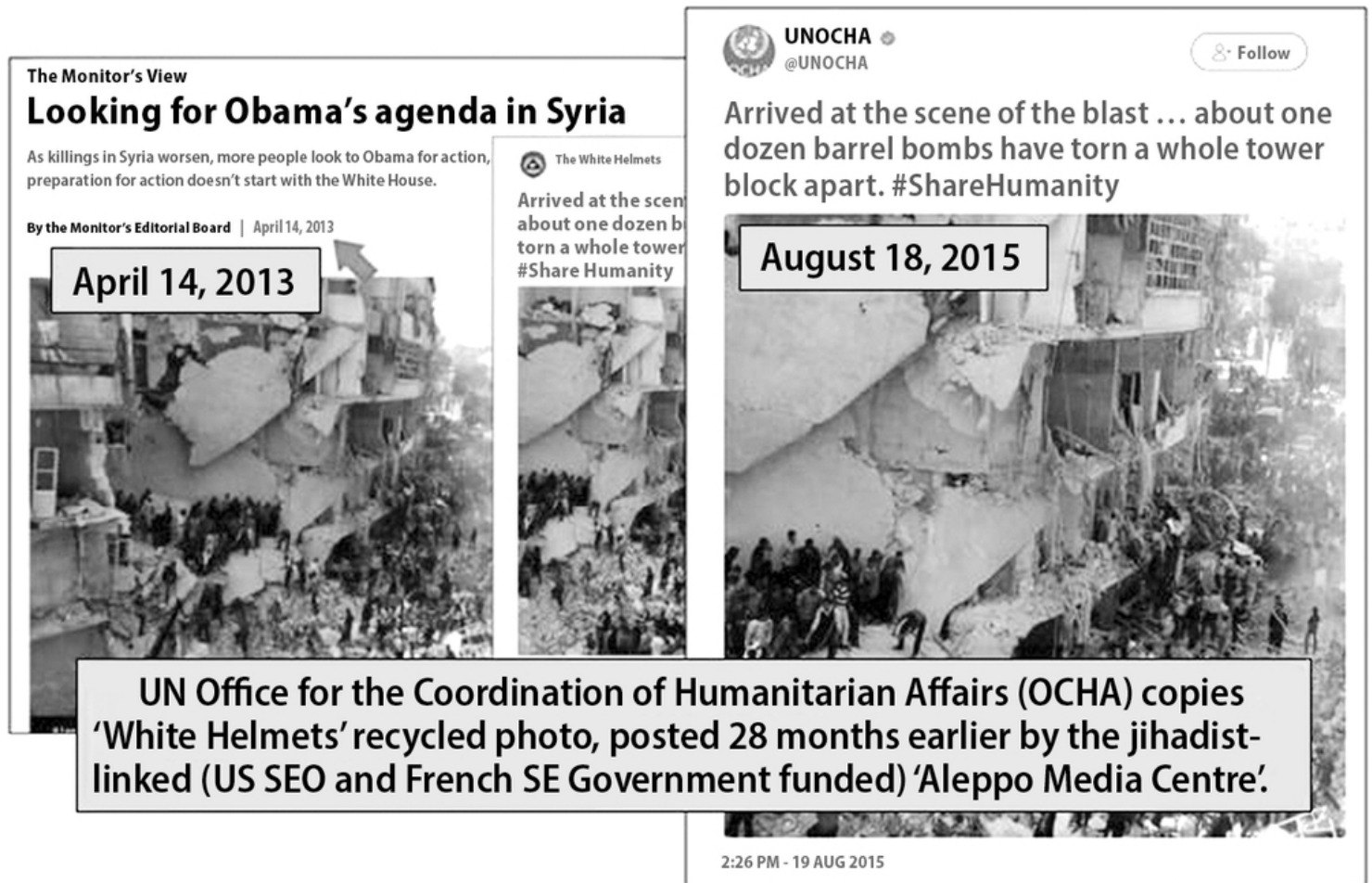


Abb. 8: Von den Weißhelmen umgedeutetes und wiederverwertetes Foto wird von UNO-Behörde übernommen

Der unten gezeigte Fotobetrug führte auch UNO-Behörden in die Irre. Am 19. August 2015 veröffentlichten die Weißhelme das Bild eines zerstörten Gebäudes in Aleppo mit der Behauptung: »Beim Einschlag am Ziel haben ... ungefähr ein Dutzend Fassbomben den ganzen Block in Stücke gerissen.« Text und Bild wurden vom UNO-Büro zur Koordinierung humanitärer Hilfe übernommen und veröffentlicht. ¹⁹⁹ Das Bild war aber schon 28 Monate früher veröffentlicht worden und bezog sich damals auf das mit Dschihadisten verbundene Aleppo Media Centre(AMC). ²⁰⁰ Das AMC wiederum wird finanziert von einer in Washington ansässigen Exilgruppe (Syrian Expatriates Organization, SEO) und der französischen Regierung. ²⁰¹ Die Authentizität der Fotostory von 2013 ist ebenfalls zweifelhaft. Was wir jedoch wissen, ist dies:

1. Die Fotostory von 2015, einschließlich der Texte, wurde auf betrügerische Weise von den Weißhelmen wiederverwertet.
2. Diese Fälschung wurde (wahrscheinlich unwissentlich) von UNO-Behörden übernommen und verbreitet.

Falls es noch irgendwelche Zweifel an der parteiischen und dschihadistischen Einstellung gibt: Der Anführer von al-Qaida im westlichen Syrien, Abu Dschaber asch-Schaich, lobte die Weißhelme als »verdeckte Soldaten der Revolution«. ²⁰² Als der östliche Teil Aleppos befreit war und fast 100000 Zivilisten die Flucht antraten, waren einige syrische, iranische, russische und unabhängige Journalisten zur Stelle, um die Menschen vor Ort über ihre Erfahrungen zu befragen. Ehemalige

Einwohner des besetzten östlichen Teils von Aleppo nannten die Weißhelme »Nusra-Front[al-Qaida]-Zivilschutz«. Sie erklärten, dass die Gruppe mit den bewaffneten Kämpfern zusammengearbeitet hatte und selten normalen Menschen half. ²⁰³ Zwischen Mai und Juni 2017 wurden die Weißhelme dabei gefilmt, wie sie an Exekutionen in Aleppo und Daraa teilnahmen und im letzteren Fall abgeschnittene Köpfe und verstümmelte Leiber zur Schau stellten, bevor sie die Leichenteile auf eine Müllhalde warfen. ²⁰⁴

Die Weißhelme spielten auch eine Rolle bei der Probennahme am Ort des Chemiewaffenvorfalls in Idlib (Chan Schaichun) und der Übergabe der Proben an die OPCW, eine in der Türkei ansässige UNO-Agentur. Damit sollte der syrischen Luftwaffe ein Chemiewaffenangriff angehängt werden. Diese Geschichte wurde vom Weißen Haus und mit ihm verbundenen Organisationen, wie Bellingcat, unterstützt. Allerdings wurde die These von den unabhängigen Experten Ted Postol und Scott Ritter abgelehnt. Postol, ein forensischer Berater des Pentagons, erklärte, die Chemikalien seien nicht aus der Luft abgeworfen worden, sondern seien auf dem Boden liegend zur Explosion gebracht worden. ²⁰⁵ Der ehemalige US-Waffen-Inspektor Scott Ritter sagte, die Intervention durch die Weißhelme als Kriegspartei zerstöre die Integrität des Probenzuges, sodass die OPCW nicht in der Lage sei zu beurteilen, woher die Muster kamen. ²⁰⁶ Die Weißhelme führten die OPCW in die Irre, so wie sie auch schon die UNOCHA getäuscht hatten. Sie sind eben parteiische Legionäre in Aktion.

Fazit

»Menschenrechtskriege« haben eine lange koloniale und neokoloniale Geschichte, sie erfordern aber aufwändige ideologische Propagandafeldzüge und eine sich stets anpassende Doktrin. Zum Zwecke ihrer Legitimierung wurden »Menschenrechtsgruppen« vereinnahmt oder neu gegründet. Human Rights Watch und Amnesty International sind die bekanntesten Beispiele für die Vernetzung der Menschenrechtsindustrie mit der Außenpolitik der Vereinigten Staaten. Im Stellvertreterkrieg gegen Syrien wurden PR-Organisationen wie »The Syria Campaign« und die »White Helmets« geschaffen, finanziert von den Großmächten und vernetzt mit westlichen Stiftungen.

Im Verbund bilden diese Gruppen eine hoch politisierte Industrie, welche versucht, die eigenen Interessenkonflikte zu verschleiern oder als »Normalität« darzustellen. Das gemeinsame Projekt besteht in dem Versuch, eine westliche Militärintervention unter dem Vorwand von Menschenrechten zu legitimieren und damit die Prinzipien der Vereinten Nationen – Nichteinmischung und Kriegsverbot – zu umgehen. Der Widerstand gegen die imperiale Strategie soll unterhöhlt oder gebrochen werden, um im Rahmen des Aufbaus eines US-geführten »Neuen Mittleren Ostens« die Teilung oder Zerschlagung unabhängiger Staaten durchzusetzen. Die Beweise für die Lügenmärchen und parteiischen Kampagnen dieses Netzwerks sind enorm. Allerdings hat sich Kriegspropaganda noch nie um das Walten von Vernunft und Rechtmäßigkeit geschert.

6. Deutsche NGOs

Seit vielen Jahren arbeiten meist unbezahlte Helfer mit großer Überzeugung sowie mit Enthusiasmus und Hingabe daran, Menschenrechte überall in der Welt zu verteidigen. Aber wie wir bereits gesehen haben, sind diese Aktivisten, die einen großen Teil ihrer Zeit, wenn nicht ihr gesamtes Leben dieser Arbeit opfern, nicht unabhängig. Vielmehr unterstehen sie der Kontrolle von Organisationen, die riesige Mengen an Finanzmitteln verwalten und immer klarere Zeichen von Zusammenarbeit mit Kreisen zeigen, zu denen sie eigentlich einen kritischen Abstand halten sollten.

Zunächst einmal gibt es da die Beobachtung, dass die Finanzierung der Organisationen immer stärker professionalisiert wurde, wobei in zahlreichen Fällen Regierungen und politische Parteien, oftmals über Stiftungen oder auch staatliche Stellen, große Summen an NGOs zahlen.

Die meisten NGOs sind nicht demokratisch organisiert. In der Regel hat jenes Mitglied den größten Einfluss, das sich als der beste »Fund Raiser«, also der beste Geldbeschaffer, erweist. So greift eins ins andere. Und die Spendensammlung bei hilfsbereiten Menschen trifft immer öfter auf Skepsis.



Die Journal Society GmbH schrieb über eine oft als NGO angesehene Organisation, die in Wirklichkeit eine staatlich finanzierte Institution der UNO ist (auch viele »echte« NGOs erhalten finanzielle Unterstützung aus Steuergeldern):

Der Hagener Steuerberater Jürgen Ortmüller äußerte sich zu den möglichen Unregelmäßigkeiten bei der Verwaltung von Spenden innerhalb der UNICEF und anderer Spendenorganisationen:

»Es gibt kaum eine wirksame Kontrolle hinsichtlich des effektiven Einsatzes von Spenden. Wenn bei manchen gemeinnützigen Organisationen von höchstens 10 Prozent Verwaltungsaufwand die Rede ist, kann es sich trotzdem um Millionen Euro handeln, die als Geschäftsführergehälter, Reisekostenerstattung oder Verwaltungsaufwendungen getarnt sind.« **207**

Mit anderen Worten geht es bei Spitzenmanagern der NGOs nicht nur um selbstlose und unentgeltliche gemeinnützige Arbeit, sondern natürlich auch um Karriere und Einkommen.

Wer kontrolliert die Vorsitzenden?

Philosophen der Antike glaubten, dass sich Herrscher selbst zügeln könnten, und zwar durch das Schaffen eines elitären Bewusstseins des »Bessereins«. Auch die ethischen Anforderungen der Gilden oder des Rittertums sind ursprünglich unter dem Eindruck dieser Idee zu sehen. Inzwischen wissen wir, dass dies ein Irrtum ist, der zu den großen Verbrechen führte, die meist ungesühnt blieben. Aber im 21. Jahrhundert, im Zeitalter des Internets, sollten wir uns nicht mehr auf die »Selbstkontrolle« verlassen.

Bei Stiftungen und NGOs sollten Vorstände von der Basis, von den Mitgliedern und den kleinen Spendern kontrolliert werden.

Laut der Bundeszentrale für politische Bildung wächst die Zahl der NGOs ständig weiter. **208** Dabei widerspricht die Bundesregierung sich selbst auf ihrer eigenen Website. Denn sie schreibt dort einerseits:

Auch wenn NGOs keiner politischen Partei zuzuordnen sind und sie für sich in Anspruch nehmen, allgemeine Gesellschaftsinteressen zu vertreten ...

Somit wären NGOs grundsätzlich apolitisch. Andererseits erklärt die Bundesregierung parteinahe politische Stiftungen zu NGOs, um dann zusätzlich zur Parteinähe, die sich aus Personal, Programm und Mittelzuwendungen ergibt, einzuräumen, dass die Finanzierung deutscher NGO-Projekte im Ausland oft durch die Bundesregierung erfolgt.

Die Stiftungen treten in ihrer Entwicklungsarbeit als deutsche »Nichtregierungsorganisationen« (NGOs) auf. Die außen- und entwicklungspolitische Arbeit der Stiftungen wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), vom Auswärtigen Amt (AA) und zu kleineren Teilen von anderen Ressorts finanziert. **209**

Politische Stiftungen, die angebliche »Nichtregierungsorganisationen« sind, werden also nach eigener Aussage der Bundesregierung Deutschlands durch Bundesministerien finanziert (mal abgesehen von den sonstigen Steuergeldern, die Haupteinnahmequellen der Stiftungen sind). So viel zur Unabhängigkeit.

In Deutschland haben neben den bekannten internationalen Organisationen, die bereits erwähnt wurden, besonders diese parteinahen Stiftungen und die Bertelsmann Stiftung besonderes Gewicht. Daher will ich insbesondere auf diese näher eingehen.

Wenn man nun die Frage stellt: »Wer kontrolliert die Vorsitzenden?«, liegt zumindest in diesen Fällen der Finanzierung expliziter Projekte durch die Bundesregierung die Vermutung nahe, dass die Projekte den Zielen der politischen Führung Deutschlands entsprechen müssen.

Heinrich-Böll-Stiftung

Dass Halbwahrheiten, Lügen oder Falschinformationen von einer deutschen Stiftung mit dem anspruchsvollen Namen »Heinrich-Böll-Stiftung« verbreitet werden, mag man zunächst nicht glauben. Aber dort, wie in so vielen Organisationen, haben Menschen mit ihren Schwächen, Vorurteilen und Charaktereigenschaften das Sagen, nicht Statuten oder ambitionierte Namen. Dass die Böll-Stiftung oft mit Amnesty International und von dort geliefertem Material arbeitet, mag den uninformatierten Leser beeindrucken, nicht aber jemanden, der sich mit den Hintergründen und der Politik von Amnesty auseinandergesetzt oder bereits die vorhergehenden Seiten gelesen hat.

Da wir uns bereits mit der Kriegspropaganda gegen Syrien befasst haben, wollen wir auch in diesem Teil des Buches damit fortfahren. So lädt die Stiftung zum Beispiel zu einer Veranstaltung am 8. November 2017 nach Berlin ein, um über die »Verbrechen in Syrien« zu informieren. Gemeint sind aber nicht etwa die völkerrechtswidrigen Besetzungen und Bombardierungen durch westliche Staaten oder deren Unterstützung von Terroristen oder die Luftangriffe Israels und auch nicht die »versehentlichen« Angriffe von legitimen Streitkräften des Landes, die gegen Terroristen kämpfen, sondern die angeblichen Verbrechen der Regierung. Aber schon in der Einladung wird sichtbar, dass es nicht um Aufklärung, sondern um Propaganda und die Unterstützung von Lügen gegen das Land, seine Bevölkerung und seine Regierung geht.

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat bei verschiedenen, auch gewalttätigen Regimewechseln eine herausragende Rolle gespielt. Für diese Organisation, eine Stiftung der Partei »Bündnis 90/Die Grünen«, steht das Erreichen eines politischen Zieles im Vordergrund, nicht Völkerrecht, Menschenrechte oder das Schicksal der Bevölkerung. Bodo Weber, der Autor des Balkanberichtes von 2014, schreibt in einem Papier der Heinrich-Böll-Stiftung:

Die deutsche Politik muss akzeptieren, dass das bestehende internationale System, allen voran die Vereinten Nationen, nicht den Herausforderungen der Weltunordnung des 21. Jahrhunderts entsprechen [sic]. Das bedeutet praktisch zu akzeptieren, dass ein Agieren außerhalb des bestehenden völkerrechtlichen Rahmens vonnöten sein kann, wenn die Stabilität der internationalen Ordnung gefährdet ist, und zugleich an den Bemühungen festzuhalten, das internationale System mittelfristig zu reformieren. Eine Verweigerung dieser unbequemen Schlussfolgerungen bedeutet, den nicht-demokratischen Vetomächten im Sicherheitsrat das Feld zu überlassen. **210**

Nicht das Völkerrecht soll also das Handeln bestimmen, sondern das Notwendige zur Erhaltung des Status quo im Sinne der den Status quo definierenden Mächte.

Welches Land nun »nicht-demokratisch« ist, das entscheidet natürlich die Heinrich-Böll-Stiftung. Dies ist das Gedankengut, welches zum Irak- und zum Afghanistankrieg mit ca. 2 Millionen Toten führte, zur Vernichtung Libyens mit den bekannten Folgen und zur Unterstützung des Terrorismus mit seinen furchtbaren Folgen für Syrien. Auch in Syrien führte die Politik zu Hunderttausenden Toten.

Im Falle Syriens hat die Heinrich-Böll-Stiftung unter anderem die Weißhelme unterstützt. Wie im vorangehenden Kapitel beschrieben, wird diese Organisation von westlichen Regierungen finanziert und dient der Terrororganisation al-Qaida als Propagandawerkzeug. **211** Da sich der Syrienkonflikt anders entwickelte als geplant, kommen nun langsam die kritischen Stimmen zu Wort. Und so wollte der Schweizer Presseclub, eine Gesellschaft von hervorragendem internationalem Ruf, eine Pressekonferenz mit Kritikern der Weißhelme durchführen. Gleichzeitig war es der Heinrich-Böll-Stiftung ein Anliegen zu versuchen, diese Veranstaltung zu verhindern. **212** Die Propagandaarme für den Menschenrechtskrieg sehen sich inzwischen offensichtlich auch gezwungen, Veranstaltungen und Nachrichten zu unterdrücken, die das alternative Bild zum offiziellen Narrativ offenbaren.

Die Aktivisten der Anti-Syrien-Propaganda

Wir wollen damit beginnen, die Aktivisten bzw. Zeugen gegen das »schreckliche Regime« des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad und deren Aussagen zu analysieren.

Ein Schweizer mit syrischen Wurzeln, der sich Domihol nennt, hat in einem Essay auf seinem Internetblog bereits einige Hinweise gegeben. **213** So berichtet er über Elias Perabo, einen deutschen Aktivisten, der gern von der Heinrich-Böll-Stiftung vorgeführt wird. Perabos Aktivitäten gegen die legitime syrische Regierung beginnen mit einem harmlosen Urlaub in Syrien.

... er machte Urlaub mit seiner Freundin in Syrien, als die Menschen dort anfangen zu demonstrieren, das Land kannte er vorher nicht. **214**

Während es also einerseits heißt, dass der Aktivist als »Urlauber« Syrien kennenlernte, schreibt die deutsche Hilfsorganisation Medico International von einer Reise des »Klimaaktivisten« nach Damaskus. Der Bericht Perabos strotzt schon zu diesem Zeitpunkt vor falschen Behauptungen der bewaffneten Opposition. Ein Beispiel:

Zwar gibt es bereits zahlreiche Soldaten, die Schießbefehle verweigern (und oft daraufhin sofort erschossen werden), und es häufen sich Desertionen, aber es ist schwer vorstellbar, dass größere Teile der über 310000 Mann starken Armee den Befehl verweigern würden bzw. sich auf die Seite der Demokratiebewegung stellen. Die Armee ist so aufgebaut, dass in jeder Brigade mindestens ein der Assad-Familie nahestehender Alawit die Führung oder die Stellvertretung innehat ... **215**

Der Aktivist behauptet, dass Kriegsdienstverweigerer standrechtlich erschossen würden, Desertionen zunehmen und die Armee sektiererisch kontrolliert würde. Letzteres widerlegte bereits Tim Anderson in seinem Buch *Der schmutzige Krieg gegen Syrien*:

Tatsächlich ist ein zentrales Problem bei der Dämonisierung von Assad durch Geschichten von »Angriffen auf Zivilisten«, dass solche Beschuldigungen sich auch auf die Syrisch-Arabisches Armee auswirken und dass diese Armee extrem populär ist, auch innerhalb der zivilen Opposition. Syriens stärkste säkulare Traditionen sind verbunden mit der Armee. Mit ungefähr einer halben Million Mitgliedern, sowohl Berufssoldaten als auch Wehrpflichtigen, besteht die Armee aus allen Gemeinschaften des Landes (Sunniten, Alawiten, Schiiten, Christen, Drusen, Kurden, Armenier, Assyrer usw.), die sich alle als »Syrer« betrachten. Man sollte sich erinnern, dass die Damaskus-Deklaration von 2005 eine starke Unterstützung für die »nationale Armee« zum Ausdruck gebracht hatte, die Kontrolle durch das Monopol der Baath-Partei beenden wollte, aber »den professionellen Geist der Armee, zum Schutz der Unabhängigkeit des Landes und des verfassungsmäßigen Systems sowie zur Verteidigung der Heimat und seiner Menschen«, erhalten wollte. **216**

Zu der Behauptung, Soldaten würden von der Armee erschossen, beschrieb Sharmine Narwani in einem Artikel vom Februar 2012, **217** aufgrund eigener Berechnungen und Recherchen im April 2011 seien insgesamt 88 Soldaten von verschiedenen Schützen in unterschiedlichen Teilen des Landes getötet worden. Sie widerlegte damit detailliert mit Namen und Ortsangaben die Berichte, die von Erschießungen von Kriegsdienstverweigerern durch die syrische Armee berichteten. Zuvorderst waren damit Daten von SOHR kompromittiert, aber auch die darauf basierenden Artikel, die von der BBC, Al Jazeera, *The Guardian* und deutschen Leitmedien veröffentlicht worden waren. Keiner der Journalisten dieser Medien hatte sich die Mühe gemacht, die Angaben der die bewaffneten Aufständischen unterstützenden Aktivisten zu überprüfen – was für Narwani, wie sie schrieb, problemlos möglich war. Human Rights Watch hatte unter Berufung auf fünfzig ungenannte »Aktivisten« behauptet, die toten Soldaten seien »Fahnenflüchtige« gewesen, die von der Armee ermordet wurden. **218**

Domihol beschreibt auch, wie Perabo in den Medien weiter beworben wurde:

Am 15. Januar 2012 wird Perabo in der deutschen Zeitung *Süddeutsche* vorgestellt. Er würde Geld sammeln »für junge syrische Aktivisten, die gegen das Assad-Regime kämpfen«, erklärt er und stellt feierlich fest: »Was wir machen, ist ganz klar eine politische Intervention.« **219**

Perabo war dabei erstaunlich offen. Als der Journalist fragte, ob er garantieren könne, dass mit den Geldspenden keine Waffen gekauft werden, meinte er entspannt, dass man das niemals zu 100 Prozent ausschließen könne.

Nun dürften die Waffen, gemessen an dem Umfang der Lieferungen durch die USA und Golfdiktaturen, **220** nur eine untergeordnete Rolle spielen, sie waren aber in der Lage, Kettenreaktionen auszulösen, an deren vorläufigem Ende mehr als zehn illegale US-Militärbasen in Syrien stehen, die auch nach Beendigung des »Anti-Terror-Krieges« bestehen bleiben sollen. Was wiederum beweist, dass es sich um einen Angriffskrieg mit Teilbesetzung eines souveränen Staates handelt. Ein Vorgang, der erahnen lässt, dass Deutschland mit seinen Aufklärungsflügen an der Vorbereitung eines Angriffskriegs beteiligt war.



Als Nächstes sollen die Aktivitäten von Ferdinand Dürr und der Organisation »Adopt a Revolution« (AaR) beleuchtet werden. Dürr ist studierter Politikwissenschaftler und Physiker, der aus Leipzig stammt. Domihol schreibt über ihn:

Als Mitinitiator der Kampagne versteht er sich nach eigenen Aussagen einer »interventionistischen, aktivistischen Linken« zugehörig. Nichtsdestoweniger war er im Mai 2015 auch willkommener Gast bei der Grünen-nahen Denkfabrik Heinrich-Böll-Stiftung, wo er eine als Kooperationsprojekt mit AaR veranstaltete Konferenz zum Thema »Syrien in der Sackgasse?« eröffnete.

Dürr trat auch unter dem Pseudonym Find auf. In der Main-Post **221** erklärte er, die Idee zur Unterstützung der Revolution in Syrien sei nach einem »Urlaub« seines Freundes Perabo in Syrien entstanden. Dort habe Perabo viele Kontakte mit Oppositionellen knüpfen können und »den Aufbau der LCC unterstützt«. Nach Angaben von AaR ist das Netzwerk »Local Coordination Committees of Syria« (LCC) die Dachorganisation von Komitees auf lokaler Ebene, die sich im Zuge des syrischen Aufstandes gebildet hatten. Die LCC sollen mit jungen Internetaktivisten, Menschenrechtlern und Oppositionellen zusammenarbeiten.

Dürr aka Find erklärte:

Als er wieder in Deutschland war, haben wir uns gefragt, was wir von hier aus tun können, um der Gewalt des Regimes etwas entgegenzusetzen. Ich möchte den Syrern zeigen, dass sie nicht alleine sind.

Das sagt also jemand, von dem Domihol deutlich machte, dass er keinerlei Ahnung von dem Land hatte, gegen das er nun konspirierte. Insbesondere scheint er niemals mit Syrern gesprochen zu haben, die die Regierung unterstützen, und diese sind in der Mehrheit.

Die Spenden für die »Revolution« in Syrien kommen beim Trägerverein »about: change« an, so Domihol. Er erklärt, dass aufgrund der Anti-Terror-Gesetzgebung in Europa dann aber der Geldfluss nach Syrien behindert wurde. Eine Banküberweisung von Österreich nach Deutschland an den Verein sei von dem österreichischen Institut verweigert worden. Dürres Erklärungen gegenüber dem Journalisten der Main-Post, wie das Geld des Vereins nach Syrien kommt, hören sich auch abenteuerlich an. Entweder würden die Spenden an syrische Geschäftsleute überwiesen, die Geld im Ausland verwalten und dann das Geld vor Ort auszahlen, oder der Verein würde das Geld nach Jordanien, dem Libanon oder der Türkei überweisen. Aktivisten kämen dann über die Grenze und würden das Geld abholen. Domihol zitiert dann die Antwort auf die berechtigte Frage, ob AaR überhaupt kontrollieren könne, was mit dem Spendengeld geschieht:

Über das Internet halten wir Kontakt zu den einzelnen Komitees. Alle sechs bis acht Wochen führen wir Interviews, um uns ein Bild von der jeweiligen Situation zu machen. Die Komitees müssen uns Berichte über ihre Arbeit schicken, die wir ins Netz stellen.

Der Verein verlässt sich also auf Berichte der Geldempfänger über das Internet. Wem es nun seltsam erscheint, dass dieser Verein als »gemeinnützig« anerkannt wurde, der dürfte damit nicht allein sein.

Adopt a Revolution ist gemeinnützig – Spenden sind steuerlich abzugsfähig. **222**

Von eingehenden Spenden müssen wir einen kleinen Abschlag verwenden, um Kampagne, Infrastruktur und Geldtransfer zu finanzieren. Trotzdem kommt jede Spende der Arbeit der ausgewählten Komitees zugute. **223**

Domihol stellt die berechnigte Frage, warum deutsche Behörden Terrorismusfinanzierung weniger eng sehen als österreichische, denn:

Immerhin besteht allein schon über die Person des LCC-Initiators al-Tartusi eine mögliche Terrorverbindung – sowohl mit den afghanischen Taliban als auch mit al-Qaida.

Laut Rechenschaftsbericht von AaR war der größte Spender der Organisation im Jahr 2016 die Heinrich-Böll-Stiftung. **224** Domihol schreibt, daneben spendeten Brot für die Welt, die Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Engagement Global, Stiftung: do, Katholischer Fonds und die Rosa-Luxemburg-Stiftung **225**. Domihol beschreibt weitere Partner von AaR:

Das Kernteam von AaR besteht aus fünf Mitarbeitern in Berlin und Leipzig ... Zusätzlich würde »auf Anfrage ein Netzwerk von Unterstützern« zur Verfügung stehen, heisst es. Sind da vielleicht auch die fast 50 festen Mitarbeiter von Medico nützlich? Dieses vom Auswärtigen Amt mitfinanzierte Hilfswerk wird nämlich zusammen mit der »Bewegungsstiftung« als »Partner« aufgelistet. (Die Zeitschrift *Oya* erwähnte übrigens auch die *taz* als »Partner«. So viel zum »unabhängigen Journalismus«.) Der AaR-Beirat setzt sich »aus deutschen und syrischen Vertretern der Zivilgesellschaft« zusammen und würde die »Förderleitlinien und die politische Ausrichtung des Projektes« festlegen, heisst es. Das »Projekt« hat also eine »politische Ausrichtung«.

AaR wurde Anfang 2012 auf der Bundespressekonferenz vorgestellt und erlebte dadurch einen ungeheuren Aufschwung. Auf den so hervorgerufenen Geldsegen wurde jedoch das Leipziger Finanzamt aufmerksam und drohte mit dem Entzug der Gemeinnützigkeit. Die Begründung lautete, dass die Organisation »zu politisch« wäre, berichtet Domihol. Die Antwort wurde in der *Mitteldeutschen Zeitung* veröffentlicht:

»Wir unterstützen nicht irgendwelche Oppositionsparteien, auch nicht die Exil-Opposition oder Akteure, die politische Macht für sich beanspruchen«, sagt Find, »sondern Leute, die vor Ort zivilgesellschaftliche Strukturen aufbauen wollen.« Er räumt aber ein, dass sich das manchmal schwer trennen lasse. **226**

Angeblich geht es also um den Aufbau der Zivilgesellschaft, nicht um politische Neuordnung, was wiederum Aussagen an anderer Stelle widerspricht.

Domihol stellt fest, dass diese Erklärung kaum überzeugen konnte, sah man die Mitglieder der syrischen Exilopposition im AaR-Beirat, deren politische Ziele eindeutig unterstützt wurden. Unterstützt wurde die Gemeinnützigkeit durch Teile der Linkspartei und die Bundestagsvizepräsidentin, Mitglied der Grünen.

Domihol erklärt dann seine Einschätzung zur »politischen« Arbeit des Vereins:

Agiert AaR also nun politisch oder nicht? »Was wir machen, ist ganz klar eine politische Intervention«, hat doch schon der AaR-Gründer Perabo im Januar 2012 der *Süddeutschen* gegenüber erklärt. Immer wieder liest man in der reichlichen Werbung der Kampagne Zeilen wie »Unterstützung für zivilen Widerstand«, und dann wäre da noch dieser Name »Adopt a Revolution«. Soll man »Widerstand« und »Revolution« wirklich als »nicht-politisch« verstehen?

Am 4. Januar 2012 erklärte Dürr-Find in einem Gespräch mit *Neues Deutschland* die Arbeit von AaR: »Zuerst geht es um finanzielle Hilfe, um die kontinuierliche politische Arbeit der Komitees zu ermöglichen.« Am 21. Dezember 2012 schreibt er auf einer AaR-Webseite: »In Syrien droht die Zerstörung des Gemeinwesens durch eine Gewaltherrschaft, die ihren Sturz auf unabsehbare Zeit hinauszögern will.« Wann ist die Finanzierung einer »politischen Arbeit« nicht politisch? Wann ist der »Sturz« einer Regierung nicht »politisch«?

Nach dieser Ausführung, die nahelegt, dass AaR doch rein extremistisch und politisch ausgerichtet ist, weist Domihol darauf hin, dass zwei Mitglieder des Beirats aktive Politiker innerhalb der

kriegführenden syrischen Opposition sind und dass dieser Beirat nach eigener Aussage des Vereins die politische Ausrichtung steuern würde.

Offensichtlich aber blieb die Warnung des Finanzamtes ohne Folgen. Und das, obwohl doch die Terrorfinanzierung in Deutschland angeblich so gründlich beachtet wird. Auch 2017 fließt also weiter Geld zur bewaffneten Opposition in Syrien, und das zum großen Teil aus Steuergeldern.



Die nächste Protagonistin in diesem Umfeld, mit der wir uns beschäftigen, ist Hannah Wettig. Nach den Recherchen von Domihol soll sie in der Gruppe »für eine linke Strömung« aktiv gewesen sein, die wiederum Teil der Interventionistischen Linken ist. In diesem Zusammenhang wurde auch vom Medico-Werbefachmann und AaR-Beirat Martin Glasenapp gesprochen.

In der Linkspartei ist die Strömung nicht unumstritten. In einem Artikel auf der Website von »Adopt a Revolution« findet man einen Artikel von ihr, in dem sie schreibt:

Adopt a Revolution hat mehrfach öffentlich erklärt, dass wir kein Regierungsgeld nehmen, grundsätzlich nicht. Glaubt die Linke, dass Herr Westerwelle uns heimlich Geld zusteckt?

Damit behauptet AaR also, keine öffentlichen Gelder zu beanspruchen. Im Jahr 2016 jedoch, wie wir bereits weiter vorne lasen, gehörte die Landeszentrale für politische Bildung in Thüringen zu den wichtigsten Spendern. Außerdem scheint sie Glasenapp und Medico sowie dessen Finanzierung zu vergessen. Wenn Spenden von durch die Bundesregierung alimentierten Stiftungen und Hilfsorganisationen erfolgen, mag das rein rechtlich »keine Förderung durch den Staat« sein. Auch wenn politische Parteien, die Steuergelder erhalten und deren Projekte zum großen Teil durch die Bundesregierung finanziert werden, zu Spendern gehören, ist es nicht direkt die Bundesregierung. In meinen Augen aber ist es letztlich dieses Geld, also Steuergeld, und die propagandistische Hilfe, die der Organisation zu ihrer Rolle verholfen hat. Ein Hilfsentzug und die Aberkennung der Gemeinnützigkeit würden möglicherweise den Zusammenbruch bedeuten.

Auch als deutlich wurde, dass die gemäßigte säkulare Opposition längst in die staatlichen Prozesse einbezogen wurde und sich von dem bewaffneten Aufstand losgesagt hatte, also die Dschihadisten eindeutig den Ton in der sogenannten »Opposition« angaben, schrieb Hannah Wettig:

Warum sollten denn die Islamisten »die Macht übernehmen«? In Ägypten und Tunesien wurden sie gewählt, im Übrigen nur sehr knapp. Und sie werden auch wieder abgewählt werden. Was wir gerade in Ägypten erleben, ist doch großartig. Auch in Benghazi haben die Menschen die Islamisten vertrieben. **227**

Islamisten würden also keine wichtige Rolle spielen, behauptet die Autorin bzw. AaR. Dazu schreibt Domihol:

Am 18. Januar 2014 tönt es jedoch in ihrem Artikel »Entgleiste Revolutionen« auf *Analyse & Kritik* weit weniger positiv, denn nun muss sie Ägypten als vormaligen »Islamistenstaat« und Libyen als »Exerzierfeld religiöser Milizen« beschreiben. Diese Expertin lag also zwei Jahre vorher völlig falsch – sowohl mit Ägypten, wo tatsächlich die Muslimbrüder die Macht übernahmen, als auch mit Libyen, wo der NATO-unterstützte Regierungssturz inzwischen zu einem gescheiterten Staat geführt hat. Wenn man die schon in 2012 bemerkbaren schwarzen Dschihad-Fahnen bedenkt, ist vielleicht die Frage erlaubt, ob sie von der wirklichen Situation in Syrien damals genauso wenig Ahnung hatte wie anderswo oder ob hinter solcher Ignoranz Vorsatz steckt. Oder wäre diese Frage etwa auch wieder nur »furzdröge Verschwörungstheoretisiererei«?

Noch Ende 2013 sprach Wettig von einem »Frühling« in Syrien. **228** Und im Oktober 2014 äußerte sie sich dann offen zugunsten von Waffenlieferungen an die »Freie Syrische Armee«. **229** Wobei sie vollkommen ignorierte, dass die Bewaffnung längst durch westliche Regierungen direkt und indirekt stattfand.

Im August 2015 rief dann die AaR ganz offen zur Bombardierung Syriens auf. Der AaR-Partner *taz* schreibt am Jahrestag eines angeblichen Giftgasangriffs des »Regimes« in Syrien (dazu mehr später in diesem Buch):

Der Jahrestag des Giftgaseinsatzes ist eine gute Gelegenheit, zwei Themen, die zumeist getrennt voneinander diskutiert werden, zusammenzudenken. Die Ursachen für den Krieg und die Vertriebenen und die seit dem Völkermord in Ruanda geltende Verpflichtung, Menschen vor dem Genozid zu schützen: Duty to protect. Der von der NGO »Adopt a Revolution« unterstützte Aufruf »Clear the Sky« macht diese Verbindung und bringt damit zusammen, was zusammen gehört. **230**

Wieder wird das Bombardieren und das damit zwangsläufige Töten vieler Zivilisten damit begründet, angeblich Menschen zu schützen. Es ist genau die gleiche Propaganda mit den gleichen Begründungen, die in Libyen zum Tod von Zehntausenden Zivilisten führte. Auf diese Weise wurde das Land zurück ins Mittelalter gebombt und zu einem Zentrum des dschihadistischen Terrorismus gemacht. Zu diesem Zeitpunkt wusste man das bereits. Und besonders Hannah Wettig wusste das. Denn sie selbst hatte bereits 2014 in einem Artikel von »entgleisten Revolutionen« geschrieben:

Im Osten und Süden des Landes herrschen Milizen. Auch in der Hauptstadt Tripolis nehmen Morde an AusländerInnen und Islamisten-KritikerInnen zu. Ende vergangenen Jahres startete die libysche Armee eine Großoffensive gegen die bewaffneten Banden im Osten, gab aber bald wieder auf. **231**

Mit der Beschreibung der tatsächlichen Zustände, nämlich dass extremistische Islamisten marodierend durch das Land ziehen, ist ein Widerruf ihrer vorherigen Analysen und Voraussagen verbunden. Aber schuld daran waren natürlich nicht die Bombardierung des Landes sowie die Zerstörung der Infrastruktur, der staatlichen Sicherheitskräfte und Behörden, sondern Gaddafi. Und nebenbei konnte noch behauptet werden, Syrien würde den Terrorismus, den »Islamischen Staat« bzw. ISIS/Daesh unterstützen.

Domihol beschreibt in seinem Papier weitere Öffentlichkeitsauftritte von Hannah Wettig und stellt die Frage, ob AaR und insbesondere Wettig überhaupt an Frieden interessiert sind.

Am 3. März 2016 schreibt die »Syrienaktivistin« wieder einmal für den WADI-Verein: »Der syrische Diktator Baschar al-Assad sitzt so fest im Sattel wie lange nicht mehr und alle tun so, als liesse sich mit ihm und seinen Verbündeten ernsthaft Frieden schaffen.« Sie argumentiert, dass »halbherzige Feuerpausen nichts ändern, wenn gleichzeitig die Ursache bestehen bleibt und sogar gestärkt wird«. Nach fünf Jahren Krieg kämpft Wettig also weiterhin medial für den Regierungssturz als Endlösung – und das, wie es scheint, bis zum letzten Syrer.

Wettig setzt sich also für einen Sturz Assads ein, ohne Rücksicht auf Verluste, obwohl die Aussicht nun auch für sie erkennbar gering ist. Domihol erwähnt dann auch einen Online-Brief von Wettig aus dem Jahr 2012, in dem sie ganz offen eine Flugverbotszone forderte. Eine Flugverbotszone ist aber – so viel weiß man aus der Erfahrung mit Libyen – gleichbedeutend mit der Zerstörung der Infrastruktur des Landes und Zehntausenden Todesopfern, sogenannten »Kollateralschäden«. Wer sich für Flugverbotszonen aussprach, wollte also einen Krieg gegen die legitime syrische Regierung mit dem Ziel ihres Sturzes erreichen.



Kommen wir nun zu einem weiteren Protagonisten der Anti-Syrien-Propaganda, die in der vorgenannten Einladung zur Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung erwähnt werden. Die Rede ist von dem immer wieder gern ins Spiel gebrachten Kronzeugen »Caesar« mit den Fotos von angeblich Zehntausenden von Folteropfern des Regimes. Darüber wurde bereits berichtet, aber da es eine besonders oft hervorgerufene Behauptung betrifft, will ich noch einmal darauf eingehen, denn an diesem Beispiel lässt sich erkennen, wie das System der gegenseitigen Bestätigung scheinbar unabhängiger Prüfer, die aber alle dem gleichen politischen Ziel verpflichtet sind, funktioniert. Und wie durch die Verteilung der Verantwortung am Ende, wenn der Betrug offenkundig wird, niemand zur Rechenschaft gezogen wird. Denn bis heute musste sich niemand für die Kriegslügen im Krieg gegen Libyen verantworten. Schon 2014 wurde die Unseriosität der »Beweise« und des Zeugen »Caesar« offengelegt. Trotzdem musste *Counterpunch* im Jahr 2016 feststellen: »Der Caesar-Fotobetrug, der die Syrien-Verhandlungen unterminierte«, und schrieb unter anderem:

Ein Team von Anwälten sowie forensischen und digitalen Sachverständigen wurde von der Kanzlei Carter-Ruck engagiert, um im Auftrag von Katar in den Mittleren Osten zu reisen und die Zuverlässigkeit von »Caesar« und seiner Geschichte zu prüfen. Sie kamen zu dem Schluss, dass man »Caesar« vertrauen könne und dass die Fotos auf Tötungen »im industriellen Maßstab« hinwiesen. CNN, *The Guardian* aus London und *LeMonde* brachten die Story, die danach rund um die Welt ging. Die Beschuldigungen auf der Grundlage von Caesars Fotos wurden bekannt gegeben, als die Verhandlungen [über Syrien; Anmerkung d. Übers.] in der Schweiz ihren Anfang nahmen. Als daraufhin die Opposition den Rücktritt der syrischen Regierung verlangte, wurden die Verhandlungen abgebrochen. **232**

Wie der Autor also erklärt, hatte Katar nicht nur die angeblichen »Beweise«, sondern auch noch die Bestätigung derselben bestellt und bezahlt.

Der Artikel weist darauf hin, dass sich die Geschichte über 2 Jahre auf relativ niedrigem Niveau erhalten hatte, dass aber dann im Dezember 2015 von Human Rights Watch (HRW) ein Bericht mit dem Titel »Wenn die Toten sprechen könnten« mit dem Fokus auf die Beschuldigungen Caesars veröffentlicht wurde. Der *Counterpunch*-Bericht lenkt im Weiteren das Augenmerk auf eine Reihe von gravierenden Fehlern. Es beginnt damit, dass die Hälfte der von Caesar vorgelegten Fotos das Gegenteil der Behauptungen aufzeigte. (In neueren Veröffentlichungen von HRW wird nur noch die halbe Anzahl **233** an Fotos erwähnt.) Ursprünglich waren 55000 Fotos vorgelegt und vom Carter-Ruck-Team als geprüft bezeichnet worden, wobei festgestellt wurde, dass die Hälfte der Fotos angeblich von Caesar selbst gemacht worden wäre. Allerdings waren die Fotos nicht öffentlich. Der Artikel beschreibt die Entwicklung wie folgt:

Diese Fotos sind in der Obhut der oppositionellen Organisation, genannt »Syrische Gesellschaft für Vermisste und Gefangene aus Gewissensgründen« (SAFMCD). Im Jahr 2015 erlaubte sie Human Rights Watch (HRW), die Fotos zu prüfen, die bis dahin unter Verschluss gehalten worden waren. [...] Die größte Enthüllung ist, dass über 46 Prozent der Bilder (24568) keine durch die syrische Regierung »zu Tode gefolterten« Menschen zeigten.

Mit anderen Worten, erst nach Jahren, als schon längst eine Propagandakampagne auf Hochtouren lief, wurden die Bilder überhaupt überprüft. Und als man dann feststellte, dass nachweislich die Hälfte der Fotos das Gegenteil des Behaupteten zeigten, wurde die Kampagne nicht beendet, sondern fast unverändert weitergeführt.

Auch die Behauptung, dass die anderen Fotos nur »gefolterte Gefangene« zeigen würden, ist übertrieben bzw. falsch. In ihrem Bericht vom Dezember 2015 weist HRW aus: »Der größte Teil der Bilder, 28707 Fotos, zeigt Tote, die nach dem Verständnis von HRW während der Inhaftierung durch die Regierung gestorben sind, entweder in einem oder mehreren Gefängnissen oder nach der Verbringung in ein Militärkrankenhaus.« HRW schätzt 6786 tote Personen.

Der *Counterpunch*-Artikel bestreitet das:

Die Fotos und die Toten sind real, aber wie sie verstarben und unter welchen Umständen, ist vollkommen unklar. Es gibt starke Hinweise darauf, dass einige in Kämpfen starben, andere im Krankenhaus. Wieder andere waren verstorben, und die Leichen wiesen bereits Verwesungsspuren auf, als sie gefunden wurden. Diese Fotos scheinen ein Land im Kriegszustand zu beschreiben, in dem viele Kombattanten und Zivilisten getötet werden. Es scheint so, dass das Militärkrankenhaus das tat, was es schon immer getan hatte: Verstorbene zu fotografieren und eine Akte über den Tod anzulegen. Körper werden von verschiedenen militärischen oder geheimdienstlichen Abteilungen eingesammelt. Während einige in Gefangenschaft gestorben sein können, war der größte Teil sehr wahrscheinlich in Kämpfen ums Leben gekommen. Die Anschuldigungen durch »Caesar«, den Carter-Ruck-Bericht und HRW, alle Opfer seien »in Gefängnissen umgekommen« oder »durch Folter getötet« worden, sind mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit falsch.

Mit anderen Worten war spätestens zu diesem Zeitpunkt klar, dass die Behauptung, die Bilder zeigten »durch Folter getötete« oder »massenexekutierte« Gefangene, auf gefälschten Beweisen basierte. Das hindert aber HRW und die Heinrich-Böll-Stiftung nicht, weiter diese Fotos als Schlüssel-»Beweise« für angebliche Verbrechen der Regierung anzuführen. Aber dies war erst der Anfang der Hinterfragung von Fakten und Motiven. Der *Counterpunch*-Artikel fährt fort:

Der Carter-Ruck-Bericht erklärt: »Diesem Zeugen, der aus Syrien floh und der für die syrische Regierung gearbeitet hatte, wurde vom Untersuchungsteam das Pseudonym ›Caesar‹ gegeben, um ihn und Mitglieder seiner Familie zu schützen.« Wenn das aber wahr wäre, könnte es für die syrische Regierung einfach sein, die richtige Identität festzustellen. Denn wie viele Militärfotografen hatten bei Tishreen und dem Militärkrankenhaus 601 während dieser Jahre Aufnahmen gemacht und waren dann verschwunden? Nach Angaben des Carter-Ruck-Berichts hatte Caesars Familie Syrien in etwa zur gleichen Zeit verlassen. Wenn man nun Letzteres berücksichtigt, warum hält man dann noch die wahre Identität des Zeugen vor der westlichen Welt geheim? Warum weigert sich »Caesar«, sogar mit Journalisten zu sprechen, die seinem Anliegen große Sympathien entgegenbringen?

Nachdem die Fälschungen offensichtlich geworden sind, dürfte es allerdings nicht überraschen, dass »Caesars« Identität nicht bekannt gemacht wurde und dass auch Journalisten, die eindeutig auf der Seite der Rebellen standen, keinen Zugang zu ihm erhielten.

Der Artikel weist dann darauf hin, dass die Carter-Ruck-Untersuchung übereilt vorgenommen wurde und dass sie voller Fehler und politisch beeinflusst war. Aber die Glaubwürdigkeit basierte gerade auf der angeblichen Integrität dieses Untersuchungsteams, das sowohl den Fotografen als auch die Aufnahmen »verifiziert« hatte. Der Artikel erwähnt dann Gründe, warum man die Integrität der Kommission infrage stellen muss und warum diese »mit Vorurteilen belastet« war:

1. Die Untersuchung war von der Regierung Katars finanziert worden, welche zu den Hauptunterstützern der bewaffneten Opposition gehört.
2. Die beauftragte Firma, Carter Ruck & Co., hatte kurz zuvor den Präsidenten der Türkei, Erdoğan, vertreten, von dem man weiß, dass er damals auch die bewaffnete Opposition intensiv unterstützte.
3. Der Amerikaner in dem anwaltlichen Untersuchungsteam, Prof. David M. Crane, hatte viele Jahre seines Arbeitslebens für das Verteidigungsministerium der USA und den Geheimdienst

DIA (Defense Intelligence Agency) gearbeitet. Die US-Regierung aber ist stark verwickelt in die Bemühungen um einen Regierungswechsel in Syrien.

4. Außerdem ist Prof. Crane auch persönlich in dem Konflikt befangen. Er hat an einer Kampagne für das »Syrische Kriegsverbrechen-Tribunal« teilgenommen und im Oktober 2013, 3 Monate vor den Offenbarungen Caesars, vor dem Kongress ausgesagt.
5. Das Team hatte durch eigene Aussagen bestätigt, dass es »unter Zeitdruck« gearbeitet hatte.
6. Das Untersuchungsteam selbst hat bestätigt, die meisten Fotos noch nicht einmal angesehen zu haben.
7. 46 Prozent der Aufnahmen waren dem Untersuchungsteam entweder nicht bekannt oder aber es verschwieg bewusst, dass es sich dabei um tote syrische Soldaten und andere Kriegsoffer handelte.
8. Das Untersuchungsteam führte sein letztes Interview mit »Caesar« am 18. Januar und schloss den Bericht dann schnell ab, um ihn am 20. Januar den Medien vorzustellen, 2 Tage vor Beginn der von der UNO ausgerichteten Verhandlungen.

Dass höchstwahrscheinlich die CIA involviert ist, ergibt sich aus einem Interview mit *France24*. ²³⁴ Darin beschrieb Professor David Crane vom Untersuchungsteam, wie »Caesar« zum Treffen mit ihnen gebracht wurde, und zwar durch »seinen Betreuer, seinen case officer«. Der Ausdruck »case officer« bezieht sich normalerweise auf einen Mitarbeiter der CIA. Für Professor Crane, der früher einmal für die DIA gearbeitet hatte, war dies ein gängiger Begriff. Die CIA hatte im Jahr 2013 ein Budget von einer Milliarde US-Dollar für Operationen in Syrien gegen die legitime Regierung des Landes zur Verfügung. Das Projekt, an dem Professor Crane arbeitete – »Syrien zur Verantwortung ziehen« (Syrian Accountability Project, SAP) – ist übrigens an der Universität Syracuse beheimatet, wo die CIA trotz studentischen Widerstandes aktiv Rekruten anwirbt.

Nun hat die CIA eine lange Geschichte der Desinformation hinter sich. Wir erinnern uns zum Beispiel, dass im Jahr 2011 in den westlichen Medien gefälschte Berichte über Soldaten Libyens verbreitet wurden, die angeblich unter Viagra Vergewaltigungen begingen, während sich die USA um ein militärisches Mandat gegen das Land bemühten.

Der Artikel konstatiert außerdem, dass sich auf vielen Fotos, die auf der Website der SAFMCD (Syrian Association for Missing and Conscience Detainees) veröffentlicht worden waren, Manipulationen feststellen ließen. Auch gab es im Fotokatalog Duplikate und andere Fehler. Über die Fotos wurden dann weitere kritische Berichte von Außenstehenden erstellt, die auf Ungereimtheiten oder Manipulationen hinwiesen. Nur die »Qualitätsmedien« und die Heinrich-Böll-Stiftung schienen außerstande, die Widersprüche und Fehler zu erkennen. Mit anderen Worten: Die »Caesar-Geschichte« ähnelt verblüffend den anderen aufgedeckten Kriegslügen, die von den gleichen Protagonisten willig verbreitet worden waren, wie zum Beispiel der Brutkastenlüge.

Amnesty International

Obwohl sich bereits ein ganzes Unterkapitel mit dem Thema beschäftigt, will ich noch einmal unter besonderer Berücksichtigung der Bezugnahme durch die Böll-Stiftung detaillierter auf AI eingehen. So wie in den Medien eine Zeitung auf die andere verweist, so arbeiten auch sogenannte »Nichtregierungsorganisationen« (die aber dann praktisch der verlängerte Arm politischer Parteien

sind, wie die Parteistiftungen) gern im Verbund. Die Heinrich-Böll-Stiftung verweist in der Einladung zu der Propagandaveranstaltung gegen Syrien auf Amnesty International.

Indem sich Amnesty International auf parteiische Quellen bezog, die von bewaffneten islamistischen Gruppen stammten, hat Amnesty, und damit auch die Heinrich-Böll-Stiftung, eine vollkommen einseitige Darstellung des Krieges aggressiv in die Öffentlichkeit transportiert. So hat die Organisation zum Beispiel die Behauptungen bewaffneter Gruppen wiederholt, dass die Bombardierung der von Rebellen kontrollierten Gebiete durch die syrische Armee zu katastrophalen »Kollateralschäden« unter den Zivilisten, mit täglich fast 100 (zivilen Opfern) pro getötetem »Kämpfer«, geführt hätte. Wenn das zuträfe, würde das eine gewaltige Anklage gegen die syrische Armee bedeuten. Aber es ist unwahr. Die sogenannten Beweise waren von den parteiischen Quellen fingiert worden und widersprachen anderen Informationen. Amnesty erhält Zugang zu seinen Informanten durch Gruppen, die starke Verbindungen zu bewaffneten islamistischen Einheiten aufweisen (dazu gehören »Violations Documentation Center« [VDC], das Syrische Netzwerk für Menschenrechte), die durch die Türkei, die USA, Saudi-Arabien und Katar finanziert werden, die alle den Sturz der syrischen Regierung anstreben. **235**

Tim Anderson stellt in *Der schmutzige Krieg gegen Syrien* fest:

Vom Anfang des Konfliktes an hatten die islamistischen Gruppen gefälschte Geschichten über Regierungsmassaker verbreitet und eigene Verluste als »zivile Opfer« dargestellt. [...] Amnesty berichtete auch von einer Gruppe namens »Civil Defence« oder »Weißhelme«, die in den USA erfunden worden war und der international geächteten Terroristengruppe Dschabhat an-Nusra Unterstützung gewährte. [...] Nicht nur waren Amnestys Beweise durch parteiische Quellen verfälscht worden, sondern auch bei den eigenen Quellen schaute Amnesty nicht genau hin. Die vom VDC [Violations Documentation Center] veröffentlichten Daten über Opfer in Idlib kommen für März bis April 2015 aufseiten der »Regime-Idlib-Opfer« auf zwölf Personen, während für den gleichen Zeitraum aufseiten der »Märtyrer-Idlib-Opfer« (Oppositionskämpfer und sie unterstützende Zivilisten) 662 Personen angegeben sind.

Zu der zuletzt erwähnten Gruppe gehörten ISIS und andere islamistische Kämpfer. [...] Dieser »Datensatz« für Idlib vermengt also VDC-Kämpfer mit Zivilisten, so wie es für die Islamisten seit Beginn des Konfliktes übliche Praxis war. [...] Amnesty hat sich selbst zu einem Berater Washingtons in der Frage gemacht, wie man seinen illegalen Interventionen einen Anstrich von Menschenrechten gibt. **236**

Terroristen als Zivilisten darzustellen gehört zum normalen Repertoire von Kriegslügen. Aber Tim Anderson legt hier außerdem offen, wie abgestimmt die Menschenrechtsindustrie mit der politischen Zielrichtung der US-amerikanischen Außenpolitik agierte.

Schon im Mai 2015 hatte Rick Sterling in *Dissident Voice* am Beispiel des Berichts von Amnesty über Aleppo auf die gravierenden Versäumnisse von NGOs wie Amnesty hingewiesen, die in Bezug auf Syrien zu beklagen sind. Zunächst ignoriert Amnesty vollkommen die Einflussnahme fremder Staaten auf die Geschehnisse in Syrien, dann »genehmigt« Amnesty die Verletzungen von internationalem Recht und verlässt sich allein auf Zeugnisse bzw. Aussagen einer Partei, und zwar auf solche, die möglicherweise »geführt und gecoacht« wurden. Amnesty zitiert dubiose Daten aus offensichtlich voreingenommenen Quellen, ignoriert wichtige Hintergrundinformationen und wichtige aktuelle Informationen und wiederholt ohne ernsthafte Hinterfragung unbewiesene und vermutlich falsche Anschuldigungen. Und Amnesty weigert sich anzuerkennen, was den Konflikt weiter befeuert. Daher das Fazit des Autors:

Amnesty beklagt zu Recht die zivilen Todesopfer. Aber was den Krieg am Laufen hält, was zur Vernichtung von Soldaten und Zivilisten führt, sind externe Mächte, die weiterhin Geld, Vorräte, Waffen und Söldner nach Syrien schicken. Es scheint, dass diese externen Mächte eher gewillt sind, Syrien zu zerstören, als ihren Plan für einen Regimewechsel in Damaskus aufzugeben.

Tragischerweise ist der Tod in Syrien allgegenwärtig. Dies liegt in gehörigem Maße daran, dass mächtige Länder auf dem Völkerrecht herumtrampeln. Amnesty müsste das bloßstellen und nicht darüber hinwegsehen oder es auch noch gutheißen. **237**

Der Autor kommt also ebenfalls zum Schluss, dass Amnesty das größte Menschenrechtsproblem im Syrienkonflikt überhaupt nicht anspricht: das Schüren der gewalttätigen Auseinandersetzungen durch ausländische Waffenlieferungen und sonstige Unterstützung. Ein Fazit, das wir verschiedene Male ziehen konnten, dass nämlich nicht der Schutz der Menschen, sondern das Durchsetzen politischer Ziele im Vordergrund steht.

Nachdem Gaddafi ermordet und seine Regierung gestürzt worden war, gab die französische Leiterin von Amnesty International, Geneviève Garrigos, zu, dass die Behauptungen, Gaddafi setze »afrikanische Söldner« ein, um Libyer zu ermorden, »nur ein Gerücht war, das in den Medien verbreitet wurde«, allerdings auch sehr intensiv durch Amnesty. Die Frage ist, wann Amnesty auch Fehler in den Narrativen zu Syrien zugeben wird.

Die Propaganda der Protagonisten der Heinrich-Böll-Stiftung zu Syrien

Das wohl schockierendste Ereignis mag der Vorschlag gewesen sein, al-Qaida bzw. dessen Propagandaarm, den »White Helmets« (Weißhelme), den Friedensnobelpreis zu verleihen. **238**

Obwohl auch die Weißhelme bereits erwähnt wurden, sollen hier noch ein paar Bemerkungen insbesondere in Verbindung mit der Heinrich-Böll-Stiftung gemacht werden. Dazu schreibt der Blog *Blauer Bote Magazin*:

Der Grünen-Abgeordnete Omid Nouripour, der auch im Vorstand der ... Atlantikbrücke sitzt, sowie seine Bundestagsabgeordnetenkollegin Franziska Brantner (ebenfalls Bündnis 90/Die Grünen und außerdem in der ... berüchtigten Heinrich-Böll-Stiftung der Grünen aktiv) ... forderten in einem offenen Brief zusammen mit anderen ... Abgeordneten im September 2016 ... dass man den Weißhelmen der al-Qaida-Terror-Koalition in Syrien (Aleppo etc.) ... den Friedensnobelpreis verleihe! **239**

Die Politiker fordern also ernsthaft, einer Propagandaorganisation von Terroristen den Friedensnobelpreis zu verleihen?! Ich hielt das zunächst für die Meldung einer Satirezeitschrift. Aber die *Oslo Times* schrieb zu der Nobelpreisforderung von unter anderem Nouripour für die Weißhelme:

Über 80 Parlamentarier weltweit unterstützen die Nobelpreis-Nominierung der »Weißhelme« im Gedenken an Jo Cox. **240**

Wie der Autor des *Blauen Boten* feststellt, sind Omid Nouripour und Franziska Brantner »Syrien-Experten« der Grünen. Sie müssten daher wissen, dass es sich bei der »Opposition« von Aleppo und deren Weißhelmen um radikalislamistische Terroristen unter Führung von al-Qaida handelt. Trotzdem unterstützen sie die Weißhelme und damit die eng mit ihr verflochtene Terrororganisation al-Qaida. Der Artikel weist darauf hin, dass Nouripour wenige Wochen vor dem Erscheinen des Artikels den Durchbruch weiterer al-Qaida-Kämpfer nach Ost-Aleppo gefeiert hatte. **241**

Die Erkenntnis, dass die Weißhelme eine Propagandaorganisation sind, die dem Zweck dient, den Krieg der Terroristen gegen die legitime Regierung zu veredeln, setzt sich nur langsam durch. Nicht zuletzt deshalb, weil praktisch alle westlichen Staaten ihr finanzielle Zuwendungen oder gar Auszeichnungen zukommen ließen.

Auf Rubikon erschien inzwischen ein ausführlicher Artikel, der den Stand der Fakten zusammenführt, um nachzuweisen, dass die »Weißhelme« eine Propagandaorganisation, keine wirkliche selbstlose Hilfsorganisation sind. **242**

Das Giftgas-Narrativ

Auch Bente Scheller vom Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Beirut verbreitet immer wieder, dass die Regierungstruppen Syriens Giftgas gegen die eigene Bevölkerung einsetzen. Und das, obwohl alle Indizien sowie Untersuchungen unabhängiger Journalisten und neutraler Beobachter eindeutig das Gegenteil nahelegen. In einem Interview mit n-tv vertrat Scheller erst kürzlich die Meinung, Präsident Assad verwende Giftgas, um in der eigenen Bevölkerung Angst und Schrecken zu verbreiten. **243**

Auch zum Giftgas-Narrativ wurde bereits viel geschrieben. Eine der ersten Faktensammlungen mit Stand 2016 war in Tim Andersons Buch *Der schmutzige Krieg gegen Syrien* zu finden. Er hat ein ganzes Kapitel der Widerlegung dieser Behauptung gewidmet und die Fakten zum Chemiewaffen-Zwischenfall in Ost-Ghuta vom August 2013 tabellarisch zusammengefasst. **244** Dabei sind die »Beweiserhebungen« der Kriegspartei USA und Verbündeter grau hinterlegt, während die Beweiserhebungen bzw. Aussagen durch neutrale Beobachter ungefärbt sind (siehe Tabelle 1). Demnach hätte man spätestens Ende 2016 bereits vermuten können, dass die angeblichen Giftgaseinsätze der syrischen Regierung typische False-Flag-Projekte waren.

Im Jahr 2017 feuerten die USA sogar 59 Marschflugkörper auf einen Flugplatz der syrischen Luftwaffe ab, angeblich um Syrien für den Einsatz von Giftgas zu »bestrafen«. Allerdings sollte man wohl mit ziemlicher Sicherheit davon ausgehen können, dass auch dieser Vorgang ein weiterer Versuch war, den Westen zu einem Angriff auf Syrien zu bewegen.

**Tabelle 1: Der Chemiewaffenzwischenfall in Ost-Ghuta (August 2013):
Aussagekräftige Berichte**

Quelle/Bericht/Beweis	Methode und Schlussfolgerung
Carla Del Ponte (UNO)	Vor Ost-Ghuta: »Rebellen« könnten Saringas in Nordsyrien eingesetzt haben.
Verschiedene Nachrichten	Vor Ost-Ghuta: »Rebellen« (an-Nusra) verhaftet mit Saringas in Türkei.
»Syrische Rebellen« und Verbündete	Durch Beschuss der Regierung mit Chemiewaffen werden 1300 Menschen oder mehr getötet, darunter Kinder. Doch nur acht Leichname werden öffentlich beerdigt.
Human Rights Watch	Die benutzten Waffen waren ausschließlich im Besitz der syrischen Regierung.
New York Times (NYT)	Telemetrie beweist, dass die Angriffe von einer Basis der syrischen Armee kamen. (Nach MIT-Studie wird NYT gezwungen, den Vorwurf zu modifizieren.)
Lloyd und Postol (MIT)	Die benutzten Raketen können unmöglich aus genannten Positionen der syrischen Regierung abgefeuert worden sein.
Gavlak und Abadneh (MINT Press)	Chemiewaffen wurden durch Saudi-Arabien an »Rebellen«-Gruppen geliefert, einige Anwohner starben wegen falscher Handhabung.
Mutter Agnes / iSTEAMS	Bilder wurden gestellt, kein sozialer Kontext, nur acht Menschen beerdigt – wo und wer sind die Kinder?

Tabelle 1: Der Chemiewaffenzwischenfall in Ost-Ghuta (August 2013): Aussagekräftige Berichte	
iSTEAMS, Martin, Mesler	Eltern identifizierten auf Fotos ihre 2 Wochen früher in Balouta (Latakia) entführten Kinder.
Seymour Hersh (LRB)	Befragte US-Beamte. Geheimdienstberichte wurden manipuliert, um falsche Anschuldigungen gegen Präsident Assad zu erheben.
Gruppe türkischer Anwälte und Autoren (PALJ)	Von Saudi-Arabien unterstützte »Rebellen«-Gruppe Liwa al-Islam wird für verantwortlich gehalten.
UNO-Bericht Dezember 2013 über Chemiewaffenangriffe in Syrien	Chemiewaffen wurden in Ost-Ghuta benutzt, drei von fünf Chemiewaffenangriffen waren »gegen Soldaten« oder »Soldaten und Zivilisten« gerichtet.
HRC-Bericht vom Februar 2014	Chemische Stoffe, die beim Angriff von Khan-al-Assal benutzt wurden, weisen ähnliche Merkmale auf wie die in Ost-Ghuta.

Anfang 2016, als das Rennen um die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten in eine entscheidende Phase ging, wurden zwei Artikel des investigativen Journalisten Seymour Hersh (»Whose Sarin?« und »The Red Line and the Rat Line«) aus dem Jahre 2013 noch einmal von mehreren Kommentatoren ausführlicher analysiert. In diesen Artikeln berichtet Hersh, dass die Obama-Regierung bewusst fälschlicherweise die Regierung von Präsident Baschar al-Assad in Syrien beschuldigt hatte, Giftgas einzusetzen, um einen Vorwand zu haben, Syrien zu bombardieren. Hersh schreibt:

Während abgehörte und andere Daten in Bezug auf die Angriffe vom 21. August gesammelt wurden, erhielten die Geheimdienste Beweise, die ihren Verdacht unterstützten. »Wir wissen jetzt, dass es eine verdeckte Operation war, die von Erdoğan's Leuten geplant wurde, um Obama über die Rote Linie zu drängen«, sagte ein ehemaliger Geheimdienstoffizier. »Sie brauchten einen Gasangriff in der Nähe von Damaskus, während die UN-Inspektoren« – die am 18. August in Damaskus ankamen, um einen früheren Giftgasvorfall zu untersuchen – »vor Ort waren. Es war vereinbart, etwas Spektakuläres zu veranstalten. Unseren ranghohen Offizieren des Militärs wurde von der DIA [Defense Intelligence Agency; Anmerkung d. Übers.] und anderen Geheimdiensten erklärt, dass das Sarin durch die Türkei geliefert wurde – und dass es nur mit türkischer Unterstützung ans Ziel gelangt sein konnte. Die Türken sorgten auch für Schulungskurse zur Herstellung und Anwendung des Saringases.« **245**

Auch wurden nach den Angaben von Hersh schon ganz am Anfang des »Bürgerkrieges« Waffen aus Libyen mit Unterstützung westlicher Geheimdienste nach Syrien gebracht.

Tim Anderson schreibt dann in seinem bereits erwähnten Buch *Der schmutzige Krieg gegen Syrien* über Giftgasvorfälle etwas, das auch bei Skeptikern bezüglich der von Hersh veröffentlichten Informationen zumindest zu Zweifeln führen sollte:

Bemerkenswert ist, dass bei drei von fünf Fällen Chemiewaffen gegen Soldaten eingesetzt wurden. Logischerweise kamen diese Angriffe von Gruppierungen, die Soldaten bekämpften, und nicht von Regierungstreitkräften.

Ein späterer Bericht des Menschenrechtsrates (Februar 2014) stellte fest, dass die chemischen Wirkstoffe, die bei dem Angriff auf Khan-al-Assal eingesetzt wurden, »die gleichen unverwechselbaren Merkmale trugen wie jene, die in al-Ghuta eingesetzt wurden«; jedoch konnten die Täter nicht ermittelt werden. **246**

Die Mehrzahl der Angriffe mit chemischen Kampfstoffen war demnach gegen die Armee und mit ihr verbundene zivile Einheiten gerichtet.

Und so reiht sich eine neutrale Untersuchung an die andere – alle jedoch von der Heinrich-Böll-Stiftung in den Wind geschlagen, da man sich dort lieber auf Informationen von »Aktivisten« stützt, welche im Umfeld der Terroristen von al-Qaida zu finden sind, wenn nicht sogar ISIS.

Kommen wir nun zu dem Vorfall, der explizit angesprochen worden war und der – als »Bestrafung« – zu einem Raketenangriff der USA gegen Syrien führte. Eine UN-Kommission hatte angeblich festgestellt, dass die syrische Regierung für einen Giftgasvorfall in Chan Schaichun in der Provinz Idlib verantwortlich war. Zunächst ließ das Reuters auf Grundlage eines nicht veröffentlichten Berichts verlautbaren. ²⁴⁷ Der offensichtlich aus politischen Gründen geleakte, zunächst nicht freigegebene Bericht war dann allerdings auch im Internet verfügbar. ²⁴⁸ Auf einmal konnte jeder ihn selbst lesen, was zu seltsamen Erkenntnissen führte, wenngleich weder die Medien, die dankbar den Reuters-Bericht verbreiteten, noch die »Menschenrechtsorganisationen« dessen tatsächlichem Inhalt große Aufmerksamkeit entgegenzubringen schienen. Denn der Bericht besagt keineswegs, dass die Regierung Giftgas eingesetzt hätte und dass dies bewiesen wäre. Vielmehr heißt es:

Auf Grundlage des zuvor Gesagten geht die Führung des Gremiums davon aus, dass die Arabische Republik Syrien für das Austreten von Sarin in Chan Schaichun am 4. April 2017 verantwortlich ist.

Man ging also nicht etwa davon aus, dass es sich um einen Giftgasangriff der legitimen Streitkräfte des Landes handelte, sondern dass diese »für das Austreten« des Giftgases verantwortlich waren, was wiederum offenlässt, wer es denn in Besitz hatte.

Dabei stellt man während der Lektüre fest, dass die Schlussfolgerung des Gremiums praktisch ausschließlich auf Aussagen basierte, die von *einer* Seite des Konflikts stammten, nämlich von »Zeugen«, die unter der Kontrolle von al-Qaida standen. Die forensischen Beweise wurden ohne schlüssige Beweiskette von Terroristen und den Terroristen nahestehenden »Aktivisten« geliefert.

Und so ist es nicht verwunderlich, dass kritische Journalisten auf seltsame Angaben in dem Bericht hinweisen, die mit dessen Schlussfolgerungen nicht übereinstimmen. Beispielsweise können einige angebliche Opfer rein zeitlich gar nicht beim Vorfall zugegen gewesen sein:

In Anhang II des Berichts ist zu lesen: »Eine Analyse der bereits erwähnten Krankenakten ergab, dass in 57 Fällen Patienten in fünf Krankenhäusern vor dem Vorfall in Chan Schaichun aufgenommen wurden.« [...] Zumindest 23 Prozent der angeblichen Todesopfer des Vorfalls wurden also in Krankenhäuser aufgenommen, ehe der Vorfall überhaupt stattfand. ²⁴⁹

Bei weiteren angeblichen Opfern des Giftgasvorfalls spricht die Entfernung vom Ort des Vorfalls zum Krankenhaus, in das sie eingeliefert wurden, ebenfalls gegen deren Präsenz am Vorfallsort.

Bei dem 125 Kilometer oder 2 Fahrtstunden entfernten Krankenhaus muss es sich um ein ordnungsgemäßes türkisches Spital gehandelt haben. Es ist höchst unwahrscheinlich, dass ein so gut organisiertes Krankenhaus bei den Einlieferungszeiten falsch liegt. Es ist unmöglich, dass die Opfer, die um 7:00 Uhr eingewiesen wurden, jene des Vorfalls in Chan Schaichun waren, der nach Angaben der Kommission um 6:30 Uhr stattfand. Die Kommission untersuchte diese Diskrepanz nicht und räumt ein, nicht feststellen zu können, ob der Vorfall gefälscht war oder nicht. ²⁵⁰

Außerdem stellt der Bericht fest, dass zahlreiche Opfer mit Sauerstoff oder Cortison behandelt wurden, wie man es im Falle von Lungenschäden erwarten würde, die zum Beispiel durch Chlorgas oder Vakuumbomben hervorgerufen wurden. Im Falle von Sarin-Schäden hingegen wären solche Behandlungen nicht angebracht.

In diesem Zusammenhang muss man sich erinnern, dass die türkische Nachrichtenagentur *Anadolu* in einem ersten Bericht von Chlorgas berichtete. Auch die erste Stellungnahme der OPCW vom 4. April bezog sich auf Chlorgas, nicht auf Sarin. Und schließlich hatte auch die türkische Regierung zunächst von Chlorgas gesprochen.

Gemäß Theodore Postol, emeritierter Professor des MIT in Massachusetts für Physik und nationale Sicherheitspolitik, fehlte es an verlässlichen Beweisen, und die verwendeten Daten waren gefälscht oder falsch ausgewertet worden. ²⁵¹ Er kritisierte auch, dass die Autoren des Berichts »kein einziges Mal« versucht hätten, die Echtheit der angeblichen Beweise zu prüfen. Außerdem erklärte er, dass die Informationen, die im UNO-Sicherheitsrat als Bericht vorgelegt wurden, nicht objektiv und voller Fehler seien. Der bereits angeführte Artikel zitiert Postol weiter:

Seine Befunde, sagt der US-Professor, »enthalten überzeugende und unmissverständliche Beweise dessen, dass die Untersuchung der OPCW und der UNO in dieser Angelegenheit zutiefst fehlerhaft und voreingenommen war«. Dass die Organisation keine Ermittler vor Ort gehabt habe, die ihrer direkten Kontrolle unterstanden hätten, rechtfertige ihre »offensichtlich erlogenen Erklärungen« nicht, so der Wissenschaftler.

Ein unabhängiger, angesehener Wissenschaftler bezweifelt also nicht nur die Beweise, sondern erklärt sie eindeutig zu Fälschungen.

Wenn die Heinrich-Böll-Stiftung und verschiedene UNO-Gremien sich auf Aussagen aus Terroristenkreisen berufen, muss es auch erlaubt sein, die Aussagen eines UNO-Botschafters in Hinsicht auf das Giftgas-Narrativ zu berücksichtigen. Welch unrühmliche Rolle die UNO in Syrien spielt, beschreibt in einem Artikel des Schiller-Instituts Baschar Dschaafari, der syrische Botschafter bei der UNO, auf folgende Weise:

Es war so, daß ich nach dem Angriff auf Khan al-Assal noch am selben Tag Instruktionen dazu erhielt, und acht Stunden nach dem Vorfall suchte ich das Büro des Generalsekretärs der Vereinten Nationen Ban Ki-Moon auf. Ich bat ihn darum, der syrischen Regierung dabei zu helfen, a) zu verifizieren, ob in Khan al-Assal tatsächlich chemische Waffen eingesetzt wurden oder nicht, und b) die Täter zu identifizieren. Darum habe ich Ban Ki-Moon an dem Tag ersucht.

Der Mann war sehr höflich, Sie kennen ihn. Er bat mich um etwas Zeit, um mit den »Guten« im Sicherheitsrat Rücksprache zu halten. Er besprach sich mit den Guten und kam zwei oder drei Stunden später zurück, um mir folgendes zu sagen: »Herr Botschafter, sagen Sie Ihrer Regierung, daß ich Ihrem Land bei einer Verifizierung helfen werde, um zu beweisen, ob in Aleppo chemische Waffen eingesetzt wurden oder nicht. Aber ich kann Ihnen leider nicht dabei helfen, die Täter zu identifizieren.«

Er wußte vom ersten Tag an, wer es gewesen war. Aber sie wollten die Identität der Täter nicht offenlegen.

Das bedeutet, dass die UNO-Verwaltung, nach Rücksprache mit den die Terroristen unterstützenden Teilen des Sicherheitsrates, sich nicht in der Lage sah, eine Kommission zu beauftragen, die Verursacher des Giftgasvorfalls zu benennen.

Wir sagten: »Ja, wissen Sie was, Herr Generalsekretär, helfen sie uns dabei, zu verifizieren, ob Chemiewaffen eingesetzt wurden oder nicht.« Er brauchte *vier Monate und elf Tage*, um uns ein Ermittlerteam zu schicken, geleitet von einem bekannten schwedischen Wissenschaftler namens Dr. Sellström. Er und der Sicherheitsrat brauchten ganze vier Monate und elf Tage, um ein Team zu entsenden, das untersuchen sollte, ob in Aleppo Chemiewaffen eingesetzt wurden. Sie wissen, daß solche Waffen verdunsten. Nach ein paar Tagen kann man sie nicht mehr nachweisen, sie sind weg. [...] Und wer hat das getan? Lesen Sie dazu zwei sehr bedeutende französische Journalisten, Georges Malrunot und Christian Chesnot, die ein wichtiges Buch über das Thema geschrieben haben, es heißt *Auf der Straße nach Damaskus: Wie der Elysee-Palast Chemiewaffenberichte manipulierte*. In diesem Buch erklären sie, hinter diesem Angriff habe der französische Außenminister Laurent Fabius gesteckt. Es ist ein französisches Buch, aber CNN wird nie

darüber sprechen, es nie erwähnen. Sie werden in den Mainstream-Medien niemals etwas über diese Dinge hören, weil sie bestätigen würden, daß unsere Aussagen zutreffend sind.

Und ist es nicht ein Paradox, daß Obama am 20. August diese Warnung ausspricht und seine rote Linie zieht, und dann finden zufällig einen Tag später, am 21., Giftgasangriffe in den Vororten von Damaskus statt? Als würde jemand sagen: »Herr Präsident, jetzt haben sie die Linie überschritten. Sie müssen sie bestrafen. Sie müssen Präsident Assad töten! So wie Ihr Vorgänger Saddam Hussein getötet hat.« Ist das nicht seltsam? Würde die syrische Regierung Chemiewaffen einsetzen, während Dr. Sellström in Damaskus ist? Was denken Sie? **252**

Außer der Verweigerung, die Verursacher zu benennen, verzögerte also die UNO die Untersuchungen in einem Maße, das die ganze Aktion infrage stellte.

Am 18. Oktober 2017 gaben auch die USA zu, dass die an-Nusra-Front (sie heißt jetzt Dschabhat Fath asch-Scham), die Idlib kontrolliert^{5*} und immer noch einen Teil von al-Qaida darstellt, sowie andere Terrororganisationen »Chemiewaffen gegen Zivilisten« eingesetzt haben.

Zu den taktischen Maßnahmen von ISIS, Hai'at Tahrir asch-Scham und anderen gewalttätigen extremistischen Gruppen gehören Selbstmordattentate, Entführungen sowie der Gebrauch von Kleinwaffen, schwerem Geschütz, selbstgebauten Sprengkörpern und Chemiewaffen. **253**

Nach Vorlage des Schlussberichts zum Giftgasvorfall Anfang 2017 gab es auch offizielle Reaktionen der russischen Regierung. Um die Details zu erfahren, muss man natürlich ein »Propagandamedium« lesen. **254** Zunächst zu den Gründen, die von Militärspezialisten angeführt wurden. Demnach fand der angebliche Bombenabwurf 5 Kilometer entfernt von der Stelle statt, bis zu der die SU-22 tatsächlich geflogen war. Aus dieser Entfernung konnte keine Bombe auf dieses Ziel abgeworfen worden sein. Auf den Bildern wurde ein Krater mit einem Metallfragment gezeigt, das angeblich von einer Bombe stammen soll. Jedoch, so die russischen Experten:

»Alle Fliegerbomben werden aus hochlegiertem Stahl gebaut, der bei der Detonation des Sprengstoffes in kleine herumfliegende Teile zersplittert«, sagte der Sprecher. »Dieses Foto zeigt jedoch ein suspektes Blech, das als Überreste einer Bombe ausgegeben wird.«

Diese Aussage, dass das Foto unmöglich eine Bombe zeigen konnte, deckt sich mit den Aussagen anderer Spezialisten. Die seltsame Form spricht eher für einen selbstgebastelten Sprengsatz. Außerdem sind Krater durch Fliegerbomben rund oder elliptisch, der gezeigte Krater aber gleicht einem, der nach der Explosion eines stationären Sprengsatzes entsteht. Schließlich ist kein Leitwerk der Bombe in der Nähe des Kraters zu finden, was nach Aussage der Fachleute unerklärlich ist.

Neben den Militärexperten Russlands hat der Ressortleiter für Nichtweiterverbreitung und Rüstungskontrolle im russischen Außenministerium bei einer Sitzung des OPCW-Exekutivrates Stellung genommen und Fotos der Zeugen kommentiert, die mit den Terroristen sympathisierten.

Die Fotos waren zumindest in dem Sinne wichtig, dass sie auf den Inszenierungscharakter der angeblich auf frischer Spur nach den Ereignissen vom 4. April aufgenommenen Videos hindeuten, die wir auf YouTube gesehen haben. **255**

Darauf ist zu erkennen, dass verletzte Kinder erweiterte Pupillen hatten, wohingegen Sarin die Pupillen verengt.

Aus anderen Quellen hörte man, dass die Fotos Probennehmer bzw. unbeteiligte Zuschauer zeigten, die längst hätten tot sein müssen, da sie nicht die notwendige Schutzkleidung trugen.

Motive für Giftgaseinsatz?

Es gibt lediglich jene seltsame Begründung für den angeblichen Giftgaseinsatz, die besagt, dass Präsident Assad seine Bevölkerung einschüchtern wolle – was ein schwer zu glaubendes Narrativ ist. Denn selbst die Terroristen geben zu, dass die Zuneigung der Bevölkerung aufseiten der Regierung und des Präsidenten liegt. Darüber findet sich in Tim Andersons Buch *Der schmutzige Krieg gegen Syrien* ein ganzes Unterkapitel (5.2: »Baschar al-Assad, im Ausland dämonisiert, beliebt in Syrien«) mit vielen Quellen für weitere Recherchen.

Syrien war eindeutig dabei, den Krieg gegen den Terror im Land zu gewinnen. Fortschritte wurden im ganzen Land erzielt. Sie waren langsam, nicht zuletzt aufgrund der neuen Strategie, Positionen lieber aufzugeben und sich zurückzuziehen, als eigene Soldaten zu opfern, das heißt, Stellungen wurden dem Gegner zunächst überlassen, dann aber mit Artillerie und Luftangriffen geschwächt und neu gestürmt.

Allerdings hatten die »Rebellen« sehr wohl ein Interesse daran, einen Giftgasvorfall zu inszenieren. Denn immer wieder warnten westliche Führer Syrien davor, Giftgas einzusetzen, und drohten in dem Fall mit Konsequenzen. Warum sollte Syrien ein solches Risiko eingehen und die Einmischung direkt herausfordern?

Damit sollte klar werden, dass es sich beim wiederholten (!) Einsatz von Chemiewaffen um gezielte Provokationen der Terroristen handelte, um westlichen Mächten Gründe für ein militärisches Eingreifen zu liefern. **Damit tragen jene, die immer wieder kritiklos die Behauptungen von Terroristen wiederholten, dass die Regierung Chemiewaffen einsetzt, eine Mitverantwortung dafür, dass es etliche Male zu solchen Vorfällen kam.** Klassische False-Flag-Provokationen, um westliche Militärhilfe zu erhalten.

Dieses Buch soll kein pauschaler Freispruch von tatsächlich durch syrische Sicherheitsorgane begangenen Verbrechen sein. Während syrische Aufständische von Serienamnestien profitieren konnten, wurde gegenüber ausländischen ISIS-Terroristen vonseiten des Militärs und Geheimdienstes bzw. halbstaatlicher Milizen weniger auf Genfer Konventionen geachtet. Sicher gab es auch Fälle von Folter und Kollateralschäden. Aber diese Fälle stehen in keinem Verhältnis zu den am syrischen Volk begangenen Verbrechen durch Anstiftung, Bewaffnung und Ausbildung von Aufständischen, die durch die westlichen Regierungen begangen wurden.

Seit den Nürnberger Prozessen sollten wir wissen, dass das größte Kriegsverbrechen überhaupt das Verbrechen ist, einen Krieg zu beginnen, und durch den Beginn eines Krieges trägt der Angreifer eine Mitschuld an allen Kriegsverbrechen, ungeachtet dessen, welche Seite sie begeht. Und dass mehr als ein »begründeter Anfangsverdacht« besteht, dass dieses Verbrechen durch die Golfdiktaturen und die USA, aber auch Großbritannien begangen wurden, sollte spätestens seit den Aussagen des französischen Ex-Außenministers Roland Dumas (Krieg gegen Syrien bereits 2 Jahre vor dem »Arabischen Frühling« geplant) ²⁵⁶ und der Aussage von Ex-General und NATO-Befehlshaber Wesley Clark (sieben Länder in 5 Jahren) ²⁵⁷ schon im Oktober 2007 klar sein, bestätigten die folgenden Ereignisse doch die Aussagen.

Und schließlich ganz aktuell, aber kaum in westlichen Medien berichtet, gestand der ehemalige Premierminister von Katar offen im Fernsehen, ²⁵⁸ dass es eine enge Zusammenarbeit nicht nur mit Saudi-Arabien, sondern auch mit der Türkei unter der Schirmherrschaft der USA gab, um Waffen und Geld für die sogenannte »Opposition« in Syrien bereitzustellen. Zu dieser Opposition gehörte von Anfang an auch al-Qaida.

Leider hat die Heinrich-Böll-Stiftung keine kritische Sicht auf die Situation in Syrien, sondern agiert als Propagandaverstärker für eine Regimewechselsituation, die hauptsächlich von den Golfdiktaturen finanziert, von den USA koordiniert und auch von der deutschen Bundesregierung unterstützt wird. Kein Ruhmesblatt für eine »Nichtregierungsorganisation«, denn Institutionen mit dieser Bezeichnung waren ursprünglich als Kontrollorgane gegenüber Regierungen im Dienste derjenigen gedacht, die keine Lobby haben.

Friedrich-Naumann-Stiftung

Die Friedrich-Naumann-Stiftung scheint eine Vorliebe für Militärputsche zu haben, wenn Wahlen nicht zu den gewünschten Resultaten führen. Der *Hintergrund* schreibt zum Beispiel über den Putsch von 2009 in Honduras:

Auslöser des Putsches war, dass Zelaya das Land durch die angestrebte Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung demokratisieren wollte. Zelaya bezichtigte am Montag die USA, den Putsch organisiert zu haben. Tatsächlich verurteilte die US-Regierung den Putsch öffentlich, doch insgeheim unterstützte sie ihn.^{6*} [...] Unterstützung erhielten die Putschisten auch durch die der FDP nahestehende Friedrich-Naumann-Stiftung, die jährlich mit Millionenbeträgen vom deutschen Staat gefördert wird. **259**

Die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung führte also dazu, dass die Friedrich-Naumann-Stiftung einem Staatsstreich gegenüber wohlgesinnt war.

Der Bericht beschreibt, dass über die Hälfte der 62 Abgeordneten der putschenden Partei PLH (Partido Liberal de Honduras) mehr oder weniger enge Kontakte zur deutschen Naumann-Stiftung hatten. Die Autoren zitieren die Projektkoordinatorin in Honduras, Rosbinda Sabillón, mit der Bemerkung, das Parlament habe nach den Wahlen von 2005 nunmehr eine 39-köpfige Naumann-Fraktion.

Die Autoren eines Artikels in der *Neuen Rheinischen Zeitung* bestätigen den Einfluss der Stiftung, zu der auch der später vom Militär gestürzte Präsident Zelaya gehörte. Die Freundschaft endete offensichtlich, als Letzterer sich dem lateinamerikanischen Staatenbündnis ALBA und deren politischen Zielen zuwandte. ALBA ist bekannt für den Versuch, sich aus der Abhängigkeit von den USA zu lösen und die neoliberale Politik zugunsten einer sozialeren Politik zu ändern. Als der Präsident eine Volksbefragung über den Kurs der Politik durchführen wollte, eskalierte der Streit mit der Naumann-Stiftung. Die *Neue Rheinische Zeitung* schreibt:

Durch dieses Votum sollte die honduranische Bevölkerung darüber entscheiden, ob im kommenden November parallel zu den allgemeinen Wahlen (Präsident, Parlament, Kommunalräte) eine »vierte Urne« (»cuarta urna«) eingerichtet wird. Mit dieser »vierten Urne« sollte über ein Referendum zur Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung abgestimmt werden. Ein solcher Schritt gilt als Charakteristikum der ALBA-Staaten und als Maßnahme zu entschlossener Abkehr von neoliberaler Wirtschaftspolitik. **260**

Demnach war es weniger die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung, sondern eher die drohende Abkehr des Landes von neoliberaler Wirtschaftspolitik hin zu einer sozialeren Politik des Staates, welche die Stiftung irritierte.

Nach dem darauf folgenden Militärputsch schrieb die Naumann-Stiftung innerhalb ungewöhnlich kurzer Zeit nach dem Ereignis, das Vorgehen des Präsidenten habe den Putschisten »keine andere Wahl gelassen«. **261**

Was auf den Putsch folgte, waren Verfolgungen, Morde und politische Säuberungen, die von der Naumann-Stiftung wohlwollend begleitet wurden, bzw. unterhielt sie anschließend wieder beste

Beziehungen zur Führung des Landes. Die *Junge Welt* schreibt, wie weit die Beziehungen gingen. Die Stiftung beriet die Nationalpolizei von Honduras, und Christian Lüth äußerte sich als Vertreter der Stiftung sehr lobend über die honduranische Armee und die von ihr kontrollierte Justiz bzw. den Obersten Gerichtshof.

Beide Institutionen verdienen unseren Respekt und unsere Unterstützung. **262**

Wie die in den USA zwischen Amnesty und HRW beobachtete Drehtürpolitik zwischen sogenannten NGOs und staatlichen Behörden funktioniert, demonstrierte auch der ehemalige Leiter der Naumann-Stiftung in Honduras, Lüth, der den Putsch dort gerechtfertigt hatte. *Amerika21* schreibt, welche Funktion er 2011 in der Bundesregierung übernahm:

Er werde dort »als Referent im Bereich der Steuerung der Durchführungsorganisationen eingesetzt«, schreibt Kopp. In seiner Anfrage hatte der Grünen-Abgeordnete darauf hingewiesen, dass Lüth als Stiftungsvertreter »den Putsch in Honduras im Juni 2009 rechtfertigte und damit in Opposition zu der Einschätzung von Organisation Amerikanischer Staaten, der Europäischen Union, der UNO und auch der deutschen Bundesregierung stand«. **263**

Dass die Naumann-Stiftung Militärputschen gegenüber sehr aufgeschlossen ist, sollte die Macht des traditionellen Establishments gefährdet werden, hatte sie auch in Thailand demonstriert, und das sogar wiederholt. Als das Militär den demokratisch gewählten und besonders bei den bisher unterprivilegierten Wählern populär gewordenen Präsidenten Thaksin Shinawatra 2006 aus dem Amt entfernte, bezeichnete die Stiftung den Militärputsch als »notwendiges Übel«.

Letztlich zuständig für die Steuerung der Stiftungstätigkeit in Thailand ist der Leiter des Bereichs Internationale Politik, der in der Zentrale der Friedrich-Naumann-Stiftung in Potsdam angesiedelt ist. Diesen Bereich leitete von 2007 bis 2009 Harald Klein. Klein reiste nur wenige Wochen nach seiner Amtsübernahme im Jahr 2007 nach Thailand, um sich dort über die Stiftungstätigkeiten zu informieren. Er sprach unter anderem mit Abhisit, der damals noch nicht Premierminister, aber bereits Vorsitzender der Democrat Party war, und ließ sich die Projektarbeit in Thailand vorstellen. Ein Foto, das die Naumann-Stiftung im Internet verbreitet, **7*** zeigt eine Mitarbeiterin, die Klein über das »Thailand Project« informiert. Auf einer Stellwand, auf der das Projekt erläutert wird, ist die Behauptung zu lesen, ein Staatsstreich sei ein »notwendiges Übel« (*»Coup d'état: necessary evil«*) – angeblich auf dem Weg zu einem »Demokratisierungsprozess«. **264**

Auch in Thailand wurde demnach ein Militärputsch als ein »notwendiges Übel« **265** angesehen, da man über Wahlen nicht an die Macht kommen konnte.

Premierminister Thaksin Shinawatra hatte als »Populist« zahlreiche sozialpolitische Maßnahmen eingeführt, die ihm wiederholt Wahlsiege sicherten. Als er schließlich auch immer mehr Einfluss auf die Armee nahm, führte dies 2006 zu einem Militärputsch. Als Thaksins Nachfolgepartei nach dem Putsch und einer entdemokratisierten Verfassung erneut die Mehrheit gewann, wurde die Regierung 2008 durch einen Justizputsch entfernt, der aber von der Naumann-Stiftung als normaler rechtsstaatlicher Vorgang angesehen wurde.

Im Jahre 2010 fand schließlich unter der Führung der Democrat Party, einer Partnerorganisation der FDP, ein Massaker unter Demonstranten statt, bei der einhundert Menschen starben und mehrere Hundert zum Teil schwer verletzt wurden – was aber die Verbindung zur Stiftung ebenfalls nicht beeinträchtigte. Als es 2011 nach erneuter Verfassungsänderung dann doch zu Neuwahlen kam und diesmal die Schwester des Premierministers im Exil, Yingluck Shinawatra, gewählt wurde, schrieb in der Folge (2013) die Website *German Foreign Policy*:

Ein enger Kooperationspartner der Friedrich-Naumann-Stiftung (FNP) forciert in Thailand die Proteste zum Sturz der demokratisch gewählten Regierung. Die Democrat Party (DP), die seit vielen Jahren von der Naumann-Stiftung unterstützt wird, treibt die Demonstrationen und die Besetzung von Ministerien und Polizeistationen mit Macht voran. Sie gilt als maßgeblicher politischer Arm der traditionellen Eliten des Landes, steht außenpolitisch für Zusammenarbeit mit dem Westen und handelt seit je wirtschaftsliberal gemäß den Interessen auch der deutschen Industrie. **266**

Der erneute Militärputsch – das notwendige Übel, da die Wähler einfach nicht die richtige Partei wählen wollten – fand im Mai 2014 statt. Die Putschisten setzten Wahlen aus. Eine Übersicht über die diversen Staatsstriche seit 2006 in Thailand ist auf *jomenschenfreund.blogspot* zu finden. **267**

Obwohl also offensichtlich keine Probleme bei der Naumann-Stiftung bestehen, wenn Gewalt gegen gewählte Präsidenten und Regierungen zur Entmachtung eingesetzt wird, wendet sich die Stiftung doch sehr aktiv gegen die Gewaltanwendung, wenn es um die Entmachtung von Diktaturen geht. Wie anders soll man die Initiative verstehen, mit der versucht wird, die Verehrung und Erinnerung an Che Guevara zu beseitigen?

Deswegen fordern wir, die Stiftung Internacional Bases, mit Unterstützung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit von der Stadtregierung Rosarios, dass alle Monumente und Ehrbezeichnungen für diese Figur entfernt werden. **268**

Der gewaltsame Kampf gegen rechtsgerichtete Diktaturen ist also strikt abzulehnen, während gewaltsame Militärputsche gegen demokratische Regierungen als »notwendige Übel« zu begrüßen sind.

Ganz aktuell berät die Friedrich-Naumann-Stiftung die EU in Hinsicht auf Nordkorea. **269** Die Stiftung stützt sich auf geflohene ehemalige Nordkoreaner und empfiehlt, die inneren Spannungen in Nordkorea zu steigern und die Bevölkerung gegen die Regierung aufzubringen. Von außen soll der Druck mit weiteren Sanktionen hochgehalten werden, ein Krieg allerdings wäre wohl nicht sinnvoll. **270**

Konrad-Adenauer-Stiftung

Die größte und mächtigste, mit den meisten Finanzmitteln ausgestattete Stiftung ist die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS). Und somit ist sie auch die einflussreichste der deutschen Partei-»NGOs«.

Schon von 1985 bis 1995 beginnt die Geschichte der Unterstützung von Bürgerkriegen. Damals flossen über 6 Millionen DM Projektgelder für Entwicklungshilfe des Entwicklungsministeriums an das Inkatha Resource and Information Centre der Inkatha Freedom Party in Südafrika. *Der Spiegel* schrieb am 4. April 1994 darüber:

Das Ministerium fördert etliche Entwicklungshilfeprojekte über parteinahe Stiftungen. Tatsächlich versuchen die Anhänger Buthelezi, die ersten freien Wahlen in dem früheren Apartheidstaat mit allen Mitteln zu verhindern, und drohen die Abspaltung ihres Stammesgebietes an. »So finanzieren wir den Bürgerkrieg mit«, empört sich Hans Wallow, Entwicklungshilfe-Experte der SPD. **271**

In Venezuela sind nicht nur US-Organisationen aktiv, um den Staat zu unterminieren, sondern dabei scheint auch die KAS eine Rolle zu spielen. Im August 2007 deckte *Focus Online* auf, dass auf *Wikipedia* geäußerte Kritik an der KAS-Unterstützung der venezolanischen Partei Primero Justicia von einer der KAS zuzuordnenden IP-Adresse gezielt gelöscht wurde. **272** Die Partei ist eine rechtsgerichtete Bewegung in Venezuela, die an Versuchen beteiligt ist, über Generalstreiks und Putsch die sozialistischen Präsidenten zu stürzen. *Wikipedia* schreibt:

Während des gescheiterten Putschversuches 2002 wollte Henrique Capriles, PJ-Bürgermeister des Hauptstadtvorortes Baruta im Bundesstaat Miranda, die Botschaft Kubas durchsuchen lassen. [...] Noch im gleichen Jahr beteiligte sich die Partei an der Organisation eines gleichfalls erfolglosen Generalstreiks gegen Chávez. Im Jahr darauf rief sie abermals zum Generalstreik auf, der ebenfalls erfolglos blieb. 2004 war sie federführend beim gescheiterten Referendum zur Amtsenthebung von Chávez. In den folgenden Jahren konnte die Partei ihre Struktur festigen, was nicht zuletzt an finanzieller und organisatorischer Hilfe aus dem Ausland (zum Beispiel durch die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung) liegen soll. **273**

Das heißt also, dass entgegen dem Willen der Wähler Finanzhilfen, das heißt Steuergelder aus Deutschland, gespendet über politische Stiftungen, Demokratien destabilisieren helfen.

Stefan Frank schreibt in *Konkret*, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung regelmäßig Dossiers über die »Verstöße gegen die Pressefreiheit« in Venezuela veröffentlicht. Dazu stellt er fest :

Zwar sind fast sämtliche Medien Venezuelas in den Händen der rechten Opposition, aber ihre der Regierung gegenüber feindliche Haltung sei nur dadurch zu erklären, dass sie »Angst um ihre Unabhängigkeit« hätten, mutmaßt der Auslandsgeheimdienst der CDU, der die Chávez-Gegner auch finanziell unterstützt. **274**

In dem Staatsstreich der Ukraine von 2014 und dem dadurch entstandenen Bürgerkrieg finden sich ebenfalls die Fingerabdrücke der KAS. Die Vorwürfe beginnen damit, dass die KAS aus Steuergeldern Demonstranten bezahlt haben soll, die im Vorfeld des Putsches gegen die Regierung demonstrierten. Davon berichtet zum Beispiel Paul Craig Roberts auf seiner Website. **275** CDU und KAS unterstützten gemeinsam die UDAR-Partei Vitali Klitschkos, doch die USA waren nicht beglückt über die Aussicht, dass nach dem Putsch eine Marionette Deutschlands der mächtigste Mann in der Ukraine werden sollte. Klitschko wurde daher mit dem Bürgermeisterposten in Kiew abgespeist.

Nach den Worten des nordrhein-westfälischen Landtagsabgeordneten Werner Jostmeier hat die Stiftung Vitali Klitschko sogar »beauftragt«, **276** eine christlich-konservative Partei in der Ukraine zu gründen und zu etablieren. Die Aussage hat der CDU-Mann mittlerweile von seiner Website **277** gelöscht. Auf der Website der UDAR **278** wird die CDU neben den Parteistiftungen der US-Republikaner und US-Demokraten als Partner aufgeführt. **279**

Das wichtigste Netzwerk für die Planung und Vorbereitung der Proteste gegen die gewählte Regierung des Landes waren wohl die »Kiewer Gespräche«, sagen zumindest die Kritiker. **280** Auf der Website der Initiative Kyiv Dialogue heißt es:

Die »Kiewer Gespräche« sind eine überparteiliche, unabhängige Initiative, die aus der deutsch-ukrainischen Bürgergesellschaft selbst entstanden ist. Die »Kiewer Gespräche« sind der Idee eines unteilbaren, offenen, demokratischen und freien Europa verpflichtet. Ihr Ziel ist es, durch die Vertiefung und Verstetigung des Dialogs zwischen meinungsbildenden Eliten beider Gesellschaften zu einem friedlichen und demokratischen Zusammenleben der europäischen Völker und zur europäischen Einigung beizutragen. **281**

Weiter kann man dort unter anderem lesen:

Sie verbinden meinungsbildende Multiplikatoren aus Politik, Wirtschaft, Medien und Zivilgesellschaft beider Gesellschaften. **282**

Betrachtet man die »Steuerungsgruppe« der Initiative, **283** sieht man wieder die Verflechtung zwischen den verschiedenen aus Steuergeldern finanzierten Organisationen: von der Friedrich-Naumann-Stiftung über die KAS bis zur Fraktion der Grünen, Bertelsmann usw. Wer die Drehtürpolitik verstanden hat, kann sich vorstellen, welche Interessen hier vertreten werden. Auf der Seite der KAS, Auslandsbüro Ukraine, heißt es:

Die Konrad-Adenauer-Stiftung fördert in mehr als 120 Staaten politische, wirtschaftliche und soziale Ordnungen nach dem Leitbild freiheitlicher Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft. **284**

Die Frage, die man stellen sollte, ist, warum dann in der Ukraine Proteste unterstützt wurden, die in einer »Oligarchen-Demokratie«, wie Richard Sakwa es nennt, **285** den Übergang von einer Gruppe von Oligarchen auf eine andere Gruppe (die stärker der NATO und EU zugeneigt war) forderten und so die Spaltung des Landes betrieben.

Nachdem weitere drei Heckenschützen des Maidan sich in Italien an die Medien gewandt hatten, schrieb die Website *German Foreign Policy*:

Demnach haben Anführer der Proteste, die heute in Kiew als Parlamentsabgeordnete tätig sind, die Scharfschützen, die damals wahllos Polizisten und Demonstranten erschossen, mit Waffen ausgestattet. Dies berichten drei Georgier, die angeben, selbst beteiligt gewesen zu sein. Offiziell wird das Massaker bis heute den ukrainischen Repressionsapparaten oder nicht näher bezeichneten Russen zugeschrieben. Die Georgier berichten auch, den heutigen Kiewer Parlamentssprecher Andrij Parubij oft in einem Hotel beobachtet zu haben, aus dem an jenem Tag Scharfschützen feuerten. Parubij war damals als »Kommandant des Maidan« für die Kontrolle bewaffneter Banden auf dem Platz zuständig. Der Mann, dessen tatsächliche damalige Rolle ungeklärt ist, war Gast auf einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und spricht auf NATO-Veranstaltungen. **286**

Destabilisierung, Regimewechsel, Einmischung in die Angelegenheiten souveräner Staaten sind bei der Konrad-Adenauer-Stiftung demnach auch akzeptabel, wenn sie nationalsozialistische Persönlichkeiten wie Parubij, der mit großer Wahrscheinlichkeit für das Blutvergießen auf dem Maidan mitverantwortlich ist, fördern.

In Mexiko wiederum organisierte die Stiftung Kritikern zufolge eine Konferenz mit dem Ziel, die kubanische Regierung zu destabilisieren. **287** Der kubanische Journalist Percy Alvarado sieht darin ein System, mit dem in Lateinamerika gezielt auf Medien, Sozialpolitikprojekte, Parteien und indigene Gruppen eingewirkt wird, um progressive Projekte in der Region, die eine größere soziale Beteiligung ermöglichen, zu verhindern. »Jede dieser Aktionen wurde benutzt, um eine sehr aggressive Politik der Destabilisierung gegen progressive Projekte in dieser Region zu erreichen«, lautet sein Fazit. **288**

Einen eher schleichenden Putsch begleitete die KAS in Côte d'Ivoire. **289** Dabei wurden ganz offensichtlich Wahlunregelmäßigkeiten »übersehen«, da das richtige Ergebnis herauskam. Und so äußerte der KAS-Leiter des Regionalprogramms »Politischer Dialog Westafrika« gegenüber dem Deutschlandfunk: »Es war eine politische Entscheidung der internationalen Gemeinschaft, dass Ouattara der Präsident ist.« **290** Es gibt also ganz offensichtlich etwas Wichtigeres als den Willen der Wähler, nämlich den des »internationalen«, also westlichen, Establishments.

Hanns-Seidel-Stiftung

In Deutschland sind Parteistiftungen – wie auch die Hanns-Seidel-Stiftung – ja angeblich Zentren der Zivilgesellschaft und »Nichtregierungsorganisationen«. Deshalb übernimmt der Staat auch regelmäßig die Kosten zum Beispiel für den Tagungs- und Hotelbetrieb mit 120 Zimmern des Tagungsgebäudes der Stiftung in Wildbad Kreuth? Das dies gegen die Vorschriften des Bundesrechnungshofes verstößt, das räumte dann schon die Landesregierung der CSU aus dem Weg. Ein Artikel in der *Welt* schreibt über die Parteistiftungen: »Diese Organisationen, insgesamt sechs an der Zahl, (...) haben fragwürdige Methoden entwickelt, um ihre Besitzstände zu sichern. Sie scheinen geradezu im Geld zu schwimmen.« **291**

Aber wie sieht es mit der Arbeit der Stiftung aus, außer dass sie regelmäßige Treffen der CSU-Oberen sponsert? Wenn man sich die Aktivitäten des Vorstandes laut *Lobbypedia* anschaut, **292** kristallisiert sich folgender Schwerpunkt heraus, für den sich von den acht Mitgliedern mindestens sieben einsetzen:

Förderung der mittelständischen Wirtschaft

- Ursula Männle (Vorsitzende), Studiengesellschaft für Mittelstandsfragen
- Markus Ferber (Stellvertretender Vorsitzender), K&S Consultants AG u. a.
- Ingo Friedrich (Schatzmeister), Wir Eigentümerunternehmer, **293** Senator für Politik u. a.
- Michael Glos (Schriftführer), RHJ International AG, Berater u. a.
- Angelika Niebler (Parteivorstand der CSU), Metabion International AG, Vorsitzende des Aufsichtsrats u. a.
- Edmund Stoiber, diverse Beirats- und Aufsichtsratspositionen in Banken und Industrie
- Otto Wiesheu, Lobbyist für Deutsche Bahn u. a.

Das sind also die Vertreter einer »Nichtregierungsorganisation«, die von einer Partei beherrscht und aus Steuergeldern finanziert wird.

Abweichend von den Stiftungen, die für Parteien antreten, die in ganz Deutschland aktiv sind, scheinen die Aktivitäten der Stiftung in Ländern der Dritten Welt gering zu sein. **294** Das änderte sich aber nach 1982, als Politiker der CSU – Jürgen Warnke und sein von der Hanns-Seidel-Stiftung kommender Staatssekretär Siegfried Lengl – das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit übernahmen. Nun wurden »die Befreiungsbewegungen Terroristen und Kommunisten« **295**. Und so reihte sich die Stiftung ein in die Werkzeuge deutscher Außenpolitik, die sich als »Nichtregierungsorganisationen« tarnen. *German Foreign Policy* zitiert eine Untersuchung des ehemaligen Bundespräsidenten Herzog:

Die angeblich unabhängigen deutschen parteinahen Stiftungen betreiben ihre Politik im Ausland in enger Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt; sie »ermöglichen die Umsetzung langfristiger außenpolitischer Prioritäten dort, wo sie mit den klassischen Mitteln des Auswärtigen Dienstes prinzipiell nicht zu erreichen sind«. Dies geht aus einer Untersuchung hervor, die von der Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlicht wurde. Der ehemalige deutsche Bundespräsident Herzog hat die parteinahen Stiftungen – Heinrich-Böll-Stiftung (Grüne), Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD), Friedrich-Naumann-Stiftung (FDP), Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU), Hanns-Seidel-Stiftung (CSU) – als »wirksamste und bewährteste Instrumente der deutschen Außenpolitik« bezeichnet. **296**

Mit anderen Worten, die Untersuchung stellt klar, dass die Stiftungen Aufgaben der deutschen Außenpolitik wahrnehmen. Trotzdem werden sie als »Nichtregierungsorganisationen« bezeichnet.

Da sich Syrien wie ein roter Faden durch das Buch ziehen soll, hier der Hinweis, dass diese Unterstützung der Außenpolitik Deutschlands wohl auch für die Politik gegen Syrien gilt. Christian Forstner, der Leiter der Verbindungsstelle Washington (!) der Hanns-Seidel-Stiftung, forderte nicht nur eine Flugverbotszone, sondern machte aus seiner Sympathie für eine mögliche Bombardierung Syriens durch den US-Präsidenten Trump in einem Artikel im *Bayernkurier* keinen Hehl:

Der Einwand, dass man mit Luftschlägen keinen Frieden gewinnt, greift ins Leere. Eine Friedenslösung war auch vor den Luftschlägen nicht erkennbar. Das wurde der Öffentlichkeit nicht zuletzt nach dem Syrien-Panel auf der Münchener Sicherheitskonferenz deutlich, als keiner der hochrangigen Teilnehmer einen Weg aus dem Bürgerkrieg skizzieren konnte. Die

amerikanische Militäraktion wird den Bürgerkrieg in Syrien nicht verschlimmern, im Gegenteil: Sie kann eine Wendung bedeuten, wenn Russland ebenfalls von Assad abbrückt. **297**

Die Terroristen und ihre Unterstützer kennen kein Szenario für einen Regimewechsel in Syrien ohne Gewaltanwendung, oder anders gesagt, für eine Befriedung des Landes, also sollte man bombardieren. Andererseits hält der Autor also Russland nicht für eine Partei, die einen Weg aus dem »Bürger«-Krieg skizzieren kann (was sich als eindeutig falsch erwiesen hat), sondern sieht die Münchner Sicherheitskonferenz als Zentrum der Weisheit zur Lösung der Weltprobleme an. Dass es enge Verbindungen zur Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik gab, in dessen Beirat Forstner aktiv war, könnte eine interessante Nebeninformation sein.

Und da es mit Syrien nicht so richtig klappen will, setzten sich Protagonisten der Hanns-Seidel-Stiftung für einen Krieg gegen den Iran ein, wie zumindest ein Artikel in *Club of Politics* behauptet:

In einem Kommentar der *Washington Post* belehrt ... Karl Theodor Guttenberg gemeinsam mit dem Washington-Chef der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung Ulf Gartzke seine ehemalige deutsche Heimat. Man müsse sich in Deutschland an die Planung für einen Krieg gegen den Iran machen. Man müsse jetzt planen, wie man Israel im Falle eines solchen Krieges helfen wolle. **298**

Guttenberg, ehemaliger Verteidigungsminister der Bundesrepublik Deutschland, macht sich also stark für einen Krieg gegen den Iran.

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Immer mehr ehemalige Befürworter der Politik der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS), der Parteistiftung der Linkspartei im deutschen Bundestag, wenden sich schaudernd ab, weil dort zunehmend sogenannte »antideutsche« Netzwerke aktiv sind. Im *Barth-Engelbart-Blog* kann man die Feststellung lesen:

Als die RLS die OTPOR-/ Soros-/CIA-geschulte PUSSY-RIOT-Truppe in Moskau unterstützte, wurde die Kritik der Stipendiaten mit der Drohung des Stipendien-Entzugs intern niedergebügelt, bezüglich der Unterstützung/Weißwaschung der israelischen Kriegsverbrechen war es ebenso.

Jens Wernicke schreibt: »Nachdem der Sprecherrat der Stips ((StipendiatINNen –HaBE)), dem ich damals angehörte, einst nachweisen konnte, dass sie uns belogen hatten, ... haben sie die Satzung so verändert, dass man bei »stiftungsschädigendem Verhalten« sofort sein Stipendium verliert. Also etwa bei Kritik ... Besonders krass verhielt sich die Stiftungsführung bei der Unterstützung der verschiedenen faschistischen und präfaschistischen Organisationen in der Ukraine – und das in traurem Zusammenwirken mit der Heinrich-Böll-Stiftung, ein Muster, das sich schon bei PUSSY-RIOT bewährt hatte.« **299**

Mit anderen Worten agiert die RLS trotz ihres basisdemokratischen und linken Anspruchs nicht anders als rechte Stiftungen und macht Unterstützung von der »richtigen« politischen Einstellung abhängig, unterdrückt Kritik und Diskussionen.

Beginnen wir mit der Geschichte von Pussy Riot. Ein Video **300** beschreibt die Aktivitäten der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ihre (positive) Sicht auf Pussy Riot. Die *Frankfurter Allgemeine* zeichnet ein etwas anderes Bild.

Wochenlang trieben ausländische Journalisten und Medien im Pussy-Riot-Rausch, malten sich und der Welt ein Bild. Es trägt den Titel: »Böser russischer Staat gegen unschuldige kleine Mädchen«. Die Wirklichkeit verzerrten die Journalisten, das Bild sollte möglichst perfekt sein. **301**

Der Autor zeigt auf, wie plötzlich Pornografie zur Kunstgattung wurde. Mit der Gruppe Woina (Krieg), von der Pussy Riot ein Ableger ist, veranstaltete die ehemalige Studentin Nadjeschda Tolokonnikowa, die im Westen als »Revolutionärin« gefeiert wird, mit ihrem Mann Pjotr Wersilow und anderen Protagonisten im Jahr 2009 eine Gruppensexorgie in einem Biologiemuseum in Moskau. Sie war damals schwanger, und die Aktion machte sie auf einen Schlag in ganz Russland bekannt.

Nicht verschwiegen wurde in dem FAZ-Artikel auch die provozierende Aktion, als im Juli 2010 eine Aktivistin von Woina ein Huhn in einem Supermarkt stahl, mit einigen Männern und kleinen Kindern im Markt umherlief, dann das Huhn so tief wie möglich in ihr Geschlechtsorgan stopfte und den Laden verließ. Das Ganze wurde als Videoclip ins Internet gestellt und als Kunst gefeiert.

Niemand kann genau sagen, wie sich die Gruppe finanzierte, denn die meisten Protagonisten gingen keiner regelmäßigen Arbeit nach. Der Gründer der Gruppe Woina erklärt:

Unsere Aktivisten sind keine Schlampen, sie verkaufen nichts und kaufen nichts. Sie leben, ohne Geld auszugeben, also ohne anschaffen zu gehen. Sie vögeln nach allen Regeln der Kunst die zuhälterische russische Wirtschaft und das Regime, das das Volk vernichtet. Alles, was Woina braucht, nimmt es sich umsonst. **302**

Interessant ist, dass sich solche AnarchistInnen dann im Westen als Helden feiern und auszeichnen lassen.

Was machte die Frauen schließlich zu Helden des Westens? Sie waren in die wichtigste Kathedrale des Landes eingedrungen und hatten dort gesungen:

Scheiße, Scheiße, heilige Scheiße!

Patriarch Gundjaj glaubt an Putin!

Besser würde er, die Hure, an Gott glauben

Alle Gemeindemitglieder kriechen zur Verbeugung **303**

Aus Videoaufnahmen, die auch mit anderen zusammengeschnitten wurden, entstand dann das Youtube-Video, das Millionen Clicks im Internet gesammelt hatte.

Der FAZ-Artikel kommentiert sachlich:

Nicht etwa wegen der Worte »Gottesmutter, vertreibe Putin«, sondern wegen der Tänze vor der Ikonostase, der Schimpfworte an einem religiösen Ort, wegen der erschrocken umherlaufenden älteren Frauen. Hätten die jungen Frauen, so wie bei früheren Aktionen – darunter der Auftritt »Putin hat sich in die Hosen gemacht« auf dem Roten Platz – einen weniger »heiligen« Ort gewählt, sie säßen nicht im Gefängnis.

Auch Grigory Entes in *Telepolis* ist der Meinung, dass es der entweihende Text war, der viele Gläubige in Russland empörte, der noch dazu in obszöner Weise in einem Bereich der Kathedrale vorgetragen wurde, den Normalsterbliche eigentlich nicht betreten dürfen. Wodurch die Aussage der FAZ durchaus gerechtfertigt erscheint, dass die Urteile nichts mit der politischen Aussage der Aktion zu tun hatten.

Es ist wohl nicht bewiesen, dass Pussy Riot bis zu diesem Zeitpunkt, der Aktion in der Kathedrale, von einer Soros-Organisation unterstützt wurden, auch wenn dies in Artikeln im Internet behauptet wird. **304** Allerdings hatten sie durch ihren Bekanntheitsgrad das große Los gezogen. Sie ließen den Namen Pussy Riot schützen und gingen aktiv in Konkurrenz zu den Femen. Sie wurden von Madonna und dem US-Außenministerium unterstützt, machten eine Weltreise und hatten zumindest vorübergehend sicher keine Geldprobleme.

Schauen wir uns eine zweite Gruppe an, die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt wird, die zu den ukrainischen Nationalisten gehört und aktive Kriegspropaganda gegen Russland betreibt. Und ausgerechnet eine linke Zeitung, die *Junge Welt*, stellte diese Behauptung auf, auf die die Stiftung reagierte. Die Stiftung erklärte, jede Art von Nationalismus abzulehnen. Ein Autorenkollektiv prüfte das und fand heraus, dass die Stiftung Projekte von Serhij Schadan förderte.

So fördert die Stiftung Projekte von Sergij Zhadan. Der – laut RLS ? »linke Schriftsteller« und Musiker ist Nationalist. Er sorgt für die Frontunterhaltung beim Mordbrennerbataillon »Aidar« und andere faschistische Vergnügungen ... **305**

Auch die Aussage, marxistische oder prosowjetische Organisationen zu unterstützen, widerlegten die Autoren, indem sie konstatierten:

Alterra ist eine Promaidan- und Pro-EU-Organisation des Sozialdemokraten Igor Panjuta, der die »Orange Revolution« unterstützt und die Sowjetunion als »Staatskapitalismus« ablehnt.

Andere genannte Kooperationspartner entpuppten sich als »aggressiv antikommunistische« Organisationen. »Lava« warb mit »viel nationalistischem Pathos für die sogenannte Antiterroroperation (ATO) gegen die Aufständischen im Donbas«. Noch schlimmer waren Verbindungen zu klar faschistischen Organisationen, die festgestellt wurden.

Damit hat auch die letzte der Parteistiftungen ihre »Unschuld« verloren und meiner Meinung nach gezeigt, dass bei allen Parteistiftungen transatlantisch staatstragende Politikarbeit steuerfinanziert wird und lediglich eine Art Förderung deutsch-amerikanischer Außenpolitik ist – und dies unter dem Deckmantel von »Zivilgesellschaft« oder »Nichtregierungsorganisation«.

Der Blog *Wahrheitscorner.blogspot* fasst einen Artikel zusammen:

Selbsthassende Deutsche, die zionistische Juden für bessere Menschen halten und die USA für ihren Kampf gegen den »Islamfaschismus« verehren!?! Die Nutznießer der Konflikte sind dann nicht zufällig die sogenannten Pragmatiker der LINKEN, die sich für eine Koalition mit der SPD einsetzen. Die antideutschen Kräfte erweisen sich somit als ideale Unterstützer des sogenannten pragmatischen Flügels der Linken. Man bekämpft die scheinbar gleichen Gegner und hat die gleichen Ziele. Denn (ernsthafte) US-, NATO-, Israel- und Kapitalismus-Kritik sind die unüberwindbaren Hürden für eine mögliche Regierungsbeteiligung und Zusammenarbeit der Linken mit der SPD und den Grünen. **306**

Bertelsmann Stiftung

Zur Stiftung Bertelsmann gibt es eine Internetkritik: *Bertelsmann-Kritik.de*, die auf Hunderten von Seiten auflistet, wie die Lobbyarbeit der natürlich »gemeinnützigen« Stiftung sich auf das Leben der Menschen auswirkt. Im Bereich Weltpolitik (Weltmacht) beschreibt die Website, dass und wie die Stiftung direkte Drähte zur europäischen Spitzenpolitik nutzt. Sie will darstellen, dass die Stiftung das Ziel verfolgt, die EU als wirtschaftliche Weltmacht auszubauen und auf allen Kontinenten den ungehemmten Marktzugang für europäische Konzerne zu erreichen. Wie die Autoren außerdem schreiben, möchte Bertelsmann, dass die EU zur politischen und militärischen Weltmacht aufsteigt, damit die wirtschaftlichen Interessen auch mit militärischen Mitteln abgesichert werden. **307** Dabei sollen nicht nur die Kerngeschäfte von Bertelsmann im Mittelpunkt stehen, sondern soll insbesondere die Bertelsmann-Tochter Arvato profitieren: »Als Spezialistin unter anderem für Logistik und IT-Anwendungen aller Art kommt die Bertelsmann-Tochter Arvato sowohl für zivile wie militärische GovernmentServices in Frage.«

Neben den engen Kontakten zur politischen (und medialen) Elite arbeitet die »Nichtregierungsorganisation« an der Durchsetzung der Ziele mit »Strategiepapieren, Expertisen und Ranking-Instrumenten«. Und wer die Medien verfolgt, wird immer wieder hören: »Die Untersuchung der Bertelsmann Stiftung hat ergeben ...«

Das »Centrum für angewandte Politikforschung« (CAP) ist den Autoren zufolge eine »wissenschaftliche Tarnorganisation«, die seit Jahren die EU »mit verschiedenen »sicherheitspolitischen« oder »strategischen« Konzepten« in eine weltpolitische Rolle drängt. Nach Aussage der Stiftung verfügt die EU bereits über Weltmachtpotenzial, habe jedoch kein »rationales Kalkül ihrer weltpolitischen Interessen«. Tatsächlich drängt die Stiftung wohl darauf, dass sich die EU insbesondere militärisch stärker engagiert. Diese Sicht wird jedenfalls im CAP-Buch *Europas Zukunft – Fünf Szenarien* vertreten. Es heißt dort: »Die Supermacht Europa verabschiedet sich endgültig von der Idee einer Zivilmacht und bedient sich uneingeschränkt der Mittel internationaler Machtpolitik.« **308**

In dem Artikel auf *BertelsmannKritik.de* heißt es weiter:

In der European Defence Strategy (EDS) [...] von 2004, ausgearbeitet von der Venusberg-Gruppe der Stiftung, wird militärischer Klartext geredet. Die EU müsse zum weltweit einsatzfähigen Sicherheitsakteur werden, der bis 2015 alle Militärmissionen eigenständig ohne Nato-Unterstützung ausführen kann, der über die volle militärische Eskalationsdominanz (inklusive Atomwaffen) verfügt und in der Lage ist, weltweit präventiv zu intervenieren, um Angriffe auf Europa oder europäische Interessen zu verhindern.

Was Europa dafür brauche, so die Studie, sei eine Streitmacht, die überall hinkommt, »überall kämpfen, essen, bleiben, erweitert werden und zurückkehren kann – alles unter einem autonomen Kommando und Kontrollsystem unter der souveränen politischen Kontrolle der EU«.

Und mit einer geplanten Verdoppelung der Rüstungsausgaben – begründet durch eine angebliche russische Bedrohung – und einem EU-Militärbündnis neben der NATO, obwohl Russland keine Steigerung der Rüstungsausgaben beabsichtigt und die NATO bereits das ca. 20-fache Übergewicht gegenüber Russland aufweist, scheint die Regierung unter Bundeskanzlerin Merkel ja den Ideen nicht abgeneigt zu sein.

Natürlich setzt sich die Bertelsmann Stiftung, wie so viele andere »Nichtregierungsorganisationen«, offiziell für den »Frieden« ein. Die Website *BertelsmannKritik.de* schreibt demgegenüber:

Das Tochterunternehmen »VAW arvato« erstellt bereits seit über 30 Jahren »militärische Technische Dokumentationen für die deutsche Bundeswehr, die niederländische Armee und andere NATO-Partner«. **309** So hat es die niederländische Dokumentation des Spähfahrzeugs »Fennek« erstellt, das in Afghanistan zum Einsatz kam. Das Kriegsgeschäft ist für Bertelsmann ein lukrativer Zukunftsmarkt, der große Profite verspricht: Arvato bewirbt sich derzeit um die Übernahme der Bundeswehr-Logistik. Die Privatisierung von Transport und Lagerung von Material hat ein geschätztes Volumen von vier bis fünf Milliarden Euro. **310**

Bertelsmann will also nicht nur Bücher verkaufen, sondern hat ein erhebliches Interesse daran, Rüstungsgüter bzw. – dienstleistungen an den Staat zu bringen.

Der Bertelsmann Transformation Index (BTI) stellt die Bereitschaft von ca. 125 Entwicklungs- und Schwellenländern fest, sich »reformieren« zu lassen, das heißt Abbau des Sozialstaats, Öffnung der Märkte, Verkauf von Staatseigentum und Privatisierung von öffentlichen Aufgaben zu betreiben. Auf *BertelsmannKritik.de* liest man dazu:

Mit dem BTI greift die Stiftung in innere Staatsangelegenheiten ein, ohne dass sie ein politisches Mandat dazu berechtigen würde. Was passiert, wenn bei den von der Stiftung angeregten Beratungen westliche »Experten« und Regierungsvertreter hinter verschlossenen Türen verhandeln (»Außenunterstützung«), bleibt unklar. Das schafft genau eines jener gravierenden Probleme, die vordergründig abgebaut werden sollen: das Demokratiedefizit. Der Blick des BTI gilt immer den Eliten in Staat und Gesellschaft, die Bevölkerungen und ihre Bedürfnisse spielen keine wesentliche Rolle. Das verschleiert die reale Machtverteilung innerhalb marktwirtschaftlicher Systeme. Zudem ist die politische und wirtschaftliche Instabilität meist nicht hausgemacht, wie es der BTI suggeriert. Seit langer Zeit verfolgen die westlichen Länder dort ihre Interessenpolitik. Die sogenannten »Transformationsstaaten« zahlen dafür einen hohen Preis: Westliche Konzerne haben vielerorts Infrastruktur und Schlüsselindustrien handstreichartig übernommen. Gerade Bertelsmann ist etwa bei der nahezu vollständigen Übernahme der osteuropäischen Medien durch westliche Konzerne an vorderster Stelle aktiv. **311**

Bertelsmann wird also als ein expandierender Konzern mit aggressiver Wachstumspolitik beschrieben, der über die Stiftung wiederum Einfluss darauf nimmt, dass seine Expansion nicht gebremst wird.

Die Website beschreibt auch die üblichen Überschneidungen zwischen staatlichen Akteuren und denen von Nichtregierungsorganisationen bzw. die Drehtürpolitik, mit denen die Homogenität des Personals sichergestellt wird. Wer sich intensiver mit den diversen Geschäftszweigen der Bertelsmann Stiftung beschäftigen möchte, wer mehr grundlegende Kritik lesen will, dem sei die genannte Website ans Herz gelegt.

Die Zeitschrift *taz* erklärt die Hintergründe der »Methode Bertelsmann« wie folgt:

Reinhard Mohn fand in den 50er Jahren eine Steuerlücke, die ihm erlaubte, sein Unternehmen aufzubauen. Als der Staat diese Lücke schloss, fand der Bertelsmann-Chef neue legale Möglichkeiten, Gewinne im Unternehmen zu behalten. Die Bertelsmann Stiftung ist so eine Möglichkeit. Sie funktioniert wie eine Sparbüchse und erhält nur einen Teil der Gewinne. [...] Viele Millionen bleiben im Unternehmen. Höhe und Verteilung der Gelder bestimmt die Familie Mohn, die die Stiftung und ihr Vermögen unter Kontrolle hat. Verrechnet man die Steuererleichterungen und Ersparnisse mit den Ausschüttungen, dann zeigt sich, dass die Mohns die Stiftung de facto mit öffentlichem Geld betreiben. Das ist unternehmerisch geschickt. **312**

Während das Steuersparmodell wohl am Anfang im Fokus der Stiftungsgründung stand, ist inzwischen die Einflussnahme auf die Politik wichtiger geworden. Mit dem angenehmen Nebeneffekt, dass die Einflussnahme praktisch mit Steuergeldern finanziert wird.

Es gibt aber auch Kritik an Details der Arbeit der Stiftung. Man sollte immer beachten, unter welchem Blickwinkel die Arbeit erfolgt. Und so wundert es nicht, wenn man die aktuelle Studie **313** zur Flüchtlingspolitik bzw. die Kritik daran liest. So hat die Studie angeblich aufgezeigt, dass Muslime, die schon vor der Flüchtlingskrise nach Deutschland kamen, sich gut in den deutschen Arbeitsmarkt integriert haben, selten arbeitslos sind und in gleichem Maße erwerbstätig sind wie Nichtmuslime.

Nicht nur durch die Tatsache, dass die Studie sich auf lange in Deutschland befindliche Muslime fokussierte, wird das Bild Kritikern zufolge verfälscht. Der Wissenschaftler Ruud Koopmans vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und der Berliner Humboldt-Universität, der kritisiert wird, weil er fordert, dass sich Zuwanderer der Kultur der neuen Heimat anpassen müssen, vermutet bewusste Irreführung der Öffentlichkeit. Denn laut mehreren anderen wichtigen Studien sind Muslime bei Weitem nicht so gut in den Arbeitsmarkt integriert, wie es die Stiftung behauptet. Koopmans erklärt, dass die Probleme heruntergespielt werden, weil Arbeitgeber von billigen Arbeitskräften profitieren. Ein Artikel in der *HuffPost* erklärt seine Position, auch zu anderen Studien von »Nichtregierungsorganisationen:

Koopmans sagt, es falle auf, »dass die Studien arbeitgebernaher Stiftungen wie Bertelsmann, Mercator, Hertie und des von solchen Stiftungen finanzierten Sachverständigenrats Migration der Einwanderung auffallend positiv gegenüberstehen. Es sei »naiv zu denken, dass der Auftraggeber keine Rolle spielt«. [...] Der Migrationsforscher fühlt sich an die 60er- und 70er-Jahre erinnert. Damals hätten die Arbeitgeber auch für Migration geworben – um später, als sie die Arbeitskräfte nicht mehr brauchten, die Last auf die Gesellschaft abzuwälzen. **314**

Ein unabhängiger wissenschaftlicher Kritiker erklärt also offen, dass die Stiftung Studien erstellt, die in erster Linie ihrem wirtschaftlichen Interesse dienen.

Der *Focus*, der die Kritik untersuchen lässt, kommt zu dem Schluss:

Die Studie hat gute Ansatzpunkte, kratzt aber nur an der Oberfläche. Ziel der Bertelsmann-Studie ist es, die Debatte um Integration auf eine »evidenzbasierte Grundlage« zu stellen. In politischen Debatten geht das oftmals verloren, wie auch die Autoren der Studie feststellen: »Der Islam ist fremd geblieben und wird misstrauisch beäugt. In der Gemengelage braucht es nachprüfbare Fakten.« Doch genau diese kann die Studie nicht liefern. Dafür hätte es differenzierte Fragen gebraucht. **315**

Der *Focus* kommt also zu dem Schluss, dass die Bertelsmann-Studie nicht die selbstgesetzten Ziele erfüllt, weil sie eben nicht auf »evidenzbasierter Grundlage« steht.

Die Studie und deren Publikation kann Beispiel dafür sein, wie die Stiftung versucht, Gesellschaft und Politik mit »Wissenschaft« zu beeindrucken und in eine bestimmte Richtung zu lenken. Dabei geht es auch und immer wieder darum, wie Eigentum vom Staat auf private Eigentümer übertragen werden kann, wie Arbeit »effizienter«, das heißt oft billiger werden kann, Ausgaben für den Sozialstaat gesenkt werden können, Aufgaben des Staates an private Unternehmer übertragen werden und schließlich Steuern für Unternehmen gesenkt werden können. Alles angeblich zum Wohle des Staates und des Bürgers.

Der Journalist Thomas Schuler wirft der Stiftung Machtmissbrauch vor. **316** Er schreibt, wie Bertelsmann-Personal im politischen Betrieb platziert, in welchen Bereichen die Gemeinnützigkeit untergraben und Politik im Sinne eigener Interessen vertreten wird.

Da wir den Krieg gegen Syrien als roten Faden verwenden, darf ein Hinweis nicht fehlen, dass auch diese »Nichtregierungsorganisation« sich in den Chor derer einreicht, die die bei näherem Hinsehen oft äußerst zweifelhaft erscheinenden offiziellen Darstellungen unterstützen. Mit einem Positionspapier vom Januar 2016 behauptet Christian Hanelt, was das Narrativ verlangt, aber längst widerlegt wurde. Zum Beispiel zum Entstehen der Unruhen:

Zu den zentralen Forderungen der Demonstranten gehörten politische und wirtschaftliche Teilhabe. Das Assad-Regime ließ die Demonstrationen gewaltsam auflösen. Der Konflikt eskalierte zum Bürgerkrieg ... **317**

Angeblich ging die Gewalt allein vom syrischen Staat aus, worauf die friedlichen Demonstranten sich sozusagen »zur Selbstverteidigung« bewaffnen mussten. An anderer Stelle wurde bereits darauf hingewiesen, dass nicht die Regierung mit der Gewalt begann, sondern Provokateure, vom Ausland bewaffnet und finanziert, auf Sicherheitskräfte und Demonstranten schossen.

Auch hier wieder das Märchen von Fassbomben gegen die Zivilbevölkerung und dass das »Assad-Regime« nicht wirklich ISIS bekämpfen würde:

Zynisches spielt sich ab: Während Diktator Assad insbesondere international geächtete Fassbomben gegen die eigene Zivilbevölkerung einsetzt und den »IS« eher schon ...

Natürlich gibt es keine Ächtung von »Fassbomben«, der Begriff wurde im Rahmen der Terroristenpropaganda neu erfunden. Allenfalls könnte man Anwendung willkürlicher Gewalt gegen Zivilisten als geächtet bezeichnen. Aber das nur am Rande.

Mehr braucht man nicht zu lesen, um sich ein Bild von der Qualität und Zielrichtung der Stiftung zu machen.

7. Tödliche Sanktionen und NGOs

Würde es den großen, weiter vorn genannten Organisationen um die Menschen in Syrien gehen, dann würden sie ihre ganze PR-Macht einsetzen, damit die wirtschaftliche Kriegsführung gegen das Land beendet wird, damit die Sanktionen aufgehoben werden.

Als im Irak die Sanktionen der USA 500000 Kinder töteten, waren das Kollateralschäden, »die aber notwendig waren«. **318** Nun treffen wieder Sanktionen die Armen und vom Krieg Gebeutelten, nämlich die Syrer. Und die Bundesregierung ist eilfertig mit dabei. Ein interner Bericht der UNO, **319** zu dem *The Intercept* Zugang hatte, enthüllt, dass die von den USA und der EU verhängten Sanktionen die einfachen Syrer treffen, die Arbeit der Hilfsorganisationen zunichte machen und die schlimmste humanitäre Katastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg verursachen. Trotzdem machen die heuchlerischen Politiker dieser Länder weiter damit, den Kampf gegen die mörderischen Terroristen in Aleppo als größte humanitäre Katastrophe zu beschreiben und die Terroristen vor der endgültigen Vertreibung zu schützen. Und statt die Ursache der Flucht aus Syrien zu beenden, bietet die deutsche Bundesregierung großzügig Asyl an, was gerade diejenigen nutzen können, die bisher zur gebildeten Mittelschicht des Landes gehörten. Also jene, die das Land jetzt eigentlich dringend benötigt.

Der Bericht der UNO beschreibt, wie die Sanktionen und der Krieg jeden Sektor der Wirtschaft Syriens destabilisiert haben, die Wirtschaft eines Landes, das einmal fast vollkommen Selbstversorger war und keinerlei Auslandsschulden hatte. Nun wird Syrien zu einem Land, das Hilfe benötigt. Aber die Hilfe ist kaum möglich, weil die Sanktionen die Versorgung mit Ausrüstungen zur Blutverarbeitungssicherheit, medizinischen Geräten, Nahrungsmitteln, Treibstoff, Wasserpumpen, Ersatzteilen für Kraftwerke und vielem anderen verhindern. Wo werden die Syrer wohl beim Wiederaufbau ihre Kraftwerke und Fabriken kaufen? Sicher nicht in den Ländern, die sie jetzt im wahrsten Sinne des Wortes vor die Hunde gehen lassen.

Ein zu dem UNO-Bericht verfasster *Intercept*-Artikel **320** hebt die besondere Schwere der Sanktionen hervor. Denn im Bericht werde beschrieben, dass die Maßnahmen der USA und der EU das »weitreichendste Sanktionsregime sind, das jemals verhängt wurde«. In dem Papier werde detailliert ein komplexes System von »unberechenbaren und zeitraubenden« Finanzrestriktionen und Lizenzerfordernissen beschrieben. Der Bericht stelle fest, dass die Sanktionen der USA »außergewöhnlich hart hinsichtlich der Lieferung von humanitärer Hilfe« sind.

US-Sanktionen gegen syrische Banken haben die Überweisung von Geld in das Land praktisch unmöglich gemacht. Selbst wenn eine Überweisung legal ist, sind die Banken außerhalb von Syrien sehr zurückhaltend, die Überweisung auszuführen, aus Angst vor Bestrafungen in Millionenhöhe wegen eines Verstoßes gegen Sanktionen. Dies hat zum Entstehen eines inoffiziellen und unregulierten Netzwerkes von Geldwechselgeschäften geführt, die es für Extremistengruppen wie ISIS und al-Qaida einfach machen, ihre Gelder zwischen den dringend benötigten Zahlungen der Menschen zu verstecken. Die Schwierigkeiten bei der Überweisung von Geld hält auch Hilfsorganisationen davon ab, ihre lokalen Angestellten zu bezahlen, was »zu verzögerter oder ausgebliebener Lieferung von humanitärer Hilfe sowohl in den von der Regierung als auch den besetzten Gebieten geführt hat«, wie der Bericht feststellt.

Handelsrestriktionen sind noch verworrener. Artikel, die mehr als 10 Prozent Produktionsanteil aus den USA haben – auch Arzneimittel und – geräte –, dürfen nicht nach Syrien exportiert werden. Hilfsorganisationen, die diese Sanktionen überwinden wollen, müssen eine spezielle Lizenz beantragen, aber die Bürokratie ist ein Albtraum, der ebenso hohe Kosten für Rechtsanwaltsbüros erfordert, wie der Wert der Artikel darstellt.

Syrien wurde erstmals 1979 mit Sanktionen belegt, als die USA die syrische Regierung als staatlichen Sponsor von Terrorismus bezeichneten. In den Folgejahren wurden immer mehr Sanktionen hinzugefügt, aber nie so extrem wie 2011 und in den Folgejahren.

Im Jahr 2013 wurden die Sanktionen für die von der »Opposition« besetzten Gebiete teilweise aufgehoben. Ungefähr zu dieser Zeit begann die CIA mit der direkten Lieferung von Waffen, um die Aufständischen zu beliefern, zu Kosten von fast 1 Milliarde US-Dollar pro Jahr. Dadurch wurde der Konflikt weiter angeheizt, während die Sanktionen der USA erfolgreich humanitäre Hilfe verhinderten.

Eine interne UNO-E-Mail, die *The Intercept* eingesehen hatte, beschuldigt die USA und die EU, Sanktionen verhängt zu haben, die zu Nahrungsmittelengpässen und drastischer Verschlechterung der Gesundheitsversorgung der Syrer geführt haben. Im August warnte ein wichtiger UNO-Beamter, dass die Sanktionen innerhalb von 18 Monaten zu einer Verdoppelung des Benzinpreises und zu einem Abfall der Weizenproduktion um 40 Prozent seit 2010 geführt hatten, wodurch der Weizenmehlpreis um 350 Prozent und der Reispreis um 650 Prozent angestiegen seien. Die E-Mail nennt als »Hauptfaktor« für die Erosion des Gesundheitssystems in Syrien die Sanktionen. Fabriken, die Arzneimittel zur Selbstversorgung hergestellt hatten, waren durch die Kämpfe zerstört oder wegen ausbleibender Rohstofflieferungen geschlossen worden, erklärt die E-Mail.

Der Mitarbeiter eines Hilfswerkes in Damaskus erklärte gegenüber *The Intercept*, dass Autos, Busse, das Wasserversorgungssystem und die Elektrizitätswerke überall im Land dringend repariert werden müssten, dass es aber Monate [für die Hilfsorganisation] dauern würde, bis die notwendigen Teile beschafft werden könnten. Zeit für ein weiteres Warten gebe es aber nicht mehr.

Deshalb neigen die Hilfsorganisationen dazu, billige chinesische Waren zu kaufen oder Güter von Großhändlern, die über eine Lizenz verfügen, aber jeden beliebigen Preis verlangen können. Und wenn der Preis unerschwinglich ist, bricht das System zusammen, und noch mehr Menschen sterben durch verunreinigtes Wasser oder verhinderbare Seuchen und leiden unter einer allgemeinen Reduzierung der Lebensqualität.

Solche Bedingungen wären für jedes Land eine Katastrophe. Im vom Krieg geplagten Syrien, in dem geschätzte 13 Millionen Menschen von humanitärer Hilfe abhängig sind, verursachen die Sanktionen ein Chaos.

In einer E-Mail an *The Intercept* leugnet das Außenministerium der USA, dass die Sanktionen Zivilisten schaden würden:

US-Sanktionen gegen [Syriens Präsidenten Baschar al-Assad], seine Unterstützer und das Regime enthalten diesen Akteuren Ressourcen vor, die für eine weitere blutige Kampagne von Assad gegen seine eigene Bevölkerung genutzt werden könnten.

Ansonsten werden in der E-Mail die gleichen Behauptungen wiederholt, die für die Sanktionen gegen den Irak in den 1990er-Jahren verwendet wurden. Die USA halten die damaligen Sanktionen immer noch für angemessen, obwohl ein Bericht der UNICEF von 1999 festgestellt hatte, dass die Sterberate von Kindern im Alter bis zu 5 Jahren durch die Sanktionen verdoppelt wurde und deshalb 500000 Kinder starben.

Die wahre Verantwortlichkeit für die schlechte humanitäre Situation liegt bei Assad, der wiederholt den Zugang für Hilfslieferungen verweigert und Hilfsorganisationen angegriffen hatte. Er hat die Möglichkeit, jederzeit das Leiden zu beenden, sollte er seiner Verpflichtung nachkommen, vollen, uneingeschränkten Zugang für humanitäre Hilfe in den Gebieten zu erlauben, die von der UNO festgelegt wurden.

Derweil haben die USA in den Gebieten, die von ISIS kontrolliert werden, einige der Taktiken angewandt, die sie bei Assad verurteilen. So haben zum Beispiel von den USA unterstützte Kräfte Manbidsch belagert, eine Stadt im nördlichen Syrien, nicht weit von Aleppo entfernt, in der Zehntausende von Zivilisten leben. US-amerikanische Flugzeuge warfen den ganzen Sommer über Bomben ab und töteten bei einem einzigen Angriff 125 Zivilisten. Die USA flogen auch Luftangriffe, um ISIS aus Kobane, Ramadi und Falludscha zu vertreiben, was zerstörte Gemeinden zur Folge hatte. In Falludscha mussten Einwohner Suppe aus Gras essen, und 140 Menschen, so wird berichtet, starben während der Belagerung aus Mangel an Nahrung und Medizin.

Darüber hinaus haben die Sanktionen keines ihrer Ziele erreicht. Jedoch haben sie in den 5 Jahren des Krieges über 80 Prozent der Syrer in Armut gestürzt. Vor dem Krieg waren lediglich 20 Prozent betroffen. Ferdinand Arslanian, ein Wissenschaftler am Zentrum für Syrien-Studien an der Universität von St. Andrews, sagt, dass die Reduzierung der Lebensstandards und die Abhängigkeit der Menschen von Hilfsleistungen das Regime sogar stärkt.

Und Joshua Landis, Direktor des Zentrums für Studien des Mittleren Ostens an der Universität von Oklahoma, äußert sich zu den Sanktionen wie folgt:

Hilfeleistung ist jetzt ein essenzieller Teil der syrischen Wirtschaft, und Sanktionen geben dem Regime die Möglichkeit, Waren zu monopolisieren. Jeder wird von der Regierung abhängig. Das war schon so im Irak mit dem Projekt »Nahrung für Öl«.

Sanktionen haben einen furchtbaren Effekt auf die Menschen, viel mehr als auf das Regime, und Washington weiß das aus dem Irak.

Menschen verarmen, leiden, hungern, der Lebensstandard sinkt. Die Ärmsten leiden am meisten, zum Beispiel jene, die auf die kostenlose staatliche Gesundheitsversorgung wie Prothesen angewiesen sind, die ihre Gliedmaßen, die von Bomben der Koalition zerschmettert wurden, ersetzen sollen. **321**

Aber haben Sie darüber Klagen von einer der genannten NGOs öffentlich wahrgenommen?

8. Syrien, Deutschland und der Angriffskrieg

Bisher hat sich das Buch auf die Rolle von »Nichtregierungsorganisationen« beim Verbreiten von Propaganda konzentriert, mit dem Ziel, in der Bevölkerung eine Akzeptanz für Kriege zu erreichen, während gleichzeitig der Syrienkonflikt wie ein roter Faden verfolgt wurde.

Der zweite Teil des Buches wird sich nun damit beschäftigen, ob der Bundeswehreinsatz in Syrien mit dem Völkerrecht und vor allen Dingen mit dem deutschen Grundgesetz vereinbar ist.

Dazu werde ich zunächst noch einmal nachweisen, dass es sich nicht um einen Bürgerkrieg, sondern einen Stellvertreter-Angriffskrieg handelt, der sich derzeit zu einem direkten Angriffskrieg auszuweiten droht. Danach soll das vielfach als Märchen nachgewiesene Narrativ »moderate Rebellen« endgültig zerstört werden. Dann wird Tim Anderson in einer Anklage gegen die von den USA geführte Koalition argumentieren, dass sie bewusst die legitimen, die Terroristen bekämpfenden Streitkräfte Syriens angriff und so direkt zur Kriegspartei wurde. Dann soll noch einmal an zwei Beispielen detaillierter aufgezeigt werden, wie stark der Propagandakrieg die öffentliche Meinung in Deutschland und allgemein in den westlichen Ländern verfälscht. Schließlich folgt ein kurzer Abriss über die Situation des Grundgesetzes und des deutschen Strafrechts hinsichtlich der Bewertung von Angriffskriegen und ein Interview mit Tim Anderson, der begründet, warum es keinen Grund für die Koalition gibt, in Syrien aktiv zu sein. Am Ende werfen wir noch einmal einen Blick auf die UNO-Charta hinsichtlich Angriffskriegen und Selbstverteidigung sowie auf die Begründung für einen Einsatz in Syrien.



Die Planung des Syrienkrieges

Wer sich für die theoretischen Hintergründe des Krieges interessiert, wird unter dem Stichwort »schöpferische Zerstörung« in Bezug auf einen »Neuen Mittleren Osten« fündig. F. William Engdahl veröffentlichte darüber zum Beispiel einen Artikel im Blog *Cashkurs*. Und schon 2006 berichtete Mahdi Darius Nazemroaya darüber in *Global Research*. ³²² Das Projekt der USA und Israels, einen »Neuen Mittleren Osten« zu erschaffen, stammt aus dem Jahr 2006. Es ging darum, die Kräfte eines »konstruktiven Chaos« auszulösen. Dieses sollte dann die Bedingungen für den Einsatz von Krieg und Gewalt in der Region schaffen, der durch die USA, Großbritannien und Israel genutzt werden konnte, um den Mittleren Osten in Einklang mit ihren geostrategischen Wünschen und Zielen zu formen.

Was sich in diesen wenigen Sätzen wie eine Verschwörungstheorie liest, ist eine anerkannte Tatsache, wie man zum Beispiel zu Beginn der Planungen einer Aussage der damaligen Außenministerin der USA entnehmen kann. ³²³ Da ich mich aber in diesem Buch auf die praktischen Auswirkungen konzentrieren möchte, sei auf weiterführende Lektüre zu diesem Thema verwiesen. So schrieb schon 2003 Michael Ledeen in seinem Buch *The War Against the Terror Masters* darüber, dass der Iran und Syrien Gesellschaften sind, die durch die Anstrengungen Amerikas fallen müssen:

Die radikale Transformation verschiedener Länder des Mittleren Ostens aus der unterdrückenden Tyrannei ist vollständig im amerikanischen Charakter und der Tradition Amerikas begründet. Kreative Zerstörung ist unser zweiter Vorname, sowohl innerhalb unserer Gesellschaft als auch außerhalb. [...] Unsere Feinde haben schon immer diesen Wirbelwind der Energie und Kreativität gehasst. Sie müssen uns angreifen, um zu überleben, genauso wie wir sie zerstören müssen, um unsere historische Mission voranzubringen. **324**

Auch sehr aufschlussreich ist Zbigniew Brzezińskis Buch *The Grand Chessboard* (deutsch: *Die einzige Weltmacht*). Aber nun wieder zurück zu den praktischen Auswirkungen.

Verschiedene Autoren wiesen bereits darauf hin, dass das Narrativ, in Syrien sei eine friedliche »Revolution« gezwungen gewesen, zu den Waffen zu greifen, falsch ist. Vielmehr waren berechnete friedliche Demonstrationen von Anfang an durch bewaffnete Extremisten unterwandert gewesen, die sowohl auf Sicherheitskräfte als auch auf Demonstranten schossen. Stellvertretend für viele andere Berichte verweise ich auf Kapitel 4: »Daraa 2011 – Ein weiterer islamistischer Aufstand« in Tim Andersons Buch *Der schmutzige Krieg gegen Syrien* aus dem Jahr 2016; alternativ auf den Blog von Uwe Ness »Zu Syrien und der Mär vom friedlichen Beginn der Proteste« **325** oder ergänzend auf den Bericht von *Fox News* über die von der CIA gedeckten Waffenlieferungen von Libyen nach Syrien aus dem Jahre 2015. **326**

Dass der Krieg gegen Syrien ein Mittel westlicher Länder war, um einen lange geplanten Regimewechsel herbeizuführen, ist keine »Verschwörungstheorie«, sondern eine Verschwörungstatsache. Dies geht unter anderem aus den Aussagen von zwei führenden ehemaligen Politikern der USA und Frankreichs eindeutig hervor.

Da ist zunächst die Rede von Ex-General Wesley Clark vom 3. Oktober 2007 vor dem Commonwealth Club of California. Dort sagte er:

Dann kamen die Ereignisse vom 11. September 2001 – dazu hatten wir keine Strategie. Weder gab es eine Einigung der beiden Parteien über die weitere Vorgehensweise, noch hatten wir eine gemeinsame amerikanische Sicht dazu. Stattdessen erlebten wir einen Staatsstreich in diesem Land, einen politischen Staatsstreich. Ein paar abgebrühte Individuen rissen die amerikanische Außenpolitik an sich, ohne sich darum zu scheren, die Öffentlichkeit darüber zu informieren.

Zehn Tage nach 9/11 war ich im Pentagon unterwegs. Ich konnte der Armee nicht fernbleiben. Ich war gekommen, um Donald Rumsfeld zu treffen. In den 1970er-Jahren hatte ich für ihn im Weißen Haus gearbeitet, das alles habe ich in meinem Buch festgehalten. Ich sagte zu ihm: »Kommen Sie zurecht mit CNN?« Er sagte: »Ja, ja, alles bestens.« Dann sagte er: »Da fällt mir ein, ich habe Ihr Buch gelesen.« In diesem Buch geht es um die Kosovo-Operationen. Er fuhr fort: »Ich wollte Ihnen nur sagen: Niemand wird uns diesmal hereinreden, wo oder wann wir bombardieren können – niemand.« Er fügte hinzu: »Ich habe mir überlegt, das eine »fließende Koalition« zu nennen. Was meinen Sie dazu?« – »Nun, Sir, danke, dass Sie mein Buch gelesen haben ...« Und er sagte: »Danke, mehr Zeit habe ich jetzt nicht für Sie.« Wirklich, das hat er gesagt.

Dann ging ich die Treppe hinab und war gerade dabei, das Pentagon zu verlassen, als mich ein Offizier vom Vereinigten Generalstab in sein Büro winkte und zu mir sagte: »Sir, Sie sollten wissen, dass wir den Irak angreifen werden.« Ich fragte: »Wieso?« Er sagte: »Keine Ahnung.« – »Soll Saddam in Zusammenhang mit 9/11 gebracht werden?« – »Nein ... ich glaube, sie wissen nicht, was sie gegen den Terrorismus tun sollen. Aber sie können Länder angreifen und wollen dabei stark aussehen ... sie glauben wohl, wenn sie ein Land zu Fall bringen, wird das die Terroristen einschüchtern. Und Sie kennen ja sicher das alte Sprichwort: »Wenn das einzige Werkzeug, das du hast, ein Hammer ist, dann muss jedes Problem zu einem Nagel werden.««

Ziemlich aufgewühlt verließ ich das Büro, und bald darauf haben wir Afghanistan angegriffen. Das fand ich gut, und es war sicher auch richtig.

Dann, etwa 6 Wochen später, kam ich wieder ins Pentagon. Ich traf dort denselben Offizier und sagte zu ihm: »Warum haben wir den Irak nicht angegriffen?« Er sagte: »Werden wir tun. Aber es kommt noch schlimmer.« Er nahm ein Blatt Papier von seinem Schreibtisch und sagte zu mir: »Ich habe gerade dieses Memo aus dem Büro des Verteidigungsministers bekommen, und hier steht,

wir werden sieben Länder angreifen und deren Regierungen innerhalb von 5 Jahren stürzen. Wir werden mit dem Irak beginnen, und dann kommen Syrien, Libanon, Libyen, Somalia, der Sudan und der Iran dran, sieben Länder in 5 Jahren.«

Ich fragte: »Ist dieses Dokument geheim?« Er sagte: »Ja, Sir.« – »Dann zeigen Sie es mir nicht.« Er war schon dabei, es mir zu zeigen, aber ich wollte darüber nicht sprechen. Und ich habe diese Information lange für mich behalten, ich habe darüber etwa 6 oder 8 Monate mit niemandem gesprochen. Ich war so fassungslos, dass ich mit niemandem darüber sprechen konnte. Und ich konnte nicht glauben, dass das die Wahrheit sein kann, aber es ist dann später tatsächlich geschehen. Diese Leute haben die Kontrolle über die Politik in den Vereinigten Staaten übernommen. **327**

Diese Worte stammen vom Ex-Oberbefehlshaber der NATO in Europa (1997–2000), einem der höchsten Offiziere der US-Armee, der 2004 Präsidentschaftskandidat war.

Der zweite hochrangige Politiker, der der Öffentlichkeit verriet, dass Syrien einer echten Verschwörung zum Opfer fallen sollte, war Roland Dumas, ehemaliger Außenminister Frankreichs. Er sprach im französischen Fernsehen, in der Sendung *Ça vous regarde* (»Das betrifft Sie«) über den Beginn des Syrienkonfliktes:

Moderator: Sind Sie einverstanden mit diesem binären Ansatz, oder ist es doch komplizierter?

Dumas: Es ist sehr kompliziert aufgrund der Tatsache, dass dort alle beteiligt sind, aber im Wesentlichen sind es diese beiden Lager, die sich bekämpfen. Ich werde Ihnen etwas sagen: Vor etwa 2 Jahren, noch bevor die Feindseligkeiten in Syrien zum Ausbruch kamen, war ich in Großbritannien. Ich kam rein zufällig dorthin, gar nicht wegen Syrien. Ich habe dort englische Amtsträger getroffen, darunter auch einige meiner Freunde. Während sie auf mich einredeten, gaben sie zu, dass in Syrien Vorbereitungen für eine Mission getroffen wurden. Wohlgemerkt, das war in England, nicht in den USA. England bereitete eine Invasion bewaffneter Rebellen nach Syrien vor. Und als ehemaligen Außenminister Frankreichs hat man mich sogar gefragt, ob ich daran teilnehmen würde. Natürlich lehnte ich ab. Ich sagte, ich sei Franzose und das interessiere mich nicht. Die Sache ist die, dass diese Operation einen Hintergrund hat. Sie wurde geplant und vorbereitet. **328**

Roland Dumas war nicht nur Außenminister, sondern auch Vorsitzender des Verfassungsgerichtes in Frankreich gewesen. Wie seine obigen Aussagen zeigen, war er ein eigenwilliger Kopf, der schließlich wegen Korruption beschuldigt, aus dem Amt gedrängt, später aber in einem Berufungsverfahren freigesprochen wurde.

Im August 2012 meldeten mehrere Medien den Einsatz eines deutschen Spionageschiffes vor der Küste Syriens. Das Spezia Schiff, das Fähigkeiten aufzuweisen scheint wie kein anderes Schiff der westlichen Verbündeten, leitete laut diesen Artikeln seine Erkenntnisse direkt oder indirekt an die »Rebellen« in Syrien weiter. Wie wir aber wissen, gab es nie die sogenannten »moderaten« Rebellen. Alle Fraktionen in diesem Angriffskrieg waren extremistische Dschihadisten (außer die Kurden). Man kann daher davon ausgehen, dass der BND bereits von Beginn der Feindseligkeiten an mit seinem Schiff Informationen an regierungsgeegnerische Kämpfer weitergegeben hatte.

Gleichzeitig betrieb der BND eine offensichtliche Desinformationskampagne innerhalb Deutschlands. In einem n-tv-Artikel liest man unter anderem:

BND-Chef Gerhard Schindler hatte jüngst in einem Interview gesagt, die Tage Assads als Machthaber seien möglicherweise schon bald gezählt. Die Erosion des syrischen Militärs halte an. Assads Armee habe etwa 50000 ihrer einst 320000 Soldaten verloren. »Darunter sind viele Verwundete, Deserteure und 2000 bis 3000 Überläufer zur militanten Opposition.« Und die »Erosion« des Militärs halte an, sagte der Chef des deutschen Auslandsgeheimdienstes der Tageszeitung *Die Welt*. **329**

Tim Anderson stellt dazu in seinem Buch *Der schmutzige Krieg gegen Syrien* fest:

Ein zentrales Ziel des Aufstandes der Bruderschaft war, die Armee entlang sektiererischer Linien zu spalten. Und tatsächlich liefen einige Armeeoffiziere über, darunter viele, die familiäre Beziehungen zur Bruderschaft hatten. Islamistische Gräueltaten gegen Alawiten und Christen erhöhten zweifellos die Spannungen in den Gemeinden. Trotzdem gab gegen Ende 2011 der englischsprachige Vertreter der FSA, Rami Abdel Rahman, zu, dass weniger als 1000 Soldaten desertiert seien. Die syrische Armee, durch westliche Medien oft als »Assad-Loyale« bespöttelt, blieb als nationale Institution geeint. Die Bruderschaft und andere salafistische Gruppen dagegen verließen sich auf Sektierertum. Sie und ihre ausländischen, mit al-Qaida verbundenen Mitstreiter waren die Hauptursache der im Westen übernommenen Idee einer Assad-Regierung als »alawitisches Regime«, und sie ermordeten alawitische und schiitische Zivilisten, um den Konflikt weiter anzuheizen. **330**

Interessant im Zusammenhang mit der Aussage von Roland Dumas ist folgende Passage im oben zitierten n-tv-Artikel:

Nach Angaben der syrischen Opposition soll auch der britische Geheimdienst die syrischen Rebellen mit Informationen über Bewegungen der Assad-Truppen informieren.

Laut einem Bericht bei *Spiegel Online* brüstete sich der BND damit, wie wichtig seine Arbeit für den Sturz einer (legitimen) Regierung sei:

Er sei »stolz über den wichtigen Beitrag des BND zum Sturz des Assad-Regimes«, lobt sich ein BND-Mitglied in dem Bericht selbst. **331**

Wenn es keine Handlungen sein sollen, »die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören« (worauf wir später noch stoßen werden), wenn eine legitime Regierung mit Waffengewalt gestürzt werden soll, muss man sich fragen, was dies ansonsten war. Denn zu der in den westlichen Medien bisweilen als »Guerillataktik« bezeichneten Strategie der »Rebellen« gehören ethnische Säuberungen, Gräueltaten gegen Verbleibende, Morde, Hinrichtungen und schlimmste Kriegsverbrechen. Der gewählte Präsident des Landes ist wiedergewählt worden, und seine Regierung hat – mithilfe Russlands, des Iran und der libanesischen Hisbollah – den schier unaufhaltsamen Strom angeworbener Terroristen aus aller Welt gestoppt und den größten Teil des Landes befreit. Heute, Ende 2017, gilt nur noch jene Region als nicht unter der Kontrolle der legitimen Regierung, die von den Kräften der USA illegal besetzt wurde.

Auch die Bundeszentrale für Politische Bildung war Teil der Kriegspropaganda gegen Syrien. Dort stellte der Autor Carsten Wieland bereits den Zerfall des »Regimes« **332** fest. Besonders die Behauptung, der säkulare Staat versuche, den Krieg als einen Religionskrieg darzustellen, war grundsätzlich falsch.

Der staatlich proklamierte Säkularismus, der die Minderheiten großenteils hinter dem Assad-Regime versammelte, ist umgeschlagen in eine sektiererische Überlebenstaktik des Regimes, die den Aufstand von Anfang an als einen Religionskrieg darzustellen versuchte.

Vielmehr versuchte die Opposition, den säkularen Staat zu zerstören und ein islamistisches Kalifat einzurichten, während die Regierung immer wieder bestrebt war, die Spannungen zwischen den Religionen und Ethnien zu dämpfen. Insbesondere in der staatlichen Armee gab es nach kleineren anfänglichen Abspaltungen eine feste säkulare Einheit. Die christlichen Kirchen machten die Faruq-Brigaden – ein Teil der angeblich »moderaten Rebellen«, die sich unter dem Banner der »Freien Syrischen Armee« versammelt hatten – für die ethnische Säuberung an mehr als 50000 Christen in Homs im Jahr 2012 verantwortlich. **333**

Die mit der Regierung Syriens verbündete islamisch geprägte Hisbollah aus dem Libanon unterstützte dagegen den die Religionen überbrückenden Kampf gegen den radikalen islamistischen Terror. Vincent Funaro schrieb in der Zeitschrift *The Christian Post*:

Die vom Iran unterstützte militante schiitische muslimische Gruppe Hisbollah, seit vielen Jahren durch die US-Geheimdienste als Terroristenorganisation bezeichnet, trainiert Christen im Kampf gegen ISIS im Libanon, und die Gläubigen des Mittleren Ostens sagen über die neuen und unerwarteten Alliierten: »Sie akzeptieren uns, wie wir sind.« **334**

Was hier für den libanesischen Teil des Grenzgebietes zu Syrien beschrieben wird, gilt genauso im syrischen Teil der Grenzregion.

Die Beispiele sollen aufzeigen, wie schon von Anfang des Konfliktes an falsche Narrative aufgebaut wurden, um den Regimewechsel, der von den westlichen Ländern und ihren Verbündeten betrieben wurde, zu rechtfertigen.

The Intercept veröffentlichte im Oktober 2017 ein hochgeheimes Dokument der NSA, **335** das bereits früher von Edward Snowden zur Verfügung gestellt worden war und das mit überraschender Klarheit bestätigte, dass die bewaffnete Opposition in Syrien von Anfang an unter dem direkten Kommando ausländischer Mächte stand.

Das Geheimdienstmemo mit dem Vermerk »Top Secret« ist vermutlich einer der wichtigsten Beweise für die direkte Rolle der US-Regierungen und Saudi-Arabiens im Krieg gegen die legitime Regierung Syriens. Ein Artikel von *Zero Hedge* beschreibt unter Bezugnahme auf das Memo Details der Einflussnahme der ausländischen Regierungen auf die Strategie und Taktik der Terroristen. **336**

Zum Abschluss dieses Kapitels über die Vorbereitung und den Beginn des Krieges gegen Syrien sei noch auf das Geständnis Hamad ibn Dschasim ibn Dschabir al-Thanis, des ehemaligen Premierministers von Katar, verwiesen, demzufolge Waffen aus Katar schon zu Beginn des Konfliktes in Syrien eine wichtige Rolle spielten. In einem Fernsehinterview gestand al-Thani:

Als die Ereignisse in Syrien begannen, ging ich zu einem Treffen mit König Abdallah. Ich tat dies auf Anordnung seiner Hoheit des Prinzen, meines Vaters. Er [Abdallah] sagte: »Wir stehen hinter Ihnen, machen Sie weiter mit diesem Plan, und wir werden das koordinieren, aber Sie sollen verantwortlich sein.« Ich will nicht in die Details gehen, aber wir übernahmen die Aufgabe, und alles, was [nach Syrien] versandt wurde, sollte in die Türkei, und ich koordinierte das mit den US-Streitkräften. Die Verteilung erfolgte durch die Türken und die US-Streitkräfte. Auch wir und viele andere waren involviert ... das Militär. Es wurden möglicherweise Fehler gemacht, und die Hilfsmittel wurden an die falschen Gruppierungen weitergereicht, aber nicht an Daesh – Sie übertreiben, wenn Sie das sagen. Vielleicht gab es eine Beziehung zu Nusra, das ist möglich, aber ich persönlich weiß nichts davon. Aber selbst wenn das der Fall gewesen sein sollte, kann ich Ihnen versichern: Als dann entschieden wurde, dass Nusra inakzeptabel ist, wurde die Unterstützung für Nusra beendet, und die Fokussierung lag auf der Befreiung Syriens.

Wir stritten um die Beute, und jetzt, da die Beute nicht mehr da ist, kämpfen wir immer noch. Und jetzt ist Baschar immer noch da. Wenn Sie sagen: »In Ordnung, Baschar kann bleiben«, ist uns das egal, wir hegen keine Rachegefühle gegen ihn, aber Sie waren mit uns im selben Boot. Wenn Sie Ihre Einstellung ändern, können wir das auch. Das Problem dort ist, es gibt dort ... einen Mangel an Weiterführung. Ich habe keine Einwände gegenüber jemandem, der erkennt, dass er einen Fehler gemacht hat; aber informieren Sie wenigstens Ihre Partner. Sagen Sie einfach, diese oder jene Situation funktioniert nicht mehr – zum Beispiel: Lasst Baschar an der Macht oder tut dies oder jenes.

Aber die Situation, die nun geschaffen wurde, wird es niemals erlauben, dass irgendein Fortschritt im GCC^{8*} gemacht wird oder irgend ein Fortschritt in irgendetwas, was wir weiterhin offen bekämpfen. Ich wünschte, das Königreich [Saudi-Arabien] wäre an der Spitze. Wir haben unterschiedliche Meinungen darüber. **337**

Damit enthüllt der ehemalige Premierminister Dschaber al-Thani im katarischen Fernsehen, dass sein Land – neben Saudi-Arabien, der Türkei und den USA – von Anfang an, also seit 2011, Waffen an

die Dschihadisten in Syrien lieferte. Er vergleicht die verdeckte Operation sogar mit einer Treibjagd – die »Beute« waren dabei Präsident Assad und seine Unterstützer –, wobei er zugibt, dass die Beute entwischt ist. Al-Thani leugnet, ISIS/Daesh direkt unterstützt zu haben. Jedoch gibt er zu, dass möglicherweise al-Qaida-Zweige von der Unterstützung profitierten.

In einem Artikel bei *Zero Hedge* werden weitere Informationen in dem Zusammenhang veröffentlicht:

In einem früheren Interview im US-Fernsehen, das weitgehend unbeachtet blieb, erklärte al-Thani gegenüber Charlie Rose, **338** als dieser ihn wegen Beschuldigungen hinsichtlich Katars Unterstützung für Terrorismus ansprach: »In Syrien hat jeder Fehler gemacht, auch Ihr Land.« **339**

Laut dem *Zero-Hedge*-Artikel erklärte der Ex-Premier auch, dass Katar eine »vollständige Dokumentation« darüber hätte sowie Unterlagen, die beweisen, dass der Krieg ein geplanter Regimewechsel war.

Als ob das nicht genug wäre, zeigen geleakte Geheimdienstunterlagen, dass die CIA von Anfang an eine führende Rolle in den Regimewechselversuchen in Syrien innehatte. **339** Und die US-Regierung wusste sehr wohl, dass die von den Golf-Diktaturen und dem Westen gelieferten hochentwickelten Waffen, wie zum Beispiel Antipanzerraketen, an al-Qaida und ISIS geliefert würden, obwohl sie immer behaupteten, nur die »moderaten Rebellen« zu unterstützen, die angeblich ISIS bekämpfen sollten.

Um das zu verdeutlichen, kann man ein Memorandum an Hillary Clinton von 2014 **340** heranziehen, das eindeutig die Hilfe aus Katar und Saudi-Arabien benennt.

Die »moderaten Rebellen«

Der fehlenden Unterscheidung zwischen »moderaten Rebellen« und Terroristen widmet Tim Anderson in seinem Buch *Der schmutzige Krieg gegen Syrien* viele Seiten. Im Folgenden will ich einen kleinen Teil der Argumentation anführen, da sie mir sehr vielsagend erscheint: **341**

Die künstliche Unterscheidung zwischen »Rebellen« und »Extremisten« wurde durch das Überlaufen im großen Stil und den Transfer von Waffen zu den Extremisten ad absurdum geführt:

- Im Juli 2014 liefen 1000 bewaffnete Männer der Dawud-Brigade zur ISIS in ar-Raqqa über. **342**
- Im November 2014 wurde über Desertionen von der durch die USA unterstützten Syrian Revolutionary Front zu Dschabhat an-Nusra berichtet. **343**
- Im Dezember erklärte Adib asch-Schischakli, der Vertreter des Gulf Cooperation Council der verbannten Syrian National Coalition, dass »oppositionelle Kämpfer aus finanziellen Gründen zunehmend ISIS beitreten«. **344**
- Im gleichen Monat lief die Schuhada-al-Jarmuk-Brigade, im Lauf von 2 Jahren unterstützt und ausgebildet durch US-Offiziere, zur ISIS über, die zu diesem Zeitpunkt begann, ihre Präsenz in Syriens tiefem Süden einzurichten. **345**
- Zwischen 2014 und 2015 traten 3000 »moderate Rebellen« aus der von den USA unterstützten Bewegung Harakat Hazzm aus, um sich Dschabhat an-Nusra anzuschließen. Dabei nahmen sie ein großes Arsenal von US-Waffen mit, einschließlich tragbarer Antipanzerraketen. **346** Ein von

an-Nusra veröffentlichtes Video zeigte, wie diese Waffen in der Provinz Idlib gegen die syrischen Militärstützpunkte Wadi Deif und Hamadiyah eingesetzt wurden. **347**

Wie *DEBKAFile*, eine dem israelischen Geheimdienst nahe Website, berichtet, gehörten zu den schweren Waffen, die von den USA, Israel, Saudi-Arabien, Jordanien, der Türkei und Katar der syrischen »Opposition« geliefert wurden, »Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Raketenwerfer, Maschinengewehre und und zumindest vier Typen von Antipanzerverwaffen«. **348**

So viel also zur Unterscheidung zwischen »moderaten Rebellen« und Terroristen in Syrien und ihrer Bewaffnung ... und das von Anfang an.

Hier noch die Aussage von Tulsi Gabbard, einer Kongressabgeordneten aus Hawaii, die sie nach einem Besuch in Syrien machte:

Überall, wo ich hinkam, stellte ich den Menschen diese Frage. Und ohne Zögern sagten sie mir: »Es gibt keine moderaten Rebellen. Wo sind diese moderaten Rebellen, von denen immer gesprochen wird?« Unabhängig davon, wie diese Gruppen heißen, die stärksten Kampfgruppen an der Front sind an-Nusra, al-Qaida und ISIS. Das ist eine Tatsache. Es gibt eine Reihe anderer Gruppen, aber sie alle kämpfen im Prinzip mit oder unter dem Kommando der stärksten Gruppe, die versucht, Assad zu stürzen. **349**

Bereits 2014 gab es einen Bericht auf *Counterpunch*, wo aufgelistet wird, wie sich die ca. 100000 Kämpfer der syrischen Opposition zusammensetzten: nämlich aus Kämpfern von ISIS (20000 bis 31500), al-Qaida bzw. dessen Zweigorganisation Dschabhat an-Nusra (5000 bis 6000) sowie der Islamischen Front als Schirmorganisation (40000 bis 50000). Dann heißt es in dem Artikel:

Die Freie Syrische Armee (FSA) und der Syrische Nationalrat (SNC), die vielgepriesenen Bollwerke der moderaten Opposition, existieren lediglich in Hotellobbys **350** und in den Vorstellungen westlicher Diplomaten. **351**

Anzeige wegen § 80 StGB

Schon in seinem Buch *Der schmutzige Krieg gegen Syrien* (2016) zeigte Tim Anderson also eindeutig auf, dass der Krieg in Syrien ein Krieg gegen die legitime Regierung war, angetrieben von Regimewechselbemühungen der westlichen Staaten. Im vorliegenden Buch will ich noch einmal die spezifisch für Deutschland wichtigen Aspekte des Syrienkonfliktes beleuchten. Denn die Angaben in *Der schmutzige Krieg gegen Syrien* reichten dem deutschen Generalbundesanwalt nicht aus, um einen Angriffskrieg zu erkennen. So wies er eine Anzeige, mit der ein Verstoß gegen das deutsche Grundgesetz beschrieben wurde, als unbegründet zurück.

Die Antwort erklärt, dass der § 80 StGB **352** den Verfassungsauftrag des Artikels 26 Abs. 1 Satz 2 GG umsetzt.

Aus Artikel 26 Abs. 1 Satz 1 GG lässt sich ableiten, dass die Vorbereitung eines Angriffskrieges als Unterfall solcher verfassungswidriger Handlungen angesehen wird, »die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören«.

Aber gleich darauf wird erklärt, dass der Straftatbestand »einschränkend interpretiert werden muss«. Dies bedeutet, so der Generalbundesanwalt, dass ein strafrechtlich relevanter Angriffskrieg erst dann vorliege, wenn eine offenkundige und schwerwiegende Verletzung des Völkerrechts zu konstatieren sei. Dann führt er aus, dass dies im Fall des Syrien-Einsatzes nicht gegeben sei. Der Einsatz sei ja »zur Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation IS« beschlossen worden und richte sich nicht gegen die syrische Regierung, sondern eine »nichtstaatliche

Konfliktpartei und ein nicht mehr durch den syrischen Staat kontrolliertes Gebiet«. Deshalb gebe es keinen Angriffskrieg.

Nachdem dann Russland den Kampf gegen die Terroristenorganisation ISIS/ISIL/Daesh in Syrien als offiziell abgeschlossen erklärt hatte und auch alle Gebiete von dieser Bedrohung befreit waren, beschlossen aber die USA, trotzdem weiter in Syrien zu bleiben. Womit nun die Begründung des Generalsbundesanwaltes endgültig hinfällig scheint. Dass die Begründung schon von Anfang an kaum haltbar war, geht aus dem Kapitel hervor, in dem die Waffenlieferungen an die Terrororganisationen in Syrien aufgezeigt werden. Denn durch diese Lieferung muss klar sein, dass es kein Krieg gegen Terroristen, sondern gegen die legitime Regierung des Landes ist, den die USA und ihre Verbündeten dort führen.

Und falls die Waffenlieferungen als Beweis nicht ausreichend sind, sollten es zumindest die Berichte sein, die Ende 2017 besagen, dass die USA aus Resten der ISIS-Terroristen und anderer Kämpfer eine »Neue Syrische Armee« ausbilden und bewaffnen, die gegen die legitime syrische Regierung kämpfen soll.

Mit dem ausdrücklichen Verbot im Grundgesetz, einen Angriffskrieg vorzubereiten, sind daher die deutschen Aufklärungsflüge, deren Erkenntnisse der von den USA angeführten Anti-Terror-Koalition dienen, offensichtlich nicht zu vereinbaren. Trotzdem beschloss der Bundestag im Dezember 2017 eine Verlängerung, zunächst um 3 Monate. **353**

Angesichts der Mehrheiten im deutschen Bundestag wird es wohl nie zu einer aktuellen Aufarbeitung der deutschen Geschichte kommen. Aber zukünftige Generationen werden hoffentlich aus diesem Vorgang die richtigen Lehren ziehen.

Die UNO-Sicherheitsratsresolution 2249 aus dem Jahre 2015, **354** auf die bei der Bombardierung von Terroristen und syrischen Zivilisten immer wieder hingewiesen wird, ruft ausdrücklich dazu auf, diesen Kampf in Einklang mit dem Völker- und Menschenrecht zu führen. Indem Deutschland die Souveränität des syrischen Staates über das Gebiet leugnet, in dem sich die Terroristen befinden, verstößt es gegen das Völkerrecht. Denn Deutschland hilft dabei, Syrien zu bombardieren, ohne dazu vom legitimen Souverän eingeladen worden zu sein. Im Gegensatz zur Ukraine und deren aufständischen Gebieten im Osten des Landes und im Gegensatz zu gewissen Medienberichten ist die Regierung in Syrien bemüht, weiterhin Gehälter, Renten, medizinische Versorgung usw. auch in Gebiete zu senden, die von Kräften der »Koalition gegen ISIS« besetzt sind. Was den Souveränitätsanspruch aufrechterhält.

Eine weitere Begründung des Generalbundesanwaltes besagte, dass es gegen einen nichtstaatlichen Gegner (ISIS) gehen würde, der in Gebieten aktiv ist, die nicht von den Streitkräften Syriens kontrolliert werden. Diese Gebiete gibt es aber mittlerweile nicht mehr. Allerdings gibt es Regionen, die nun besetzt wurden – durch die USA und deren Verbündete. Was meiner Meinung nach im Nachhinein bestätigt, dass es sich von Anfang an um einen Angriffskrieg handelte, den die deutsche Bundesregierung mit vorbereitet und durchgeführt hat.

Die westlichen Geheimdienste jedenfalls wussten schon immer, für wen die Waffenlieferungen bestimmt waren. Der ehemalige hohe Pentagon-General Michael Flynn erklärte bereits im Sommer 2015 in einem Interview mit Al Jazeera, dass das Weiße Haus die radikalen Dschihadisten (aus denen später ISIS und an-Nusra hervorgingen) bewusst unterstützte, weil man sich von ihnen einen erfolgreichen Kampf gegen die Regierung Syriens erhoffte. Es war eine »bewusste Entscheidung«.

355 Flynn erklärte offen, dass die von den USA bereitgestellten Waffen an ISIS, al-Qaida und andere

Dschihadisten-Gruppen geliefert wurden. Er wiederholte ähnliche Aussagen gegenüber Seymour Hersh, wie dieser in seiner Veröffentlichung *Military to Military* mitteilt.

Im Spätsommer 2013 war das Gutachten der DIA^{9*} hinreichend bekannt, doch obwohl sich viele in den Kreisen der amerikanischen Geheimdienste darüber im Klaren waren, dass die syrische Opposition durch Extremisten beherrscht wurde, gingen die CIA-gesponserten Waffenlieferungen ungebremst weiter und bereiteten Assads Armee wachsende Probleme. **356**

Die Geheimdienstler des Westens waren sich der Lage also durchaus bewusst. Das gilt natürlich auch für die Geheimdienste Deutschlands, die, wie ebenfalls in dem Papier dargelegt, eng mit den USA und teilweise auch mit der syrischen Regierung kooperierten. Insofern hätte es auch der deutschen Regierung bekannt sein sollen.

Auch der *New York Times* gegenüber hatte Hersh unwidersprochen ähnliche Aussagen gemacht:

»Dieser Bericht, das war einer von denen, die niemand sehen wollte«, sagte Generalleutnant Michael T. Flynn, der damals Chef der DIA war. **357**

Die Mehrheit der hochdotierten Bundestagsabgeordneten, denen die besten Berater des Landes zur Verfügung stehen, hat sich entschieden, die allgemein verfügbaren Informationen zu ignorieren, nach denen die Gründung von Daesh/ISIS bewusst durch NATO-Länder ignoriert, sogar gefördert worden war. Der Generalbundesanwalt, de iure und de facto ein Mitarbeiter des Justizministers, **358** schloss sich dem wenig überraschend an.

Dieses Buch soll dem Leser die Möglichkeit geben, sich ein eigenes Bild zu machen, und bietet gleichzeitig ein Beispiel dafür an, warum die Gewaltenteilung in Deutschland, gelinde gesagt, verbesserungswürdig ist. **359**

Wer liefert die Waffen an die Terroristen?

»Gemäßigte Rebellen« gab es in Syrien nur als Rechtfertigung für die Lieferung von Hunderten Tonnen Waffen an alle Fraktionen, die bereit waren, gegen die legitime Regierung des Landes zu kämpfen. In dem Stellvertreterkrieg des Westens und der diktatorischen Golfländer gegen Syrien wurde jeder Extremist als Teil einer Stellvertreterstreitmacht angesehen.

In *Der schmutzige Krieg gegen Syrien* wurde bereits darauf hingewiesen, wie Waffen zu den Terroristen von ISIS/Daesh oder al-Qaida kamen. Nicht nur durch das Überrennen von irakischen Stellungen (diese waren nicht vorgewarnt worden, obwohl der Aufmarsch sicher deutlich auf Satellitenaufnahmen zu erkennen war), sondern auch durch Tausende von Kämpfern, die von den sogenannten »moderaten Rebellen« zu ihnen überliefen. Diese »Rebellen« waren vorher durch die USA ausgebildet und bewaffnet worden und tauchten oft nach wenigen Tagen im Kampfgebiet plötzlich bei den Terroristen auf, die sie eigentlich bekämpfen sollten. Auch über die Berichte von »versehentlichen« oder nicht kommentierten Waffenlieferungen, insbesondere auf irakischem Gebiet, enthielt das Buch einige Beschreibungen.

Ferner führt Karin Leukefeld in ihrem Buch *Flächenbrand* **360** Beispiele auf, die zeigen, wie die Waffen zu den Terroristen gelangten. In einem Fall bezog sie sich auf einen Bericht der *New York Times* (2013), der beschrieb, wie einzelne Waffenlieferungen organisiert waren:

Die meisten Waffen lieferte demnach Katar, gefolgt von Saudi-Arabien und Jordanien. Der Einkauf wurde teilweise in Kroatien getätigt, viele Waffen stammten auch aus Libyen. Das Gros der Waffen wurde über den Flughafen Ankara (Türkei) eingeflogen und

von dort auf dem Landweg an die Grenze zu Syrien transportiert. Die restlichen Waffen wurden über Amman (Jordanien) geliefert, von wo sie über die Grenze nach Syrien gelangten. Für den Bericht hatten die Reporter der NYT ein Jahr lang recherchiert. [...] 3 Jahre lang hatten die genannten Staaten zugesehen und akzeptiert bzw. gefördert, dass die Islamisten immer stärker wurden und westliche Waffenlieferungen letztlich in ihre Hände fielen. **361**

Die *New York Times* bestätigt durch den Artikel, dass NATO-Länder und ihre Verbündeten direkt mit den Waffenlieferungen zu tun hatten, etwas, was in den deutschen »Qualitätsmedien« bislang nicht zu finden war, sondern nur in alternativen Medien. Klar wird außerdem, dass dabei nicht nur NATO-fremde Waffen und Munition geliefert wurden, sondern auch nachverfolgbare, halbschwere Waffen direkt aus NATO-Beständen:

In der halboffiziellen österreichischen Militärzeitschrift *Der Soldat* heißt es dazu in einer Kurzmeldung: »Türkei: Jene Werfergranate aus Syrien, die fünf Türken tötete, stammt eindeutig aus NATO-Beständen. Es scheint so, als hätte das NATO-Mitglied Türkei die syrischen Aufständischen mit Waffenlieferungen unterstützt. Allerdings müssten diese Lieferungen mit anderen NATO-Staaten abgestimmt sein.« (*Der Soldat*, 18.1.2013) Türkische Medien berichten, dass man aufgrund der Beschriftung der Granaten (120 AE HE-TNT) diese als NATO-Munition identifizieren könne. **362**

Ganz offiziell beteiligt sich auch Deutschland an der Bewaffnung von Parteien im kriegesischen Brennpunkt Irak und Türkei durch Lieferungen an einen nichtstaatlichen Empfänger, nämlich die Peschmerga im benachbarten Irak:

2000 Tonnen Militärgüter

Die erste Lieferung mit Waffen und Munition war schon vor knapp zwei Jahren erfolgt. Seither transportierte die Bundeswehr auch Feldküchen, Funkgeräte, Minensonden, Nachtsichtgeräte, Zelte sowie zahlreiche Fahrzeuge vom Typ Dingo und Wolf plus Tanklastzüge über Bagdad nach Erbil. Insgesamt sind mehr als 30 solcher Transporte im Gesamtvolumen von etwa 2000 Tonnen in den Irak gegangen. [...] Hierzulande sind die Lieferungen umstritten, weil deutsches Kriegsgerät schon in Hände des IS und von Waffenhändlern gelangt ist. **363**

Demnach sind nicht nur US-amerikanische Waffen, sondern auch deutsche Waffen in die Hände von Terroristen geraten, die sie eigentlich bekämpfen sollten. Aber die Peschmerga haben anscheinend nicht nur viele der Waffen »verloren«, sondern sie auch gegen andere Ethnien eingesetzt:

Die Situation ist feindselig, denn seit Kurzem kämpfen Teile der Peschmerga gegen die Jesiden. Vor zweieinhalb Jahren wurden sie mit deutschen Waffen ausgerüstet, um genau jenes Volk vor der Terrormiliz »Islamischer Staat« (IS) zu retten. **364**

Demnach wäre eingetreten, was viele Kritiker der Waffenlieferungen vorausgesagt hatten, was die Bundesregierung jedoch ignorierte. Wohlmeinende Kritiker behaupten, dass sie das nicht vorausgesehen habe, andere, dass es bewusst und billigend in Kauf genommen worden sei. Trotzdem wurden wieder Waffen an Kurden geliefert, diesmal im Norden Syriens.

Wie oft es geschah, dass Terroristen zu von NATO-Ländern und deren Verbündeten gelieferten Waffen gelangten, wurde bereits in Tim Andersons *Der schmutzige Krieg gegen Syrien* ausführlich beschrieben und soll hier nicht wiederholt werden. Neu jedoch war die Tatsache, dass Waffen tonnenweise als »Diplomatengepäck« aus EU-Ländern ihren Weg zu den Terroristen fanden, wie eine mutige Journalistin meldete.

Während ein SIPRI-Report vom Februar 2017 Waffenlieferungen an die Terroristen in Syrien als »nicht zweifelsfrei nachweisbar« erwähnte, berichtete Dilyana Gaytandzhieva im Juli 2017 über ihre Nachforschungen hinsichtlich Waffenfunden, die nach der Befreiung Aleppo aufgetaucht waren. Sie

erklärte über Twitter, sie sei aufgrund ihrer Enthüllungen entlassen worden, was ihre recherchierten Dokumente und Informationen noch interessanter macht.

Mindestens 350 Diplomatenflüge der Silk Way Airlines (einer staatlichen Fluggesellschaft Aserbaidschans) transportierten während der letzten 3 Jahre Waffen in Konfliktzonen in aller Welt. Die staatlichen Flugzeuge Aserbaidschans transportierten unter dem Schutzmantel diplomatischer Immunität Dutzende Tonnen schwerer Waffen und Munition, die für Terroristen bestimmt waren. **365**

Die ihr zugespielten Dateien enthielten die Korrespondenz zwischen dem bulgarischen Außenministerium und der Botschaft von Aserbaidshan in Bulgarien mit anhängenden Dokumenten über die Waffengeschäfte und die Überflugerlaubnis beziehungsweise Landeerlaubnis in Bulgarien und vielen anderen europäischen Ländern, den USA, Saudi-Arabien, den VAE und der Türkei, um nur einige zu nennen. Den Dokumenten zufolge bot Silk Way Airlines solche Flüge als Diplomatenflüge an, um den Waffentransfer von privaten Herstellern in den USA zu den Balkanstaaten, nach Israel sowie zu den Streitkräften von Saudi-Arabien, den VAE und dem U. S. Special Operations Command (USSOCOM) zu organisieren. Erwähnt wurden auch die Streitkräfte Deutschlands und Dänemarks in Afghanistan sowie die Streitkräfte Schwedens im Irak.

In diese Vorgänge waren zahllose Verwaltungsketten involviert. Die Dokumente zeigen, wie der Außenminister Aserbaidschans Anweisungen an seine Botschaften in Bulgarien und vielen anderen europäischen Staaten schickte, um Freigaben für Diplomatenflüge zu erhalten. Die Botschaften sandten diplomatische Noten an die Außenminister der betreffenden Länder, mit denen sie den Diplomatenstatus für die Flüge beantragten. Der jeweilige Außenminister sandte eine Note zurück, unterzeichnet von den lokalen zivilen Flugbehörden, mit der die Ausnahmegenehmigung für den Transport von gefährlichen Gütern im Luftverkehr erteilt wurde. Insofern musste eine ganze Reihe von Behördenmitarbeitern wissen, was sich in den Flugzeugen befand: Waffen, Munition und Sprengstoff. Weiter liest man in dem Artikel:

Zu den Hauptkunden der »Diplomatenflüge für Waffen«, die von Silk Way Airlines angeboten wurden, gehörten US-Firmen, die Waffen an die US-Armee und das US Special Operations Command liefern. Die Gemeinsamkeiten in diesen Fällen sind, dass sie alle keine US-Standardwaffen betrafen, also nur Waffen, die nicht von den US-Streitkräften genutzt werden. [...] Dem Register der Bundesverträge zufolge wurden in den letzten 3 Jahren im Rahmen eines Sonderprogramms der US-Regierung für Waffenlieferungen nichtamerikanischer Herstellung Verträge in Höhe von insgesamt einer Milliarde Dollar an US-Firmen vergeben. Alle benutzten Silk Way Airlines für den Transport der Lieferungen. In einigen Fällen, wenn Silk Way wegen hoher Auslastung keine Flugzeuge für den Transport frei hatte, transportierte die aserbaidshanische Luftwaffe die Militärfracht, auch wenn die Waffen nie in Aserbaidshan ankamen. [...] Die Dokumente enthielten schockierende Beispiele für Waffentransporte, darunter auch dieses: Am 12. Mai 2015 transportierte ein Flugzeug der Luftwaffe Aserbaidschans 7,9 Tonnen PG-7V und 10 Tonnen PG-9V zu dem angegebenen Bestimmungsort, und zwar über die Route Burgas (Bulgarien) – İncirlik (Türkei) – Burgas – Nasosnaya (Aserbaidshan). Der Absender war die US-Firma Purple Shovel, der Empfänger das Verteidigungsministerium von Aserbaidshan. Den Dokumenten zufolge jedoch wurde die Militärfracht auf der Militärbasis von İncirlik entladen und erreichte nie den angegebenen Empfänger.

Den offiziellen Vertragsunterlagen war zu entnehmen, dass im Fall eines Auftrags der USSOCOM über 26,7 Millionen Dollar angeblich Bulgarien das Empfängerland war. Der Bericht fährt dann fort, dass am 6. Juni 2015 der 41-jährige Amerikaner Frances Norvello, ein Angestellter von Purple Shovel, bei der Explosion einer Granate auf einem Militärgelände in der Nähe von Anevo in Bulgarien getötet wurde. Zwei weitere Amerikaner und zwei Bulgaren wurden dabei verletzt. Die US-Botschaft in Bulgarien veröffentlichte daraufhin eine Erklärung, dass die Lieferanten der US-Regierung in einem Militärprogramm gearbeitet hätten, um moderate Rebellen in Syrien auszubilden

und auszurüsten – worauf der Botschafter unmittelbar seinen Posten verlor. In dem Artikel heißt es weiter:

Genau diese Waffen, die von Purple Shovel geliefert worden waren, wurden nicht von den moderaten Rebellen in Syrien eingesetzt. Im Dezember letzten Jahres, während ich als Korrespondent bulgarischer Medien über die Schlacht von Aleppo berichtete, fand und filmte ich neun unterirdische Lager, angefüllt mit schweren Waffen, bei denen Bulgarien als Empfängerland angegeben war. Sie waren von der an-Nusra-Front (ein al-Qaida Zweig in Syrien, von der UNO als Terrororganisation gelistet) genutzt worden.

Der Artikel führt weitere Beispiele an, die frühere Berichte über Waffenlieferungen bestätigen. Der syrischen Regierung wurde der Einsatz von weißem Phosphor vorgeworfen, während nachgewiesen wurde, dass der Phosphor bei Einsätzen der von den USA geführten Koalition genutzt wurde, wie sogar Human Rights Watch feststellte.

Interessant auch ein Flug als Vorbereitung für einen bewaffneten Staatsstreich:

Einige Diplomatenflüge befördern Waffen in verschiedene Konfliktzonen und überquerten dabei Europa, Asien und Afrika. Dies war der Fall bei zwei Flügen der aserbaidjanischen Luftwaffe mit der Route Baku – Belgrad – Dschidda – Brazzaville – Burkina Faso am 30. August und am 5. September 2015. Die Absender waren CIHAZ (Aserbaidjan) und Yugoimport (Serbien). Empfänger war das Verteidigungsministerium der Republik Kongo. Die Flugzeuge machten zwei technische Landungen – in der Türkei und in Saudi-Arabien. Die 41,2-Tonnen-Ladung von Baku und Belgrad enthielt: Patronen (7,62 mm), 12 Scharfschützengewehre, 25 Stück M12 »Black Spear« (12,7 × 108 mm), 25 Stück RGB, 40 × 46 mm/6M11 und 25 Maschinengewehre der Marke Coyote (12,7 × 108 mm) mit Dreibeinstativ. Die gleichen schweren Maschinengewehre tauchten einige Monate später in Videos und Bildern auf, die von militanten Gruppen in Idlib und der Provinz Hama in Syrien veröffentlicht wurden. Im Flugzeug wurden weiterhin transportiert: 1999 Stück M70B1 (7,62 × 39 mm) und 25 Stück M69A (82 mm). Am 26. Februar 2016 zeigte ein Video genau diese M69A-Waffe mit dem Kaliber 82 mm in einem Bericht, der von einer militanten Gruppe veröffentlicht wurde, die sich selbst »Division 13« nannte und nördlich von Aleppo kämpfte.

Interessanterweise landete ein Flugzeug, das die gleiche Art von Waffen an Bord hatte, in Diyarbakır (Türkei), 235 km von der Grenze nach Syrien. Ein weiterer Waffentyp, RGB 40 mm/6M11, der auf dem gleichen Flug transportiert wurde und angeblich für den Kongo bestimmt war, tauchte in einem Video der Islamic Brigade of al-Safwa in Nord-Aleppo auf. Nach dem Aufenthalt in der Türkei landete das Flugzeug in Saudi-Arabien und blieb dort für 3 Tage. Danach landet es im Kongo und in Burkina Faso. Eine Woche später wurde dort der Versuch eines Militärputsches durchgeführt.

Der Artikel beschreibt dann, wie im März 2017 Waffen mit einem Gesamtgewicht von 300 Tonnen an Kurden in Nordsyrien geliefert wurden. Der Hintergrund der Waffenlieferung wird deutlich, wenn man bedenkt, dass die legitime Regierung große Fortschritte in der Bekämpfung des Terrorismus gemacht hat und ohne Probleme sicher auch Nordsyrien von den dort verbliebenen Terrorzellen reinigen könnte, und wenn man erkennt, dass dort eine ethnische Säuberung von nichtkurdischen Ethnien erwartet wird und ein Sezessionskrieg gegen die legitime Zentralregierung Syriens, unterstützt durch Militärstützpunkte der USA.

Es scheint so, als ob 2017 eine Schleuse der Information über Waffenlieferungen des Westens an Terroristen geöffnet wurde. Ein Bericht bei *Zero Hedge* vom Dezember 2017 ³⁶⁶ beschreibt detailliert, wie hochentwickelte Waffen von der CIA in weniger als 2 Monaten den Weg zu den Terroristen fanden. Darunter waren nicht nur Sturmgewehre, sondern auch lenkbare Panzerabwehrraketen. Es sei hier darauf hingewiesen, dass die 2013 von den Massenmedien noch als »Verschwörungstheorie« bezeichnete Behauptung von Waffenlieferungen des Westens an die Terroristen nun plötzlich überall in »exklusiven« Berichten der größten Medien auftaucht.

Grundlage des Artikels bei *Zero Hedge* und anderen Medien ist ein wissenschaftlicher Artikel von Conflict Armament Research (CAR). ³⁶⁷ Die Spezialisten von CAR werteten Seriennummern, auf

Kisten angebrachte Versandangaben und andere forensische Daten aus und stellten fest, dass schon ab 2013 bis 2014 ein großer Teil der weiter entwickelten Waffensystemen von ISIS, aber auch ihre Kleinwaffen, deutlich sichtbar aus europäischen und US-amerikanischen Quellen kamen. Der CAR-Bericht stellt fest:

Lieferungen von ausländischen Parteien in den Syrienkonflikt, besonders aus den Vereinigten Staaten von Amerika und Saudi-Arabien, haben es dem IS direkt möglich gemacht, Mengen von Panzerabwehrmunition zur Verfügung zu haben. Unter diesen Waffen waren auch Panzerabwehrraketen und verschiedene Arten von Raketen mit Tandem-Gefechtsköpfen, die dazu bestimmt sind, moderne reaktive Panzerung zu durchschlagen. **368**

Die Studie enthüllt, wie der Autor von *Zero Hedge* feststellt, wie eine Lieferung von hochentwickelten Raketensystemen in nur 2 Monaten von US-Geheimdiensten zu »moderaten« Rebellen bis hin zur ISIS verschoben wurde. Obwohl die Medien jetzt so tun, als ob das vollkommen neue Informationen wären, sollte man wissen, dass die gleichen Wissenschaftler bereits 2014 feststellten, dass Panzerabwehrraketen aus dem Balkan, die bei ISIS-Kämpfern gefunden wurden, mit denen übereinstimmen, die im Rahmen des CIA-Programms an syrische »Rebellen« geliefert worden waren. **369**

Der neue Bericht von CAR basiert auf einer 3-jährigen Arbeit von 2014 bis 2017 und auf der Untersuchung von 40000 Fundstücken, die von ISIS in diesem Zeitraum übernommen wurden. Die Beweisführung ist erdrückend. Der Bericht bestätigt die Aussagen eines ehemaligen MI6-Spions, des Diplomaten Alastair Crooke, die dieser 2015 gegenüber der BBC machte:

Der Westen händigt die Waffen nicht direkt an al-Qaida oder sogar ISIS aus, aber sie haben das System so konstruiert, damit dies genau das Ergebnis ist. **370**

In einem Bericht der *Tagesschau* klingt es dann, als seien al-Qaida und ISIS völlig unbeabsichtigt und wundersam an die Waffen gekommen:

Unter Umgehung und teilweiser Missachtung von EU-Recht hatten Länder wie die USA und Saudi-Arabien Rüstungsgüter in Milliardenhöhe in Osteuropa gekauft und in teils geheimen Operationen an syrische Milizen wie die Freie Syrische Armee (FSA) weitergereicht. Laut Endverbleibszertifikat hätten die Waffen eigentlich bei den Streitkräften der USA und Saudi-Arabiens verbleiben sollen. Doch entgegen der Zusicherung wurden die Rüstungsgüter an nichtstaatliche Empfänger im Bürgerkrieg geliefert.

IS kam in Besitz der Waffen

In Syrien kam dann auch der selbsternannte »Islamische Staat« in Besitz der gefährlichen Fracht – teils kauften deren Kämpfer die Waffen oder eroberten sie. **371**

Während der Bericht bei *Tagesschau Online* also kryptisch schreibt: »IS kam in Besitz der Waffen«, als ob das vollkommen überraschend gewesen wäre, hatten wir vorher von Flynn gehört, dass alles vorhersehbar war, ja bewusst so gewollt wurde, wie es passierte. Und es wurden nicht nur »Diplomatentransporte« durchgeführt, die »EU-Recht umgehen«, sondern solche, die, wie wir weiter vorne lasen, sehr wohl mit den notwendigen Genehmigungen und vermutlich auch dem Wissen deutscher Behörden durchgeführt wurden.

Mit anderen Worten: Zunächst liefern westliche Staaten Waffen an jedwede extremistische Dschihadisten (oder tolerieren solche Lieferungen), um dann gegen jene, denen sie zunächst Waffen zur Verfügung gestellt hatten, in den Krieg zu ziehen. Nicht aber ohne diesen Krieg zum Anlass zu

nehmen, die Infrastruktur des Landes, gegen das sie Krieg führen, zu zerstören und auch selbst Soldaten der legitimen Regierung des Landes anzugreifen.

Das folgende Kapitel von Tim Anderson zeigt auf, dass der Krieg gegen Syrien nicht nur indirekt durch die Bewaffnung von Aufständischen erfolgte, sondern auch direkt, nämlich durch die Bekämpfung legitimer syrischer Streitkräfte, die im Kampf gegen Terroristen des ISIS standen. Was wiederum erkennen lässt, dass der Krieg in Syrien ein Angriffskrieg *gegen* ein Land ist, an dem Deutschland sich beteiligt hat.

9. Das Verbrechen von Dschabal al-Tharda

TIM ANDERSON

Am 17. September 2016 wurden bei einem sorgfältig geplanten, von den USA angeführten Luftangriff auf den Berg Dschabal al-Tharda, an dessen Fuß der Flughafen von Deir ez-Zor liegt, 100 syrische Soldaten niedergemetzelt. Darauf geriet der Berg unter Kontrolle von ISIS/Daesh. Nach diesem Überraschungsangriff gelang es der Terroristengruppe, den Berg fast ein Jahr besetzt zu halten, ohne jedoch den Flughafen oder die gesamte Stadt übernehmen zu können. Die von den USA angeführten Streitkräfte räumten den Angriff ein, behaupteten aber, es habe sich um ein »Versehen« gehandelt. Unbestreitbare Tatsachen und Aussagen von Augenzeugen beweisen jedoch, dass dies eine Lüge ist. Dieses Kapitel listet die Beweise für das Verbrechen auf, das im Kontext mit Washingtons historisch bekannter Nutzung von Söldnern für verdeckte Aktionen steht, verbunden mit der Doktrin der »glaubhaften Abstreitbarkeit«.



Unglaubliche Dementis

Die Aussagen syrischer Augenzeugen aus Deir ez-Zor bestätigen die simple Tatsache: Die von den USA angeführten Luftangriffe gegen die Streitkräfte Syriens am Berg al-Tharda am 17. September 2016 waren kein »Irrtum«, sondern eine sorgfältig geplante und effektive Intervention zugunsten der Terroristengruppe ISIS (auf Arabisch Daesh genannt). Nach Tagen sorgfältiger Beobachtung erfolgte ein vernichtender Raketenangriff. Überlebende syrische Soldaten wurden durch Maschinengewehrfeuer getötet, sodass ISIS noch am gleichen Tag die Kontrolle über diesen strategisch wichtigen Berg übernehmen konnte.

Söldnertruppen wie ISIS und andere Dschihadisten-Gruppen im Irak und in Syrien waren die Grundpfeiler für US-Interventionen während der ersten Jahrzehnte des Kalten Krieges und wurden in mehr als 25 Konflikten genutzt, darunter Interventionen im Kongo, in Angola und in Nicaragua. Was auch immer ihre angeblichen Ziele und Ideologien waren, sie fungierten als »Multiplikatoren« der Macht der USA und wurden in Verbindung mit der »glaubhaften Abstreitbarkeit« gesehen. Dies gestattet das »formale« Abstreiten der eigenen Rolle als Kopf der Operationen und reduzierte so den Schaden in der öffentlichen Meinung der eigenen Bevölkerung und in internationalen Beziehungen. **372** Diese Doktrin wurde 1976 während der Anhörungen des Church Committee zu verdeckten CIA-Operationen (besonders Attentate und Staatsstriche) besprochen und tauchte während der Iran-Contra-Affäre in den 1980er-Jahren erneut auf. **373** Der wichtigste Gedanke dabei ist die Möglichkeit, »Gewalt anzuwenden, ohne das (beauftragende) Regime direkt zu belasten«. **374** Die Nutzung terroristischer Stellvertreterarmeen im Irak und Syrien, sowohl verdeckt als auch offen unterstützt durch US-Streitkräfte, passt sehr gut zu diesem historischen Rückblick.

Im September 2016 war eine von den USA geführte Koalition sowohl im Irak als auch in Syrien bereits über 2 Jahre aktiv, angeblich um im Kampf gegen ISIS zu helfen, aber ohne die Erlaubnis, Syrien zu betreten. Die ausländischen Mächte versuchten, dieses rechtliche Problem zu umgehen, indem sie behaupteten, die Einladung des Irak würde es ihnen erlauben, auch grenzüberschreitende Angriffe gegen ISIS durchzuführen. ³⁷⁵ Zu diesem Zeitpunkt hatte die Luftwaffe Russlands bereits fast 1 Jahr lang Syrien im Kampf gegen verschiedene Terroristengruppen geholfen, von denen alle, wie hochrangige US-Beamte gestehen sollten, ³⁷⁶ von den USA und ihren Alliierten bewaffnet und finanziert worden waren.

Im Widerspruch zu den angeblichen Zielen gibt es kaum Beweise, dass die von den USA geführte Gruppe ISIS in Syrien ernsthaft bekämpfte. Washington lehnte sich zurück und sah zweimal zu, wie ISIS Palmyra überrannte (2015 und 2016), und tat auch nichts, um der Armee Syriens zu helfen, Palmyra und Deir ez-Zor zurückzuerobern. Vielmehr fokussierte sich das US-Militär darauf, die Infrastruktur Syriens zu bombardieren und den von Kurden geführten Separatistengruppen (SDF) dabei zu helfen, ISIS in der Stadt ar-Raqqa zu ersetzen. Andererseits half die Koalition mit dem Angriff vom 17. September ISIS aktiv bei dem Versuch, der syrischen Armee die verbliebenen freien Teile von Deir ez-Zor zu entreißen.

Die USA, Australien, Großbritannien und Dänemark gestanden schnell ihre Rolle in dem Angriff, behaupteten aber, das Massaker an den 100 syrischen Soldaten sei ein »Versehen« gewesen. Nun gibt es in Kriegen tatsächlich Versehen, so etwas passiert hin und wieder. Sie sind dann allerdings in der Regel auf einen einzelnen, unvorbereiteten Zwischenfall beschränkt. Dieser Angriff hingegen war gewissenhaft geplant, wurde konsequent durchgezogen und trug in wesentlichem Maße zu dem Versuch bei, »das syrische Regime« aus Deir ez-Zor zu vertreiben. Extremisten dabei zu helfen, einen »Islamischen Staat« im östlichen Syrien zu gründen, so schrieb ein US-Geheimdienstler im August 2012, sei »genau das«, was Washington sich wünschte, um das »Regime in Damaskus« zu schwächen. ³⁷⁷

Ein Jahr später, als die syrischen Kräfte die Stadt Deir ez-Zor von ISIS befreit hatten, sprach ich mit dem kommandierenden Offizier auf Dschabal al-Tharda, Oberst Nihad Kanaan, über den Tag. Er war einer der 35 Überlebenden des Angriffs. Er bestätigte die US-Eingeständnisse, dass an den Tagen vor dem Angriff Aufklärungsflugzeuge den Berg überflogen hatten. Er erklärte auch, dass die syrische Armee den Berg bereits monatelang verteidigt hatte und dass ihre Positionen klar mit syrischen Flaggen markiert waren. Auch nach einem Jahr war er sichtlich schockiert über die Erinnerungen an die Rückkehr der angreifenden Flugzeuge, die dann mit gezieltem Maschinengewehrfeuer seine verwundeten Kameraden niedermähten. ³⁷⁸

Die Tatsache, dass Washington mit einem einfachen »Sorry, war ein Versehen« die meisten westlichen Medien an einer ernsthaften Untersuchung des heimtückischen Angriffs hindern konnte, belegt die nahezu völlige Abwesenheit kritischer Medienstimmen in Kriegszeiten. Der Überraschungsangriff war hinterhältig, nicht nur gegenüber den Syrern, denen die USA versprochen hatten, sie nicht anzugreifen, sondern auch gegenüber den Bürgern westlicher Staaten, die meist ihren Regierungen Glauben schenken, wenn diese behaupten, dass sie im Irak und in Syrien allein deshalb wären, um »gegen ISIS zu kämpfen«.

Es war nun nicht etwa so, dass die Dementis zu den Verbrechen von Dschabal al-Tharda besonders »plausibel« gewesen wären; es ging einfach darum, überhaupt eine Absicht abzustreiten. Eine formale Erklärung reichte offenbar aus, um die privaten und staatlichen Medien des Westens davon abzuhalten, tätig zu werden. Die Praxis der »plausiblen Abstreitbarkeit« war je kaum dazu bestimmt

gewesen, jene zu täuschen, die mit den Fakten vertraut waren, als vielmehr einen Abwehrschild aufzubauen, um »potenziell feindliche« Untersuchungen abzuwehren oder zu diskreditieren. ³⁷⁹ In den Propagandakriegen der USA zählen unabhängige Beweise viel weniger als ständige Wiederholung, Denunzierung und Ablenkung. Das war in der Vergangenheit so, und das ist auch jetzt noch der Fall.

Die vorliegende Studie deckt im Detail einen kriminellen Fall auf; es ist kein Bericht, in dem eine Website dies sagt, eine andere jenes. Ich habe meine Schlussfolgerung zu Beginn bekannt gegeben und werde sie mit Belegen untermauern. Meines Erachtens sollten Leser alle Fakten und Belege kennen, auch das Narrativ der Beschuldigten. In diesem Fall jedoch, so glaube ich, können das Verbrechen und seine Drahtzieher mit unbestrittenen Fakten überzeugend etabliert werden. Die Sicht der syrischen Seite hilft einfach noch, das Verständnis für den Konflikt zu vertiefen.

1. Unbestrittene Fakten

Es gibt acht Elemente dieses Massakers, die praktisch unbestritten sind.

1. Der Angriff galt den Kräften eines strategischen Gegners, den die USA stürzen, schwächen oder »isolieren« wollten.
2. Es gab keinerlei Anzeichen für eine Provokation.
3. Es handelte sich um eine sorgfältig geplante Operation mit tagelanger Überwachung und Planung.
4. Die Angriffe waren nachhaltig und effektiv und entsprachen konventionellen militärischen Operationen.
5. Sie bewirkten sofortige, lang anhaltende Vorteile für ISIS.
6. Die USA übermittelten vor dem Angriff falsche Angriffsdaten an Russland; während des Luftangriffs war die »Hotline« mit Russland außer Betrieb.
7. Die USA behaupteten fälschlich, sie seien nicht in der Lage gewesen, die syrischen Truppen zu identifizieren.
8. Die amerikanische »Untersuchung« war hoffnungslos voreingenommen, eigennützig und in forensischer Hinsicht unbrauchbar, und es gab nicht einmal den Versuch, die syrische Seite anzuhören.

Schauen wir uns nun jedes einzelne Element im Detail an.

1 Der Angriff galt einem strategischen Gegner

Die syrischen Streitkräfte wurden als Gegner angesehen. Deshalb war es kein »Beschuss eigener Truppen«. Die politische Führung der von den USA angeführten Operation hatte zur Auflösung oder zum Sturz der syrischen Regierung aufgerufen und seit Mitte 2011 substanzielle Unterstützung für bewaffnete Gegner der Regierung geleistet. Die Terrorgruppe ISIS verfolgte eine Kampagne, ihren »Islamischen Staat« zu errichten, und ihre Ziele wurden von Washington geteilt. US-Geheimdienste hatten sich im August 2012 befriedigt gegenüber Plänen von Extremisten geäußert, im östlichen Syrien ein »salafistisches Fürstentum« (den Islamischen Staat) zu errichten, »um das syrische Regime zu isolieren«. ³⁸⁰ Die USA hatten zwar nicht zugegeben, direkte Finanz- oder Waffenlieferung an ISIS/Daesh geleistet zu haben, aber mehrere hochgestellte US-Beamte bestätigten 2014, dass ihre »arabischen Verbündeten« dies getan hatten. ³⁸¹ Nach dem Angriff bezeichneten US-amerikanische

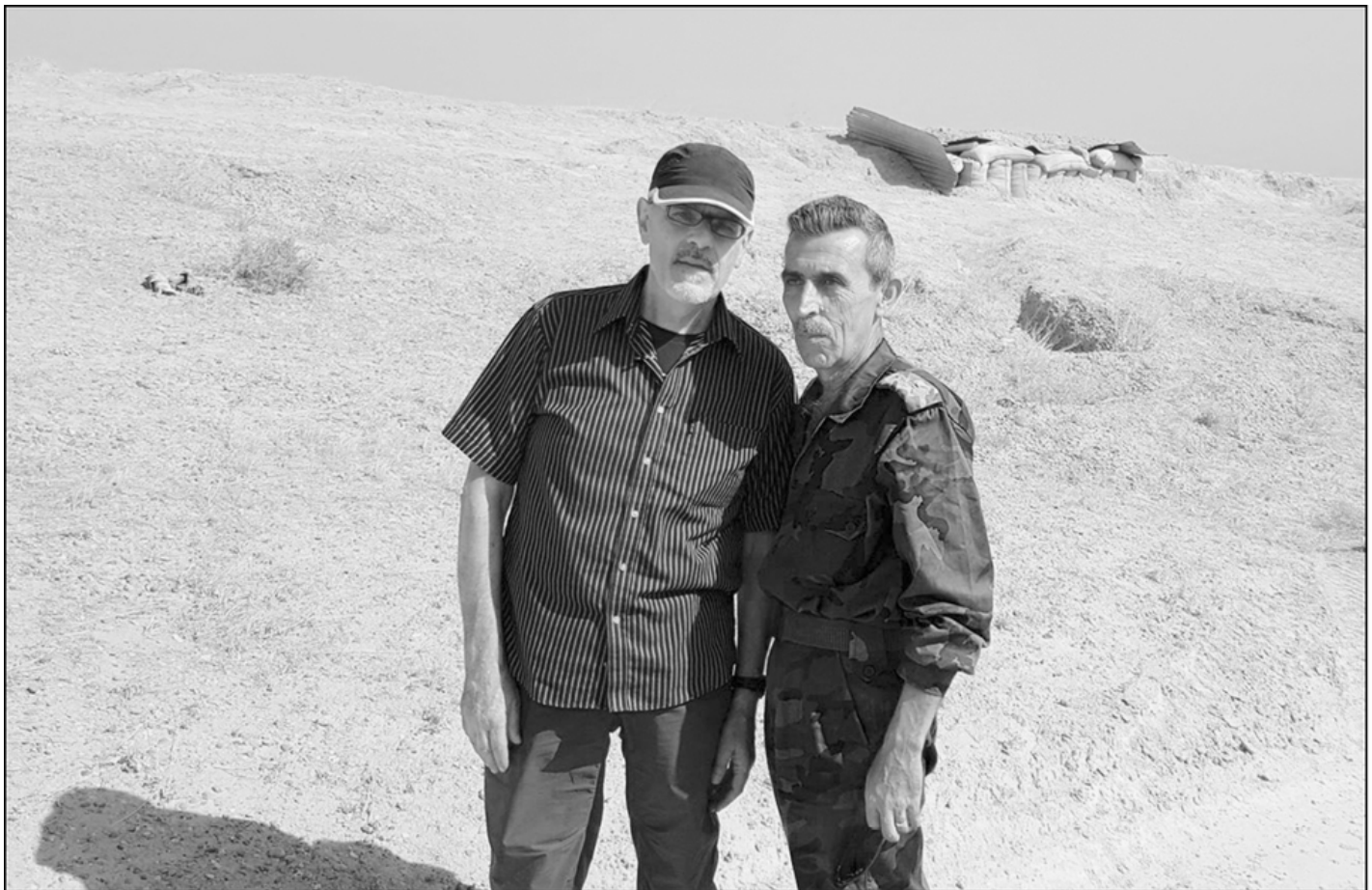
und australische Beamte die Opfer als Kräfte, die »mit dem syrischen Regime« verbunden seien, ³⁸² was wiederum bestätigt, dass die Angreifer die syrischen Soldaten nicht als Teil der legitimen Nationalarmee anerkannten.

2 Keine Spur von Provokation

Es gab keine Andeutung irgendeiner Provokation, wie es in vorhergehenden »versehentlichen« Fällen passiert war, als zum Beispiel ein Pilot aus Versehen einen Schusswechsel oder ein Feuerwerk als einen feindlichen Angriff wertete. Dieser Angriff war vorsätzlich und geplant.

3 Eine sorgfältig geplante Operation mit erheblicher Aufklärung

Alle Seiten bestätigen, dass es eine sorgfältig geplante Operation mit tagelanger vorhergehender Aufklärung war. Oberst Nihad Kanaan, der kommandierende Offizier von »Post Tharda 2« (der Militärposten auf dem zweiten von drei Gipfeln des Tharda-Gebirges) erklärte gegenüber dem Autor, dass Aufklärungsflieger der US-Koalition am 12. September, also 5 Tage vor dem Angriff, wiederholt die Region durchkreuzten. ³⁸³ US-Berichte bestätigen dies. Am Tag des Angriffs zitierte die *New York Times* das U. S. Central Command mit den Worten: »Die Koalitionskräfte glaubten, eine Daesh-Stellung anzugreifen, die sie bereits seit geraumer Zeit ausgespäht hatten.« ³⁸⁴ Ein Bericht des Militärs, der einige Wochen später erschien, erklärte, es sei ein »ferngesteuertes Fluggerät« (RPA) verwendet worden, um das Gebiet am Tag vor dem Angriff zu erkunden, und zwei Drohnen am 17. September, die zwei Zielbereiche mit Panzern und Personal identifiziert hätten. ³⁸⁵



© 2016 Tim Anderson, mit freundlicher Genehmigung

Abb. 9: Autor Tim Anderson (links) am Ort des Geschehens mit Oberst Nihad Kanaan, dem befehlshabenden Offizier der syrischen Streitkräfte auf Dschabat al-Tharda zum Zeitpunkt der Luftangriffe im September 2016

Die australische Verteidigungsministerin Marise Payne schrieb: »Die Zielidentifikation basierte auf Geheimdienstberichten von mehreren Quellen.« Außerdem habe die von den USA geführte Truppe »russische Beamte vor dem Luftschlag über die Daesh-Positionen informiert«. ³⁸⁶ Der australische Chief of Joint Operations, Vizeadmiral David Johnston, wies darauf hin, dass der Beitrag seines Landes zum Angriff unter anderem im Entsenden »einer australischen E-7 Wedgetail sowie zweier Kampffjets des Typs F/A-18 Hornet« bestand. Die E-7 Wedgetail ist die militärische Variante einer Boeing 737, die als luftgestütztes Frühwarn- und Einsatzleitflugzeug ausgerüstet ist, und wurde 2015 in Dienst gestellt. Sie verfügt über »tonnenweise elektronisches Zauberwerk« ³⁸⁷ und über »die weltweit fortschrittlichsten Luftkampf-Managementkapazitäten« ³⁸⁸. All das spricht für eine gut geplante und technisch bestens ausgerüstete Operation.

Ferner bedeutete die anhaltende Aufklärung der Region über einen Zeitraum von 2 Jahren, dass die US-Gruppe sehr genau über die strategische Platzierung der Truppen Bescheid wusste. Laut dem in Kuwait ansässigen Journalisten Elijah Magnier, der die Schlachten rund um Deir ez-Zor mitverfolgt hatte, »hing die Verteidigung des Flughafens von vier miteinander verbundenen syrischen Armeestellungen auf dem Tharda-Gebirge ab«. Hauptsächlich wegen dieser erhöhten Geschützstellungen schlugen die »täglichen Angriffe« durch ISIS auf den Flughafen fehl. ³⁸⁹

Der führende französische Syrien-Experte Fabrice Balanche fügte hinzu, dass die syrische Armee die Stellungen im Tharda-Gebirge »von März 2016 bis zu den US-Luftschlägen« gehalten hatte; danach seien sie von ISIS übernommen worden. ³⁹⁰

4 Die Angriffe war nachhaltig und effektiv und entsprachen konventionellen militärischen Operationen

Der Angriff dauerte eine beträchtliche Zeit und zerstörte die Stellungen der Syrisch-Arabischen Armee, tötete mehr als 100 Soldaten und vernichtete Panzer und schwere Waffen. ³⁹¹ Der syrische Kommandeur sagte, dass der Angriff »über 1 ½ Stunden dauerte, von 17:30 bis 19:00 Uhr«, als die Dunkelheit einbrach. Über den genauen Zeitraum herrscht Uneinigkeit. Das syrische Armeekommando spricht davon, dass der Angriff um 17:00 Uhr begann, während das U. S. CENTCOM erklärte, der Angriff habe früher begonnen, »sei aber sofort beendet worden, als Vertreter der Koalition von russischen Beamten darauf hingewiesen wurden, dass die angegriffenen Soldaten und Fahrzeuge möglicherweise zum syrischen Militär gehörten«. ³⁹² Allerdings bestätigt das US-Militär, dass der Angriff in der Abenddämmerung etwas über eine Stunde dauerte. ³⁹³

Das syrische Armeekommando sprach zunächst von 62 getöteten und 100 verwundeten Soldaten. ³⁹⁴ Innerhalb kürzester Zeit stiegen die Opfer auf »mindestens 80 Getötete«. ³⁹⁵ Darüber hinaus wurden drei T-72-Panzer, drei Infanteriefahrzeuge, ein Flakgeschütz und vier Mörser zerstört. ³⁹⁶ Ein überlebender Soldat sagte, er habe gesehen, wie die Flugzeuge »mit ihren Maschinengewehren unsere Soldaten töteten, die versuchten, sich in Sicherheit zu bringen. [...] Ich sah mit eigenen Augen den Tod von ca. 100 Soldaten.« ³⁹⁷ Oberst Kanaan beziffert die abschließenden Opferzahlen auf 123 Tote und 35 Überlebende. ³⁹⁸ Die US-Seite hielt es nicht für notwendig, die Zahlen der Getöteten zu nennen, außer mit einer Bemerkung von General Richard Coe, der zunächst »fünfzehn tote Regimeanhänger« ³⁹⁹ erwähnte, später aber einfach sagte: »Das syrische Regime und mit ihm verbundene Kräfte wurden getroffen.« ⁴⁰⁰ Es gibt keinerlei Berichte darüber, dass an jenem Tag – oder an einem anderen Tag innerhalb des folgenden Jahres – ISIS-Kämpfer auf den Bergen durch Flugzeuge der Koalition angegriffen worden wären.

5 Der Angriff bewirkte sofortige, lang anhaltende Vorteile für ISIS

Die syrische Regierung wies darauf hin, dass das Massaker einen fast simultan durchgeführten ISIS-Angriff auf die Bergstellungen mit deren anschließender Übernahme ermöglichte. Gleich nach den Luftschlägen der Koalitionsflugzeuge rückte ISIS an und übernahm die Kontrolle über die Berge. **401** Innerhalb von Stunden hatten ISIS-Kämpfer Videos veröffentlicht, die zeigten, wie sie auf den durch den Luftangriff getöteten syrischen Soldaten posierten. **402** Vonseiten der USA gab es keine Kommentare über die unmittelbaren Folgen ihres Angriffs, man widersprach aber auch nicht den syrischen und russischen Berichten.

Oberst Nihad Kanaan bestätigt, dass ISIS nach den Luftangriffen sofort den Armeeposten Tharda 2 angriff. Die Überlebenden mussten flüchten, denn sie hatten keine Zeit, sich gegen den Angriff der Daesh-Kämpfer neu zu formieren. **403** Die syrische Armee verhinderte, dass die Terroristen den Flughafen eroberten. Die Rückeroberung der Höhenzüge gelang aber erst Anfang September 2017, als die syrische Armee die Belagerung durchbrach und sich daranmachte, die ganze Stadt zu befreien. **404**

6 Falsche Informationen an Russland und verzögerte Kommunikation

Der Bericht des US-Militärs räumt ein, dass »an Russland falsche Informationen übermittelt wurden«, was den Ort des Angriffs angeht. Das Militär führt aus:

Wir hatten den Russen gesagt, die Luftangriffe sollten 9 Kilometer südlich des Flugfeldes DAZ stattfinden. Jedoch war diese Information nicht korrekt, da die Luftschläge ungefähr 3 bis 6 Kilometer südlich des Flugplatzes und 9 Kilometer südlich der Stadt Deir ez-Zor stattfinden sollte. Dies dürfte die Antwort Russlands auf die Benachrichtigung beeinflusst und während des DT-Prozesses für beachtliche Verwirrung gesorgt haben. **405**

Brigadegeneral Richard Coe pflichtete Reportern bei, dass diese irreführende Information die Russen von einer Intervention abgehalten habe: »Wenn wir Ihnen die korrekte Information gegeben hätten, wären wir von ihnen gewarnt worden«, gab er zu. **406** Die Übermittlung falscher Informationen an Russland scheint daher weitgehend in Einklang mit einem Plan zu stehen, den Angriff vor unerwünschter Einflussnahme abzuschirmen.

Danach passierte ein weiterer »Fehler«. Das US-Militär räumt ein, dass es eine Verzögerung von einer halben Stunde gab, ehe man auf die russische Warnung (dass die USA syrische Kräfte angriffen) reagierte. Die USA versuchten die Schuld für diese Verzögerung dem russischen Anrufer zuzuschieben:

Als die Russen ursprünglich um 1425Z anriefen, wollten sie warten, um mit ihrem üblichen Kontakt (POC) zu sprechen, statt die Information unmittelbar an den die Schlacht führenden Befehlshaber zu leiten. Dies führte zu einer Verzögerung von 27 Minuten, während denen 15 der 37 Luftschläge ausgeführt wurden. **407**

Laut einer anderen Darstellung des Ereignisses, die die Militärführung der USA in weniger günstigem Licht erscheinen lässt, war die »Hotline« während der Angriffe unbeaufsichtigt. Haddad berichtete:

Während der Angriffe blieb eine Hotline zwischen Russland und den US-Streitkräften Berichten zufolge 27 Minuten lang unbeaufsichtigt. **408**

Mit Sicherheit lässt sich festhalten, dass Russland zweimal anrufen musste, **409** um die dringende Mitteilung weiterzugeben, und als man schließlich durchdrang, war der Angriff praktisch beendet.

7 Die USA machten falsche Angaben über die angeblich fehlende Identifizierung der syrischen Streitkräfte

Die Rechtfertigung des US-Militärs beruht zum großen Teil auf der Behauptung, man habe trotz tagelanger Aufklärung »irreguläre Streitkräfte« auf den Bergen ausgemacht. US-General Coe behauptete: »In vieler Hinsicht erschien und agierte die Gruppe wie Kämpfer (des IS), die wir im Verlauf der letzten 2 Jahre angegriffen hatten.« 409

In enger Anlehnung an dieses Narrativ sagte der australische Vizeadmiral David Johnston:

In vieler Hinsicht sah diese Truppe aus und agierte auch wie die Daesh-Krieger, die die Koalition in den letzten 2 Jahren bekämpft hatte. Weder trugen sie identifizierbare militärische Uniformen, noch waren sie an Flaggen oder Markierungen zu erkennen. 410

Oberst Kanaan sagte, dass sie Flaggen gehisst hatten. Das US-Militär bestätigte, dass sie eine Meldung über die Sichtung einer »möglicherweise [syrischen] Flagge ... 30 Minuten vor dem Luftschlag« erhalten hatten. Sie hätten daraufhin aber nichts unternommen. 411 »Nichts unternommen« – war das nur ein weiterer »Fehler« in einer so gut geplanten Operation? Es scheint, dass der Fall eines absichtlichen Luftangriffes sich verdichtet, mit einigen Versuchen der Vertuschung zwecks »glaubhafter Abstreitbarkeit«.

8 Die US-»Untersuchung« war hoffnungslos voreingenommen

Ein kurzer Bericht, der im November veröffentlicht wurde, sprach die US-Kräfte von jedem Fehlverhalten frei. Der Bericht konzidiert einige kritische Fakten, wie weiter oben erwähnt. Aber natürlich war es das Militär, das eine Untersuchung an sich selbst durchgeführt hatte.

US-General Richard Coe sagte:

Wir haben unabsichtlich einen bedauerlichen Fehler gemacht, der auf verschiedenen Faktoren im Prozess der Zielerfassung beruhte. 412

Die eingeräumten »Fehler« waren eine Serie von »menschlichem Versagen« und falscher Identifizierung der syrischen Truppen gewesen, angeblich weil diese in einer irregulären Art gekleidet waren. Es wurde kein Versuch unternommen, die syrische Seite zu kontaktieren. 413 Unter Bezugnahme auf Prinzipien des Strafrechts sind einige Eingeständnisse in dem Bericht wichtig und könnten als zulässige Beweise in einem Strafverfahren gewertet werden. Die Schlussfolgerungen in dem US-Report sind jedoch vollständig eigennützig und kurzfristig erstellte Erfindungen nach dem Ereignis. Daher ist der Bericht aus forensischer Sicht wertlos.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass der von den USA geführte Luftangriff ein vorsätzliches, brutales und effektives Massaker an den Streitkräften eines erklärten Gegners war. Er verschaffte einer der Terroristengruppen, die die USA und ihre Verbündeten verdeckt unterstützten (wie von Biden und Dempsey zugegeben) einen unmittelbaren und langfristigen Vorteil. Schon ehe wir die Sicht Syriens berücksichtigen, zerstören unbestrittene Fakten die klägliche Behauptung, dass dieses perfekt geplante heimtückische Verbrechen ein »Versehen« war.

Das US-Militär gibt zu, falsche Informationen an ihre russischen Gesprächspartner geliefert zu haben, und ferner, dass die »Hotline« während des Angriffs nicht einwandfrei funktionierte. Trotz all der hochentwickelten Technologie und tagelanger Beobachtung, so behaupten sie, hätten sie nicht zwischen verschanzten syrischen Truppen und ISIS-Terroristen unterscheiden können. Sie geben weiterhin zu, dass sie einen Bericht über eine syrische Fahne erhalten hatten, behaupten aber, dies einfach nicht beachtet zu haben. Nach der Durchführung des vernichtenden Angriffs gegen die

syrischen Kräfte an diesem Tag, angeblich aus Versehen, kehrten sie nicht ein einziges Mal im folgenden Jahr zurück, um ISIS auf den Bergen anzugreifen. Das ist ein durchsichtigeres und fadenscheinigeres Alibi, als es je ein Verbrecher vor einem Strafgericht vorgebracht hat, und einem unabhängigen Tribunal bliebe keine andere Wahl, als einen Schuldspruch zu verhängen.

2. Die offizielle Rechtfertigung

Die »Verteidigung« der Koalition konzentriert sich hauptsächlich auf drei Punkte:

1. Sie behaupten, das Hilfeersuchen der irakischen Regierung von 2014 habe der Koalition die Erlaubnis gegeben, auch innerhalb von Syrien zu intervenieren.
2. Sie bestehen darauf, dass es keine Absicht gegeben hätte, syrische Soldaten zu töten.
3. Sie beteuern, das Massaker an den Soldaten sei aufgrund mangelhafter Aufklärung und falscher Identifikation erfolgt.

Andere verschärfende Faktoren seien zufällige »Fehler« gewesen. In Form einer generellen Entschuldigung und mit Hinweis auf angebliches menschliches Versagen wurde ferner die »Komplexität« der Situation ins Feld geführt. So erklärte das Zentralkommando der Vereinigten Staaten in seiner Apologie: »Die Lage in Syrien ist richtig verwickelt.« ⁴¹⁴ Ähnlich drückte sich der australische Ministerpräsident Turnbull aus, als er sagte: »Es ist ein sehr komplexes Umfeld.« ⁴¹⁵ Nichts hiervon ist überzeugend, aber wie ich schon eingangs bemerkte, setzt die Idee der »glaubhaften Abstreitbarkeit« nicht so sehr auf Plausibilität als vielmehr auf das formale Dementi, das ausreichend erscheint, um abzulenken, einzuschüchtern und Zweifel zu erregen.

Die US-amerikanische Rechtfertigung wurde von den Kollaborateuren wiederholt. Australiens Einmischung in Syrien war bereits im eigenen Land kritisiert worden. ⁴¹⁶ Nach dem Angriff auf Dschabal al-Tharda befragte der Autor den australischen Ministerpräsidenten Malcolm Turnbull schriftlich zum Massaker und den rechtlichen Hintergründen für die Anwesenheit australischer Luftstreitkräfte in Syrien. Verteidigungsministerin Marise Payne antwortete am 4. Mai 2017 und nahm zur rechtlichen Frage Stellung. Australiens Anwesenheit in Syrien, behauptete die Ministerin, beruhe auf einem Ersuchen der Regierung des Irak um internationale Hilfe gegen Daesh/ISIS.

Die rechtliche Basis für die ADF-Operationen gegen Daesh in Syrien besteht in der kollektiven Verteidigung des Irak. [...] Die Regierung Syriens hat durch ihre mangelhafte Abwehr von Angriffen auf Iraks Territorium, ausgehend von syrischen Daesh-Basen, ihre Unfähigkeit bewiesen, Daesh-Angriffe zu unterbinden. ⁴¹⁷

Es ist eine Tatsache, dass zwei Außenminister des Irak den Sicherheitsrat im Juni 2014 ⁴¹⁸ und noch einmal im September 2014 ⁴¹⁹ um Hilfe ersucht hatten. Diese Gesuche bezogen sich auf »Tausende ausländischer Terroristen verschiedener Nationalitäten«, die über Syriens Ostgrenze kamen. ⁴²⁰ Beide Anfragen betonten die Notwendigkeit des Respekts für nationale Souveränität. Insofern hätten sich die von den USA geführten Streitkräfte hierauf berufen können, wenn sie denn Syrien geholfen hätten, seine östlichen Städte und Regionen von ISIS zu befreien. Aber wie bereits erwähnt, taten sie das nicht.

Hinsichtlich der Frage der grundsätzlichen Legalität sollte ein wichtiger Aspekt nicht unerwähnt bleiben. Vor dem Luftangriff war die australische Seite hinsichtlich ihrer eigenen Gesetzeslage nicht gerade selbstsicher. Noch 2 Wochen vor dem Luftangriff, so wurde berichtet, hegte Mark Binskin,

Oberbefehlshaber der australischen Verteidigungsstreitkräfte, »Befürchtungen, dass Vertreter der Streitkräfte Australiens durch australische Gerichte wegen militärischer Aktionen belangt werden könnten, die nach internationalem Recht legal [sic] seien«. ⁴²¹ Es ist nicht klar, warum man diese Möglichkeit zu diesem Zeitpunkt in Betracht zog, nachdem bereits 2 Jahre zuvor Streitkräfte in den Irak und nach Syrien entsandt worden waren.

Die generelle Entschuldigung für das Massaker basierte auf einem angeblichen Fehlen der Absicht. »Wir hatten nicht die Absicht, syrische Streitkräfte zu treffen«, sagte Richard Coe, Brigadegeneral der Luftwaffe. Die Schuld schiebt er teilweise auf die Kleidung der syrischen Soldaten. »In vieler Hinsicht erschien und agierte die Gruppe wie Kämpfer [des IS], die wir über die letzten 2 Jahre angegriffen hatten.« ⁴²² Zusätzlich behauptete Coe, die Soldaten hätten einen »freundlichen Umgang« mit anderen Gruppen in einem von ISIS beherrschten Gebiet an den Tag gelegt. Er führt das Massaker auf den »menschlichen Faktor« zurück, womit er unter anderem Kommunikationsfehler und eine optimistische Sichtweise der Geheimdienste meint. ⁴²³

Westliche Kommentatoren, die die Alibi-Geschichte (der Angriff galt ISIS und diene dem Schutz der syrischen Streitkräfte) für bare Münze nahmen, verkündeten forsch, das Massaker an syrischen Soldaten stelle eine alarmierende Wende der US-geführten Luftunterstützung zugunsten des »syrischen Regimes« dar. Das *Time Magazine* meinte: »Der Ort des Luftschlages in Deir ez-Zor lässt vermuten, dass der Angriff einer der seltenen, sogar unvorhersehbaren Versuche war, dem Regime zu helfen und ISIS zu bekämpfen.« ⁴²⁴ Ähnliches las man von Faysal Itani, einem langjährigen Mitglied des Atlantic Council, der twitterte: »US-Luftschläge gegen ISIS in einer solchen Nähe zu Stellungen des Regimes sind ungewöhnlich. Lassen auf Luftunterstützung für das Regime schließen.« ⁴²⁵ Der gleichen Logik folgend, aber das Koalitionsnarrativ offen anzweifelnd, fragte der russische UNO-Botschafter Witali Tschurkin:

Warum sollten die Vereinigten Staaten auf einmal den syrischen Streitkräften dabei helfen, Deir ez-Zor zu verteidigen? Schließlich hatten sie nichts unternommen, als ISIL (ISIS) gegen Palmyra vorrückte. [...] Und nun sollen die Vereinigten Staaten plötzlich beschlossen haben, den Streitkräften Syriens dabei zu helfen, Deir ez-Zor zu verteidigen? ⁴²⁶

Natürlich war das nicht ihr Ansinnen, auch »halfen« sie keineswegs den Streitkräften Syriens. Ferner glaubte Russland nicht, dass der Angriff ein Versehen war. Auch Damaskus glaubte nicht an solche Märchen. Präsident Baschar al-Assad, der sich auf die generell feindliche Rolle der USA berief, sagte, der Überraschungsangriff sei »ein vorsätzlicher Überfall durch die amerikanischen Streitkräfte ... der mehr als eine Stunde andauerte und bei dem die Flugzeuge immer wieder zurückkamen«. ⁴²⁷

Der US-Bericht vom November 2016 wurde zum Kern der Erklärungen von US-Kollaborateuren des Angriffs. Der australische Vizeadmiral David Jonston vermittelte mehr Details zur Einbeziehung Australiens in die Angriffe auf Dschabal al-Tharda, ehe er die offizielle US-Version der Ereignisse präsentierte. ⁴²⁸ Das Flugkontingent, zu dem auch australische Flugzeuge gehörten, habe »mehrfache Luftschläge gegen vermeintliche Daesh-Kämpfer in der Nähe von Deir ez-Zor geführt«, sagte er. Teil des australischen Kontingents sei »ein australisches E-7-Wedgetail-Frühwarnsystem und zwei F/A-18-Hornet-Kampffjets« gewesen. Diese Flugzeuge gesellten sich zu denen aus den USA, Großbritannien und Dänemark. Sie alle führten den Angriff durch und »unterstanden der Kontrolle und Koordination des US-Luftoperationszentrums«. ⁴²⁹ Insofern war Australien stark an der Aufklärung und Koordination beteiligt.

Johnston wiederholte dann die sie selbst entlastende Schlussfolgerung des US-Berichts: »Die Luftschläge wurden in voller Übereinstimmung mit den Regeln des Einsatzes und den Gesetzen eines

bewaffneten Konflikts durchgeführt. Die Untersuchung ergab, dass die Entscheidung, die Ziele als Daesh-Kämpfer zu identifizieren, auf den damals verfügbaren Informationen beruhte. [...] Es gab keinerlei Beweise für absichtliche Missachtung von Zielvorgabeprozessen oder Einsatzregeln.« **430** Er wiederholte auch das Argument, dass die Lage am Boden in Syrien »komplex und dynamisch« war. »In vieler Hinsicht sah diese Truppe aus und agierte auch wie die Daesh-Krieger, die die Koalition in den letzten 2 Jahren bekämpft hatte. Weder trugen sie identifizierbare militärische Uniformen noch waren sie an Flaggen oder Markierungen zu erkennen.« **431**

Ein typisch oberflächlicher australischer Medienbericht jener Tage räumte etwa ein, dass »etwas furchtbar falsch lief«, um dann aber ganz in loyaler Manier festzuhalten: »Niemand wird ernsthaft annehmen, dass die RAAF-Piloten Kriegsverbrechen begingen. Jeder weiß, dass im Krieg auch mal etwas falsch laufen kann.« **432** Und doch äußerten einige unabhängige, detailliertere Kommentare einen starken Unglauben an der vorgetragenen Alibi-Konstruktion. David Macilwain beschwerte sich über das fehlende Hinterfragen von Australiens Rolle im Irak und in Syrien und wunderte sich, dass die US-Koalitionskräfte nicht sofort zu den Bergen zurückkehrten, um ihren »Fehler« wieder zu korrigieren. **433** Laut Rechtsanwalt James O'Neill konnte von einem Versehen oder Fehler keine Rede sein, vielmehr befinde sich der Vorfall von Deir ez-Zor »in voller Übereinstimmung mit dem langjährigen amerikanischen Ziel des Regimewechsels in Syrien«. **434**

Dieser »Fehler«, der über 100 Soldaten das Leben kostete, die Deir ez-Zor gegen ISIS verteidigten, war der einzige ernsthafte Angriff auf Truppen, »die von US-Koalitionskräften für Daesh-Kämpfer gehalten wurden«, in der Nähe der Stadt Deir ez-Zor. Die US-geführten Streitkräfte machten keinen Finger krumm, um bei der Befreiung von Deir ez-Zor mitzuhelfen. Die Geschichte eines »unschuldigen Massakers« stimmt einfach nicht mit den Fakten überein.

3. Die Sichtweise Syriens

Die westliche Kriegspropaganda ist natürlich stets bemüht, »feindliche Medien« zu dämonisieren oder zu verbieten (damit wir allein den US-amerikanischen, britischen und französischen Medien vertrauen). Wer sich dadurch nicht vereinnahmen lässt, wird die syrische Perspektive zu den Verbrechen von Dschabal al-Tharda hilfreich finden, um sein Verständnis des Geschehens zu vertiefen. Im Folgenden werden Quellen aus Syrien, dem Libanon, dem Irak, dem Iran und Russland zu Wort kommen. Wir wollen jedoch generell vom »syrischen Blickwinkel« sprechen, was den Angriff und die darauf folgenden Ereignisse betrifft.

Aus syrischer Sicht sind die USA federführend für alle Terrorgruppen in Syrien. Dazu haben sie sich der Unterstützung ihrer regionalen Alliierten bedient – angefangen mit Saudi-Arabien, Katar, Israel und der Türkei. Die syrischen Streitkräfte unterscheiden kaum zwischen ISIS und den westlichen Dschihadisten-Gruppen, die immer wieder mit ISIS kooperieren und deren Mitglieder von einer Seite zur anderen wechseln, je nachdem, wer besser bezahlt. **435**

Während der Aleppo-Befreiung wurden ISIS-Fahnen neben denen der von an-Nusra angeführten Koalition gesehen. **436** Beide internationalen Terroristengruppen kämpften mehrere Jahre lang Seite an Seite mit anderen Dschihadisten-Gruppen, die von westlichen Regierungen als »moderate Rebellen« bezeichnet wurden. **437** Die syrische Regierung hat US-Angriffe auf Zivilisten und syrische Infrastruktur regelmäßig »scharf verurteilt« und bezeichnete die Allianz als »Schurkenkoalition«, die der Liste ihrer bereits begangenen »Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit« immer wieder »neue blutige Massaker« hinzufügt. **438**

US-Streitkräfte hatten zwischen 2015 und 2017 verschiedentlich direkt syrisches Militär angegriffen. Ein Untersuchungsteam hat Informationen über vier solcher Angriffe zwischen Mitte 2015 und Mitte 2017 zusammengestellt und im Internet veröffentlicht:

1. der Angriff auf die Luftwaffenbasis as-Sa'ika in Deir ez-Zor (Dezember 2017),
2. der Angriff auf Dschabal al-Tharda (September 2016),
3. der Angriff auf die Luftwaffenbasis asch-Scha'irat (April 2017),
4. der Angriff auf einen SU-22-Kampfflugzeug in der Nähe von at-Tabqa (Juni 2017). **439**

Ferner griff die US-Koalition im Juni 2017 auch syrische Streitkräfte in der Nähe des südlichen Grenzübergangs al-Tanf an. **440** Alle Angriffe hatten unterschiedliche Vorwände.

Die von den USA angeführte Bombardierung in der Region von Deir ez-Zor zur Zeit des Angriffs auf Dschabal al-Tharda (unter dem Vorwand einer Anti-ISIS-Operation) war durch die Vernichtung von Infrastruktur geprägt, darunter besonders zu erwähnen die Zerstörung von sieben Euphrat-Brücken im September und Oktober 2016. **441** Die syrische Armee ließ durch iranische Medien verlautbaren, dass die USA versuchten, ihren Einfluss in der Region auszuweiten und den Vorstoß der syrischen Armee zu verhindern; ferner seien sie bestrebt, Versorgungswege zwischen den Provinzen zu kappen und die ländliche Umgebung von Deir ez-Zor von der Stadt selbst abzuschneiden. **442**

Der syrische General Aktham sagte mir, dass die US-Bombardierung der Brücken den Zweck hatte, Deir ez-Zor zu isolieren, als die Stadt unter der Belagerung durch ISIS litt. **443**

Im Irak wurde 2014/15 mehrfach über direkte US-Unterstützung für ISIS berichtet. Dies hatte hauptsächlich mit Waffenabwürfen und Hubschraubereinsätzen für Evakuierungszwecke zu tun, als irakische Streitkräfte versuchten, eine starke ISIS-Offensive einzudämmen. Die irakische Parlamentsabgeordnete Nahlah al-Habibi sagte im Dezember 2014, dass die US-Koalition »es nicht ernst meinte« mit den Luftschlägen gegen ISIS. Sie fügte hinzu: »Terroristen erhalten immer noch Hilfe von nicht identifizierten Kampfflugzeugen im Irak und in Syrien.« **444**

Im Februar 2015 gab es zahlreiche weitere, diesmal detailliertere Berichte. Wie die Salahuddin-Sicherheitskommission erklärte, »warfen unbekannte Flugzeuge« in der Stadt Tikrit »Waffen über ISIL-Gebiet ab«. **445**

Madschid al-Gharawi, ein irakischer Parlamentsabgeordneter der Sicherheits- und Verteidigungskommission des Landes, erklärte, dass die USA »es nicht ernst meinen« mit ihrem Kampf gegen ISIS; vielmehr seien sie bemüht, den Krieg in die Länge zu ziehen, um ihre Militärbasen in Mosul und Anbar zu behalten. **446**

Dschome Diwan, ein Mitglied der Sadr-Fraktion im irakischen Parlament, sagte: »Die US-Koalition ist nur ein Vorwand, um ISIL zu beschützen und diese Gruppe mit Ausrüstung und Waffen zu versorgen.« **447** Khalaf Tarmuz, Vorstand des Provinzrates von al-Anbar, äußerte gegenüber iranischen Medien, der Rat habe in der von ISIS befreiten Region al-Baghdadi Waffen US-amerikanischer, europäischer und israelischer Herstellung gefunden. **448**

Hakim az-Zamili, Chef des nationalen Sicherheits- und Verteidigungskomitees, berichtete, irakische Streitkräfte hätten zwei britische Flugzeuge abgeschossen, die Waffen für ISIS transportierten. Außerdem hätten US-Flugzeuge über den Gouvernements Salah ad-Din, al-Anbar und Diyala Waffen und Nahrung für ISIS abgeworfen. **449**

Mit anderen Worten gab es innerhalb weniger Monate nach der Rückkehr des US-Militärs in den Irak (Ende 2014) – wohlgemerkt: unter dem Vorwand, »ISIS zu bekämpfen« – mehrere Berichte hochrangiger irakischer Persönlichkeiten, die genau das Gegenteil offenbarten. Obwohl diese

Berichte in englischer Sprache erschienen, erreichte keiner von ihnen die westlichen Medien. Offensichtlich hatten diese Kanäle kein Interesse daran, jenen zuzuhören, die am meisten von ISIS betroffen waren, oder vielleicht sahen sie es ganz einfach als undenkbar an, dass ihre eigene Regierung log und ihre Unterstützung für Terroristen verschleierte.

Unmittelbar nach dem Massaker von Dschabal al-Tharda verkündete die syrische Regierung, der Luftangriff sei kein »Fehler« gewesen, sondern »eine sehr ernste und eklatante Aggression«, die Daesh geholfen habe. **450** Präsident Assad sagte, die Truppen seien absichtlich angegriffen worden, und wies darauf hin, dass das Bombardement eine ganze Stunde andauerte. **451** »Es war ein geplanter Angriff der amerikanischen Truppen, weil ISIS die Kräfte ausgingen«, sagte der syrische Präsident. **452** Auch Präsident Putin deutete an, dass der Angriff vorsätzlich ausgeführt worden sein musste:

Unsere amerikanischen Kollegen sagen uns, der Luftangriff sei versehentlich ausgeführt worden. Dieser »Fehler« kostete 80 Menschen das Leben, und gleich darauf – vielleicht auch rein »zufällig« – führte ISIS eine Offensive durch. [...] Aber wie konnten sie einen solchen Fehler machen, wenn sie den Angriff tagelang vorbereitet hatten? **453**

Die russische Pressesprecherin Marija Sacharowa sagte, die Angriffe würden der Welt zeigen, dass »das Weiße Haus ISIS verteidigt«. **454**

Weitere Details wurden von der Sprecherin des Syrischen Volksrats, Hadiya Khalaf Abbas, enthüllt. Sie sagte, der syrische Geheimdienst habe kurz vor dem Luftangriff bei Deir ez-Zor Funkverkehr zwischen US-Truppen und ISIS abgefangen. **455** Syriens UNO-Botschafter Baschar al-Dschafari brandmarkte den Angriff als den Schritt von einer Stellvertreteroffensive hin zu direkten »persönlichen Angriffen« und beklagte die einseitige US-Ablehnung der russisch-amerikanischen Vereinbarung vom 9. September, an-Nusra und ISIS gemeinsam zu bekämpfen. **456**

Die Details von Augenzeugenberichten geben ein noch vollständigeres Bild. Im Oktober 2017, als die syrische Armee die Stadt Deir ez-Zor befreite, interviewten der syrische Filmemacher Sinan Saed und ich Oberst Nihad Kanaan auf Dschabal al-Tharda, dort, wo der Angriff stattgefunden hatte. Er erzählte uns, wie sie die Aufklärungsflugzeuge der US-Koalition am 12. September gesehen hatten. Den Tag des Angriffs beschrieb er so:

Fünf Flugzeuge der Koalition begannen unsere Stellung anzugreifen. Das fünfte Flugzeug hatte ein synchronisiertes Maschinengewehr [mit direkter Sichtverbindung]. [...] Ich hatte zwei T-72-Panzer, zwei BMP-Panzer, ein 57-mm-Geschütz und einen 60-mm-Mörser. Die Flugzeuge begannen zunächst, das Waffenarsenal anzugreifen. Dies taten sie, indem sie enge Kreise flogen. Nachdem sie das Arsenal zerstört hatten, begannen sie die Soldaten mit absoluter Präzision anzugreifen. **457**

Er erzählte, wie der Angriff sich über 1 ½ Stunden hinzog, wobei Raketen, Bomben und Maschinengewehrfeuer zum Einsatz kamen. Während des Luftschlags startete ISIS »eine sehr schwere Offensive« von der nordwestlichen Schulter des Berges her. Zum Einsatz kamen dabei alle möglichen Waffen:

14,5-mm-Geschütze, Mörser, BKC-Maschinengewehre und was immer sie sonst noch hatten. Sie griffen unsere Stellung an, während die Flugzeuge uns aus der Luft bombardierten. **458**

ISIS nutzte den Angriff der US-Koalition als Deckung für ihr Vorrücken auf die Armeepositionen. Kanaan nahm dabei »Anzeichen für Kontakte und Koordination zwischen der US-Koalition und ISIS« wahr. Die Stellung fiel in ihre Hände, und der Flughafen wurde von der Maqaber-Straße

abgeschnitten. »Dann bombardierten zwei Flugzeuge von der Tharda-2-Stellung aus den Flughafen.«

459

Die Gruppe von Oberst Kanaan hatte die syrische Flagge gehisst, wie das US-Militär später zugeben sollte.

Als die Koalitionsflugzeuge den Posten angriffen, hatten wir drei syrische Flaggen gehisst – eine am Eingang, eine in der Mitte und eine an der vordersten Front, und die Soldaten trugen offizielle Uniformen der Syrisch-Arabischen Armee. [...] Es stimmt nicht, dass der Angriff ein Versehen war, wie es die Medien berichtet haben. Es war sehr klar, dass das Ziel die syrische Armee war und die syrischen Soldaten. Die syrischen Flaggen waren vorhanden, und die syrischen Armeeuniformen waren sichtbar, und die Anlage gehörte ganz offensichtlich zur syrischen Armee. ISIS benutzte den Angriff als Deckung, und als ISIS gleichzeitig mit dem Luftangriff vorrückte, schossen die Flugzeuge keine einzige Patrone auf die Terroristen. 460

Es gab weitere Augenzeugen. Ein verwundeter Soldat beobachtete, wie Dutzende seiner Kameraden durch Maschinengewehrfeuer niedergemäht wurden. 461 2 Tage bevor ich mit Oberst Kanaan sprach, hatte ich ein Treffen mit Doktor Abd al-Najem al-Abeid, Chirurg und Leiter des Gesundheitswesens von Deir ez-Zor. Kurz bevor er von einer Besprechung zu einer Operation eilte, stellte ich ihm eine Frage, die mich verlegen machte: »Haben Sie irgendein Anzeichen bemerkt, dass die US-Koalition dabei geholfen hätte, Daesh aus Deir ez-Zor zu vertreiben?« Ich stellte diese brisante Frage deshalb so, um westlichen Lesern eine Antwort aus erster Hand liefern zu können. Aber während ich fragte, entschuldigte ich mich, denn mir war klar, dass diese Frage von einem gebildeten Syrer als Beleidigung aufgefasst werden konnte. Er antwortete sofort und erklärte, dass die US-Kräfte ausschließlich ISIS geholfen hätten und dass er den Angriff auf Dschabal al-Tharda beobachtet habe. Unter Schock sah er über eine halbe Stunde lang zu, wie die Flugzeuge die strategische Bergstellung angriffen, von der die Stadt bewacht wurde. 462 Dann eilte er zu einer Operation, um Splitter einer ISIS-Drohne aus dem Bauch eines jungen Mannes herauszuoperieren.

Nach dem Massaker wurde gegen Ende 2017 von vielen Orten entlang des Euphrat berichtet, US-Kräfte hätten ISIS logistische und geheimdienstliche Informationen bereitgestellt, um der Terrororganisation bei der Umgruppierung und Evakuierung zu helfen, während die syrischen Streitkräfte Deir ez-Zor befreiten. Im September vermeldete Press TV, die USA hätten 22 Daesh-Kommandanten aus Deir ez-Zor evakuiert. Der Autor war Ende Oktober für 4 Tage in der Stadt, während sie befreit wurde. Am 26. August wurde berichtet, dass ein US-Hubschrauber zwei Daesh-Kommandanten »europäischer Abstammung« mitsamt ihren Familienmitgliedern in Sicherheit brachte. Am 28. August wurden zwanzig weitere Daesh-Kommandanten von US-Hubschraubern aus Gebieten in der Nähe der Stadt gerettet. 463

Im November 2017 erzählte Muhammad Awad Hussein vor russischen Medien, wie er US-Hubschrauber beobachtete, die weitere Daesh-Kämpfer evakuierten, und zwar nach einem Luftschlag außerhalb von al-Mayadin, im Süden von Deir ez-Zor. 464

Die gegen die syrische Regierung eingestellte und in Großbritannien ansässige »Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte« bestätigte, dass US-Hubschrauber Daesh-Kämpfer aus dem östlichen Syrien ausflogen. Vier Daesh-Mitglieder – drei Ägypter und ein Zivilist – wurden aus einem Haus, das als Waffendepot genutzt wurde, in Beqres, einem Vorort von Deir ez-Zor, aufgenommen. 465 Libanesishe und iranische Medien bestätigten diese Berichte.

Laut Scheich Akram al-Ka'abi, Generalsekretär der irakischen Widerstandsbewegung Harakat an-Nudschaba, wurde ISIS während der Operationen der syrischen Armee zur Befreiung der Stadt Abu Kamal südöstlich von Deir ez-Zor von US-Streitkräften mit Geheimdienstinformationen versorgt.

Das Nachrichtennetzwerk *Al Mayadin* zitierte Scheich al-Ka'abi mit der Aussage, die US-Kräfte seien sehr darum bemüht, die Operationen der syrischen Armee in Abu Kamal zum Scheitern zu bringen. US-Truppen hätten regierungsfreundliche Widerstandskräfte vor der Schlacht von Abu Kamal angegriffen, in einem letztendlich aber vergeblichen Versuch, den Vormarsch zu behindern. **466**

Ende 2017 verkündete das russische Verteidigungsministerium: »Die von den USA geführte Koalition leistet Unterstützung für die Terroristengruppen des Islamischen Staates.« Dafür lägen Beweise vor. Das US-Militär hatte zweimal einen Vorschlag Russlands abgelehnt, identifizierte ISIS-Konvois zu bombardieren, die Abu Kamal verließen, mit dem Hinweis, dass diese den Schutz internationalen Rechts genießen würde. Dieser Schutz für Terrorgruppen und ihre schweren Waffen erlaube ihnen, sich zu gruppieren und neue Angriffe durchzuführen. **467** Zur gleichen Zeit unterstützten die USA Vereinbarungen der von den Kurden angeführten SDF-Miliz, die ISIS-Kämpfern mit ihren Familien erlaubte, ar-Raqqa zu verlassen, um in andere Teile der Region zu ziehen. **468**

Ein hochgestellter syrischer General in Deir ez-Zor bestätigte mir die Hubschrauber-Evakuierungen von drei Stellen am östlichen Ufer des Euphrat: im Süden von Deir ez-Zor, im Osten von al-Mayadin und in al-Muhassan. Er sprach auch von US-Satelliten-Aufklärung, die an ISIS weitergegeben wurde. Angesichts dieses Spektrums an US-Koordination und – Kollaboration fragte ich ihn: »Haben Sie das Gefühl, gegen ein US-Kommando zu kämpfen?« Er antwortete: »Zu 100 Prozent.« **469**

4. Resümee

Während die syrische Armee den Osten Syriens im Verlauf von 2016 und 2017 befreite, versuchte das US-Militär den Fortschritt durch eine Reihe verdeckter Aktionen zu behindern. Das Massaker an über 100 Soldaten bei Dschabal al-Tharda war einer von fünf direkten US-Angriffen auf syrische Streitkräfte seit 2015. Natürlich passieren in Kriegen Fehler, aber der besagte Vorfall war kein isolierter Fehler. Der von den USA geführte Angriff auf die syrische Armeestellung zum Schutz von Deir ez-Zor vor ISIS war ein vorsätzliches und geplantes Gemetzel an syrischen Streitkräften, die diese Stadt beschützten, und erlaubte es ISIS, gegen Deir ez-Zor vorzurücken und seinem Plan näherzukommen, die Stadt einzunehmen. Die syrische Armee konnte das schließlich doch verhindern.

Eine Serie unbestrittener Fakten macht klar, dass es ein gut geplanter Luftschlag war, um ISIS zu unterstützen. Das US-Militär gab seinen russischen Kontakten falsche Informationen hinsichtlich des Angriffs, ließ seine »Hotline« unbesetzt und vertuschte sein Wissen, dass es syrische Kräfte waren, die die Höhenzüge hielten. Nachdem die US-Truppen die syrischen Kräfte vernichtet hatten, kehrten sie nicht zurück, um ISIS von den Bergen zu vertreiben. Ihre Alibi-Geschichte war schwach und diente dazu, weitere Nachforschungen durch westliche Medien zu unterdrücken. Sie hält aber keiner kritischen Überprüfung stand. Jedes unabhängige Tribunal würde die Kommandeure der US-Koalition wegen dieses blutigen Massakers verurteilen.

Die australische und US-amerikanische Leugnung der Verantwortung für das Massaker vom 17. September 2016 bei Dschabal al-Tharda wirkt unglaublich, sobald man sich näher damit befasst. Trotzdem erreichte sie ihren unmittelbaren Zweck: Die meisten kommerziellen und staatlichen Medien des Westens ließen sich damit abspeisen. Dabei stand das Verbrechen »in vollkommener

Übereinstimmung mit dem lange verfolgten Ziel eines Regimewechsels in Syrien [...] und die australische Regierung fügte sich bereitwillig den Regimewechselforderungen der Amerikaner«. **470**

Nordamerikanische, britische und australische Waffenverkäufe an den Hauptsponsor des ISIS, Saudi-Arabien, konnten ohne Unterbrechung und ungeprüft weitergehen. **471** Die Doktrin der »glaubhaften Abstreitbarkeit« aus dem Kalten Krieg half wie bei so vielen anderen Gelegenheiten zuvor, »potenziell feindliche« Nachforschungen zu unterbinden. Dennoch dränge ich auf eine genauere Untersuchung dieses Verbrechens, wobei konventionelle Prinzipien des Strafrechts Anwendung finden, die unbestrittenen Beweise berücksichtigt werden und die Einschüchterungen durch Kriegspropaganda unbeachtet bleiben sollten. Besonders abenteuerlustige westliche Beobachter sind vielleicht sogar gewillt, sich die syrische Sichtweise anzuschauen, die sich auf syrische, libanesischen, irakische, iranische und russische Quellen stützt. Das würde ihnen helfen, den Konflikt noch besser zu verstehen.

10. Der Propagandakrieg um Syrien

Warum der deutsche Bundestag ohne größere Diskussionen den Bundeswehreinsatz in Syrien im Dezember 2017 verlängerte, trotz ernsthafter verfassungsrechtlicher Bedenken, mag an dem ungeheuren Maß an Kriegspropaganda liegen, das in Deutschland zu beklagen ist.

Ich will hierfür zwei Beispiele aufzeigen. Zunächst die Geschichte der »Hilfsorganisation« Weißhelme (The White Helmets, abgekürzt TWH). Darüber wurde zwar schon zuvor berichtet, aber hier zeige ich weitere Fälle auf, die jedem die Augen öffnen sollten.

Und dann der traurige Fall einer Justizposse über Berichte unserer »Qualitätsmedien«, die für jeden informierten Leser offensichtlich Falschinformationen waren, aber nicht Fake News genannt werden dürfen.



Die Weißhelme: Staatlich subventionierte Terrorpropaganda

Der folgende Text und die Illustrationen stammen zum Teil von Jens Bernert, der den Blog *Blauer Bote* betreibt und mir die Nutzung erlaubte. Englische Texte, die im Original belassen worden waren, wurden hier übersetzt.

Die meisten Fotos und Videos, die es in den letzten Jahren aus dem seit 2011 laufenden Syrienkrieg in die Nachrichtensendungen und Printmedien des Westens schafften, waren Bildmaterial der White Helmets. Bei diesen handelt es sich vorgeblich um eine 2013 in der Türkei von einem Briten gegründete Rettungstruppe für Syrien; tatsächlich produzieren sie vor allem Propagandamaterial und – geschichten für die Medien gegen Syrien.

Finanziert werden die White Helmets ganz offen durch die USA und EU-Staaten. Ihr Material ist voller Fehler, und sie enttarnen sich immer wieder versehentlich durch ihre eigene Inkompetenz. Neutral ⁴⁷² sind sie im Syrienkrieg ⁴⁷³ keineswegs. Und sie hegen engste Verbindungen zu den im Westen als »Rebellen« bezeichneten Kämpfern um al-Qaida & Co.

Der offizielle Gründer

Offizieller Gründer der Weißhelme ist der britische Militärdienstleister James Le Mesurier, der bei Twitter merkwürdigerweise unter @USARinwar zu finden ist. Le Mesurier war laut seinem Al-Jazeera-Interview vom August 2015 ⁴⁷⁴ zufällig 2013 in Syriens Nachbarstaat Türkei und half angeblich spontan syrischen Freiwilligen, eine Rettungshelfertruppe aufzubauen:

Sie starteten vollkommen spontan als eine Freiwilligen-Hilfsorganisation. Die türkischen Ausbilder für Rettungshilfe und ich begannen Anfang 2013, sie auszubilden und zu unterstützen. ⁴⁷⁵

Die hier genannten türkischen Ausbilder und Le Mesurier selbst sollten ursprünglich Rettungsspezialisten für Erdbebeneinsätze sein. Die von Le Mesurier gegründete und in den Niederlanden registrierte Organisation namens Mayday Rescue nimmt Gelder der Unterstützerstaaten für die Weißhelme entgegen.



Abb. 10: James Le Mesurier auf Twitter

Das Erdbeben-Märchen

Das Thema Erdbeben setzt Le Mesurier auch ein, um angebliche Verwüstungen durch Fassbomben für die Weltöffentlichkeit zu illustrieren. Dabei zeigt sich allerdings, dass er nicht nur überhaupt keine Ahnung von der Materie »Erdbeben« hat, sondern hier auch glatt lügt. So heißt es beispielsweise in einem CNN-Artikel vom 6. Oktober 2016:

»Die mit Explosivstoffen beladenen Fässer werden aus Hubschraubern abgeworfen. Wenn eines hochgeht, kann es das Äquivalent eines seismologischen Ereignisses verursachen, vergleichbar mit einem Erdbeben der Stärke 7,6«, erklärte der Chef der White Helmets, James Le Mesurier, dem medizinischen Chefkorrespondenten von CNN, Dr. Sanjay Gupta. **476**

Le Mesurier behauptet also, eine Fassbombe würde ein Erdbeben der Stärke 7,6 auslösen können. Das aber ist nach den Gesetzen der Physik völlig unmöglich. Einen Beleg für den Einsatz von Fassbomben durch die syrische Regierung gibt es im Übrigen nicht. Falls sie tatsächlich eingesetzt würden, dann wäre das sogar ein kleineres Übel. Fassbomben sind nach der Vorstellung der White Helmets improvisierte Sprengbomben. Große Metallbehälter, gefüllt mit Sprengstoff und Schrapnellen. Eine Fassbombe hat wesentlich weniger Sprengkraft als eine herkömmliche Fliegerbombe.

The explosive-laden barrels are hurled out of helicopters.



When one strikes, it can produce the seismological equivalent of a 7.6 magnitude earthquake, the White Helmets' James Le Mesurier told CNN's Chief Medical Correspondent Dr. Sanjay Gupta.

Abb. 11: Die angebliche Zerstörungskraft von Fassbomben

Selbst wenn man annimmt, dass Fassbomben in Syrien eingesetzt würden, hilft das der absurden Falschaussage Le Mesuriers nicht weiter. Unterirdische Atomtests erzeugen maximal Erdbeben einer Stärke von 4 bis 5. Bei einer entsprechenden überirdischen Explosion käme es zu noch sehr viel geringeren Werten, da ein Großteil der Bombenenergie in die Schockwelle fließt und nicht im Untergrund wirksam wird. Dass es durch Fassbomben zu Erdbeben der Stärke 7,6 kommt, ist völlig unmöglich. Man beachte auch, dass die Momenten-Magnituden-Skala ⁴⁷⁷ und auch die Richterskala ⁴⁷⁸ nicht linear verlaufen. Ein Erdbeben der Stärke 7 setzt eine seismische Energie von 38 Hiroshima-Atombomben frei. Bei Stärke 8 sind es 1200 Hiroshima-Atombomben.

Eine Einordnung des angeblichen Wertes von 7,6 hinsichtlich der Zerstörungskraft zeigt noch einmal, wie grotesk falsch die Weißhelm-Aussagen sind: Erdbeben zwischen 6 und 7 zerstören einen Umkreis bis zu 70 Kilometern und kommen weltweit etwa 120 Mal pro Jahr vor. Erbeben zwischen 7 und 8 zerstören einen größeren Umkreis im niedrigen dreistelligen Kilometerbereich und kommen etwa achtzehn Mal pro Jahr vor. Erdbeben zwischen 8 und 9 kommen im Schnitt einmal jährlich vor und richten Zerstörungen im Umkreis von mehreren Hundert Kilometern an.

Ein weiterer Weißhelm-Chef – der Präsident Raed Saleh – sprach bei der Verleihung des Right Livelihood Award an die Weißhelme sogar von einer Erdbebenstärke von 8 auf der Richterskala durch Fassbomben bei einer Anzahl von 50 abgeworfenen Fassbomben täglich und bemerkte dazu noch, das fatale Erdbeben in Italien habe nur die Stärke 6,2 gehabt:

Ich finde es schwierig, einer internationalen Zuhörerschaft den Grad des Terrors zu vermitteln: Der örtliche Effekt einer Fassbombe gleicht einem Erdbeben der Stärke 8 auf der Richterskala. Beim furchtbaren Erdbeben im letzten Monat in Italien maß man 6,2 auf der Richterskala. Stellen Sie sich das 50 Mal am Tag vor. ⁴⁷⁹

Von einer wahnwitzigen Fassbomben-Erdbebenserie im Nahen Osten, die Syrien und Teile der Nachbarländer verwüstet hätte, ist dem Rest der Menschheit allerdings nichts bekannt.

Weitere Gelegenheiten, bei denen von White-Helmets-Repräsentanten solche Angaben gemacht wurden, waren beispielsweise das Oslo Freedom Forum 2017 ⁴⁸⁰ (Abdurrahman al-Mawwas, Vizepräsident der Weißhelme) oder ein Vortrag Le Mesuriers in Lissabon im Jahre 2015. ⁴⁸¹ Es handelt sich bei den bizarren Falschbehauptungen also nicht um bedauerliche Versprecher der »Erdbebenspezialisten«, sondern um ein durchgängig gepflegtes, die Wissenschaft und den menschlichen Verstand beleidigendes Lügengebilde, mit dem die Weißhelme sich selbst der Glaubwürdigkeit berauben.

Finanzierung

Die Weißhelme werden unter anderem von Großbritannien, den Niederlanden, Dänemark, Deutschland, Kanada, Neuseeland und den USA finanziert. ⁴⁸² Die Geberländer verschweigen dies auch gar nicht, sondern brüsten sich mit der Unterstützung der Weißhelme. Insgesamt sind weit über 100 Millionen Dollar aus diesen Ländern an die Weißhelme geflossen. Deutschland beispielsweise trug dazu im Jahre 2016 rund 7 Millionen Euro bei. ⁴⁸³

Eine Überweisung von 23 Millionen Dollar durch die USA führte am 27. April 2016 zu kritischen Fragen bei einer Pressekonferenz des US-Außenministeriums ⁴⁸⁴ – vor allem auch deshalb, weil eine US-Behörde erst kurz zuvor dem Weißhelme-Chef Raed Saleh wegen dessen terroristischer Aktivitäten die Einreise verweigert hatte. Als Monate später ein Film über die Weißhelme den Filmpreis Oscar erhielt und Saleh zur Preisverleihung erscheinen wollte, wurde ihm erneut die Einreise in die USA verweigert – ohne genaue Begründung.

Der »Syrische Zivilschutz«

Die seit 2013 aktiven Weißhelme nennen sich selbst »Syria Civil Defense«, also Syrischer Zivilschutz. Bemerkenswert ist, dass es schon seit Jahrzehnten eine andere Organisation namens Syria Civil Defense gibt. Hierzu der australische Journalist John Pilger:

Während meiner Zeit in Syrien traf ich den wirklichen Syrischen Zivilschutz, der seit 63 Jahren existiert – im Vergleich dazu die Weißhelme seit 3 Jahren. Der wirkliche Syrische Zivilschutz ist Mitglied bei der ICDO, die an die UN, WHO, das Rote Kreuz und OCHA angegliedert ist, um nur einige Organisationen zu nennen. Er operiert in Syrien sowohl in von den Terroristen als auch von der Regierung gehaltenen Gebieten und rettet Zivilisten. Ich sprach mit Mitgliedern, deren Kameraden von den einfallenden Terroristen massakriert wurden, die dann später als Weißhelme [...] bekannt wurden. ⁴⁸⁵

Hinsichtlich der Aufmachung weist Peter Frey auf einen interessanten Aspekt hin:

Ein guter Freund wies mich (indirekt) auf einen weiteren Aspekt hin, als er mir sagte, dass er bislang dachte, die Weißhelme wären eine Organisation mit ähnlichem Aufgabenspektrum wie die Blauhelme (der Vereinten Nationen). Und er hat recht, indem er damit vermittelt, dass bereits der Name Weißhelme eine positive Emotion in uns erzeugt, weil er unser Unbewusstes eine Verbindung zur Friedenstruppe der UN aufbauen lässt. Solche unbewusst hergestellten Verknüpfungen in unserem Gehirn sind enorm stark und lassen sich nur durch (unbequemes) Befassen mit dem Thema (und das auch nur unvollständig) auflösen. Sind Ihnen zudem schon die vielen Aufnahmen aufgefallen, bei denen die Weißhelme, erschöpft, mit Kindern im Arm und als Helden stilisiert, aber mit makellos sauberen, blitzend weißen Helmen, inmitten von Schmutz, Bränden und Staub fotografiert wurden? Damit möchte ich sagen: Schon die Erfindung des Namens »Weißhelme«, die auch noch die Reinheit und das Gute wie Unschuldige, das wir über das Hören des Attributs weiß empfinden, suggeriert, ist ein Propaganda-Lehrstück. ⁴⁸⁶

Tatsächlich zeichnet die Weißhelme ein überdurchschnittliches Interesse an Foto- und Videosessions aus, vor denen alles andere erst einmal zurückstehen muss, beispielsweise wirkliche Rettungsaktionen. Da filmen und gestikulieren zwanzig Mann lieber, als einem zu helfen, der ein angeblich schwer verletztes Opfer trägt. Die Produktion von Bildern hat offenbar Vorrang, und die Ausstattung der Weißhelme wirkt nicht wirklich 100 Millionen Dollar schwer. Der Verdacht steht im Raum, dass das Geld anderweitig genutzt wird.

Die Weißhelme sind nur in den von den sogenannten Rebellen gehaltenen Gebieten aktiv, und sie sind nicht – wie sie immer wieder behaupten – neutral. Tatsächlich sind ihre Verlautbarungen, Videos und Fotos eine einzige Anklage gegen die syrische Regierung. Verbrechen der »Rebellen« werden nicht angeprangert. Bei den sogenannten Rebellen wiederum handelt es sich überwiegend um radikale Dschihadisten à la al-Qaida beziehungsweise Söldner, die vom Westen und seinen regionalen Verbündeten als Hilfstruppen für den Angriff auf Syrien eingesetzt werden, wie zahlreiche Wissenschaftler und andere Experten bestätigen. **487**

Hier beispielhaft zwei Zitate dazu. So sagt Michael Jabara Carley, Professor für Geschichte an der Universität Montreal:

Die Rede von »unseren Gemäßigten« ist eine Fiktion und dient als Deckmantel der USA für ihre Unterstützung von al-Qaida und deren verschiedenen Verbündeten, bei denen es sich weitgehend um ausländische Söldner handelt, die gegen die säkulare, legitime Regierung Syriens kämpfen. [...] Die Frage ist nun, ob die Bewohner der USA, Kanadas und Europas bereit sind, für eine Serie von Lügen und zur Verteidigung der US-geführten al-Qaida-Invasion Syriens einen grundlosen Krieg mit Russland zu riskieren. **488**

Und Prof. Dr. Günter Meyer von der Universität Mainz:

Wir hören ständig davon, dass die Zivilbevölkerung von den Russen und dem Regime zerbombt wird. Es ist aber keine Rede davon, dass die Dschihadisten die Waffenruhe von Anfang an abgelehnt haben und die Zivilbevölkerung als menschlicher Schutzschild missbraucht wird. Die Scharfschützen der Extremisten verhindern, dass sich die Einwohner im belagerten Ost-Aleppo über die von den Russen geöffneten Korridore in Sicherheit bringen können. [...] Eine Niederlage der von den USA unterstützten Rebellen in Ost-Aleppo wäre für Präsident Barack Obama eine riesige Demütigung. Deswegen setzt Washington alles daran, um das zu verhindern. **489**

Der dänische Friedensforscher Jan Øberg war nach der Rückeroberung von Aleppo durch die syrische Regierung Ende 2016 in der Stadt und berichtete hinsichtlich der Weißhelme, die bis zum Ende der Herrschaft der »Rebellen« auf allen Kanälen heftig mit Propagandameldungen gegen Syrien und Russland feuerten, auf die Frage, ob er die Möglichkeit gehabt habe, mit einem von ihnen zu sprechen:

Nein, von dieser mit 100 Millionen US-Dollar finanzierten angeblichen Hilfsorganisation haben ich niemanden in Aleppo gesehen. Ich traf ein paar Anwohner, die von ihnen gehört hatten, aber niemanden, der sie gesehen hatte oder während der Besatzungsjahre Hilfe von ihnen erhalten hatte. Wo sollen sie gewesen sein, wenn nicht in Ost-Aleppo, um Zehntausenden nach der Befreiung aus 4 Jahren Hölle zu helfen? Stattdessen habe ich junge syrische Freiwillige getroffen, die meisten stammten von der Universität der Stadt oder dem Syrisch-Arabischen Roten Halbmond, einer Organisation, die nicht so viel Glück damit hatte, westliche Unterstützung zu bekommen. **490**

Propaganda mit Falschbildern

In Kapitel 5 wurden von Tim Anderson bereits einige Beispiele für Bilder angeführt, die – nicht nur von den Weißhelmen, sondern auch von Gruppen wie Human Rights Watch – fälschlich und wiederholt für Propagandazwecke missbraucht wurden, meist um die angeblichen Fassbombenattacken der syrischen Regierung zu belegen. Im Folgenden sollen weitere Beispiele dieser Taktik vonseiten der Weißhelme gegeben werden.

So zeigt laut den Weißhelmen ein Bild bei Twitter das angebliche Opfer eines russischen Angriffs in der syrischen Stadt Homs am 30. September 2015. Das Bild wurde aber schon einmal 5 Tage zuvor vom Syrian Network, einer den Weißhelmen nahestehenden Organisation, benutzt. Das war einige

Tage bevor Russland überhaupt in den Krieg in Syrien eingriff. Der Weißhelme-Tweet vom 30. September ist folglich eine Fälschung. Das Foto wurde mittlerweile ausgetauscht. **491**



Abb. 12: Bilder von russischem Angriff, ehe er stattfand?

Noch bedeutender als einzelne Falschfotos bei Twitter sind komplett gefälschte Geschichten samt Videos, die von den Weißhelmen – teilweise mit anderen Organisationen – erstellt werden und die die Basis für die westliche »Berichterstattung« gegen Syrien bilden. Die zahlreichen, teilweise bizarren Fehler der Propagandamachwerke spielen dabei offenbar keine Rolle. Wichtig scheint zu sein, dass die Videos der Weißhelme überhaupt einen Anlass schaffen, um gegen Syrien zu trommeln. Alle »Big Stories« der Weißhelme, die auch immer zum passenden Zeitpunkt für den Westen passieren, sind Fälschungen. Im Folgenden seien einige davon aufgeführt.

Angeblicher Luftangriff auf Flüchtlingslager

Westliche Medien meldeten am 5. Mai 2016 basierend auf Angaben und Videos der Weißhelme und unter Berufung auf einen Mann aus England **492** einen Luftangriff auf ein Flüchtlingslager in Syrien.

Die Schuld daran wurde der syrischen Regierung zugeschoben. ⁴⁹³ Ein Video der angeblichen ersten Angriffswelle auf das Flüchtlingslager Kamounia/Sarmada gibt es nicht. In den Videos und Bildern der Weißhelme von der Zeit »nach dem Angriff« sind dann einige verbrannte Zelte zu sehen. ⁴⁹⁴

Einen Bombenkrater von den Treffern sieht man nicht. Es darf erwartet werden, dass ein solcher Einschlagkrater gezeigt wird, wenn man das ganze Ausmaß eines verheerenden Angriffs zeigen will, bei dem angeblich dreißig Menschen getötet und achtzig verletzt wurden. Es müsste einige dieser Krater geben. Auch das weitere Schadbild des Lagers sieht merkwürdig aus. Nach dem Angriff eines Kampfflugzeuges hätte man beispielsweise über die abgebrannten Zelte hinaus durch die Druckwellen der Explosionen umgestürzte Zelte erwartet und dergleichen.

Kein Staat oder sonstiger Akteur ⁴⁹⁵ konnte Bilder von Flugbewegungen zur fraglichen Zeit bei dem Lager vorlegen. Als die Türkei an der syrisch-türkischen Grenze einen russischen Jet abschoss, legten die Türkei und Russland sofort Radarbilder vor, die die Flugbewegungen in der Gegend darstellten und mit denen die jeweilige Position untermauert werden sollte. Bei dem aktuellen Vorfall hat niemand Bilder solcher Flugbewegungen vorzuweisen, und das kann in dem zu der Zeit am besten überwachten Gebiet der Erde nicht sein – außer eben, wenn es keine solchen Flugbewegungen gegeben hat. Keine Flugbewegungen bedeutet natürlich auch: Es gab keinen Luftangriff.

Die Weißhelme haben zu dem Vorfall ein Video veröffentlicht, ⁴⁹⁶ das eine angebliche zweite Angriffswelle durch Kampfflugzeuge zeigt, tatsächlich aber genau das nicht tut. ⁴⁹⁷

Bild Online schreibt dazu:

Mamun al-Chatib, der Chef der in Aleppo ansässigen und den Rebellen nahestehenden Nachrichtenagentur Schahba, machte die syrischen Streitkräfte für die Angriffe verantwortlich. Laut Augenzeugen soll ein Su-24-Bomber über dem Lager gekreist sein, bevor die Bomben abgeworfen wurden. Nach dem ersten Angriff griffen die Jets noch ein zweites Mal an, berichteten Ersthelfer bei Twitter. Diese Strategie ist typisch für die Kampfflieger des Assad-Regimes. So werden diejenigen zur Zielscheibe, die den Opfern zu Hilfe eilen. ⁴⁹⁸

Bei Twitter ⁴⁹⁹ haben die Weißhelme das Video ⁵⁰⁰ mit den Worten verlinkt: »Während der Rettungsaktion für Zivilisten im Lager Kamounia kamen die Flugzeuge zurück und bombten erneut.« In dem Video filmt jemand den blauen Himmel, in welchem kein einziges Flugzeug zu sehen ist. Plötzlich gibt es dann ein Raketengeräusch und genau eine einzige kleine Explosion. Der Mann mit der Kamera bewegt sich aufgeregt Richtung »Einschlagort«, den er aber nicht erreicht und auch nicht zeigt. Dafür, dass gerade kurz zuvor angeblich eine Angriffswelle mit Dutzenden Opfern über das Camp gerollt sein soll, sind die Menschen in dem Video bei dieser »zweiten Angriffswelle durch Kampfflugzeuge« erstaunlich gelassen.

Gefälschter Angriff auf angebliches Krankenhaus in Aleppo

In Aleppo wurde angeblich Ende April 2016 ein in den Gebieten der »Rebellen« gelegenes Krankenhaus bombardiert. Die Organisation Ärzte ohne Grenzen sprach von fünfzig Toten. Ursprünglich wurde die Story, die wiederum auf Material der Weißhelme beruht, von einem Mann aus England verbreitet, der sich »Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte« nennt. Der Vorgang ist auch ein Lehrbeispiel dafür, wie man (ohne schon eng mit westlichen Regierungen verbundenen) humanitären NGOs Propaganda unterjubelt.

Ärzte ohne Grenzen schreibt in der deutschsprachigen Mitteilung zu dem aktuellen Vorfall:

Wer in Syrien in einem Krankenhaus Hilfe sucht, begibt sich in Lebensgefahr. In diesem Jahr wurden bereits elf von Ärzten ohne Grenzen unterstützte Krankenhäuser bombardiert. Viele Menschen haben ihr Leben verloren. Zuletzt wurden bei einem Luftangriff in Aleppo das Al-Kuds-Krankenhaus und benachbarte Gebäude zerstört, dabei starben mindestens fünfzig Menschen, darunter sechs Mitarbeiter des Krankenhauses. Die Überlebenden berichten, dass zuerst zwei Fassbomben die angrenzenden Gebäude trafen. Dann explodierte eine dritte Bombe, diesmal gezielt am Eingang der Notaufnahme, also dort, wo sich Ärzte und Pfleger um die Verwundeten kümmerten. **501**

Dieser Bericht der »überlebenden« Weißhelme bezieht die übliche Fassbombenpropaganda ein und ist auch sonst nicht stimmig. Selbst wenn Fassbomben in Syrien eingesetzt würden, könnte man mit dieser Waffe nicht ein ganzes Krankenhaus beziehungsweise mehrere Gebäude zerbomben. Bleibt noch die eine Bombe, die angeblich gezielt die Notaufnahmetür traf. Um gleichzeitig Fassbomben abzuwerfen und gezielt den Notaufnahmeeingang mit einer normalen Bombe zu treffen, müssten man schon mit dem Hubschrauber unterwegs sein – und das sehr tief in Reichweite der Waffen der »Rebellen« – oder eine komplizierte Angriffschoreografie mit Hubschraubern inklusive Kampfjet einstudiert haben. Man würde sicher auch normalerweise nicht bei der kompletten Zerstörung eines Gebäudes immer wieder darauf hinweisen, dass die Bombe ja die Notaufnahme traf. Das spielt dann keine Rolle.

Die Organisation Ärzte ohne Grenzen (MSF) unterstützt die Weißhelme und das angebliche Krankenhaus, beispielsweise mit Materialien. Es handelt sich aber keineswegs um ein MSF-Krankenhaus, wie ein Teil der Medien berichtete und fast alle ihren Lesern und Zuschauern suggerierten. In Aleppo waren keine MSF-Ärzte. MSF gibt das wieder, was die »örtlichen Rettungshelfer« der Weißhelme berichtet haben. Die Medien wiederum schrieben dann »laut Ärzte ohne Grenzen« und stellten mithilfe des nichtssagenden Videomaterials der Weißhelme die syrische Regierung an den Pranger. Dieser Fall ist auch ein Paradebeispiel für die »humanitäre Krankenhauspropaganda«, die im Syrienkrieg vor allem 2016 zum Einsatz kam. **502** Angebliche Kindesopfer werden in den entsprechenden Bildern massiv zur Schau gestellt. Auch in diesem Fall konnten keine Daten zu Flugbewegungen zur entsprechenden Zeit am entsprechenden Ort vorgelegt werden.

Gefälschter Luftangriff auf Schule

Eine Schule im Ort Hass (Idlib) soll im Oktober 2016 bei einem russischen oder syrischen Luftangriff zerstört worden sein; dabei starben angeblich 22 Kinder. Der Westen konnte keine Luftraumüberwachungsdaten als Beleg für die Anwesenheit russischer oder syrischer Flugzeuge zur fraglichen Zeit am fraglichen Ort vorlegen. Das Gebäude soll nicht durch eine Bombe von oben zerstört worden sein, die durch das Dach einschlug, sondern angeblich landete der Sprengkörper im Hof und sprengte die Wände des Gebäudes weg. Merkwürdigerweise blieben die Tische und Bänke der Schüler trotzdem völlig intakt und in Reih und Glied stehen. Spuren von Schülern oder deren Bergung sind nicht zu sehen. Hingegen sieht man ungestörten Staub auf den Tischen.

Selbst wenn man nun sagt, die angeblich getroffenen Kinder seien in einem anderen Raum gewesen: Einen Luftangriff gab es hier nicht, sonst würde das Zimmer anders aussehen. Des Weiteren wurde ein Video des angeblichen Luftangriffs durch ein Kampfflugzeug vorgelegt, welches auch ganz oder teilweise in allen wichtigen deutschen Medien gezeigt wurde. **503** Dieses Video des »Rebellensenders« RFS wurde aus verschiedenen Sequenzen zusammengestückelt. Das lässt sich nachweisen. Interessant ist zum Beispiel die Stelle, an der bei Sekunde 0:32 plötzlich von einem

bewölkten Himmel auf einen strahlend blauen Himmel mit einer Bombenexplosion umgeschaltet wird.



Abb 13: Bilder nach angeblichem russischem Luftangriff auf eine syrische Schule

Weißhelme töten Kind vor laufender Kamera

Anfang März 2017 berichtete die schwedische humanitäre Ärztevereinigung SWEDHR über Weißhelme-Videos, mit denen im März 2015 ein Giftgasangriff im Ort Sarmin vorgetäuscht und der syrischen Regierung angelastet wurde. Dafür wurden Leichen von Kindern misshandelt, und ein kleiner Junge wurde mit ziemlicher Sicherheit vor laufender Kamera getötet. **504** Die Videos wurden über den Weißhelmekanal *Syrian Civil Defense in Idlib Province* hochgeladen. Produziert wurden sie von den Weißhelmen unter Mitarbeit der Organisation Coordinating Sarmin, deren Logo eine schwarze Dschihadistenflagge enthält. In dem Video sind auch Weißhelme zu sehen.

Die Mediziner stellten fest, dass die vorgeblichen Rettungsmaßnahmen in beiden Weißhelme-Videos höchst bizarr waren, **505** keinerlei medizinischen Standards entsprachen und potenziell lebensgefährlich waren. Die Ärztevereinigung ließ auch das Gesprochene in den Videos übersetzen. Dabei stellte sich heraus, dass eine arabischsprachige Regieanweisung zur Positionierung der Opfer enthalten war. Die Videos wurden im UN-Sicherheitsrat vor verschlossenen Türen vorgeführt, ohne Übersetzung und ohne Untertitel.

Bei einer ersten Analyse gingen die Ärzte noch davon aus, dass die gezeigten Kinder während der Aufnahmen schon tot waren. Bei einer umfassenderen Untersuchung unter Beteiligung weiterer Mediziner stellte sich jedoch heraus, dass ein kleiner Junge höchstwahrscheinlich durch eine Überdosis Opiate bewusstlos gemacht worden war – in einem Video öffnet er zu Beginn noch kurz die Augen – und mit Sicherheit endgültig durch Stiche in die Brust beziehungsweise das Herz im Rahmen einer nachweisbar vorgetäuschten Adrenalininjektion getötet wurde. **506** In den Videos lässt sich das auch für medizinische Laien mit starken Nerven nachvollziehen: Dem Jungen wird immer wieder eine lange Spritzennadel in den Brustraum gestochen, die Spritze mit dem angeblichen Adrenalin wird jedoch nie abgedrückt. **507**

Schon nach der ersten Analyse der Mediziner begann die ARD mit Nachforschungen. Allerdings nicht, um darüber zu berichten, sondern weil der Vorsitzende der Medizinervereinigung dem Sender *Russia Today* ein Interview dazu gegeben hatte und man wohl der Meinung war, die wiedergegebenen Aussagen könnten nicht stimmen und RT habe Fake News verbreitet. Der Vorsitzende, Professor Ferrada de Noli, bestätigte jedoch, dass seine Aussagen von RT korrekt wiedergegeben wurden. **508** Die ARD wusste also von den schweren Verbrechen der Weißhelme, verlor aber in der Folge kein

Wort darüber. Ferrada de Noli beklagte danach, dass sich die ARD nur für mögliche Fake News durch RT interessiert habe, aber nicht für den eigentlichen Skandal.

Der Sarmin-Zwischenfall ist übrigens einer dieser Vorfälle, die der UN untergeschoben wurden und von denen westliche Medien und Politiker immer behaupten, die UN habe Beweise für Giftgasangriffe durch die syrische Regierung. Die anderen »Giftgasbelege« sind von ähnlicher Qualität.

Ein anderer Fall des Missbrauchs von Kindern für Propagandavideos in der Welt der Weißhelme und ihrer Verbündeten ist der »Junge auf dem orangen Sitz«, ⁵⁰⁹ der im Rahmen einer solchen Propagandaaktion des französisch geführten AMC »aus den Trümmern befreit wurde« und dann erst einmal zum Filmen und Abfotografieren auf den Sitz gesetzt wurde. ⁵¹⁰ Selbst in dem von den »Rettern« veröffentlichten Video ist zu sehen, wie der Junge namens Omran aus PR-Gründen dort mindestens eine Minute ohne jede medizinische Versorgung sitzen muss. Handeln so Rettungskräfte? Offenbar machte nicht einmal dieses oft gezeigte Video die Berichterstatter über diesen Fall stutzig – falls sie denn überhaupt ein Interesse daran hatten, stutzig zu werden.

Kinder werden von den Weißhelmen bevorzugt als Statisten für Propagandavideos missbraucht. Immer wieder veröffentlichen sie Bildmaterial von jungen Männern, die kleine Kinder durch die Gegend tragen und angeblich retten. Dabei haben die »im Schutt grabenden Helfer« oft auch noch blütenweiße T-Shirts an. Genauso, wie diese Dschihadisten die ganze Zivilbevölkerung als Geiseln und menschliche Schutzschilde halten, ⁵¹¹ werden in ihren Filmen die Kinder ihrer Geiseln als Statisten missbraucht und dabei potenziell verletzt.



Abb. 14: Weißhelme bei der Rettung von Kindern. Videos mit solchen Bildern werden massenweise veröffentlicht, um den anhaltenden Krieg in Syrien zu begründen. Wie authentisch sind sie aber?

Ehemalige Einwohner des besetzten östlichen Teils von Aleppo nannten die Weißhelme »Nusra Front, Zivilschutz für al-Qaida«. Sie erklärten, dass die Gruppe mit den bewaffneten Kämpfern zusammengearbeitet und selten normalen Menschen geholfen hatte. ⁵¹²

Westliche Journalisten hätten sich zu ihren Kollegen aus dem Iran, China, dem Sudan, Russland oder dem Libanon gesellen können, um die aus Aleppo geflohenen Menschen nach den Taten der Weißhelme zu befragen, aber offensichtlich wurde dies nicht getan.

Sarin und Chan Schaichun

Über die letzte große angebliche Chemiewaffenattacke (in Chan Schaichun), die einen Monat nach der weitgehend ignorierten Aufdeckung des bereits erwähnten Giftgasvideoskandals durch die schwedischen Mediziner stattfand und nach der US-Präsident Trump nach eigenen Angaben insbesondere wegen der Bilder leidender Kinder Marschflugkörper auf Syrien abfeuerte, wird Monate danach noch gestritten. Dabei ist dieses Propagandastück der Weißhelme längst entlarvt. ⁵¹³ Allein die Frage nach dem Sinn eines solchen Angriffs für die syrische Regierung sollte zu denken geben. Wieso sollte der auf der Siegerstraße befindliche Präsident Assad politischen Selbstmord begehen?

Da melden die Weißhelme zuerst einmal einen Angriff von Jets. Später werden daraus durch westliche Politiker Hubschrauber gemacht, auch für einen UN-Resolutionsentwurf. Denn der gezeigte, angeblich abgeworfene Behälter kann höchstwahrscheinlich nicht aus Kampffliegern abgeworfen werden. Nur passt das nicht mehr zu den Erstangaben der Weißhelme. Eine eventuelle Spitzfindigkeit, dass der Resolutionsentwurf ja auch Jets enthalte beziehungsweise nicht ausschließe, hilft hier auch nicht. Wozu die Hubschrauber?

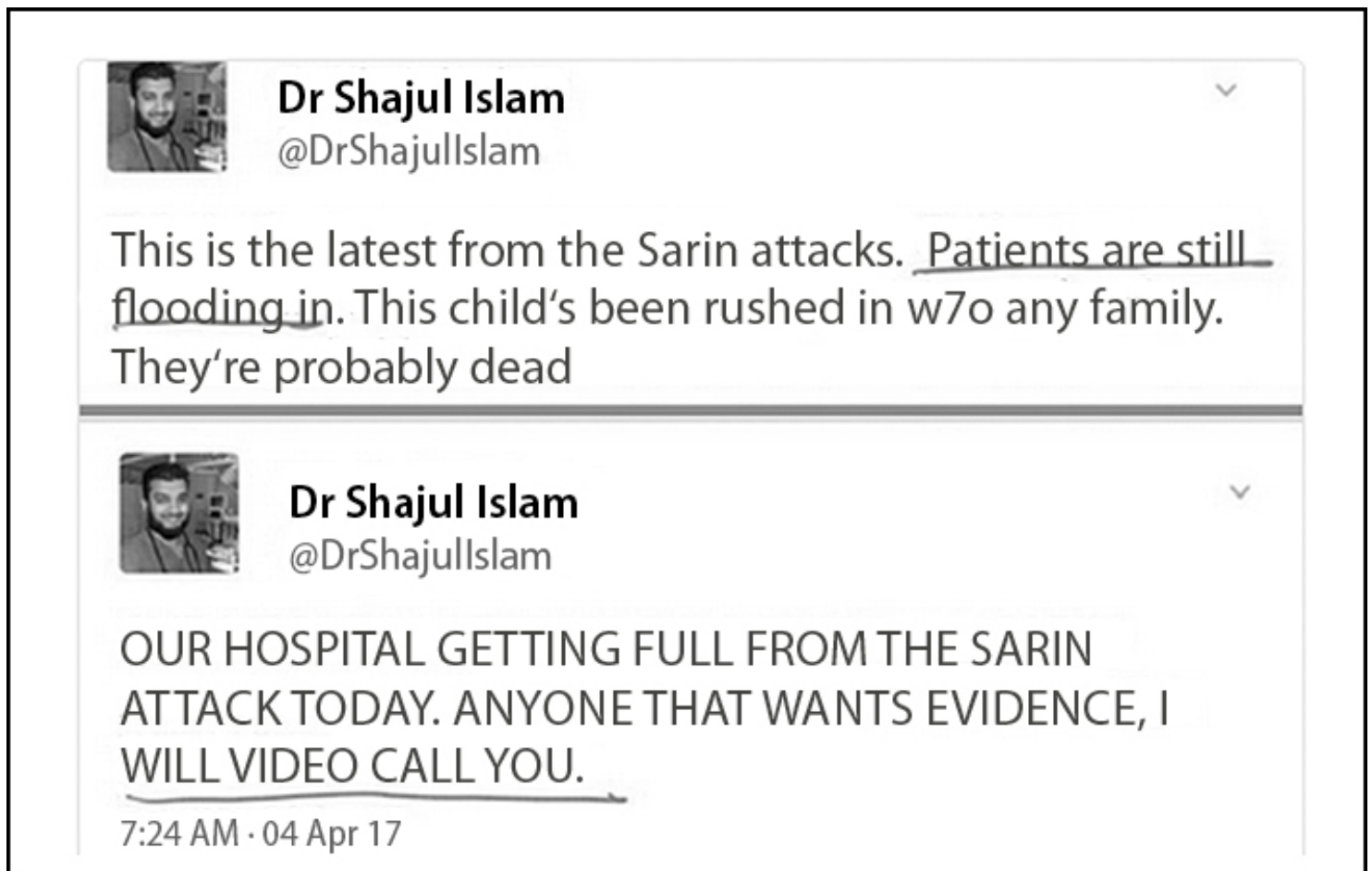


Abb. 15: Im Chaos des Sarin-Angriffs bietet ein Arzt auf Twitter Interviews an

Ein »Arzt« twittet inmitten der angeblich chaotischen Notsituation im Krankenhaus und bietet Interviews an. Der Arzt ist übrigens Brite ⁵¹⁴ und wurde in Großbritannien angeklagt, zwei Journalisten in Syrien entführt zu haben (John Cantlie und Jeroen Oerlemans), worauf er sich nach Syrien zu al-Qaida absetzte. ⁵¹⁵ Die in den Weißhelme-Videos gezeigten angeblichen medizinischen

Maßnahmen sind wie immer haarsträubend und haben mit der Behandlung von Sarin-Opfern nichts zu tun. Wieder wird mit dem massiven Einsatz von Kindern Stimmung gemacht. Zumindest ein Teil der Kinder könnte wie bei dem bereits genannten Sarmin-Zwischenfall nur betäubt gewesen sein.

Der angebliche Ausgangsort – ein kleiner Einschlagskrater – passt nicht zu den angeblichen Fundorten der Opfer, denn das Giftgas müsste sich anders ausgebreitet haben. Die Deformierung des angeblichen Giftgasbehälters im Krater **516** zeigt, dass der Behälter durch aufgelegte Explosivstoffe vom Boden aus gesprengt und in der Mitte stark eingedrückt wurde und nicht infolge eines Abwurfs aus der Luft aufplatzte oder explodierte. Und so weiter. Die vermeintlich hochgiftigen Sarin-Proben nimmt ein Mann mit Sandalen direkt an der »Giftgasquelle«, offenbar ohne davon Schaden zu nehmen. Weitere Bilder zeigen völlig ungeschützte Weißhelme im angeblichen Umgang mit hochgiftigem Sarin.

Diese Proben aus dem »Rebellen«-Weißhelme-Gebiet Idlib, von dem selbst der US-amerikanische Thinktank Atlantic Council zu berichten weiß, **517** dass es unter Kontrolle von al-Qaida und Ahrar asch-Scham steht, erreichen dann über den türkischen Verbündeten und die teils unterwanderte, teils unter Druck gesetzte OPCW die »freie Welt«, die wiederum die Absender der Giftgasproben – die Weißhelme, aber auch die »Rebellen« – finanziert und mit den angeblich aus Chan Schaichun stammenden Proben gegen Syrien und Russland vorgeht. Ob die Proben, die über die Türkei für eine Untersuchung zur Verfügung gestellt wurden, überhaupt aus Chan Schaichun stammen, darf bezweifelt werden. Allerdings: Vor dem Giftgas der »Rebellen« in Idlib warnt mittlerweile auch die US-Regierung in einer Reisewarnung für Syrien. **518**

Wie üblich kann niemand Luftüberwachungsdaten für den fraglichen Ort und die fragliche Zeit des von den Weißhelmen behaupteten Ereignisses vorlegen, die eine Anwesenheit syrischer oder russischer Flugzeuge oder Hubschrauber belegen. Dass westliche Politiker immer wieder lauthals forderten, Syrien solle die Einsatzpläne und Logbücher seiner Luftwaffe von jenem Tag in der Region offenlegen, kann hier nur als Nebelkerze gedeutet werden. Man will selbst keine Überwachungsdaten – vergleichsweise »harte« Beweise – vorlegen, aber dem Wort der Syrer und ihren Einsatzplänen und Logbüchern plötzlich glauben, quasi das erste Mal in dem Konflikt? Das ergibt keinen Sinn.

Politisch lässt sich »Chan Schaichun« auch so erklären, dass die Falken der westlichen Wertegemeinschaft mit dem Ereignis den neuen Präsidenten Trump, der zunächst eine moderate Politik gegen Russland und Syrien angekündigt hatte, zu einem militärischen Einschreiten im Syrienkrieg zwingen wollten. Was ihnen auch bis zu einem gewissen Grad gelang. Bekanntlich gab Trump beim Nachtisch den Einsatzbefehl – ausdrücklich wegen der Bilder leidender Kinder.

Gefälschter Luftangriff auf Hilfskonvoi der UN und des Syrischen Roten Halbmonds

Der September 2016 war eine harte Zeit für die »Rebellen«. Die USA und Russland hatten sich darauf geeinigt, dass man – im Wesentlichen Russland und Syrien – auch mit dem Segen des Westens gegen al-Qaida bomben darf und bomben soll und für die anderen, »moderaten« Rebellen eine Feuerpause gilt. Wobei Letztere sich weigerten, sich von ihren al-Qaida-Kollegen zu separieren. **519** Die prowestlichen »Rebellen« hatten ein ganz schlechtes Standing. Nach dem »Angriff auf den Hilfskonvoi«, angeblich durch die syrische Regierung oder Russland, waren die »Rebellen« wieder in Gänze die Opfer und Helden.

»Rein zufällig« war der von White Helmets, AMC und anderen »Aktivisten« gemeldete Angriff so etwas wie die Lösung des gordischen Knotens für die von al-Qaida geführten Rebellen und den

verbündeten Westen.

Der im Wesentlichen von der arabischen Variante des Roten Kreuzes betreute Hilfskonvoi startete aus dem Gebiet der syrischen Regierung und sollte Versorgungsgüter in die von den »Rebellen« gehaltenen Gebiete bringen. Um die Ankunft des Konvois zu verhindern, hätten die Syrer ihn also gar nicht erst losschicken müssen. Eine Tatsache, die in den westlichen Medien nicht thematisiert wurde. Genauso wenig wie die dreifache Sinnlosigkeit, zuerst einen Konvoi nicht aufzuhalten, um ihn dann militärisch völlig sinnlos anzugreifen und dadurch seinen Gegnern zu neuem Ansehen und neuer Stärke zu verhelfen.

Dass wieder niemand Daten zu Flugbewegungen zum fraglichen Zeitpunkt und fraglichen Ort vorlegen konnte, entspricht den üblichen Rahmenbedingungen der Weißhelme-Geschichten. Auch die Schadbilder weisen nicht auf eine Bombardierung durch (syrische oder russische) Kampfflugzeuge oder gar erdbebenstarke Fassbomben abwerfende Hubschrauber hin, denn Bombentrichter gab es wieder einmal keine. Ein in den Medien viel gezeigter Weißhelm **520** ist oder war ein militanter Kämpfer – dazu später mehr. Weitere Ungereimtheiten komplettieren das schiefe Bild.

Einen »Bombenkrater« gab es übrigens doch, allerdings einen lächerlich gefälschten. **521** Diese Fälschung wurde ausgerechnet durch die für den Syrienkrieg gegründete britische Propagandatruppe Bellngcat versehentlich indirekt bestätigt. Ein kleinerer Teil einer vor Längerem explodierten russischen Bombe wurde in ein Loch gelegt, dann wurden ein paar Medikamentenpackungen dazugeworfen. Das sollte der Beweis für einen Luftangriff vonseiten Russlands oder Syriens sein. Selbst wenn die Bombe ein Blindgänger gewesen wäre, hätte man sie gefunden und nicht nur das abgerissene Hinterteil, das zudem noch komplett deformiert war (durch die frühere Explosion). Wäre die Bombe kein Blindgänger gewesen und tatsächlich explodiert, hätte das Bild der Zerstörung in dem Gebäude völlig anders ausgesehen.

Weißhelme und verbündete Terrorgruppen kappen Wasserversorgung von Damaskus

Zu Weihnachten 2016 hatten die »Rebellen« einen Großteil der Wasserversorgung von Damaskus lahmgelegt. Die *Badische Zeitung* schrieb dazu am 4. Januar 2017:

Die UNO hat aber schon am ersten Weihnachtsfeiertag darauf hingewiesen, dass die fast fünf Millionen Bewohner von Damaskus seit drei Tagen ohne Trinkwasser sind. Der bis heute andauernden Unterbrechung der Wasserversorgung vorausgegangen war ein Angriff der Nusra-Front, die dem Terrornetzwerk al-Qaida nahesteht. Dieser galt den 18 Kilometer westlich der syrischen Hauptstadt liegenden Quellen, die Damaskus seit römischen Zeiten mit Wasser versorgen.

Dem Überfall auf die Quellen folgte deren Verunreinigung mit Diesel, woraufhin das Wasser in der Hauptstadt abgestellt werden musste. **522**

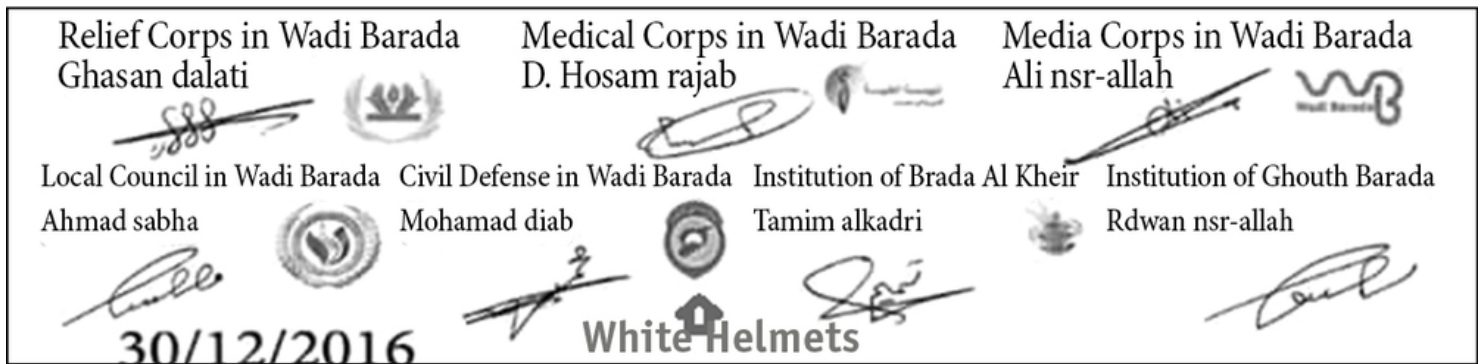


Abb. 16: Unterschriften unter einem terroristischen Erpresserschreiben vom Dezember 2016, inklusive einer Unterschrift für die Weißhelme (unten Mitte)

Auch die Weißhelme waren an der Aktion beteiligt. Sie setzten ihre Unterschrift unter den Erpresserbrief der Terrorgruppen, **523** in dem diese Forderungen stellten, die erfüllt werden sollten, damit »das Kriegsverbrechen beendet und die Wasserversorgung für Millionen Menschen im Raum Damaskus wieder angestellt« würde.

Weißhelme beim IS und bei al-Qaida

In einem Propagandavideo **524** der im Westen als »Islamischer Staat« (IS, ISIS, ISIL, ISIG) und im Nahen Osten als »Daesh« bezeichneten Terroristengruppe sind Weißhelme zu sehen. In den Aufnahmen taucht der britische Reporter John Cantlie auf, der Gefangener des IS war oder gewesen sein soll (und von dem oben erwähnten Chan-Schaichun-Arzt Shajul Islam laut britischen Medien bereits zuvor einmal entführt worden sein soll). Er trat in dieser Zeit in einigen Propagandavideos des IS auf, darunter auch in dem erwähnten, welches aus Aleppo stammt **525** (»From Inside Halab« **526**). Es wurde im Februar 2015 veröffentlicht.

Bestens bekannt bei den Weißhelmen und ihren »Rebellen«-Brüdern ist der aus Saudi-Arabien stammende al-Qaida-Führer Abdullah al-Mouhaysini, der die Weißhelme besucht **527**, sie als Mudschaheddin auf dem Pfad zu Gott preist **528** und als Märtyrer feiert. Ähnlich begeistert von der Weißhelmtruppe ist Abu Dschaber asch-Schaich (ebenfalls al-Qaida, an-Nusra, HTS), ein weiterer Extremistenprediger in Syrien, der die Weißhelme als »verdeckte Soldaten unserer Revolution« feiert.

Kritische Beobachter des Syrienkonflikts haben weitere radikale Verbindungen von Weißhelmen in diversen Beiträgen dieser selbst in Netzwerken entdeckt und dies wiederum in Netzwerken offengelegt. Der Weißhelm Ammar al-Selmo, dessen Darstellung zum oben erwähnten Angriff auf den Hilfskonvoi so viele Medien wiedergaben, war auch schon als bewaffneter Kämpfer gegen die syrische Regierung im Internet zu sehen. **529**

Die al-Qaida-nahe Terrorgruppe Ahrar asch-Scham ehrt gern ihre befreundeten Weißhelme. **530** Und einige Weißhelme haben beste Verbindungen zum Terroristen- und Kopfabseneider-Business. **531**

Medien: Dschaber al-Bakr war Mitglied der Weißhelme

Der mutmaßliche Dschihadist al-Bakr, der Anschläge in Deutschland geplant haben soll und sich nach Angaben der Behörden in mysteriöser Weise in seiner Zelle selbst erhängt hatte, soll Mitglied

der Weißhelme gewesen sein. Die *Deutsche Welle* berichtete am 16. September 2016 in einem englischsprachigen Artikel, basierend auf Angaben der britischen Nachrichtenagentur *Reuters*, dass Dschaber al-Bakr laut seinem Bruder Alaa al-Bakr ⁵³² wahrscheinlich in Berlin radikalisiert wurde und dann für den Dschihad nach Syrien zurückreiste. Ein Jahr zuvor habe er begonnen, Dschihadisten-Lieder zu singen. Auch habe er im Internet Dschihadisten-Videos gepostet. 5 Monate darauf sei er in die Türkei gereist und habe später 2 Monate in Syrien verbracht, bei den White Helmets in der al-Qaida-Hochburg Idlib.

Erstaunlicherweise haben es diese Aussagen zu dem brisanten Fall weder in einen deutschsprachigen Artikel der *Deutschen Welle* noch in einen anderen Bericht der deutschen Massenmedien geschafft.

Weißhelme bei der Exekution von Gefangenen

Die Weißhelme sind auch an Hinrichtungen von syrischen Soldaten und Zivilisten beteiligt und räumen, offenbar zufrieden damit, die Leichen ab. Die Bilder unten zeigen einen Mann, der erschossen wird, ⁵³³ und geköpfte Gefangene. ⁵³⁴ Nach der Ermordung der Opfer zeigen die White Helmets beim Abtransport auch schon mal das Victory-Zeichen. Die entsprechenden Videos haben die Weißhelme übrigens selbst veröffentlicht.



Abb. 22: Töten scheint bei den Weißhelmen Teil des Alltags zu sein

Die Funktion der Weißhelme

Was stattfindet, ist eine einseitige Propaganda der Weißhelme, die zudem logisch und handwerklich äußerst schlecht gemacht ist. Die Erdbeben-Fassbomben-Lüge ist eine Verhöhnung des menschlichen Geistes, und man muss kein Geologe sein, um bei solchen Ausführungen in lautes Gelächter auszubrechen. Stattdessen hat man ihnen im Westen Auszeichnungen verliehen wie den Right Livelihood Award oder indirekt den Oscar, um sie zu heiligen. Zwei Bundestagsabgeordnete forderten gar den Friedensnobelpreis für die Weißhelme. ⁵³⁵

Die gelieferten Geschichten der Weißhelme sind nicht einmal besonders gut. Sie stecken voller offensichtlicher Fehler. Bezüglich der Kritik an den Weißhelmen sollte man beachten, dass vonseiten der Propagandisten gern eine falsche Logik vorgeschoben wird, nach der der Kritiker doch bitte eine komplette Theorie und sämtliche Fakten zu liefern habe. Sobald einer dieser Fakten angreifbar ist oder erscheint oder durch Propaganda unbrauchbar gemacht wurde, wird dann die ganze Kritik ungültig.

Tatsächlich ist es aber so, dass schon ein einziger Fehler genügt, um eine falsche Geschichte oder Theorie zum Einsturz zu bringen, und die Weißhelme, die bevorzugt mit Kindesopfern auf die Tränendrüse drücken, liefern solche Fehler am laufenden Band.

Der Fall Bana al-Abed

Der folgende Beitrag soll zeigen, wie tief die Kriegspropaganda zum Syrienkonflikt, bei dem Deutschland immer offensichtlicher als Kriegspartei zu sehen ist, Eingang in das Denken und Handeln der Medien und sogar der Gerichte gefunden hat.

Ein Gericht entschied, dass man Fake News nicht Fake News nennen darf, wenn man nicht beweisen kann, dass der Verfasser absichtlich log. »Die Wahrheit, Fakten und Beweise spielten dabei keine Rolle«, meinte die vorsitzende Richterin am Landgericht Hamburg. Ohne Absicht also keine Fake News, allerdings gilt das für die »renommierten« Medien. Während selbige beständig davor warnen, dass das Internet voller Fake News ist, ohne im konkreten Fall zu beweisen, dass der Verfasser »mit Absicht eine Lüge« veröffentlichte. Was für die einen eine Justizposse ist, ist für andere die logische Reaktion des Establishments auf das Rütteln am Informationsmonopol der klassischen Medien durch das Internet.

Die Zeitschrift *Stern* veröffentlichte einen Artikel »Sorge um Bana al-Abed – Twitter-Konto von Siebenjähriger aus Aleppo gelöscht« ⁵³⁶ von Marc Drewello, welcher im Wesentlichen auf ungeprüften und dem gesunden Menschenverstand widersprechenden Propagandaaussagen der Terroristenorganisation basierte, die Teile von Aleppo besetzt und die Bewohner als Geisel genommen hatte. Jedem Twitter-Nutzer musste klar gewesen sein, dass die ganze Geschichte um das Mädchen Bana al-Abed reine Propaganda gegen die Regierung Syriens war. Unterstützt wurden Terroristen, die ihr Schreckensregime in Teilen der Stadt eingerichtet hatten.

Nun veröffentlichte Jens Bernert die Hintergründe und wies nach, dass es sich um eine der üblichen PR-Aktionen handelte, mit denen versucht wird, die Gesellschaft auf einen Kriegseintritt zugunsten einer Partei vorzubereiten. Was zum Beispiel in den Fällen der Hufeisenlüge, der Brutkastenlüge und der Massenvernichtungswaffenlüge ja auch gut geklappt hatte.

Er bezeichnete deshalb die Geschichte im *Stern* als Fake News und Propaganda. Was der Zeitschrift *Stern* gar nicht passte, die ihn daraufhin verklagte. Im darauf folgenden Gerichtsverfahren des *Stern*- Journalisten Marc Drewello und des Magazins *Stern* gegen den Blogbetreiber *Blauer Bote* am Landgericht Hamburg wurde dem Kläger Recht gegeben. Entscheidend sei, ob der Journalist absichtlich die Unwahrheit geschrieben habe und dass dies direkt nachweisbar ist. ⁵³⁷

Sicher ist es sinnvoll, einen Journalisten und ein Medium nicht für jede Nachricht in Haftung nehmen zu können, besonders wenn man sieht, wie oft sich sogar Aussagen der Bundesregierung als falsch erweisen (siehe Beispiele wie NSA oder Ukraine). ⁵³⁸ Aber wenn ein Medium bzw. ein Journalist überführt wird, grob fahrlässig oder mit bedingtem Vorsatz wider journalistisches Fachwissen und gesunden Menschenverstand einen Sachverhalt falsch oder unter bewusster Unterlassung von Informationen veröffentlicht zu haben, muss es erlaubt sein, dieses Medium und diesen Journalisten an den Medienpranger zu stellen. Nur so wird es dem mündigen Medienkonsumenten ermöglicht, sich selbst eine Meinung zu bilden. Das Urteil wirft zwangsläufig die Frage auf, ob der mündige Medienkonsument überhaupt erwünscht ist.

Was wir in weiten Teilen der Massenmedien erleben, ist die kritiklose, einseitige Übernahme von Propaganda einer Kriegspartei und die Veröffentlichung als Nachricht, ohne auch nur zu *versuchen*,

sich über den Wahrheitsgehalt zu informieren. Jeder Mensch mit einem gesunden Menschenverstand und Zugang zum Internet konnte sich denken, dass die Geschichte des Mädchens Bana al-Abed eine Propagandastory war und ist. Ich kann nicht glauben, dass ein *Stern*-Journalist wirklich so naiv oder dumm gewesen sein sollte, das nicht zu erkennen.

Wer Zweifel, die überall im Internet verfügbar waren, ignoriert und die Geschichte durch ein wichtiges Nachrichtenorgan als Nachricht und damit als Wahrheit verbreitet, agiert in meinen Augen nicht nur fahrlässig. Während Fahrlässigkeit durch das Urteil vermutlich geschützt werden sollte, sieht es bei bedingtem Vorsatz (ich habe zwar Zweifel, aber es wird schon stimmen), wenn nicht sogar Vorsatz (ich weiß es zwar anders, aber wenn alle das sagen) ganz anders aus. Den Nachweis des Vorsatzes zu fordern erscheint dagegen weit übertrieben. Wenn man außerdem den Vorsatz beiseitelässt, weiß ich nicht, ob es für den *Stern* und den betroffenen Journalisten schmeichelhaft ist, nachgewiesen zu bekommen, dass sie ahnungslos einem Propaganda-Stunt aufgesessen sind, der von jedem einigermaßen informierten Durchschnitts-Blogger durchschaut worden war.

Professor Tim Hayward veröffentlichte dazu in der Online-Zeitung *21st Century Wire* eine vernichtende Beschreibung der »Ahnungslosigkeit« bestimmter Medien, die in Form einer Massenhysterie die Geschichte als Nachricht wiedergaben:

Beginnen wir mit einer einfachen und offensichtlichen Tatsache: Die Twitter-Identität @AlabedBana wurde nicht durch ein 7 Jahre altes Mädchen aus Aleppo erschaffen oder betrieben, auch wenn man es als lebenden Avatar benutzte. Jeder, der diesen Standpunkt zweifelhaft oder befremdlich findet, möge sich doch bitte etwas mehr beim Denken anstrengen. Ich schreibe für Erwachsene. Allerdings mute ich, mit Verlaub, meinen Lesern nicht mehr gesunden Menschenverstand zu als irgendeinem der Kinder, die ich kenne.

Was hinsichtlich der Echtheit der Story von vornherein intuitiv hätte klar sein sollen, aber dennoch von den Massenmedien und den Desinformationsakteuren in deren Gefolge als »verschwörungstheoretischer Blödsinn« verworfen wurde, ist nun auch empirisch beweisbar. **539**

Der Autor betont dann, dass es keiner schwierigen Recherche oder Analyse bedurfte, weil ein Journalist aus Aleppo, Khaled Iskif, eine ganze Serie von Videos veröffentlicht hatte, in der die Geschichte von Bana al-Abed in Aleppo zutreffend charakterisiert und detailliert dargestellt wurde.

540

Khaled beschreibt dann, wie der Reporter mit seiner Kamera den Betrachter mitnimmt auf einen Rundgang durch das Haus von al-Abed und in die Umgebung. Von dort geht man einen kurzen Weg direkt in das ehemalige Hauptquartier der Terrororganisation an-Nusra, das gleich nebenan liegt.

Die Nähe zum Hauptquartier ist frappierend. Es sind nur wenige Meter. Wie kann man annehmen, dass dort keine Bomben fallen werden? Ungefähr 100 Terroristen hielten sich nach Auskunft von Anwohnern im Erdgeschoss des naheliegenden Gebäudes auf. Dann erfährt man von dem Journalisten über die Familie des Kindes:

Der Großvater väterlicherseits betrieb einen Waffenhandel und eine Reparaturwerkstatt für an-Nusra und andere Terroristengruppen. Seine Söhne arbeiteten dort, einer von ihnen war bereits vorbestraft, schon vor dem Krieg, weil er Waffen geschmuggelt hatte. Und wir sehen ein Foto der nun weltbekannten Enkelin, als sie ca. 3 Jahre alt war und mit einer Waffe posierte, die ebenso groß war wie sie selbst. **541**

Ghassan, der Vater der Twitter-Sensation, hatte als Anwalt gearbeitet, war dann aber bewaffneten Gruppen beigetreten. Der Journalist zeigt Fotos von Ghassan, wie er bewaffnet mit Mitgliedern von an-Nusra und anderen Terrororganisationen posiert. Dokumente tauchen auf, die beweisen, dass er in einem Scharia-Gericht der Terroristen gearbeitet hatte. Dieses war in einer ehemaligen Augenklinik eingerichtet worden. Als das Gebäude dann bombardiert wurde, war natürlich nur die Rede von

einem Krankenhaus. Wir lernen weiter, dass Papiere, die im Haus verstreut waren, darauf hindeuten, dass er ein hoher Funktionär der Terroristenorganisation war, mit Verbindungen zu ausländischen Staaten. Hayward beschreibt dann ein weiteres Detail:

Wir sehen ein Foto von ihm, mit einer AK-47 neben einer ISIS-Flagge. Ein weiteres Foto von ihm zeigt ihn in der Mitte einer bewaffneten Asafwa-Gruppe. Wir sehen ihn mit vier Brüdern, jeder davon mit einer bedrohlichen Waffe in der Hand, vor ihrem Geschäft.

Außerhalb des Bana-Hauses, und gerade um die Ecke, werden wir in ein Erdgeschoss geführt. Wir sind nun im Hauptquartier von an-Nusra. Dort sehen wir Flaggen der Militanten, Verpflegung aus der Türkei und ein Gefängnis. [...] Khaled sagt auch etwas über den kleinen Jungen Omran, der, in einem orangen Krankenwagensitz fotografiert, eine weitere Mediensensation im Westen war. Wir trafen Omran in den Videos von Khaled **542** (siehe dazu auch dieses Video **543** und jenes hier **544**). Er ist wieder in Aleppo, in seinem eigenen Haus, nicht in der Türkei. Er wurde gegen den Willen seiner Familie ins Rampenlicht der Massenmedien gezerrt.

Die Protagonisten der Terroristenpropaganda behaupten, Omrans Vater werde von der Regierung dazu erpresst, falsche Aussagen zu machen. Die Frage ist dann, warum der Vater nicht die Popularität seines Sohnes genutzt hat, um sich eine neue Existenz im Ausland aufzubauen. Was passiert in Deutschland, wenn sich herausstellt, dass ein Facebook-Account, ein Twitter-Account oder ein Blog Hassnachrichten verbreitet, auf Neudeutsch »Hate Speech« genannt. Die Quellen werden gesperrt und geächtet, ohne Prüfung, ob eine »Fake News« mit Absicht verbreitet wurde. Es wird noch nicht einmal geprüft, ob es überhaupt eine Fake News ist. Allein die Tatsache, dass Gefühle gefördert werden könnten, die sich gegen bestimmte Gruppen richten, reicht für eine neue Form der Zensur aus.

Nun verbreitet ein offizielles Medium, der *Stern*, im Prinzip Propaganda von Terroristen, wie Professor Hayward nachweist. Ist das etwas anderes als Aufhetzung der Gesellschaft? Und ein Gericht entscheidet, dass man das nicht einmal Fake News oder Propaganda nennen darf?! Konsequent zu Ende gedacht, bedeutet dies, dass »Demokratie« ad absurdum geführt wird. Denn Wähler können nur auf der Basis von Informationen Wahlentscheidungen fällen. Wenn diese aber nicht einmal Fake News genannt werden dürfen, wenn sie bewiesenermaßen Falschinformationen sind, heißt dies, dass Wähler keine Chance haben, zutreffende Informationen für ihre Wahlentscheidung zu erhalten. Demokratie als Potemkinsches Dorf.

Das Urteil, sollte es nicht wie andere zuvor, von höheren Gerichten gekippt werden, kommt meines Erachtens einem Freibrief für die Massenmedien gleich, nach Belieben Gerüchte, Fake News und Propaganda zu verbreiten, ohne dass man das dann aber so nennen darf. Nach dem obengenannten Urteil darf man einen Journalisten nicht mehr als Verbreiter von Fake News benennen, ungeachtet vorliegender Nachweise der Unwahrheit. Man darf die Wahrheit, dass er offensichtlich Lügengeschichten verbreitet, also nicht mehr aussprechen, die Unwahrheit aber vollkommen unbehelligt, soweit man ein Mitglied der ehrenhaften Gesellschaft der Massenmedien ist.

Darüber hinaus zeigt sich eine seltsam einmütige Verhaltensweise des Establishments. Zunächst werden Informationen, die nicht in das eigene Narrativ passen, ignoriert. Beginnen diese Informationen aber Reichweite zu entwickeln, werden sie verleumdet. Reicht das immer noch nicht, sie zu unterdrücken, bemüht man die Justiz. Da das Internet inzwischen als Informationsmedium bei großen Teilen der Bevölkerung angekommen ist, wird es interessant sein zu beobachten, wie es zunehmend unter die Kontrolle derjenigen genommen wird, die auch die klassischen Medien und deren Narrative beherrschen.

USA produzierten falsche Terroristenvideos

Aber es waren nicht nur Terroristen, die mit freundlicher Unterstützung und Finanzierung westlicher Staaten Propagandavideos drehten. Wie ein Artikel in *21st Century Wire* enthüllt, **545** gab das Pentagon 500 Millionen US-Dollar für die Produktion von falschen Terroristenvideos aus. Genauer gesagt geht es um gefälschte al-Qaida-Videos. Jene Terrororganisation, die den Terroranschlag am 11. September 2001 in New York begangen haben soll, die aber nun, da sie gegen die Regierung Syriens kämpft, wieder mehr und mehr zurückfindet zu dem ursprünglichen Image der »Freiheitskämpfer«, die ihre Vorgänger zur Zeit des Afghanistankrieges waren. Nach Aussage des Artikels hätten US-Soldaten diese Videos in »durchsuchten« – andere sagen: überfallenen – Häusern hinterlassen. Andere Videos wurden veröffentlicht, um zu beobachten, wer sie anschaute, was sie zu Verdächtigen machte.

Welche Videos genau für die halbe Milliarde Dollar produziert wurde, ist nicht bekannt, aber Gerüchte kursieren, dass mindestens ein Köpfungsvideo dabei ist.

FOX News hat seitdem zugegeben, dass mindestens eines der Hinrichtungsvideos, die eine Enthauptung durch ISIS zeigten, in einem Studio gestellt worden war. **546**

Es wäre nicht verwunderlich, wenn wenigstens einige der Videos den Weg auch in die deutschen Fernsehanstalten gefunden hätten und den Ruf nach einem Militäreinsatz der Bundeswehr gegen die Terroristen unterstützten.

Kein Grund für Deutschland, in Syrien zu bleiben

§ 80 des deutschen Strafgesetzbuches hatte die strafrechtlichen Konsequenzen für die Verletzung des Grundgesetzes laut Artikel 26 definiert, das heißt, er stellte die »Vorbereitung eines Angriffskrieges« unter Strafe. Darauf bezogen sich verschiedene Anzeigen beim Generalbundesanwalt hinsichtlich des Einsatzes der Bundeswehr in der Türkei und später in Syrien. Zum 1. Januar 2017 wurde dieser § 80 gestrichen und durch neue Regelungen, im Rahmen der Harmonisierung mit EU-Regelungen, wie es hieß, ersetzt.

Eine strafrechtliche Bewertung findet sich nun im Völkerstrafgesetzbuch (VStGB), und dort in § 13. **547** Dort wird jetzt nicht mehr speziell auf den Tatbestand der »Vorbereitung« wie im Grundgesetz eingeschränkt. Was demnach eine Wiederholung der Behauptung des Generalbundesanwaltes, dass nur die Vorbereitung unter Strafe steht, nicht aber die Unterstützung eines laufenden Angriffskrieges, wie der von den USA gegen den Irak zum Beispiel, **548** unmöglich macht. Dort heißt es jetzt:

Völkerstrafgesetzbuch (VStGB) § 13 Verbrechen der Aggression

(1) Wer einen Angriffskrieg führt oder eine sonstige Angriffshandlung begeht, die ihrer Art, ihrer Schwere und ihrem Umfang nach eine offenkundige Verletzung der Charta der Vereinten Nationen darstellt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft.

(2) Wer einen Angriffskrieg oder eine sonstige Angriffshandlung im Sinne des Absatzes 1 plant, vorbereitet oder einleitet, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren bestraft. Die Tat nach Satz 1 ist nur dann strafbar, wenn

1. der Angriffskrieg geführt oder die sonstige Angriffshandlung begangen worden ist oder
2. durch sie die Gefahr eines Angriffskrieges oder einer sonstigen Angriffshandlung für die Bundesrepublik Deutschland herbeigeführt wird.

- (3) Eine Angriffshandlung ist die gegen die Souveränität, die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit der Charta der Vereinten Nationen unvereinbare Anwendung von Waffengewalt durch einen Staat.
- (4) Beteiligter einer Tat nach den Absätzen 1 und 2 kann nur sein, wer tatsächlich in der Lage ist, das politische oder militärische Handeln eines Staates zu kontrollieren oder zu lenken.
- (5) In minder schweren Fällen des Absatzes 2 ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren.

Was zunächst sehr gut und wie eine Verschärfung des bisher geltenden Rechtes aussieht, ist aber auch eine Einschränkung. Denn durch diese deutsche Regelung vermeidet man, gegen Verbündete vorgehen zu müssen, die Angriffskriege begehen. Dafür sorgt in § 1 die Regelung:

Dieses Gesetz gilt für alle in ihm bezeichneten Straftaten gegen das Völkerrecht, für Taten nach den §§ 6 bis 12 auch dann, wenn die Tat im Ausland begangen wurde und keinen Bezug zum Inland aufweist. Für Taten nach § 13, die im Ausland begangen wurden, gilt dieses Gesetz unabhängig vom Recht des Tatorts, wenn der Täter Deutscher ist oder die Tat sich gegen die Bundesrepublik Deutschland richtet.

Wer nun denkt, »nun gut, wenigstens können jetzt deutsche Beteiligungen an Angriffskriegen verfolgt werden«, der irrt auch wieder. Es gibt weitere Einschränkungen:

1. Die Verantwortung ist auf hohe politische und militärische Verantwortliche begrenzt.

Falls also ein Feldkommandant etwas unternimmt, was nicht ausdrücklich in der politischen Anweisung enthalten war, entfällt die Strafverfolgung.

2. Die Schwelle, was Angriffshandlungen sind, wurde heraufgesetzt.

Wenn also der Generalbundesanwalt feststellt, dass weder eine Angriffshandlung gegen die Souveränität oder die territoriale Unversehrtheit eines Staates noch eine andere explizit in der Charta der UNO genannte Aktion durchgeführt wird, kann er darauf hinweisen, dass diese selbst kriegerische Aktion doch kein Angriffskrieg wäre.

Letztendlich aber kommt eine Bestrafung sowieso nicht zum Zuge, da das Strafrecht dem Rom-Statut angepasst wird, obwohl dieses noch gar nicht mit Zweidrittelmehrheit angenommen wurde. Was dem Generalbundesanwalt eine weitere Lücke lässt, auf eine Strafverfolgung zu verzichten.

Mit anderen Worten: Bei der »Harmonisierung« sehen wir eine erneute Verwässerung des Geistes und des Textes unseres Grundgesetzes, das in großen Teilen nur noch wie eine Hülle erscheint, die längst nicht mehr lebt, sondern mit Ausnahmeregelungen oder Veränderungen ausgestopft wurde. Ein toter Wachhund der Bürgerrechte gegenüber dem Staat, mit einem glänzenden Fell.

Wer jedoch dem Geist und dem ursprünglichen Sinn des deutschen Grundgesetzes noch verpflichtet ist, der wird davon unbeirrt gegen die Unterstützung eines Angriffskrieges, wie wir ihn in Syrien sehen, eintreten.

Nachdem der Hauptgrund der Militärintervention inzwischen durch die Beseitigung der Bedrohung in Syrien durch ISIS / Daesh beseitigt wurde, fragt man sich, welcher Grund nun deutsche Abgeordnete bewegt, die Beteiligung an der von den USA geführten Koalition zu verlängern, obwohl inzwischen klar sein sollte, dass die USA eine illegale Besetzung von Teilen Syriens betreiben.

Ich befragte hierzu Tim Anderson, einen australischen Lehrbeauftragten, der einer der besten Kenner der Lage in Syrien ist.



Mitschka: In Syrien und im Irak haben die Widerstandskräfte sowie die Armeen Syriens und des Irak kürzlich die Hochburgen von Daesh/ISIS/ISIL befreit. Russland und die USA sprechen von einem erfolgreichen Sieg gegen die Terroristen. Was denken Sie über die erreichten militärischen Erfolge? Haben Sie eine positive Sicht auf die Sicherheitslage?

Anderson: Wie wohl bekannt sein sollte, haben die Regierungen des Irak, Syriens und Russlands kürzlich den Sieg über Daesh sowohl im Irak als auch in Syrien erklärt. Das bedeutet zwar nicht, dass die sektiererische Gruppe vollständig ausgelöscht wurde, aber dass sie keine signifikante Basis in städtischen Bereichen mehr hat. Dies ist ein wichtiger Durchbruch, denn die Bekämpfung von Terroristen in urbaner Umgebung ist sehr schwierig, weil die Terroristen viele Geiseln und menschliche Schutzschilde in ihrer Nähe haben. Es gab eine reale Gefahr für die Zivilisten, und die Sponsoren der Terrorgruppen hatten eine konstante Propaganda der Ablenkung betrieben, schrien »Menschenrechte«, wenn Terroristen und Verbrecher bombardiert wurden.

Die westlichen Medien schweigen nun weitgehend zum unerwarteten Ausgang, dafür behaupten sie jetzt, dass die von den USA geführte Gruppe mit Sitz in Katar verantwortlich für den Sieg über Daesh war. Das ist zwar absurd, ist aber Teil des Versuchs, die imperiale Geschichte reinzuwaschen.

Es gibt verschiedene wichtige Auswirkungen der letzten Siege der Achse des Widerstandes. Erstens können sich die beiden hauptsächlich betroffenen Länder nun endlich wieder um wichtige andere Dinge kümmern. Die Republik Irak kann weiter damit fortschreiten, den Prozess der Konsolidierung ihres unabhängigen Staatsgebietes zu betreiben, während sich die Arabische Republik Syrien der Zerschlagung der internationalen sektiererischen Gruppen im Westen Syriens zuwenden kann. Zweitens können die nicht eingeladenen ausländischen Mächte aus der Region vertrieben werden, da der letzte Vorwand (Kampf gegen Daesh) nun nicht mehr existiert. Drittens verstehen die Menschen der Region jetzt besser, wer die Garanten ihrer Sicherheit und nationalen Integrität sind. Die unabhängigen Länder der Region sehen eine Konsolidierung ihrer internen Unterstützung.

Während Washington, London und Paris in den letzten 16 Jahren direkte und Stellvertreterkriege mit Terroristen orchestrierten, assistierten ihnen Propagandaprojekte, die laut über die Kräfte lamentierten, die sich erfolgreich gegen die Aggression stellten. Das ist noch immer der Fall. So beschuldigen die Westmächte die Hisbollah, die sich erfolgreich gegen Israel zur Wehr setzte und die Annexion und Desintegration des Libanon verhinderte. Sie verbreiten ständig Lügen über die Syrisch-Arabische Armee, die unter immensen Opfern genau das tat, was eine Armee tun sollte: das Volk vor sektiererischen Terroristen und ausländischen Aggressoren beschützen. Die Großmächte verbreiteten gefälschte, »sektiererische« Skandale über Iraks al-Haschd asch-Scha'bi, ohne die der Irak als Nation wohl zusammengebrochen wäre. Washington dämonisiert Russland, ganz besonders deshalb, weil es ein Gegengewicht zum Tsunami des Terrorismus darstellte, was für Syrien den Sieg sicherstellte. Die USA und besonders Israel hingegen bleiben besessen von der Islamischen Republik des Iran, weil es der erfahrene Partner in der regionalen Allianz ist, mit dem sie es jetzt zu tun bekommen.

Mitschka: Generalmajor Qassem Soleimani, der Kommandeur der al-Quds-Einheit der Revolutionsgarden des Iran (IRGC), erklärte kürzlich den Zusammenbruch der Takfiri-Terrorgruppen im Irak und in Syrien. Was ist Ihrer Einschätzung nach die Rolle des Iran in der Bekämpfung des Terrorismus im Mittleren Osten?

Anderson: Die Rolle des Iran in der Koordination und Integration der Widerstandskräfte war entscheidend. Seine Beiträge gegen den sektiererischen Terrorismus waren am deutlichsten in Aleppo zu erkennen, aber auch im östlichen Syrien, in Tikrit und in Mossul. Darüber hinaus machte sich der Einfluss des Iran bei einer Reihe anderer Tätigkeitsfelder bemerkbar:

- bei der Unterstützung von Syriens militärischen Kommandeuren und der militärischen Kontrolle, besonders seit 2015;
- in der logistischen und humanitären Unterstützung der Region;
- in den diplomatischen Prozessen – beachtenswert ist das Engagement mit Europa, der Türkei und Katar;
- nicht zuletzt durch seine unabhängigen und mit dem Widerstand verbundenen Mediendienste für die ganze Region. Welche anderen Medien verfolgen so eng den schmutzigen Krieg Saudi-Arabiens gegen den Jemen?
- Die Islamische Republik schult, trainiert und unterstützt die Palästinenser, den libanesischen Widerstand und die Volksverteidigungskräfte des Irak.

Teherans Allianz mit dem säkularen Syrien war seit 1979 unerschütterlich. General Soleimanis Rolle war einzigartig, er wurde von den kolonialen Kräften gefürchtet, da er das Gesicht des Widerstandes verkörpert. Er zerstört die koloniale und neokoloniale Teile-und-herrsche-Strategie.

Mitschka: Der Generalsekretär der libanesischen Widerstandsbewegung Hisbollah, Hassan Nasrallah, sagte kürzlich, die USA würden zwar behaupten, gegen den Terror zu kämpfen, hätten aber keine Mühen gescheut, Daesh-Terroristen in der syrischen Stadt Abu Kamal zu helfen. »Die USA halfen Daesh in Abu Kamal nach besten Kräften. Es fehlte nicht viel und sie hätten direkt die Streitkräfte angegriffen, die die Stadt von Daesh befreiten«, sagte der Hisbollah-Anführer. Was halten Sie von dieser Bemerkung?

Anderson: Es gab tatsächlich eine substanzielle Gegenoffensive durch Daesh-Kräfte in Abu Kamal – so wie wir sie auch im letzten Jahr in Tadmor sahen. In beiden Fällen war das nur möglich durch logistische und geheimdienstliche Unterstützung regionaler US-Streitkräfte. Im vergangenen Oktober erklärte mir ein syrischer General in Deir ez-Zor, wie gut die Daesh-Kräfte mit den US-Truppen koordiniert waren, so als stünden sie unter direktem US-Kommando. Im Irak gibt es von 2014 an – in Syrien seit Ende 2017 – viele Berichte über Evakuierungen von Daesh-Kommandeuren, besonders jenen aus dem Ausland. Durchgeführt wurden sie in aller Öffentlichkeit von US-Hubschraubern, als sich die Daesh-Kräfte entlang des Euphrat auf dem Rückzug befanden.

Es gab einen Vorfall im letzten Jahr, als US-Streitkräfte in Dschabal al-Tharda direkt syrische Truppen angriffen, um Daesh zu helfen. Natürlich ist das volle Verständnis dafür, was passierte, nur möglich, wenn man die Aussagen aller Seiten hört. Im derzeitigen Klima der Kriegspropaganda sagt man jedoch den Menschen im Westen, die Nachrichtenquellen aus Syrien, dem Irak, dem Iran oder Russland seien verboten. Durch solche Kampagnen der Zensur und Einschüchterung soll die Kritik an der Kriegsführung minimiert werden.

Nicht nur gab es eine Reihe von Berichten über Washingtons indirekte Hilfe für Daesh, sondern auch diverse Ereignisse, bei denen sie nichts taten, um Daesh aufzuhalten oder der syrischen Armee zu helfen, zum Beispiel in Deir ez-Zor Ende 2017.

Zweifellos wurde Daesh – so wie auch Söldner in Dutzenden früherer verdeckter Operationen der USA – als Werkzeug für Washingtons Teile-und-herrsche-Politik benutzt. Und wenn die hässliche Fratze der Wahrheit ihr Haupt erhebt, versteckt sich die Großmacht hinter der Doktrin der »glaubhaften Abstreitbarkeit« aus dem Kalten Krieg. In diesem Fall ist das Dementi jedoch nicht glaubhaft.

Mitschka: Das deutsche Grundgesetz, das die Funktion einer Verfassung erfüllt, verbietet die »Planung von Angriffskriegen«. Als ich mich während des Zweiten Golfkrieges der USA darüber beschwerte, dass Deutschland den USA während dieses Angriffskrieges de facto half, antwortete der Generalbundesanwalt, dass nur die Planung eines Angriffskrieges, nicht aber die Unterstützung eines bereits laufenden Angriffskrieges vom Grundgesetz verboten sei. Als ich eine Anzeige einreichte wegen der Beteiligung Deutschlands an der von den USA angeführten kriegserischen Koalition gegen Syrien, antwortete der Generalbundesanwalt, grob gesagt, mit folgenden Argumenten, um kein Verfahren einleiten zu müssen:

1. Aus Artikel 26 Abs. 1 Satz 1 GG lässt sich ableiten, dass die Vorbereitung eines Angriffskrieges als Unterfall solcher verfassungswidriger Handlungen angesehen wird, »die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören ...«

Das, so der Generalbundesanwalt, sei bei dem Einsatz aber nicht zutreffend. Vielmehr sei der bekämpfte Gegner ein nichtstaatlicher Akteur in einem Gebiet, über das der betreffende Staat keine hoheitliche Macht mehr ausüben kann. Weiter argumentierte er sinngemäß:

2. Mehr als 60 Staaten nähmen an der Intervention teil, weshalb die Annahme, sie würde gegen das Völkerrecht verstoßen, kaum anwendbar sei.

3. Die UNO-Resolution erlaube eine solche Intervention.

Wie beurteilen Sie die Antwort des Generalbundesanwalts?

Anderson: Ich bin nicht qualifiziert, um rechtliche Interpretationen über die Verfassung Deutschlands abzugeben. Jedoch gibt es keinen Zweifel daran, dass die Invasion des Irak im Jahr 2003 ein Angriffskrieg war. Der damalige UNO-Generalsekretär Kofi Annan gab dies im Jahr 2004 zu. NATO-Aktionen im Irak ab 2014 hingegen hatten eine rechtliche Basis, da sie der Anforderung der Regierung des Irak folgten. Jedoch wurde diese Legitimation durch permanente Beschwerden hochgestellter irakischer Offizieller, dass die US-geführte Koalition direkt und indirekt Daesh/ISIS helfe, unterminiert.

In Syrien waren die Aktionen der Koalition schon immer illegal, da die syrische Regierung ausdrücklich eine ausländische Intervention ablehnte. Die Aktionen der von den USA geführten Koalition können auch nicht als »grenzübergreifende Verfolgung« bezeichnet werden. Die Koalition hat niemals Daesh in Syrien in Koordination mit der syrischen Regierung angegriffen, und das in den 3 Jahren von 2014 bis 2017. Darüber hinaus hatten die von den USA geführten Einheiten fünf direkte Angriffe auf legitime syrische Streitkräfte durchgeführt, in den meisten Fällen waren Letztere dadurch beim unmittelbaren Kampf gegen ISIS behindert worden. Und schließlich gibt es die Vorwürfe der verschleierte Unterstützung von Daesh / ISIS in Syrien. Diese Dinge lassen keinen Zweifel daran, dass die Anwesenheit und die Aktivitäten der von den USA angeführten Truppen in Syrien illegal und kriminell sind.

Was die 60 Staaten angeht, ist Illegalität oder kriminelle Aktion nicht von der Anzahl der Täter abhängig.

Und was den Verweis auf die UNO-Resolution betrifft: welche UN Resolution eigentlich? Der hauptsächliche vorgeschobene Grund ist die Anforderung der Regierung des Irak aus dem Jahr 2014. Die Sicherheitsratsresolutionen der UNO hinsichtlich Aktionen gegen Terroristengruppen in Syrien – Daesh, Dschabhat an-Nusra und verbündete Einheiten – verlangt die Beachtung der Souveränität und territorialen Integrität Syriens. Die syrische Regierung hat wiederholt die Anwesenheit der von den USA geführten Streitkräfte verurteilt, auch mit dem Hinweis, dass sie selbst zu den Hauptunterstützern dieser Terrorgruppen gehören. Niemand kann einfach so über den Willen eines souveränen Staates hinwegsehen.

11. Das Grundgesetz und Angriffskriege

Meine Anzeige wegen eines Grundgesetzbruchs beim Asien-Einsatz der Bundeswehr beantwortete der Generalbundesanwalt unter anderem mit dem Hinweis, es hülften so viele Staaten in der Koalition mit, dass dies gegen ein völkerrechtswidriges Verhalten spreche. Dies ist ein zweiseitiges Schwert, denn immer mehr Juristen sind der Meinung, dass die UN-Resolution 2249, auf die sich auch Deutschland immer wieder beruft, längst nicht den Umfang der Aktivitäten abdeckt, den die Koalition in Syrien durchführt. Dies gilt in ganz besonderem Maße, nachdem nun ISIS geschlagen wurde und es fraglich ist, inwiefern sich die Koalition überhaupt noch auf die UN-Resolution berufen kann. Aber schon 2015 gab es ernsthafte Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Einsatzes.



Neben Professor Daniel Erasmus Khan, der in einem Interview mit Dietmar Hipp ⁵⁴⁹ darauf hinwies, dass eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gute Chancen hätte, gibt ein Artikel von Professor Nicolas Boeglin ⁵⁵⁰ schon mehr Details über die Fragwürdigkeit der Argumentation wieder. Mit seiner Erlaubnis werde ich im Folgenden ausführlich aus seiner Argumentation zitieren.

Der Autor beginnt mit der Feststellung, dass die Anwendung von Gewalt in der Charta der Vereinten Nationen ausdrücklich verboten wurde. Wie bekannt, gelten die Ausnahmen der unmittelbaren Selbstverteidigung und des Einsatzes im Rahmen der Autorisierung durch den Sicherheitsrat nach Kapitel VII.

Wenn Bomben in Syrien abgeworfen werden, ist es schwer, im Falle Deutschlands diesen Angriff als »Selbstverteidigung« zu bezeichnen. Nun gibt es aber eine Sicherheitsratsresolution, die in den Vereinten Nationen innerhalb von nur einer Woche nach den Attentaten von Paris am 20. November 2015 verabschiedet worden war. Es handelt sich um die besagte Resolution 2249. ⁵⁵¹ Aber leider wird sie von vielen westlichen Kommentatoren falsch interpretiert. Die Resolution war nach den Attentaten in Frankreich verabschiedet worden, und Deutschland selbst erklärte, in Freundschaft und Solidarität zu Frankreich im Kampf gegen Syrien teilzunehmen, und als präventive Maßnahme für die eigene Sicherheit. Daher ist es sinnvoll zu sehen, wie Fachleute in Hinsicht auf Frankreich selbst, das »angegriffene« Land, die Situation beurteilen. Nicolas Boeglin schreibt dazu:

In rein rechtlicher Hinsicht beglückwünschte sich der Vertreter Frankreichs sofort zur Annahme der Resolution vom 20. November 2015; er legte Nachdruck auf die Folgen, die sich seiner Ansicht nach daraus ergeben: »Unsere militärischen Aktionen, über die wir den Sicherheitsrat von Anfang an informiert haben, waren gerechtfertigt durch das kollektive Selbstverteidigungsrecht. Ab heute können sie sich in Übereinstimmung mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen auch auf das individuelle Selbstverteidigungsrecht stützen«, erklärte Delattre. ⁵⁵²

Indem Frankreich sich allein auf den Boden der Selbstverteidigung stellt (und nicht auf den einer militärischen Intervention, die durch Überlegungen anderer Art begründet ist), schließt es sich den Positionen anderer Staaten an, die Luftschläge in Syrien ausführen.

Im Oktober 2015 hatte Professor Philippe Lagrange (Universität von Poitiers) die Berufung Frankreichs auf den Begriff des »Selbstverteidigungsrechts« hervorgehoben: »Bis in die Gegenwart hat Frankreich das Völkerrecht hinsichtlich der Berechtigung zur Anwendung von Gewalt eingebracht. Um in Syrien zu bombardieren, ist entweder das Einverständnis der gesetzlichen Amtsgewalt

des Landes erforderlich oder eine Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. Wir haben weder das eine noch das andere.«
553 In einem anderen Artikel, der im September 2015 in *La Croix* erschien, ist zu lesen, dass für Ariel Colonomos (Forschungsleiter bei CNRS **554**): »der französische Verteidigungsminister sich kürzlich auf den Begriff des ›gerechten Krieges‹ berufen hat, ein Konzept, das die Philosophen des christlichen Rechts entwickelt haben, um die Beziehungen zwischen Staaten zu regeln, was insbesondere eine gerechte Sache beinhaltet – Notwehr oder Rettung der Unschuldigen –, den Einsatz als letztes Mittel, die Verhältnismäßigkeit und die Erfolgswahrscheinlichkeit.« **555**

Der Autor gibt dann zu bedenken, dass hier auf ein Arsenal von Argumenten Bezug genommen wird, das fatal an jene erinnert, die von den USA nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 genutzt wurden, um ihren weltweiten Krieg »gegen den Terror« zu legalisieren. Er weist darauf hin, dass die Kennzeichnung der Attentate vom 13. November als »kriegerische Akte« und als »Aggression gegen unser Land« (von Deutschland auch gern als Angriff gegen Europa, Deutschland und das westliche Wertesystem generell erweitert) schwere Zeiten für bestimmte Grundprinzipien des Völkerrechts ankündigen.

Er stellt fest:

Es ist anzumerken, dass die Definition von »Aggression« in der 1974 durch die UN-Generalversammlung angenommenen Resolution 3314 nun ergänzt werden kann durch die der »Angriffshandlung«, die von den Vertragsstaaten im Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) 2010 in Kampala (das heißt neun Jahre nach den Attentaten des 11. September 2001) angenommen wurde. Diese schließt Handlungen von nichtstaatlichen Einheiten, die unabhängig von einem Staat handeln, aus: Wir verweisen den Leser auf den Wortlaut der genannten Definition.

Nicolas Boeglin merkt dann an, dass sich die russische Delegation bei der UNO große Mühe gab, einen Bezug zur Charta der Vereinten Nationen einzufügen. Dies wird noch besondere Wichtigkeit haben. Denn durch diesen Hinweis ist die Bombardierung Syriens – ohne die Berücksichtigung der Souveränität des Landes, das heißt ohne Zustimmung der legitimen Regierung des Landes – nicht erlaubt, da die Resolution nicht unter das Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen gestellt wurde. Dies hatte man auch in der Tageszeitung *Le Monde* erkannt:

Konkret gibt die Resolution 2249 keine gesetzliche Berechtigung, um in Syrien oder im Irak militärisch einzugreifen, da sie nicht unter das Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen gestellt wurde, welches den Gebrauch von Gewalt regelt. Aber der Wortlaut des Textes, der festlegt, dass »alle notwendigen Maßnahmen« zum Kampf gegen den IS erlaubt sind, lässt Raum für die Interpretation in Übereinstimmung mit den französischen Diplomaten. **556**

Mit anderen Worten erlaubt die Resolution nicht die Bombardierung, aber notfalls kann sich Frankreich aus der Formulierung »alle notwendigen Maßnahmen« eine Legitimation herleiten. Allerdings weist Nicolas Boeglin diese Selbstermächtigung aus einer scheinbar schwammigen Formulierung, die auch gern in Deutschland angeführt wird, zurück:

Der in Punkt 5 verwendete Ausdruck der Aufforderung an die Staaten, »alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen«, lässt kaum Raum für Zweifel, weil unmittelbar darauf der Ausdruck »in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, insbesondere mit der Charta der Vereinten Nationen« folgt.

Tatsache ist, dass im Gerangel um die richtigen Formulierungen im Sicherheitsrat absichtlich Grauzonen eingebaut wurden. Während Russland Wert auf die Grundsätze des Völkerrechts und der UN-Charta legte, was bedeutet, dass ein Einsatz ohne Zustimmung der syrischen Regierung nicht möglich ist, suchten die westlichen Partner die eindeutige Auslegung der UNO-Charta zu verwässern.

In einem Artikel von Dapo Akande und Marko Milanović wird die »konstruktive Mehrdeutigkeit« der Resolution begrüßt:

Die Resolution 2249 ist andererseits in einer Weise angelegt worden, dass sie herangezogen werden kann, um politische Unterstützung für militärische Maßnahmen zu leisten, ohne sich auf eine spezielle Rechtstheorie stützen zu müssen, auf deren Grundlage solche Maßnahmen durchgeführt werden können, und auch ohne eine rechtliche Autorisierung durch den Sicherheitsrat selbst. Die kreative Mehrdeutigkeit dieser Resolution liegt nicht nur in der Tatsache begründet, dass sie zwar rechtlich gesehen keine Militäraktion erlaubt, während sie gleichzeitig den Anschein vermittelt, als würde der Sicherheitsrat eine solche Aktion unterstützen, sondern auch darin, dass sie hinsichtlich der Legalität militärischer Maßnahmen einen Spielraum für anhaltende Uneinigkeit lässt.

557

Großbritannien war dann so kreativ und hat in einer Erklärung der Regierung vor dem britischen Unterhaus aus dieser höchst umstrittenen und uneindeutigen Resolution eine eindeutige Ermächtigung zur Bombardierung Syriens konstruiert. 558

Die deutsche Bundesregierung scheint ebenso keinerlei Unsicherheiten in der Rechtslage zu sehen und schreibt:

Grundlage für den Einsatz sind Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen in Verbindung mit Artikel 42 Absatz 7 des Vertrages über die Europäische Union und den Resolutionen 2170 (2014), 2199 (2015), 2249 (2015) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sowie der Beschluss der Staats- und Regierungschefs beim Nato-Gipfel am 8. und 9. Juli 2016 in Warschau. Der Sicherheitsrat habe wiederholt festgestellt, dass von der Terrororganisation IS eine Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit ausgehe, heißt es in dem Antrag. 559

Hier nutzt die Bundesregierung also genau die vorher genannte Unschärfe, dass zwar keine Ermächtigung nach Artikel VII vorliege, aber der Sicherheitsrat ja festgestellt habe, dass von der Terrororganisation IS eine Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit ausgehe. Dann wird das mit der Bombardierung ja schon rechtens sein.

Da die Regierung aber offensichtlich doch nicht ganz sicher ist, schiebt sie sicherheitshalber noch die Begründung der »kollektiven Selbstverteidigung« nach. Und dies, obwohl es zu dem Zeitpunkt keine wirklich ernsthaften Anschläge in Deutschland gegeben hatte und die Bombardierung eines Landes mit Zehntausenden zivilen Toten und Zerstörung der Infrastruktur mit Sicherheit nicht als angemessen angesehen werden kann, wenn Sicherheit zum Beispiel auch durch Grenzkontrollen oder andere Maßnahmen gewährleistet werden könnte. Lesen Sie die Begründung der Bundesregierung unter diesem Aspekt:

»Recht zur kollektiven Selbstverteidigung gegeben«

Die Anschläge in Frankreich, Belgien, der Türkei, aber auch in Deutschland hätten gezeigt, »dass von der Terrororganisation IS trotz des erfolgreichen Vorgehens der internationalen Anti-IS-Koalition, insbesondere im Irak und in Syrien, weiterhin ein bewaffneter Angriff ausgeht, der uns auch in Europa sehr konkret betrifft und gegen den das Recht zur kollektiven Selbstverteidigung gegeben ist«, schreibt die Bundesregierung. 560

Der Generalbundesanwalt verwies in seiner Antwort auf meine Anzeige auch auf die große Zahl der Länder, die in der Koalition gegen ISIS agieren würden. Nicolas Boeglin hat dazu interessante Details:

Es scheint angebracht, daran zu erinnern, dass dieses Bündnis im September 2014 durch die Vereinigten Staaten gegründet wurde und der offiziellen Liste des Außenministeriums zufolge etwa sechzig Staaten einschließt; am 23. November 2015 zählte diese Liste

dem britischen Premierminister zufolge 63 Staaten und zwei internationale Organisationen. ⁵⁶¹ Man beachte, dass nur etwa dreißig »militärisch engagiert« sind, so der französische Außenminister kürzlich in einer Ansprache vor dem Senat. ^{10*} Während der Umsetzung der russischen Militäreinsätze in Syrien waren es nicht sechzig oder dreißig Staaten, die reagierten, sondern nur sieben von ihnen: Deutschland, Saudi-Arabien, Frankreich, die USA, Katar, die Türkei und Großbritannien. ⁵⁶² Es könnte sich dabei um das handeln, was der britische Regierungschef kürzlich mit dem Ausdruck »Coalition airstrikes against ISIL in Syria« bezeichnete. ⁵⁶³

Dass die Grauzonen solcher Resolutionen immer wieder missbraucht werden, um Fakten am Boden zu schaffen, die schließlich nicht mehr revidierbar sind, hat der Missbrauch der Flugverbotszone in Libyen gezeigt. Aus diesem Grund ist die Anmerkung zur Missbrauchsmöglichkeit von Nicolas Boeglin durchaus angemessen:

Was die Verpflichtungen durch die Charta der Vereinten Nationen betrifft, so sind im Konzept für den Gebrauch von Gewalt in Syrien die fragwürdigen Interpretationen ebenso offensichtlich wie die unpassende Art mancher offizieller Erklärungen. Ein anderes Kapitel des Völkerrechts riskiert, gleichermaßen für Unruhe zu sorgen. Am selben Tag, als Präsident François Hollande erklärte, Frankreich sei »im Krieg«, verkündete der Richterverband Syndicat de la Magistrature: »Die martialische Rede der Exekutive und ihre rechtliche Übersetzung in den Ausnahmezustand, der auf der Grundlage des Gesetzes vom 3. April 1955 verordnet ist, muss beunruhigen.« Amnesty International zeigte seinerseits die Gefahr des Missbrauchs mit folgenden Worten an: »Die Abänderung des Gesetzes über den Ausnahmezustand wird nur eine zweitägige Parlamentsdebatte zur Folge haben. Der eingebrachte Gesetzesvorschlag verlängert den Ausnahmezustand um drei Monate und erweitert das Spektrum der Maßnahmen, die in die Rechte und Freiheiten der Bürger eingreifen. Viele der eingebrachten Änderungsanträge können den Ausnahmezustand noch verschärfen. Der Ausnahmezustand erlaubt insbesondere, ohne vorherige richterliche Genehmigung Durchsuchungen vorzunehmen und Hausarrest zu verhängen, Vereinigungen mit dauerhafter Wirkung aufzulösen. Diese Notstandsmaßnahmen müssen absolut notwendig und verhältnismäßig sein in ihrem Anwendungsbereich und ihrer zeitlichen Dauer. Noch wichtiger: Sie dürfen ausschließlich angewandt werden, wenn die Situation dies erfordert, denn sie verstoßen gegen das gemeine Recht und beschränken die bürgerlichen Freiheiten und die Menschenrechte.« ⁵⁶⁴

Ein Versuch, den Bezug auf die Charta wegzulassen, martialische Reden, bedrohliche krieglerische Haltungen, zweifelhafte Interpretationen der Normen für den Gebrauch von Gewalt (und – höchst problematisch – einiger Normen auf dem Gebiet der Menschenrechte) – diese verschiedenen Erscheinungsbilder erinnern eigentümlich an die Kriegslogik, die sich nach dem 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten einrichtete. Die US-Strategie im »Krieg gegen den Terrorismus« scheint neue Anhänger in Frankreich zu haben, obwohl ihre Fehlschläge weithin bekannt sind. Genau in diesem Punkt ist die Annäherung nicht nur eine Geisteshaltung: Der erste ausländische Diplomat, der sich nach den Attentaten von Paris persönlich in den Élysée-Palast begab, war am 17. November der US-amerikanische Außenminister John Kerry; das erste Reiseziel im Ausland von Präsident François Hollande war nach den Attentaten der Besuch bei seinem Kollegen in Washington am 24. November.

Mich erinnert diese Erosion des Gewaltverzichtes im Völkerrecht fatal an die Erosion der Bürgerrechte in Deutschland. Als in Deutschland die ersten Notstandsgesetze erlassen wurden, gab es noch große Demonstrationen dagegen. Hätte man den Demonstranten von 1968 erzählt, was von den Bürgerrechten nach weiteren 50 Jahren noch übrig geblieben ist, wäre man sicher als einer der frühen »Verschwörungstheoretiker« ausgelacht worden.

Wenn der Gewaltverzicht im Völkerrecht nun weiter zerstört wird, statt dieses gegen die immer mehr um sich greifenden Vorwände auf der Grundlage von »Selbstverteidigung« zu schützen, drohen schlimme Zeiten.

Der erste Staat, der sich auf den Gedanken der »vorbeugenden Selbstverteidigung« berief, war Israel beim Angriff seiner Luftwaffe auf den irakischen Kernreaktor Tammuz 1 (Osirak). Diese »Operation Opera« fand im Juni 1981 statt. Seitdem hat es eine Vielzahl ähnlicher Aktionen gegeben, ohne dass ernsthafte Schritte unternommen worden wären, den Gewaltverzicht zu restaurieren. So

konnte sich etwa Kolumbien, ein weiterer Verbündeter unter dem Schutz der USA, ebenfalls auf das »Selbstverteidigungsrecht« berufen, als es im März 2008 Ecuador mit der Operation Fenix angriff. Nun Syrien. Was kommt als Nächstes?

Der Krieg in Syrien soll weitergehen

ISIS ist geschlagen, trotzdem wollen die USA nicht aus Syrien abziehen und sagen den »Demokratischen Kräften Syriens« eine Waffenlieferung in Höhe von 393 Millionen Dollar zu. **565** Diese »demokratischen Kräfte« bestehen in erster Linie aus Kämpfern der kurdischen PYD und zu ihnen gestoßenen ehemaligen ISIS-Kämpfern. Gleichzeitig beschuldigt Russland die USA, in den eigenen Militärbasen ISIS-Kämpfer auszubilden und zu erlauben, dass diese von dort aus agieren. Die russische Organisation in Syrien, die sich um die Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien bemüht, erklärte:

Laut den in die vom IS befreiten Gebiete zurückgekehrten Flüchtlingen haben die US-Instrukteure erläutert, dass die neuen Milizen nach dem Abschluss eines Ausbildungskurses in den Süden von Syrien verlegt werden, um dort gegen die syrische Regierungsarmee zu kämpfen. **566**

Es werden aber nicht nur ISIS-Terroristen von den USA neu gruppiert, um den Kampf gegen die legitime Regierung weiterzuführen. Terroristen der Organisation Dschabat an-Nusra schossen mit US-Flugabwehrraketen auf russische Flugzeuge. **567**

Wenn deutsche Medien die Propagandanetzwerke von al-Qaida und ISIS als Quellen für ihre Nachrichten zulassen, möge man mir auch erlauben, eine Meldung der syrischen Nachrichtenagentur *Sana* zu erwähnen. Denn ebenfalls am 28. Dezember wurde berichtet, wie US-Hubschrauber ISIS-Kämpfer aus der Region Deir ez-Zor vor den vorrückenden Kräften der syrischen Armee retteten.

US-amerikanische Hubschrauber evakuierten am Mittwoch Anführer der Terroristenorganisation Daesh (ISIS). Sie brachten sie von diversen Stellen der Region Deir ez-Zor an einen unbekannten Ort der ländlichen Umgebung von Hasaka.

Zivile Quellen berichteten, dass einige Hubschrauber aus dem nördlichen Teil von Deir ez-Zor kamen und in geringer Höhe über das Flüchtlingslager der Binnenvertriebenen al-Sad flogen. Sie landeten in der Nähe von al-Basel Dam südlich der Stadt Hasaka, mit den Daesh-Anführern an Bord.

Die Quellen fügten hinzu, dass es schon das zweite Mal war, dass US-Hubschrauber Daesh-Anführer unter ähnlichen Bedingungen transportierten. **568**

Die Berichte über Truppenbewegungen, Training und Bewaffnung von Terroristen durch die USA nehmen also einen Umfang an, über den man nicht mehr hinwegsehen kann.

Schauen wir uns die Entwicklung in den Gebieten Syriens an, die von den USA mithilfe der Kurden besetzt wurden. Im November 2017 hatten die USA der Türkei noch versprochen, die kurdischen Milizen in Syrien, insbesondere wegen ihrer unbeschränkten Loyalität zum Führer der türkischen Kurdenmiliz PKK, Abdullah Öcalan, nach dem Sieg über ISIS nicht weiter zu bewaffnen. **569** Der US-Sondergesandte des Präsidenten zur Koalition, die gegen ISIS kämpfte, ging sogar noch weiter und behauptete, dass die USA die Waffen, die den Kurden in Syrien geliefert wurden, wieder in ihren Besitz zurücknehmen würden. **570** Aber auch im Jahr 2018 werden die Lieferungen von modernen Hochtechnologiewaffen weitergehen. Wie zum Beispiel Panzerabwehrraketen, Raketen mit hitzesuchenden Zieleinrichtungen, Raketenwerfer. Eine Liste der Waffen und Ausrüstungen wurde im Rahmen des Verteidigungsbudgets für 2018 von Präsident Trump am 12. Dezember 2017 genehmigt.

Darunter sind 300 nichttaktische Fahrzeuge, Dutzende Fahrzeuge als Sonderanfertigung und dreißig Bulldozer bzw. schwere Bodenbewegungsmaschinen. Die Kosten belaufen sich auf ca. 393 Millionen Dollar. Für Training und Ausrüstung belaufen sich die Ausgaben auf ca. 500 Millionen Dollar, 70 Millionen mehr als 2017.

Der ehemalige hochrangige Kommandeur und Sprecher der von den USA geführten SDF (Syrian Democratic Forces), Talal Sillo, hatte sich im November 2017 in die Türkei abgesetzt und dort einige Details der Bewaffnung der kurdischen Truppen ausgesagt. **571** Er erklärte auch, dass die USA behaupteten, Waffen an arabische Kämpfer zu liefern, die dann doch den Weg zu Kurden fanden.

Es wird erwartet, dass die USA vierzig Terroristengruppen unterstützen werden. Denn es waren vierzig »Oppositionsgruppen«, die sich am 25. Dezember 2017 weigerten, an der russischen Friedenskonferenz in Sotschi teilzunehmen. **572** Sie behaupteten, es würde dem UNO-Prozess schaden, obwohl der UNO-Sondergesandte Staffan de Mistura darauf hingewiesen hatte, dass Russlands Kongress dem Friedensprozess der UNO dienlich sein könnte. **573**

Das bedeutet, dass die USA den Krieg gegen Syrien weiterführen wollen, obwohl ihre Stellvertreterarmeen inzwischen weitgehend geschlagen wurden. Und es wird immer öffentlicher, welche Völkerrechtsverbrechen dabei begangen werden. Die Frage, die sich deutsche Bundestagsabgeordnete werden stellen müssen, ist die nach einer weiteren Vorbereitung und Unterstützung dieses Angriffskrieges durch Deutschland durch Verlängerung des Bundeswehreinsatzes in Syrien.

»Russische Militärberater assistieren praktisch allen Einheiten der syrischen Regierungstruppen bei der Planung ihrer Operationen«, erklärte der Chef des russischen Generalstabes, General Waleri Gerassimow, am 27. Dezember 2017. **574**

Was sich so harmlos anhört, ist eine gravierende Veränderung der Einsatzregeln Russlands in Syrien. Es bedeutet nämlich, dass jeder Angriff auf syrische Truppen zukünftig auch russische Soldaten gefährdet und damit zu Vergeltungsschlägen vonseiten Russlands führen kann. Damit auch jeder versteht, was gemeint ist, führte Gerassimow aus: »Die gesamte militärische Kampfplanung wird in Partnerschaft mit der syrischen Armee vereinbart. Wir sind vor Ort, arbeiten zusammen an gemeinsamen strategischen Zielen und einem gemeinsamen Plan.« **575**

Damit wurde auch klargestellt, dass die Befreiung der Enklave Beit-Dschinn, des letzten Bollwerks der Terroristen im westlichen Ghuta, direkt Israels Grenzpositionen gegenüber, auch eine Entscheidung Russlands ist. Die Befreiung dieser Region von al-Qaida und deren syrischen Verbündeten richtet sich auch gegen Israel, das diese »Rebellen« versorgte, ausrüstete, in Israels Krankenhäusern behandelte und auch mit Artillerie unterstützte. Damit wies Russland die Forderung Israels nach einer »Pufferzone« auf dem Gebiet Syriens, das von Israel kontrolliert wird, eindeutig zurück. Außerdem erklärte Russland damit, dass die Anwesenheit von iranischen Einheiten auf syrischem Gebiet nicht die Angelegenheit Israels ist. Israel hatte lange die Anwesenheit von Hisbollah-Kräften und iranischen Einheiten direkt an seiner Grenze bekämpft.

Für Deutschland bedeutet die Einbettung russischer »Berater« in alle Einheiten, die unter der legitimen Regierung Syriens kämpfen, dass ein Angriff auf diese Kräfte auch ein Angriff auf russische Interessen darstellt. Und wenn Deutschland Aufklärungsflüge für die illegal in Syrien agierenden Koalitionskräfte fliegt oder andere Aufgaben innerhalb dieser Koalition übernimmt, muss klar sein, dass sich Deutschland dadurch auch der Gefahr einer unmittelbaren Konfrontation mit Russland aussetzt. Schon fünf Mal griffen mit der Koalition verbundene Einheiten Streitkräfte an, die für Syriens Regierung gegen den Terrorismus kämpften. Mit jedem Tag der Einmischung in Syrien

wächst die Wahrscheinlichkeit weiterer Zwischenfälle, bei denen nun aber Russland beteiligt sein wird.

Aber es geht wohl bald nicht nur um Syrien. Vielleicht kann die indirekte Beschuldigung, die Russland Ende 2017 gegenüber den USA in Afghanistan erhob, einen Hinweis geben:

Moskau hat keine vernünftige Antwort von der Nato zu unbekannten Hubschraubern bekommen, die Waffen und Kämpfer der Terrormiliz »Islamischer Staat« (auch IS/Daesh) nach Afghanistan bringen. Dies gab der russische Sonderbeauftragte für Afghanistan und Leiter der Zweiten Asienabteilung im russischen Außenministerium, Samir Kabulow, bekannt. **576**

Mit anderen Worten beschuldigt Russland die USA, die in Syrien und dem Irak geschlagenen ISIS-Terroristen nun in ihrem Kampf gegen die Taliban in Afghanistan einzusetzen. Es ist nicht der erste derartige Vorwurf. So sagte zum Beispiel der ehemalige afghanische Präsident Hamid Karzai, dass die USA Verbindungen zur Terrororganisation ISIS unterhielten und dass »Daesh ein Werkzeug der USA ist«. Ein Bericht in *Daily Pakistan* zitiert ihn mit den Worten:

Die US-amerikanischen Armeehubschrauber und Armeebasen werden genutzt, um den ISIS-Terroristen Hilfsmittel zu liefern. **577**

Und in den *Alalam News* findet man schon im Juni 2017 einen Bericht über den Transport von ISIS-Terroristen durch US-Hubschrauber. **578** Die Nachrichten in Pakistan, Syrien, dem Irak, dem Iran, ja der ganzen Region sind voll von ähnlichen Berichten. Insofern können wir uns darauf vorbereiten, dass demnächst eine »Koalition unter der Führung der USA« für die »Bekämpfung« von ISIS in Afghanistan folgen wird. Und dass wieder einmal auch der deutsche Bundestag eine Entscheidung über ein Bundeswehrmandat fällen muss.

Almasdarnews meldet, dass in Afghanistan inzwischen 10000 ISIS-Kämpfer zusammengezogen wurden und dass es ständig mehr werden. **579** Dass Afghanistan noch näher bei Russland liegt, ist dabei sicher nur reiner Zufall. Allerdings scheint Russland die Bedrohung ernst zu nehmen. Das Land zieht gepanzerte Fahrzeuge, Truppen und Hubschrauber an der Grenze von Tadschikistan nach Afghanistan zusammen, **580** offensichtlich weil man eine Destabilisierung Zentralasiens durch ISIS befürchtet.

Wer das alles als »russische Propaganda« oder Verschwörungstheorie abtun will, der kennt ganz offensichtlich nicht die Geschichte der verdeckten Kriege der USA in Lateinamerika. **581**

12. Aussichten

Stellen Sie sich vor, dieses Buch wären die Notizen eines Opfers, eines Geschädigten, der versucht, eine Anklage gegen einen vorbestraften **582** Verdächtigen zusammenzustellen. Es ist bekannt, dass er einige Verbrechen beging, für die er aufgrund seiner politischen Verbindungen nicht verfolgt wurde (Irak, Afghanistan, Libyen). Und man kennt das Motiv seiner Taten (Projekt »Neuer Mittlerer Osten, mittels schöpferischer Zerstörung«**11***). Es gibt Kronzeugen (Wesley Clark, Roland Dumas) und Teilgeständnisse (ja, wir taten es, aber unabsichtlich; ja, wir sagten, es ging gegen ISIS, aber jetzt gehen wir nicht mehr weg). Sie haben Hunderte Zeugenaussagen von Menschen, die in ihrer jeweiligen Gesellschaft höchstes Ansehen genießen.

Und wenn Sie nun als Bundestagsabgeordneter zu entscheiden haben, ob die Bundeswehr gemeinsame Sache mit diesem Verdächtigen machen soll, wie würden Sie entscheiden? Werden Sie dem falschen Narrativ der Bundesregierung und der eigenen Parteistiftung folgen (Assad ist an allem schuld), oder werden Sie begreifen, dass inzwischen zu viele Menschen die Kriegslügen erkannt haben und Sie sich irgendwann für ihre Entscheidung werden verantworten müssen?

Syrien ist der rote Faden, das Beispiel. Schauen wir uns an, welche Kriege die USA, als führende Nation der NATO, mit oder ohne Unterstützung der NATO und damit auch Deutschlands, allein direkt oder indirekt im Mittleren Osten, im Umfeld Syriens, führte bzw. unterstützte, und überlegen wir uns, wohin das in Zukunft noch führen soll. Und ob wir das weiter mit Militäreinsätzen, zum Beispiel in Syrien, unterstützen wollen:

Washingtons Kriege im Mittleren Osten im 21. Jahrhundert	
Afghanistan, 2001–heute	US-geführte Invasion und Besetzung.
Iran, 2003–2015	US-geführter Wirtschaftskrieg unter dem Vorwand von Kernwaffen.
Irak, 2003–2011	US-geführte Invasion und Besetzung.
Libanon, 2006	Israel greift Libanon an unter dem Vorwand, Hisbollah zu »entwaffnen«, USA unterstützen dies.
Libyen, 2011	Stellvertreter- und direkter Krieg, USA, Saudi-Arabien, Katar, Israel und NATO unterstützen sektiererische Islamisten, auch eigene Spezialeinheiten.
Irak, 2005–2017	USA, Saudi-Arabien, Katar, Israel und NATO unterstützen sektiererische Islamisten.
Syrien, 2011–2017	USA, Saudi-Arabien, Katar, Israel und NATO unterstützen sektiererische Islamisten, USA greifen auch mindestens fünfmal direkt an, Israel über hundert Luftwaffeneinsätze gegen Syrien.
Jemen, 2015–2017	Echte Revolution gegen Präsidenten, dessen Amtszeit lange abgelaufen war und der eine Marionette Saudi-Arabiens ist. Saudi-Arabien bombardiert daraufhin das Land und blockiert jede Art von Lieferung in den Jemen, mithilfe der USA. Größte Hungerkatastrophe und größte Cholera-Epidemie des Jahrhunderts sind Folge des Bombenkrieges.

Washingtons Kriege im Mittleren Osten im 21. Jahrhundert
Tabelle nach Tim Anderson

Anmerkungen

Alle hier aufgeführten Links waren bei Redaktionsschluss aufrufbar. Sollte dies nach Drucklegung nicht mehr der Fall sein, kann der entsprechende Link in der Regel beim Internetarchiv (<https://archive.org/web/>) gefunden werden.

Vorwort

- 1 Rainer Roth: Sklaverei als Menschenrecht – Über die bürgerlichen Revolutionen in England, den USA und Frankreich, DVS, Frankfurt am Main 2015. Siehe auch online: http://www.klartext-info.de/buecher/Menschenrecht_Sklaverei_umschlag_inhalt_einleitung.pdf.
- 2 Wikipedia: »Nichtregierungsorganisationen«, <https://de.wikipedia.org/wiki/Nichtregierungsorganisation>.
- 3 Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), [http://www.bpb.de/wissen/3UD6BP,0,NichtRegierungsorganisationen_\(NGOs\).html](http://www.bpb.de/wissen/3UD6BP,0,NichtRegierungsorganisationen_(NGOs).html).
- 4 Ebd.
- 5 Marie Rövekamp: »Arbeit von NGOs – Nur bedingt transparent«, in: Tagesspiegel Online, 7. Juli 2015, <http://www.tagesspiegel.de/themen/agenda/arbeit-von-ngos-nur-bedingt-transparent/12020726.html>.
- 6 Robert Bruce Ware: »Russian Legislation Restricting NGOs«, in: In the National Interest, 6. Dezember 2005, <https://web.archive.org/web/20051209004838/http://www.inthenationalinterest.com/Articles/December%202005/December2005Ware.html>.
- 7 APA; AFP; Abdullah El Gamoudi: »Staatsanwalt: NGOs kooperieren mit Schleppern im Mittelmeer«, in: Die Presse, 23. April 2017, http://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/5205654/Staatsanwalt_NGOs-kooperieren-mit-Schleppern-im-Mittelmeer.
- 8 APA; Red.: »Sizilianischer Staatsanwalt will NGO-Finanzierung prüfen«, in: Der Standard, 27. April 2017, <http://derstandard.at/2000056673644/Laut-Staatsanwalt-in-Italien-koennten-sich-NGO>.
- 9 Ebd.
- 10 Wikipedia: »Nichtregierungsorganisation« (Finanzierung)«, <https://de.wikipedia.org/wiki/Nichtregierungsorganisation#Finanzierung>.

1 Wie Helden entstehen

- 11 Hans Dollinger: Schwarzbuch der Weltgeschichte – 5000 Jahre der Mensch des Menschen Feind, Komet, Frechen 1999, S. 120.
- 12 Margarethe Wevers: Dissertation: Einhards Vita Karoli Magni in der mittelalterlichen Geschichtsschreibung und Heldensage, Marburg 1929, online: <http://www.mgh-bibliothek.de/dokumente/b/b073817.pdf>.
- 13 Ebd.
- 14 Ebd.
- 15 Alex Gibney, Eugene Jarecke: The Trials of Henry Kissinger, Doku 2002, online: <https://www.rogerebert.com/reviews/the-trials-of-henry-kissinger-2002>.
- 16 Ebd.
- 17 Tobias Matern: »Alles, nur keine Heilige«, in: Süddeutsche Zeitung, 8. März 2013, <http://www.sueddeutsche.de/panorama/studie-krazt-an-mythos-mutter-teresa-alles-nur-keine-heilige-1.1618899>.
- 18 Aroup Chatterjee: Mother Teresa – The Final Verdict, Meteor Books, 2002.
- 19 Susan Kwilecki, Loretta S. Wilson: »Was Mother Teresa Maximizing Her Utility? An Idiographic Application of Rational Choice Theory«, in: *Journal for the Scientific Study of Religion*, Vol. 37, No. 2, Juni 1998, S. 205–221.
- 20 Colin Goldner: »Hinter dem Lächeln des Dalai Lama«, Vortrag an der Universität Wien, 18. Mai 2012, <https://www.youtube.com/watch?v=SDuqayOx2Nw>.
- 21 Ebd.
- 22 Fritz R. Glunk: »Enthüllung eines Denkmals«, in: Die Gazette, Nr. 15, Juli 1999, online: <http://gazette.de/Archiv/Gazette-15-Juli1999/Leseproben1.html>.
- 23 Heidrun Beißwenger: »Die Sexualität des Dalai Lama«, in: Das Adeline-Gespräch, 23. März 2010, online: <https://www.adeline.net/die-sexualitat-des-dalai-lama/>.

- 24 Revolutionär Sozialistische Organisation: »Kindesmissbrauch und Giftgas: Die wirkliche Welt des Dalai Lama«, online: <http://www.sozialismus.net/kategorien/143-asien-pazifik/china/42-kindesmissbrauch-und-giftgas-die-wirkliche-welt-des-dalai-lama>.
- 25 Wikipedia: »Mohandas Karamchand Gandhi«, https://de.wikipedia.org/wiki/Mohandas_Karamchand_Gandhi.
- 26 Rainer Roth: Sklaverei als Menschenrecht, Argument Verlag, Hamburg 2015, S. 519–521.
- 27 Wikipedia: »Mohandas Karamchand Gandhi«, https://de.wikipedia.org/wiki/Mohandas_Karamchand_Gandhi.
- 28 Rainer Roth: Sklaverei ..., a. a. O., S. 523.
- 29 Jan Roß: »Gandhis vergiftetes Erbe«, Zeit Online, 9. Oktober 2014, <http://www.zeit.de/2014/40/arundhati-roy-indien-gandhi-kastensystem>.
- 30 Wolfgang Dietrich: Variationen über die vielen Frieden, Band 1: Deutungen, Springer VS, 2008, S. 343.
- 31 Peter Conzen: Erik H. Erikson: Grundpositionen seines Werkes, Kohlhammer, Stuttgart 2010, online: <https://books.google.de/books?id=NnFtDAAQBAJ&lpg=PP1&hl=de&pg=PT233#v=twopage&q&f=true>.

2 Geschichtsschreibung: Beispiel Thailand

- 32 Dieses Kapitel basiert zu Teilen auf dem Aufsatz »Thai Historiography From Ancient Times to the Modern Period« von Charnvit Kasetsiri, erschienen in Perceptions of the past in Southeast Asia, Singapur 1982.
- 33 Chit Phumisak: Chomna Sakdina Thai: »Das Antlitz des thailändischen Feudalismus«, Bangkok 1974, S. 57 f. Dieses Buch wurde in Thailand verboten und ist mittlerweile verschollen.
- 34 Die Darstellung von Tamnan und Phongsawadan ist angelehnt an Charnvit Kasetsiris Buch The Rise of Ayudhya: A History of Siam in the Fourteenth and Fifteenth Centuries, Kuala Lumpur, O. U. P. 1976.
- 35 N. A. Jayawickrama (Übers.): The Sheaf of garlands of the epochs of the conqueror, London 1968. Siehe auch The Epochs of the Conqueror, Jinakalamalipakaranam, Thera/Jayawickrama, 1968, online: <https://www.ebay.com/itm/The-Epochs-of-The-Conqueror-Jinakalamalipakaranam-Thera-Jayawickrama-1968-/222651987864?hash=item33d717b798> (Seite zuletzt aufgerufen am 25.11.2017).
- 36 Aemon Chaloeprak: Prince Damrong Rajanubhap: His Writings and his Contribution to the National Library, Masterarbeit, Chulalongkorn University, 1968, S. 12.
- 37 C. J. Reynolds: »The Case of K.S.R. Kulap: A challenge to Royal Historical Writing in late Nineteenth Century Thailand«, in: Journal of the Siam Society, LXI/2 (1973) S. 63; http://www.siamese-heritage.org/jsspdf/1971/JSS_061_2e_Reynolds_CaseOfKSRKulap.pdf.
- 38 Reynolds (S. 64) bezieht sich auf M. E. Osborne und D. K. Wyatt: The Abridged Cambodian Chronicle, A Thai Version of Cambodian History, France-Asie, 22, II (1968); siehe auch Worldcat: <http://www.worldcat.org/title/abridgedcambodian-chronicle-a-thai-version-of-cambodian-history/oclc/20035230>.
- 39 Suchart Sawasdisri: Chit Phumisak, Association of the Social Sciences, 1974, jetzt in Thailand verboten, Buch verschollen.

3 Die Korrektur der Geschichtsschreibung

- 40 Jens Wernicke (Interview mit Daniele Ganser): »Vorsicht, Verschwörungstheorie!«, veröffentlicht bei Rubikon, online: <https://www.rubikon.news/artikel/vorsicht-verschwörungstheorie> (10. September 2017).
- 41 Freeman: »Wer hat den 2. Weltkrieg wirklich gewonnen?«, veröffentlicht beim Nachrichtenportal Alles Schall und Rauch, online: <https://alles-schallundrauch.blogspot.com/2016/04/wer-hat-den-ii-wk-wirklich-gewonnen.html> (29. April 2016).
- 42 Jo Menschenfreund: »AA erklärt Bundestag Politik«, Blog: <https://jomenschenfreund.blogspot.de/search/label/AA%20erkl%C3%A4rt%20Bundestag%20Politik> (22. Februar 2015).
- 43 Jochen Mitschka: »Das Ukraine Narrativ«, online: https://www.academia.edu/28606903/Das_Ukraine-Narrativ.
- 44 Ivan Katchanovski: »The “Snipers’ Massacre” on the Maidan in Ukraine«, online: https://www.academia.edu/8776021/The_Snipers_Massacre_on_the_Maidan_in_Ukraine.
- 45 Ivan Katchanovski: »Maidan Massacre Bombshell«, Facebook, 2017, online: <http://telegra.ph/Maidan-Massacre-Bombshell-11-16>.
- 46 Humanistenteam: »GFK Group Umfrage auf der Krim«, 2015, online: <http://www.humanistenteam.info/gfk-group-umfrage-auf-der-krim/>.

5 Sklavenhaltung als Menschenrecht

- 47 Frédéric Krumbein: Menschenrechtsdiskurse in China und den USA, Springer 2013.
- 48 Rainer Roth: »Sklaverei als Menschenrecht«, DVS Frankfurt 2015, online: http://www.klartext-info.de/buecher/Menschenrecht_Sklaverei_umschlag_inhalt_einleitung.pdf.
- 49 Spiegel 8/1998, S. 150.

- 50 US-Außenministerin: 500.000 tote Kinder waren den Preis wert – YouTube, online: <https://www.youtube.com/watch?v=RM0uvgHKZe8>.

6 Syrien: Die Menschenrechtsindustrie im humanitären Krieg

- 51 Jean Bricmont: Humanitarian Imperialism: Using Human Rights to Sell War, NYU Press, New York 2006.
- 52 Patrick Henningsen: »An Introduction: Smart Power & The Human Rights Industrial Complex«, veröffentlicht am 19. April 2016 bei 21st Century Wire, online: <http://21stcenturywire.com/2016/04/19/an-introduction-smart-power-the-human-rights-industrial-complex/>.
- 53 Amnesty International: Global Financial Report 2016, online: <https://www.amnesty.org/en/2016-global-financial-report/>.
- 54 Human Rights Watch, Inc.: Financial Statements, Year Ended June 30, 2016, online: https://www.hrw.org/sites/default/files/supporting_resources/financial-statements-2016.pdf.
- 55 Vanessa Beeley: »White Helmets: Taxpayers Funds Used to Finance Terrorism in Syria?«, veröffentlicht am 25. Oktober 2017 bei 21st Century Wire, online: <http://21stcenturywire.com/2017/10/25/white-helmets-taxpayers-funds-used-finance-terrorism-syria/>.
- 56 CCPR General Comment No. 12: Article 1 (Right to Self-determination), The Right to Self-determination of Peoples (1984), online: <http://www.refworld.org/docid/453883f822.html>.
- 57 UN (2005) 2005 World Summit Outcome, 60/1, 24 October, online: <http://www.un.org/womenwatch/ods/A-RES-60-1-E.pdf>; Gary J. Bass: Freedom's Battle: The Origins of Humanitarian Intervention, Vintage Books, New York 2008.
- 58 Tim Anderson: The Dirty War on Syria, Global Research, Montreal 2016, Kapitel 7 und 8; im Deutschen erschienen unter dem Titel: Der schmutzige Krieg gegen Syrien – Washington, Regime Change und Widerstand, Liepsen, Marburg 2016.
- 59 Eileen P. Sullivan: »Liberalism and Imperialism: J. S. Mill's Defense of the British Empire«, Journal of the History of Ideas, Vol. 44, No. 4 (Oktober – Dezember 1983), S. 601.
- 60 John Stuart Mill: Dissertations and Discussions: Political, Philosophical, and Historical, Vol 3, John W. Parker and Son, New York 1874, S. 252 f., online: <http://www.thelatinlibrary.com/imperialism/readings/mill.html>.
- 61 John Stuart Mill: »A Few Words on Non-intervention«, Fraser's Magazine, nachgedruckt in Foreign Policy Perspectives, Libertarian Alliance, No. 8, London 1859, S. 2, online: <http://www.libertarian.co.uk/lapubs/forep/forep008.pdf>.
- 62 Richard M. Gamble: (2012) In Search of the City on a Hill: The Making and Unmaking of an American Myth, Bloomsbury Academic, London 2012.
- 63 William Rivers Pitt: »The Project for the New American Century«, Information Clearing House, 25. Februar 2003, online: <http://www.informationclearinghouse.info/article1665.htm>.
- 64 Jimmy Carter: »The State of the Union Address Delivered Before a Joint Session of the Congress«, The American Presidency Project, 23. Januar 1980, online: <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=33079>.
- 65 Tony Karon: »Condi in Diplomatic Disneyland«, Time, 26. Juli 2006, online: <http://content.time.com/time/world/article/0,8599,1219325,00.html>; Mahdi Darius Nazemroaya: »Plans for Redrawing the Middle East: The Project for a 'New Middle East', Global Research, 18. November 2006, online: <http://www.globalresearch.ca/plans-for-redrawing-the-middle-east-the-project-for-a-new-middle-east/3882>.
- 66 Wesley Clark: A Time to Lead: for duty, honor and country, St. Martin's Press, London 2007.
- 67 Jan Oberg: »NATO and the Destruction of Yugoslavia: Where It All Went Wrong and Lessons Were Never Learnt«, Global Research, 31. Oktober 2014, online: <http://www.globalresearch.ca/nato-and-the-destruction-of-yugoslavia-where-it-all-went-wrong-and-lessons-were-never-learnt/5411123>.
- 68 Robin Philpot: Rwanda and the New Scramble for Africa: From Tragedy to Useful Imperial Fiction, Baraka Books, Montreal 2013.
- 69 CFR: Humanitarian Intervention: Crafting a Workable Doctrine – A Council Policy Initiative, Council on Foreign Relations, Washington 2000.
- 70 Joseph Hoeffel: The Iraq Lie – How the White House Sold the War, Progressive Press, San Diego 2014.
- 71 Suzanne Nossel: »Smart Power: Reclaiming Liberal Internationalism«, Foreign Affairs, March – April 2004, online: <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2004-03-01/smart-power>.
- 72 Jim Garamone: »Joint Vision 2020 Emphasizes Full-spectrum Dominance«, US Department of Defence, 2. Juni 2000, online: <http://archive.defense.gov/news/newsarticle.aspx?id=45289>.
- 73 UN 2005 World Summit Outcome, 60/1, 24. Oktober 2005, online: <http://www.un.org/womenwatch/ods/A-RES-60-1-E.pdf>, S. 138 f.
- 74 UNSC (2006) Resolution 1674, 28. April 2006, zu finden unter: <https://www.un.org/ruleoflaw/blog/document/security-council-resolution-1674-2006-on-protection-of-civilians-in-armed-conflict/>.
- 75 Edward C. Luck: »Sovereignty, Choice, and the Responsibility to Protect«, Global Responsibility to Protect 1 (2009), S. 10–21.
- 76 Marie-Eve Loiselle: »The Normative Status of the Responsibility to Protect After Libya«, Global Responsibility to Protect (3/2013), S. 317–341.

- 77 Graham Cronogue: »Responsibility to Protect: Syria, the Law, Politics and Future of Humanitarian Intervention Post-Libya«, *Journal of International Humanitarian Legal Studies* (1/2012), S. 124–159.
- 78 Amnesty International: »Libya: The Battle for Libya: Killings, Disappearances and Torture«, 13. September 2011, online: <https://www.amnesty.org/en/documents/MDE19/025/2011/en/>, S. 8.
- 79 Daniel Kovalik: »Amnesty International and the Human Rights Industry«, *Counterpunch*, 8. November 2012, online: <https://www.counterpunch.org/2012/11/08/amnesty-international-and-the-human-rights-industry/>.
- 80 Corbett Daly: »Clinton on Qaddafi: „We came, we saw, he died“«, *CBS News*, 20. Oktober 2011, online: <http://www.cbsnews.com/news/clinton-on-qaddafi-we-came-we-saw-he-died/>.
- 81 Patrick Cockburn: »Amnesty questions claim that Gaddafi ordered rape as weapon of war«, *The Independent*, 24. Juni 2011, online: <http://www.independent.co.uk/news/world/africa/amnesty-questions-claim-that-gaddafi-ordered-rape-as-weapon-of-war-2302037.html>; siehe auch: Maximilian Forte: *Slouching Towards Sirte: NATO's War on Libya and Africa*, Baraka Books, Quebec 2012; siehe auch: Dave Edwards: »'Limited But Persuasive' Evidence – Syria, Sarin, Libya, Lies«, *Media Lens*, 13. Juni 2013, online: <http://www.medialens.org/index.php/alerts/alert-archive/alerts-2013/735-limited-but-persuasive-evidence-syria-sarin-libya-lies.html>.
- 82 Alan J. Kuperman: »Obama's Libya Debacle«, *Foreign Affairs*, 16. April 2015, online: <https://www.foreignaffairs.com/articles/libya/2015-02-16/obamas-libya-debacle>.
- 83 Ebd.
- 84 Tim Dunne, Katharine Gelber: »Arguing Matters: The responsibility to protect and the Case of Libya«, *Global Responsibility to Protect* (6/2014), S. 326–349.
- 85 Chris Brown: »The Anti-Political theory of Responsibility to Protect«, *Global Responsibility to Protect* (4/2013), S. 423–442.
- 86 Tim Anderson: »Daraa 2011: Syria's Islamist Insurrection in Disguise«, *Global Research*, 16. März 2016, online: <http://www.globalresearch.ca/daraa-2011-syrias-islamist-insurrection-in-disguise/5460547>.
- 87 Human Rights Commission: »Oral Update of the Independent International Commission of Inquiry on the Syrian Arab Republic«, 26. Juni 2012, online: <http://www.ohchr.org/Documents/HRBodies/HRCouncil/CoISyria/OralUpdateJune2012.pdf>, S. 20.
- 88 Tim Anderson: *Der schmutzige Krieg gegen Syrien*, Liepsen-Verlag, Marburg 2016, Kapitel 8.
- 89 BBC: »Syria war: Russia halts Aleppo bombing for humanitarian pause«, 18. Oktober 2016, online: <http://www.bbc.com/news/world-middle-east-37689063>; Xinhua: »News Analysis: Suspended Russian airstrikes encourage rebels to unleash major offensive in Aleppo«, 29. Oktober 2016, online: http://news.xinhuanet.com/english/2016-10/29/c_135788805.htm.
- 90 Merrit Kennedy: »After Rocky Pause, Airstrikes Resume On Syria's Aleppo«, *NPR*, 15. November 2016, online: <http://www.npr.org/sections/thetwo-way/2016/11/15/502129917/after-rocky-pause-airstrikes-resume-on-syrias-aleppo>.
- 91 Andrew V. Pestano: »Aleppo airstrikes resume after 3-week pause«, *UPI*, 15. November 2016, online: http://www.upi.com/Top_News/World-News/2016/11/15/Aleppo-airstrikes-resume-after-3-week-pause/8561479211543/; Emma Graham-Harrison: »Aleppo airstrikes restart as Russia announces major Syria offensive«, *The Guardian*, 15. November 2016, online: <https://www.theguardian.com/world/2016/nov/15/aleppo-airstrikes-resume-as-russia-announces-major-syria-offensive>.
- 92 Angela Dewan, Steve Visser, Kareem Khadder und Merieme Arif: »Syria: Aleppo pounded by 'heaviest bombardment' since war began«, 21. November 2016, online: <http://edition.cnn.com/2016/11/20/middleeast/syria-aleppo-airstrikes/index.html>.
- 93 Gareth Porter: (2017) »A Flawed UN investigation on Syria«, *Consortium News*, 11. März 2017, online: <https://consortiumnews.com/2017/03/11/a-flawed-un-investigation-on-syria/>.
- 94 Charlie Skelton: »The Syrian opposition: who's doing the talking?«, *The Guardian*, 13. Juli 2012, online: <https://www.theguardian.com/commentisfree/2012/jul/12/syrian-opposition-doing-the-talking>; Beau Christensen: »Propaganda spin cycle: 'Syrian Observatory for Human Rights' is funded by US and UK governments«, *SOTT*, 23. September 2016, online: <https://www.sott.net/article/329117-Propaganda-spin-cycle-Syrian-Observatory-for-Human-Rights-is-funded-by-US-and-UK-governments>.
- 95 SOHR (Syrian Observatory for Human Rights), 2015, online: <http://www.syriahr.com/en/>.
- 96 Neil MacFarquar: »A Very Busy Man Behind the Syrian Civil War's Casualty Count«, *New York Times*, 9. April 2013, online: <http://www.nytimes.com/2013/04/10/world/middleeast/the-man-behind-the-casualty-figures-in-syria.html>.
- 97 MOA (Mon of Alabama): »Hearsay Extrapolated – Amnesty Claims Mass Executions In Syria, Provides Zero Proof«, 7. Februar 2017, online: <http://www.moonofalabama.org/2017/02/amnesty-report-hearsay.html>.
- 98 Michael Scaturro: »Why Human Rights Groups Don't Agree on What to Do About Syria«, *The Atlantic*, 5. September 2013, online: <https://www.theatlantic.com/international/archive/2013/09/why-human-rights-groups-dont-agree-on-what-to-do-about-syria/279360/>.
- 99 SNHR: »Syrian Network for Human Rights: Work Methodology«, online: http://sn4hr.org/public_html/wp-content/pdf/english/SNHR_Methodology_en.pdf.
- 100 Megan Price, Anita Gohdes, Patrick Ball: »Updated Statistical Analysis of Documentation of Killings in the Syrian Arab Republic Commissioned by the Office of the UN High Commissioner for Human Rights«, August 2014, online: <http://www.ohchr.org/Documents/Countries/SY/HRDAGUpdatedReportAug2014.pdf>.

- 101** HRDAG: »Human Rights Data Analysis Group: funding«, <https://hrdag.org/>.
- 102** Megan Price, Anita Gohdes, Patrick Ball: »Technical Memo for Amnesty International Report on Deaths in Detention«, Human Rights Data Analysis Group, 17. August 2016, online: <https://hrdag.org/wp-content/uploads/2016/08/HRDAG-AI-memo-2.pdf>.
- 103** Eliot Higgins: »Bellingcat has received money from the following: OSF, Meedan, NED [etc]«, Twitter, 6. Februar 2017, online: <https://twitter.com/EliotHiggins/status/828554441485869056>.
- 104** Stephanie Strom: »Soros to Donate \$100 Million to Rights Group«, New York Times, 6. September 2010, online: <http://www.nytimes.com/2010/09/07/business/07gift.html>.
- 105** HRW: »Human Rights Watch Annual Report 2016«, online: https://www.hrw.org/sites/default/files/news_attachments/english_annual_report-2016.pdf.
- 106** HRW: »Human Rights Watch, Inc., Financial Statements, Year Ended June 30, 2016«, online: https://www.hrw.org/sites/default/files/supporting_resources/financial-statements-2016.pdf.
- 107** Tim Anderson: »How Credible Is Human Rights Watch on Cuba?«, Monthly Review Online, 16. Februar 2010, online: <https://mronline.org/2010/02/16/how-credible-is-human-rights-watch-on-cuba/>.
- 108** Keane Bhatt: »A Shared Culture of Conflict of Interest – Elite media don’t see Human Rights Watch’s closeness to power as a problem«, FAIR, 1. September 2014, online: <http://fair.org/extra/a-shared-culture-of-conflict-of-interest/>.
- 109** Tim Anderson: »How Credible Is Human Rights Watch on Cuba?«, Monthly Review Online, 16. Februar 2010, online: <https://mronline.org/2010/02/16/how-credible-is-human-rights-watch-on-cuba/>.
- 110** HRW: »A Decade Under Chávez: Political Intolerance and Lost Opportunities for Advancing Human Rights in Venezuela«, September 2008, online: <https://www.hrw.org/sites/default/files/reports/venezuela0908web.pdf>.
- 111** Rodolfo Acuña et al.: »More Than 100 Latin America Experts Question Human Rights Watch’s Venezuela Report«, Venezuela Analysis, 17. Dezember 2008, online: <https://venezuelanalysis.com/analysis/4051>.
- 112** Kenneth Roth: (2008) »HRW Response to Criticisms of our Venezuela Work«, Human Rights Watch, 29. Dezember 2008, online: <https://www.hrw.org/news/2008/12/29/hrw-response-criticisms-our-venezuela-work>.
- 113** Adolfo Pérez Esquivel et al.: »The Corruption of Human Rights Watch«, Consortium News, 13. Mai 2014, online: <https://consortiumnews.com/2014/05/13/the-corruption-of-human-rights-watch/>.
- 114** Ebd.
- 115** Kenneth Roth: »Letter to Nobel Laureates«, 3. Juni 2014, online: <https://www.cooloud.org.tw/node/79465>.
- 116** Keane Bhatt: »The Revolving Door at Human Rights Watch«, Counterpunch, 11. Juli 2014, online: <http://www.counterpunch.org/2014/07/11/the-revolving-door-at-human-rights-watch/>.
- 117** Rick Moran: »Human Rights Watch Labels U.S. a ‘Human Rights Abuser’ Because of Trump«, PJ Media, 14. Januar 2017, online: <https://pjmedia.com/trending/2017/01/14/human-rights-watch-labels-us-human-rights-abuser-because-of-trump/>.
- 118** HRW: »Open Letter to the Leaders of the Syrian Opposition, Human Rights Watch, Washington, 20 März 2012, online: <http://www.hrw.org/news/2012/03/20/open-letter-leaders-syrian-opposition>.
- 119** Frans van der Lugt: »Bij defaitisme is niemand gebaat«, 13. Januar 2012, online: <https://mediawerkgroepsyrie.wordpress.com/2012/01/13/bij-defaitisme-is-niemand-gebaat/>.
- 120** Jeremy Salt: »Truth and Falsehood in Syria«, The Palestine Chronicle, 5. Oktober 2011, online: http://palestinechronicle.com/view_article_details.php?id=17159.
- 121** Bahar Azizi, Pater Daniel Maes: »Sott.net Interview with Father Daniel in Syria: „There Never Was a Popular Uprising in Syria“«, SOTT, 24. Juni 2017, online: <https://www.sott.net/article/354637-Sott-net-Interview-with-Father-Daniel-in-Syria-There-Never-Was-a-Popular-Uprising-in-Syria>.
- 122** Tim Anderson: »Daraa 2011: Syria’s Islamist Insurrection in Disguise«, Global Research, 16. März 2016, online: <http://www.globalresearch.ca/daraa-2011-syrias-islamist-insurrection-in-disguise/5460547>.
- 123** Sharmine Narwani: »Syria: The hidden massacre«, RT, 7. Mai 2014, online: <http://rt.com/op-edge/157412-syria-hidden-massacre-2011/>.
- 124** Joshua Landis: »The Revolution Strikes Home: Yasir Qash`ur, my wife’s cousin, killed in Banyas«, Syria Comment, 11. April 2011, online: <https://www.joshualandis.com/blog/the-revolution-strikes-home-yasir-qashur-my-wifes-cousin-killed-in-banyas/>.
- 125** Sharmine Narwani: »Syria: The hidden massacre«, RT, 7. Mai 2014, online: <http://rt.com/op-edge/157412-syria-hidden-massacre-2011/>.
- 126** Hala Jaber: »Syria caught in crossfire of extremists«, Sunday Times, 26. Juni 2011, online: http://www.thesundaytimes.co.uk/sto/news/world_news/Middle_East/article657138.ece.
- 127** HRW (2012) »Open Letter to the Leaders of the Syrian Opposition«, Human Rights Watch, Washington, 20. März 2012, online: <http://www.hrw.org/news/2012/03/20/open-letter-leaders-syrian-opposition>.
- 128** Jeremy Shapiro: »The Qatar problem«, Foreign Policy, 28. August 2013, online: <http://foreignpolicy.com/2013/08/28/the-qatar-problem/>; Elizabeth Dickinson: »The Case Against Qatar«, Foreign Policy, 30. September 2014, online: <http://foreignpolicy.com/2014/09/30/the-case-against-qatar/>.
- 129** Ian Black: »Syrian regime document trove shows evidence of ‘industrial scale’ killing of detainees«, The Guardian, 21. Januar 2014, online: <https://www.theguardian.com/world/2014/jan/20/evidence-industrial-scale-killing-syria-war-crimes>.

- 130 Ebd.
- 131 HRW: »If the Dead Could Speak: Mass Deaths and Torture in Syria's Detention Facilities«, Human Rights Watch, 16. Dezember 2015, online: <https://www.hrw.org/report/2015/12/16/if-dead-could-speak/mass-deaths-and-torture-syrias-detention-facilities>, S. 2 f.
- 132 Ebd.
- 133 Ebd., S. 3
- 134 Ian Black: »Syrian regime document trove shows evidence of 'industrial scale' killing of detainees«, The Guardian, 21. Januar 2014, online: <https://www.theguardian.com/world/2014/jan/20/evidence-industrial-scale-killing-syria-war-crimes>.
- 135 Rick Sterling: »The Caesar Photo Fraud that Undermined Syrian Negotiations«, Counterpunch, 4. März 2016, online: <https://www.counterpunch.org/2016/03/04/the-caesar-photo-fraud-that-undermined-syrian-negotiations/>.
- 136 Yalla La Barra: »Human Rights Watch's Kenneth Roth's Obsession with Bashar Al-Assad and Barrel Bombs«, Yalla La Barra, 28. August 2015, online: <https://yallalabarra.wordpress.com/2015/08/28/human-rights-watches-kenneth-roths-obsession-with-bashar-al-assad-and-barrel-bombs/>.
- 137 MOA: »Human Rights Watch Accuses Syria of „Barrel Bomb“ Damage Created by U. S. Attacks«, 27. Februar 2015, online: <http://www.moonofalabama.org/2015/02/human-rights-watch-accuses-syria-of-barrel-bomb-damage-created-by-us-attacks.html>.
- 138 Adam Johnson: »HRW tries to pass off IDF crimes as Assad "barrel bombs"«, Twitter, 8. Mai 2015, online: <https://twitter.com/adamjohnsonNYC/status/596909627318640640>; MOA: »Human Rights Watch Again Accuses Syria Of „Barrel Bomb“ Damage Done By Others«, 9. Mai 2015, online: <http://www.moonofalabama.org/2015/05/human-rights-watch-again-accuses-syria-of-barrel-bomb-damage-done-by-others.html>.
- 139 MOA: »HRW's Kenneth Roth Continues Unfounded Accusations With Another False Picture«, 15. Mai 2015, online: <http://www.moonofalabama.org/2015/05/hrws-kenneth-roth-continues-unfounded-accusations-with-another-false-picture.html>.
- 140 Ken Roth: »For the planners«, Twitter, 9. August 2015, online: <https://twitter.com/kenroth/status/630544175851769857>.
- 141 NGO Monitor: »Breaking Its own Rules: Amnesty's Researcher Bias and Govt Funding«, 4. Juni 2012, online: http://www.ngo-monitor.org/reports/breaking_its_own_rules_amnesty_s_gov_t_funding_and_researcher_bias/.
- 142 Marcello Ferrada de Noli: »White Helmets Video: Swedish Doctors for Human Rights Denounce Medical Malpractice and Misuse of Children for Propaganda Aims«, The Indicter, 6. März 2017, online: <http://theindicter.com/white-helmets-video-swedish-doctors-for-human-rights-denounce-medical-malpractice-and-misuse-of-children-for-propaganda-aims/>.
- 143 Uri Blau: »Documents Reveal How Israel Made Amnesty's Local Branch a Front for the Foreign Ministry in the 70s«, Haaretz, 18. März 2017, online: <http://www.haaretz.com/israel-news/.premium-1.777770>.
- 144 Amnesty: »Global Financial Report 2016«, Amnesty International, online: <https://www.amnesty.org/en/2016-global-financial-report/>.
- 145 Source Watch: »Amnesty International: Discussion« (2014), online: http://www.sourcewatch.org/index.php/Talk:Amnesty_International.
- 146 Jean Bricmont: Humanitarian Imperialism: Using Human Rights to Sell War, NYU Press, New York 2006.
- 147 Ewan MacAskill, Julian Borger: »Iraq war was illegal and breached UN charter, says Annan«, The Guardian, 16. September 2004, online: <https://www.theguardian.com/world/2004/sep/16/iraq.iraq>.
- 148 Sunjeev Bery: »A Critic Gets it Wrong on Amnesty International and Libya«, Amnesty International USA, 2. November 2012, online: <http://blog.amnestyusa.org/middle-east/a-critic-gets-it-wrong-on-amnesty-international-and-libya/>.
- 149 Rick Sterling, Rick: »Eight Problems with Amnesty's Report on Aleppo Syria«, Dissident Voice, 14. Mai 2015, online: <http://dissidentvoice.org/2015/05/eight-problems-with-amnestys-report-on-aleppo-syria/>.
- 150 HRI: »Suzanne Nossel Executive Director of Amnesty International USA«, Human Rights Investigations, 30. September 2012, online: <https://humanrightsinvestigations.org/2012/09/30/suzanne-nossel-executive-director-of-amnesty-international-usa/>.
- 151 Open Secrets: »Employer search: Amnesty International USA«, 12. Mai 2017, online: https://www.opensecrets.org/revolving/search_result.php?priv=Amnesty+International+USA.
- 152 Samuel Hendricks: »Your Aleppo appeal?«, persönlicher E-Mail-Austausch mit dem Autor, 21.–22. Dezember 2016.
- 153 Patrick Cockburn: »Amnesty questions claim that Gaddafi ordered rape as weapon of war«, The Independent, 23. Juni 2011, online: <http://www.independent.co.uk/news/world/africa/amnesty-questions-claim-that-gaddafi-ordered-rape-as-weapon-of-war-2302037.html>; Alan J. Kuperman: »Obama's Libya Debacle«, Foreign Affairs, 16. April 2015, online: <https://www.foreignaffairs.com/articles/libya/2015-02-16/obamas-libya-debacle>.
- 154 Amnesty: »Syria: Fresh evidence of armed forces' ongoing crimes against humanity«, 13. Juni 2012, online: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2012/06/syria-fresh-evidence-armed-forces-ongoing-crimes-against-humanity/>.
- 155 Neil MacFarquar: »A Very Busy Man Behind the Syrian Civil War's Casualty Count«, New York Times, 9. April 2013, online: <http://www.nytimes.com/2013/04/10/world/middleeast/the-man-behind-the-casualty-figures-in-syria.html>.
- 156 Salil Shetty: »Amnesty International chief – western govts hypocritical, inconsistent on Syria«, Worlds Apart, 21. September 2014, online: <https://www.youtube.com/watch?v=Unl-csUmp8>.
- 157 Tim Hayward: »How We Were Misled About Syria: Amnesty International«, Blog, 23. Januar 2017, online: <https://timhayward.wordpress.com/2017/01/23/amnesty-internationals-war-crimes-in-syria/>.

- 158 Francis Boyle: Interview mit Dennis Bernstein, Covert Action Quarterly, Ausgabe 73, Sommer 2002, S. 9–12, 27, online: <http://cosmos.ucc.ie/cs1064/jabowen/IPSC/articles/article0004573.html>.
- 159 John Stauber, Sheldon Rampton: (2002) »How PR Sold the War in the Persian Gulf«, Kapitel 10 in Toxic Sludge is Good for You, Common Courage Press, Monroe (Maine) 2002, Online-Auszug über den Ersten Golfkrieg unter: <http://www.prwatch.org/books/tsigfy10.html>; Tom Regan: »When contemplating war, beware of babies in incubators«, Christian Science Monitor, 6. September 2002, online: <https://www.csmonitor.com/2002/0906/p25s02-cogn.html>.
- 160 Ann Wright, Coleen Rowley: »Amnesty's Shilling for US Wars«, Consortium News, 18. Juni 2012, online: <https://consortiumnews.com/2012/06/18/amnestys-shilling-for-us-wars/>.
- 161 Vienna Colucci: »We Get It«, Amnesty International, 19. Mai 2012, online: <http://blog.amnestyusa.org/asia/we-get-it/>.
- 162 Julian Teil: »Lies behind the "Humanitarian War" in Libya: There is no evidence! (Part 1), NATO Crimes In Libya«, YouTube, Interview mit Dr. Soliman Bouchiguir, 15. Oktober 2011, online: <https://www.youtube.com/watch?v=j4evwAMlh4Y>; Timand2037: »'Humanitarian Intervention' in Libya – the duplicitous game«, YouTube, 15. März 2012, online: <https://www.youtube.com/watch?v=hNbUnTelwJU>; Alan J. Kuperman: »Obama's Libya Debacle«, Foreign Affairs, 16. April 2015, online: <https://www.foreignaffairs.com/articles/libya/2015-02-16/obamas-libya-debacle>.
- 163 Rick Sterling: »Amnesty International Stokes Syrian War«, Consortium News, 11. Februar 2017, online: <https://consortiumnews.com/2017/02/11/amnesty-international-stokes-syrian-war/>.
- 164 Tim Anderson: The Dirty War on Syria, Global Research, Montreal 2016.
- 165 Amnesty: »Syria: Indiscriminate Attacks Terrorize and Displace Civilians«, 19. September 2012, online: <https://www.amnesty.org/en/documents/mde24/078/2012/en/%20/>.
- 166 Martin Chulov: »Up to 13,000 secretly hanged in Syrian jail, says Amnesty«, The Guardian, 7. Februar 2017, online: <https://www.theguardian.com/world/2017/feb/07/up-to-13000-secretly-hanged-in-syrian-jail-says-amnesty>.
- 167 Amnesty: »Human Slaughterhouse: Mass Hangings and Extermination at Saydnaya Prison, Syria«, 7. Februar 2017, S. 7, online: <https://www.amnesty.org/en/documents/mde24/5415/2017/en/>.
- 168 Ebd.; Brandon Turbeville: »Amnesty International "Human Slaughterhouse" Report Lacks Evidence, Credibility, Reeks Of State Department Propaganda«, Activist Post, 8. Februar 2017, online: <http://www.activistpost.com/2017/02/amnesty-international-human-slaughterhouse-report-lacks-evidence-credibility-reeks-of-state-department-propaganda.html>.
- 169 Press TV: »Russian Foreign Ministry rejects Amnesty 'fake' report of mass hangings in Syria«, 9. Februar 2017, online: <http://www.presstv.ir/Detail/2017/02/09/509848/Russia-Syria-Maria-Zakharova-Amnesty-International->.
- 170 Sputnik: »Amnesty Report on Syrian Prison Deaths Questioned by Ex UK Ambassador to Syria«, 15. Februar 2017, online: <https://sputniknews.com/world/201702151050686212-amnesty-international-syria-report-not-credible/>.
- 171 MOA: »Hearsay Extrapolated – Amnesty Claims Mass Executions In Syria, Provides Zero Proof«, Moon of Alabama, 7. Februar 2017, online: <http://www.moonofalabama.org/2017/02/amnesty-report-hearsay.html>.
- 172 The Syria Campaign: »2011 – 2017: Who's Killing Civilians In Syria?«, online: <http://whoiskillingciviliansinsyria.org/>.
- 173 Hugh Naylor: »Islamic State has killed many Syrians, but Assad's forces have killed more«, Washington Post, 5. September 2015, online: https://www.washingtonpost.com/world/islamic-state-has-killed-many-syrians-but-assads-forces-have-killed-even-more/2015/09/05/b8150d0c-4d85-11e5-80c2-106ea7fb80d4_story.html?utm_term=.6b4bde8c4b47.
- 174 Cory Morningstar: »SYRIA: Avaaz, Purpose & the Art of Selling Hate for Empire«, Aletho News, 27. Januar 2015, online: <https://alethonews.wordpress.com/2015/05/10/syria-avaaz-purpose-the-art-of-selling-hate-for-empire/>.
- 175 Dominic Rushe, Raya Jalabi: »Facebook pressured to refuse access to Assad campaign in Syria election«, Guardian, 2. Juni 2014, online: <http://www.theguardian.com/world/2014/jun/02/facebook-bashar-al-assad-campaign-syria-election>.
- 176 Avaaz: »No excuses, no delays. Ceasefire Now!«, 7. August 2013, online: https://www.avaaz.org/en/syria_ceasefire_now_sam1/?bkNLCbb&v=27805.
- 177 Cheryl K. Chumley: »Islamic cleric decrees it OK for Syrian rebels to rape women«, Washington Times, 3. April 2013, online: <http://www.washingtontimes.com/news/2013/apr/3/islamic-cleric-decrees-it-ok-syrian-rebels-rape-wo/>.
- 178 Al Jazeera: »Islamic State Group 'Executes 700' in Syria«, Chronicle, 18. August 2014, online: <http://www.chronicle.co.zw/islamic-state-group-executes-700-in-syria/>.
- 179 Khaled al-Khatib: »Fleeing the frontline, Marea's poorest seek refuge in orchards«, Syria Direct, 15. September 2015, online: <http://syriadirect.org/news/fleeing-the-frontline-marea%E2%80%99s-poorest-seek-refuge-in-orchards/>; Oliver Laughland: »US should use radar to warn civilians of Syrian barrel bombs, group demands«, Guardian, 28. Februar 2015, online: <http://www.theguardian.com/world/2015/feb/27/us-military-warn-civilians-incoming-syria-air-strikes>.
- 180 The Syria Campaign: »Care about refugees? Listen to them«, 9. Oktober 2015, online: <https://diary.thesyriacampaign.org/what-refugees-think/>.
- 181 The Syria Campaign: »Listen To Refugees – First Survey of Syrian Refugees in Europe«, Tabelle mit Umfrageergebnissen (2015), online: <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1WYn4N7STdP2eW3EYdX86Gsb6lxE4VrcNvZ4aEcZsFwI/edit#gid=833561282>.
- 182 The Syria Campaign: »Care about refugees? Listen to them«, 9. Oktober 2015, online: <https://diary.thesyriacampaign.org/what-refugees-think/>.

- 183** The Syria Campaign: »Listen To Refugees – First Survey of Syrian Refugees in Europe«, Tabelle mit Umfrageergebnissen (2015), online: <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1WYn4N7STdP2eW3EYdX86Gsb6lxE4VrcNvZ4aEczsFwI/edit#gid=833561282>.
- 184** The Syria Campaign: »Listen To Refugees – First Survey of Syrian Refugees in Europe«, Tabelle mit Umfrageergebnissen (2015), online: <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1WYn4N7STdP2eW3EYdX86Gsb6lxE4VrcNvZ4aEczsFwI/edit#gid=833561282>; siehe auch Tim Anderson: »How “The Syrian Campaign” Faked Its “70% Fleeing Assad” Refugee Poll«, Global Research, 17. September 2016, online: <http://www.globalresearch.ca/how-the-syrian-campaign-faked-its-70-fleeing-assad-refugee-poll/5546220>.
- 185** Richard Fuchs: »Survey leaves no doubt: Syrians are fleeing Assad«, Deutsche Welle, 11. Oktober 2015, online: <http://www.dw.com/en/survey-leaves-no-doubt-syrians-are-fleeing-assad/a-18775789>.
- 186** The Syria Campaign: »Listen To Refugees – First Survey of Syrian Refugees in Europe«, Tabelle mit Umfrageergebnissen (2015), online: <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1WYn4N7STdP2eW3EYdX86Gsb6lxE4VrcNvZ4aEczsFwI/edit#gid=833561282>; siehe auch Tim Anderson: »How “The Syrian Campaign” Faked Its “70% Fleeing Assad” Refugee Poll«, Global Research, 17. September 2016, online: <http://www.globalresearch.ca/how-the-syrian-campaign-faked-its-70-fleeing-assad-refugee-poll/5546220>.
- 187** Russia Today: »‘We don’t hide it’: White Helmets openly admit being funded by Western govts«, 19. Oktober 2016, online: <https://www.rt.com/news/363363-white-helmets-funded-west/>.
- 188** Vanessa Beeley: »The REAL Syria Civil Defence, Saving Real Syrians, Not Oscar Winning White Helmets, Saving Al Qaeda«, Global Research, 2. April 2017, online: <http://www.globalresearch.ca/the-real-syria-civil-defence-saving-real-syrians-not-oscar-winning-white-helmets-saving-al-qaeda/5583020>.
- 189** Whitney Webb: »James le Mesurier: the former British mercenary who founded The White Helmets«, *Mint Press News*, 31. Juli 2017, online: <https://www.mintpressnews.com/james-le-mesurier-british-ex-military-mercenary-founded-white-helmets/230320/>.
- 190** Vanessa Beeley: »Syria’s white helmets: war by way of deception – Part 1«, 21st Century Wire, 23. Oktober 2015, online: <http://21stcenturywire.com/2015/10/23/syrias-white-helmets-war-by-way-of-deception-part-1/>; Vanessa Beeley: »Who are Syria’s White Helmets? (terrorist linked)?«, 21st Century Wire, 21. Juni 2016, online: <http://21stcenturywire.com/2016/06/21/who-are-the-syria-white-helmets/>.
- 191** 21st Century Wire: »Secret £1bn UK War Chest Used to Fund the White Helmets and Other ‘Initiatives’«, 13. März 2017, online: <http://21stcenturywire.com/2017/03/13/secret-1bn-uk-war-chest-used-to-fund-the-white-helmets-and-other-initiatives/>.
- 192** MayDay Rescue: »Mosab Obeidat«, 26. August 2015, online: <http://www.maydayrescue.org/content/mosab-obeidat>.
- 193** Tony Cartalucci: »UN’s Syria “Aid” Appeal is Bid to Relieve Trapped Terrorists«, Land Destroyer, 17. Dezember 2013, online: <http://landdestroyer.blogspot.com.au/2013/12/syria-uns-aid-appeal-is-bid-to-relieve.html>.
- 194** Vanessa Beeley: »Syria’s white helmets: war by way of deception – Part 1«, 21st Century Wire, 23. Oktober 2015, online: <http://21stcenturywire.com/2015/10/23/syrias-white-helmets-war-by-way-of-deception-part-1/>.
- 195** Kenneth Roth: »Barrel Bombs, Not ISIS, Are the Greatest Threat to Syrians«, New York Times, 5. August 2015, online: http://www.nytimes.com/2015/08/06/opinion/barrel-bombs-not-isis-are-the-greatest-threat-to-syrians.html?_r=1.
- 196** Sputnik: »Soros-funded ‘White Helmets’ NGO caught faking ‘civilian casualties of Russian airstrikes’ in Syria«, 30. September 2015, online: <http://www.sott.net/article/302997-Soros-funded-White-Helmets-caught-faking-Syria-casualties-report>.
- 197** Clarity of Signal: »Massive White Helmets Photo Cache Proves Hollywood Gave Oscar to Terrorist Group«, 27. Februar 2017, online: <https://clarityofsignal.com/2017/02/27/massive-white-helmets-photo-cache-proves-hollywood-gave-oscar-to-terrorist-group/>; Syrian War Blog: »White Helmets Exposed as Extremists: 65 Facebook profiles of Their Members«, 14. November 2017, online: <http://syrianwar1.blogspot.com.au/2017/11/white-helmets-exposed-as-extremists-65.html>.
- 198** Marcello Ferrada de Noli: »White Helmets Video: Swedish Doctors for Human Rights Denounce Medical Malpractice and Misuse of Children for Propaganda Aims«, The Indictor, 6. März 2017, online: <http://theindictor.com/white-helmets-video-swedish-doctors-for-human-rights-denounce-medical-malpractice-and-misuse-of-children-for-propaganda-aims/>.
- 199** UNOCHA: »Arrived at the scene of the blast«, Twitter, 19. August 2015, online: <https://twitter.com/UNOCHA/status/634114213112221696>.
- 200** Christian Science Monitor (Redaktion): »Looking for Obama’s agenda in Syria«, 14. April 2013, online: <https://www.csmonitor.com/Commentary/the-monitors-view/2013/0414/Looking-for-Obama-s-agenda-in-Syria>.
- 201** Vanessa Beeley: »‘Aleppo Media Centre’ Funded By French Foreign Office, EU and US«, 20. September 2016, online: <http://21stcenturywire.com/2016/09/20/exclusive-aleppo-media-centre-funded-by-french-foreign-office-eu-and-us/>.
- 202** Jorge Vино: »Leader of Al-Qaeda in Syria calls the White Helmets “the hidden soldiers of the revolution”«, 20. März 2017, YouTube, online: <https://web.archive.org/web/20180224005049/https://www.youtube.com/watch?v=cpuxgbyNIO8>.
- 203** Vanessa Beeley: »Syria White Helmets Hand in Hand with al Qaeda«, YouTube, 22. Januar 2017, online: https://www.youtube.com/watch?v=OBkn78q_t_Q.
- 204** Live Leak: »Syria – So-called “White Helmets” Facilitate an al-Nusra Execution«, 6. Mai 2015, online: http://www.liveleak.com/view?i=fd8_1430900709; Tom O’Connor: »Syria’s White Helmets, subject of Oscar-winning film, caught dumping dead soldiers, fire volunteer«, Newsweek, 22. Juni 2017, online: <http://www.newsweek.com/oscar-win-white-helmets-syria-volunteer-dump-bodies-rebels-628407>; Vanessa Beeley: »White Helmets: Severed Heads of Syrian Arab Army

Soldiers Paraded as Trophies – Endorsed by Channel 4«, 21st Century Wire, 21. Juni 2017, online: <http://21stcenturywire.com/2017/06/21/white-helmets-severed-heads-of-syrian-arab-army-soldiers-paraded-as-trophies-endorsed-by-channel-4/>.

205 Ted Postol: »The Nerve Agent Attack that Did Not Occur«, 18. April 2017, Washington's Blog, online: <http://www.washingtonsblog.com/2017/04/67102.html>.

206 Scott Ritter: »Ex-Weapons Inspector: Trump's Sarin Claims Built on 'Lie'«, The American Conservative, 29. Juni 2017, <http://www.theamericanconservative.com/articles/ex-weapons-inspector-trumps-sarin-claims-built-on-lie/>.

6 Deutsche NGOs

207 PRCenter: »UNICEF-Spendenskandal nur die Spitze des Eisbergs?«, online: <http://www.prcenter.de/UNICEF-Spendenskandal-nur-die-Spitze-des-Eisbergs-.10081.html>.

208 Bundeszentrale für politische Bildung: »NGOs«, online: http://www.bpb.de/wissen/3UD6BP,0,0,NichtRegierungsorganisationen_%28NGOs%29.html.

209 Bundeszentrale für politische Bildung: »Politische Stiftungen«, online: <https://www.bpb.de/gesellschaft/kultur/politische-bildung/193401/politische-stiftungen?p=all>.

210 Heinrich Böll Stiftung: »Auf dem Weg zu mehr Verantwortung?«, online: https://www.boell.de/sites/default/files/e-paper_aupo2014.pdf.

211 Jens Bernert: »Die Lügen der ›Weißhelme‹«, Rubikon, 14. November 2017, online: <https://www.rubikon.news/artikel/die-lugen-der-weisshelme>.

212 Swiss Propaganda Research: »Die Grenzen der Pressefreiheit 2017«, online: <https://swprs.org/die-grenzen-der-pressefreiheit/>.

213 <http://domiholblog.tumblr.com/post/140151037204/die-vielen-paten-von-syrien>.

214 Wiebke Hollersen: »Ein Herz für Hama«, Spiegel Online, 12. März 2012, online: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-84339479.html>.

215 Medico Online: »Medico Rundschreiben 02/2011: Bitterer Zucker«, 14. Mai 2011, online: https://issuu.com/medico_international/docs/medico-rundschreiben-02-2011.

216 Tim Anderson: Der schmutzige Krieg gegen Syrien, Liepsen Verlag, Marburg 2016.

217 Sharmine Narwani: »Questioning the Syrian 'Casualty List'«, 28. Februar 2012, online: <https://mideastshuffle.com/2012/02/28/questioning-the-syrian-casualty-list/>.

218 Human Rights Watch: »Syria: Defectors Describe Orders to Shoot Unarmed Protesters«, 9. Juli 2011, online: <https://www.hrw.org/news/2011/07/09/syria-defectors-describe-orders-shoot-unarmed-protesters>.

219 <http://domiholblog.tumblr.com/post/140151037204/die-vielen-paten-von-syrien>.

220 Jochen Mitschka: »Woher kommen die Waffen?«, Rubikon News, 13. September 2017, online: <https://www.rubikon.news/artikel/woher-kommen-die-waffen>.

221 Regine Beyss: »Die Syrer sind nicht alleine«, Main-Post, 3. April 2012, online: <https://www.mainpost.de/ueberregional/meinung/leitartikel/Die-Syrer-sind-nicht-alleine;art9517,6712947>.

222 Adopt a revolution: »Mitmachen«, online: <https://www.adoptrevolution.org/kampagne-unterstutzen/>.

223 Adopt a revolution: »Warum spenden?«, online: <https://www.adoptrevolution.org/spenden/spendenformular/>.

224 Adopt a revolution: Rück-und Ausblick 2016/17, online: <https://www.adoptrevolution.org/jahresbericht-2016/#einnahmen>.

225 Ebd.

226 Alexander Schierholz: »Hilfsprojekte in Syrien – Leipziger Helfer stecken in der Krise«, Mitteldeutsche Zeitung, 22. Mai 2014, online: <https://www.mz-web.de/politik/hilfsprojekte-in-syrien-leipziger-helfer-stecken-in-der-krise-3307924>.

227 Adopt a revolution: »Debatte um den Aufruf Freiheit braucht Beistand – „Ja, wir unterstützen die Revolution!“«, online: https://www.adoptrevolution.org/debatte_aufruf/20/.

228 The Suffering Grasses: »Syrien im Fokus des aktuellen Zeitgeschehens«, Facebook, 9. November 2013, online: <https://www.facebook.com/events/739495339400092/>.

229 T. von der Osten-Sacken, H. Wettig: »Debatte – Dann gebt doch der Freien Syrischen Armee Waffen«, Welt Online, 22. Oktober 2014, <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article133540811/Dann-gebt-doch-der-Freien-Syrischen-Armee-Waffen.html>.

230 Ines Kappert: »Krieg in Syrien – Flugverbotszone jetzt«, taz, 21. August 2015, online: <http://www.taz.de/!5225357/>.

231 Hannah Wettig: »Entgleiste Revolutionen«, Analyse & Kritik, 18. Februar 2014, online: https://www.akweb.de/ak_s/ak591/37.htm.

232 Rick Sterling: »The Caesar Photo Fraud that Undermined Syrian Negotiations«, 2016, Counterpunch, online: <https://www.counterpunch.org/2016/03/04/the-caesar-photo-fraud-that-undermined-syrian-negotiations/>.

233 Human Rights Watch: »Syria: Stories Behind Photos of Killed Detainees«, 16. Dezember 2015, <https://www.hrw.org/news/2015/12/16/syria-stories-behind-photos-killed-detainees>.

- 234 France24: »The Interview, David M. Crane, Co-author of a report on Syrian prisoners«, 17. März 2014, <http://www.france24.com/en/20140315-interview-david-michael-crane-co-author-report-on-syrian-prisoners-torture-killing-assad-regime>.
- 235 Rick Sterling: »Eight Problems with Amnesty's Report on Aleppo Syria«, Counterpunch, 14. Mai 2015, online: <https://www.counterpunch.org/2015/05/14/eight-problems-with-amnestys-report-on-aleppo-syria/>.
- 236 Tim Anderson: The Dirty War on Syria, Global Research Publishers, Montreal 2016.
- 237 Rick Sterling: »Eight Problems with Amnesty's Report on Aleppo Syria«, Counterpunch, 14. Mai 2015, online: <https://www.counterpunch.org/2015/05/14/eight-problems-with-amnestys-report-on-aleppo-syria/>.
- 238 Jens Bernert: »Die Lügen der Weißhelme«, Rubikon News, 14. November 2017, online: <https://www.rubikon.news/artikel/die-lugen-der-weisshelme>.
- 239 Blauer Bote Magazin: »White Helmets ermordeten Kind, um Obama mit gefälschtem Propagandamaterial zu versorgen«, 25. März 2017, online: <http://blauerbote.com/2017/03/25/white-helmets-ermordeten-kind-um-obama-mit-gefaelschtem-propagandamaterial-zu-versorgen/>.
- 240 The Oslo Times: Over 80 Parliamentarians worldwide show support to "WhiteHelmets" Nobel Peace Prize nomination in memory of Jo Cox, 17. September 2016, online: <http://www.theoslotimes.com/article/over-80-parliamentarian-worldwide-show-support-to-%27white-helmets%27-nobel-peace-prize-nomination-in-memory-of-jo-cox>.
- 241 Blauer Bote Magazin: »Abgeordneter Omid Nouripour feiert Al-Kaida-Angriff: „Berichte: Belagerung von #Aleppo durchbrochen. #pray4Syria“«, 6. August 2016, <http://blauerbote.com/2016/08/06/abgeordneter-omid-nouripour-feiert-al-kaida-angriff-berichte-belagerung-von-aleppo-durchbrochen-pray4syria/>.
- 242 Rubikon News: »Die Lügen der „Weißhelme“«, 14. November 2017, <https://www.rubikon.news/artikel/die-lugen-der-weisshelme>.
- 243 Gudula Hörr (Interview mit Bente Scheller): »Giftgas und US-Bomben in Syrien – „Assad ist nicht nur Moskaus Marionette“«, n-tv, 7. April 2017, online: <http://www.n-tv.de/politik/Assad-ist-nicht-nur-Moskaus-Marionette-article19784872.html>.
- 244 Tim Anderson: The Dirty War on Syria, Global Research Publishers, Montreal 2016.
- 245 Seymour M. Hersh: »The Red Line and the Rat Line«, London Review of Books 2014, online: <https://www.lrb.co.uk/v36/n08/seymour-m-hersh/the-red-line-and-the-rat-line>.
- 246 Tim Anderson: The Dirty War on Syria, Global Research Publishers, Montreal 2016. Anderson stützt sich hierbei auf eine vom Hochkommissar für Menschenrechte in Auftrag gegebene Studie der Vereinten Nationen mit dem Titel »Independent International Commission of Inquiry on the Syrian Arab Republic«, online: <http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/IICISyria/Pages/IndependentInternationalCommission.aspx>.
- 247 Rodrigo Campos: »Syrian government to blame for April sarin attack: U. N. report«, Reuters, 26. Oktober 2017, <http://www.reuters.com/article/us-mideast-crisis-syria-un/syrian-government-to-blame-for-april-sarin-attack-u-n-report-idUSKBN1CV3GP>.
- 248 António Guterres: Kopie des Berichts für den Sicherheitsrat vom 26. Oktober 2017, Moon of Alabama, http://www.moonofalabama.org/images5/OPCW-UN_JIM_7th_Report.pdf.
- 249 Moon of Alabama: UN on Khan Sheikhoun – Victims Hospitalized BEFORE Claimed Incident Happened, 29. Oktober 2017, online: <http://www.moonofalabama.org/2017/10/un-report-on-khan-sheikhoun-23-of-victims-hospitalized-before-the-incident-happened.html>.
- 250 Ebd.
- 251 Sputnik Deutschland: »Giftgas-Angriffe in Syrien: US-Professor findet Fehler im UN-Bericht«, 31. Oktober 2017, online: <https://de.sputniknews.com/politik/20171031318102684-syrien-giftgas-un-bericht-fehler/>.
- 252 Baschar Dschaafari: »Die Maske fällt, die Wahrheit kommt ans Licht«, Rede bei der Konferenz des Schiller-Instituts in New York, 10. September 2016, online: <http://www.schiller-institut.de/seiten/2016/dschaafari.html>.
- 253 U. S. Passports & International Travel: »Syria Travel Warning«, 18. Oktober 2017, online: <https://web.archive.org/web/20171026232900/https://travel.state.gov/content/passports/en/alertswarnings/syria-travel-warning.html>.
- 254 Sputnik Deutschland: »Kein Bombenabwurf aus dieser Distanz: Russland widerspricht UN zu Giftgasangriff«, 2. November 2017, online: <https://de.sputniknews.com/politik/20171102318138149-giftgas-syrien-russland-findet-technische-fehler-im-un-bericht/>.
- 255 Sputnik Deutschland: »OPCW-Sitzung zu Idlib: Russland zeigt Beweise für Giftgas-Inszenierung«, 20. April 2017, online: <https://de.sputniknews.com/politik/20170420315423793-opcw-idlib-beweise-inszenierung/>.
- 256 Die Rote Pille: »Frankreichs Ex-Außenminister Roland Dumas: Krieg gegen Syrien bereits zwei Jahre vor dem ›Arabischen Frühling‹ geplant«, 14. Oktober 2013, online: <http://die-rote-pille.blogspot.de/2013/10/frankreichs-ex-auenminister-roland.html>.
- 257 Wesley Clark, *Fora.tv*, 3. Oktober 2007, online: <https://www.youtube.com/watch?v=wFixu8HDxOQ>.
- 258 Tyler Durden: »In Shocking, Viral Interview, Qatar Confesses Secrets Behind Syrian War«, Zero Hedge, 29. Oktober 2017, online: <http://www.zerohedge.com/news/2017-10-28/shocking-viral-interview-qatar-confesses-secrets-behind-syrian-war>.
- 259 Hintergrund (Redaktion): Ein Jahr nach dem Militärputsch in Honduras, 29. Juni 2010, online: <https://www.hintergrund.de/politik/welt/ein-jahr-nach-dem-militaerputsch-in-honduras/>.

- 260 Hans-Georg und Peter Kleinert: »FDP-nahe Stiftung auf der Seite der Putschisten in Honduras: Die Naumann-Fraktion«, Neue Rheinische Zeitung, 1. Juli 2009, online: <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=13971>.
- 261 Christian Lüth: »Mehr Täter als Opfer«, veröffentlicht am 28. Juni 2009 auf www.freiheit.org. Der ursprüngliche Artikel ist nicht mehr online aufzufinden, das hier angeführte Zitat wird aber auch an anderen Stellen aufgegriffen, beispielsweise hier: <http://www.spiegel.de/forum/politik/staatsstreich-honduras-soll-die-uno-eingreifen-thread-7717-23.html>.
- 262 André Scheer: »Putsch gelobt«, Junge Welt, 18. Mai 2010, online: <https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/artikel/144534.putsch-gelobt.html>.
- 263 Harald Neuber: »Putsch-Verteidiger soll Entwicklungshilfe leiten«, amerika21, 20. September 2011, online: <https://amerika21.de/nachrichten/2011/09/40304/naumann-bmz-honduras>.
- 264 Friedensinitiative Bruchsal: »Der Putsch von Thailand und wie demokratisch ist die FDP?«, 18. Mai 2010, online: <http://bruchsaler-friedensinitiative.de/artikel/2010/20100518b.html>.
- 265 German Foreign Policy: »Deutschlands außenpolitischer Pluralismus«, 2. Dezember 2013, online: <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/6135/>.
- 266 Ebd.
- 267 Jo Menschenfreund: »Wie die Gerichte und das Militär Thailand regieren«, 7. Juni 2012, online: <https://jomenschenfreund.blogspot.de/2012/06/wie-die-gerichte-und-das-militar.html>.
- 268 Florian Warweg: »Argentinien: FDP-nahe Naumann-Stiftung unterstützt Petition zur Zerstörung von Che Guevara-Denkmal«, RT Deutsch, 1. September 2017, online: <https://deutsch.rt.com/amerika/56592-fdp-nahe-naumann-stiftung-unterstutzt-zerstörung-monument-che-guevara/>.
- 269 Für die Freiheit: »Presenting projects in North Korea at the Delegation of the European Union«, 6. September 2017, online: <http://korea.fnst.org/content/presenting-projects-north-korea-delegation-european-union>.
- 270 German Foreign Policy: »Erziehung zum Aufstand«, 7. November 2017, online: <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7438/>.
- 271 Der Spiegel: »Südafrika – Millionen für Inkatha«, 4. April 1994, online: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13689100.html>.
- 272 Focus Online: »Strategie 1: Die Löschtruppe«, online: www.focus.de/digital/internet/tid-7242/online-enzyklopaedie_aid_130683.html.
- 273 Wikipedia: »Primero Justicia«, https://de.wikipedia.org/wiki/Primero_Justicia.
- 274 Stefan Frank: »Nach dem Putsch ist vor dem Putsch«, Konkret-Verlage, Heft 8, 2004, online: <https://web.archive.org/web/20040817225800/http://www.konkret-verlage.de/kvv/txt.php?text=nachdemputschistvordemputsch&jahr=2004&mon=08>.
- 275 Paul Craig Roberts: »US and EU are Paying Ukrainian Rioters and Protesters«, Institute for Political Economy, 17. Februar 2014, online: <https://www.paulcraigroberts.org/2014/02/17/us-eu-paying-ukrainian-rioters-protesters-paul-craig-roberts/>.
- 276 Stefan Korinth: »Ukraine: Einigkeit und Kampf um Freiheit?«, Telepolis, 11. März 2015, online: <https://www.heise.de/tp/features/Ukraine-Einigkeit-und-Kampf-um-Freiheit-3370594.html?view=fussnoten>.
- 277 <https://web.archive.org/web/20160305181746/http://www.jostmeier.de/index.php?myelement=235941>.
- 278 Wikipedia: »Ukrainische demokratische Allianz für Reformen«, https://de.wikipedia.org/wiki/Ukrainische_demokratische_Allianz_f%C3%BCr_Reformen.
- 279 »Klitchko team«, online: <https://web.archive.org/web/20180205174114/http://www.klichko.org:80/team/?lang=eng>.
- 280 Die Propagandaschau: »Das Propagandanetzwerk hinter dem Putsch in der Ukraine«, 21. Juli 2014, online: <https://propagandaschau.wordpress.com/2014/07/21/das-propagandanetzwerk-hinter-dem-putsch-in-der-ukraine/>.
- 281 <https://www.kyiv-dialogue.org/de/ueber-uns/kiewer-gespraeche.html>.
- 282 <https://www.kyiv-dialogue.org/de/ueber-uns/wer-wir-sind.html>.
- 283 <http://www.kyiv-dialogue.org/de/ueber-uns/steuerungsgruppe.html>.
- 284 <http://www.kas.de/ukraine/>.
- 285 Jochen Mitschka: »Das Ukraine-Narrativ«, Academia, online: https://www.academia.edu/28606903/Das_Ukraine-Narrativ.
- 286 German Foreign Policy: »Chaos säen (II)«, 27. November 2017, online: <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7459/>.
- 287 RT Deutsch: »Adenauer Stiftung organisierte in Mexiko Konferenz zur Destabilisierung der kubanischen Regierung«, 11. Dezember 2014, online: <https://deutsch.rt.com/7995/international/adenauer-stiftung-organisierte-in-mexiko-konferenz-zum-sturz-der-kubanischen-regierung/>.
- 288 Percy Alvarado: »Juventudes Democráticas, la KAS y un circo de mercenarios«, Contrainjerencia, 12. Februar 2014, <http://www.contrainjerencia.com/?p=97144>.
- 289 Christoph Marischka: »Gezielte Sanktionen, ein schleichender Putsch und die dubiose Rolle der Konrad-Adenauer-Stiftung in Côte d'Ivoire«, 2. April 2011, online: http://imi-online.de/download/Ausdruck2_2011_06marischka.pdf.
- 290 Konrad-Adenauer-Stiftung: »Die Lage ist ausweglos«, online: <http://www.kas.de/westafrica/de/pages/9777/>.

- 291 Martin Lutz, Uwe Müller: »Das Kartell der Staatsplünderer«, Welt, 10. Oktober 2014, online: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article133107766/Das-Kartell-der-Staatspluenderer.html>.
- 292 Lobbypedia: Hanns-Seidel-Stiftung, <https://lobbypedia.de/wiki/Hanns-Seidel-Stiftung>.
- 293 Lobbypedia: »Wir Eigentümerunternehmer«, https://lobbypedia.de/wiki/Wir_Eigent%C3%BCmerunternehmer.
- 294 Frank R. Pfetsch: Einführung in die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Studienbücher zur Sozialwissenschaft (43), Westdeutscher Verlag, 1981, S. 91.
- 295 Volker Vinnai: Demokratieförderung in Afrika, Friedrich-Ebert-Stiftung, LIT Verlag Dr. W. Hopf, Berlin 2007, S. 35.
- 296 German Foreign Policy: »Wirksamste Instrumente der deutschen Außenpolitik«, 4. März 2003, <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/498/>.
- 297 Christian Forstner: »Ein Zeichen der Stärke«, Bayernkurier, 11. April 2017, online: <https://www.bayernkurier.de/ausland/23827-ein-zeichen-der-staerke/>.
- 298 Michael Starke: »Gutenberg on the wrong side of history I«, Club of Politics, 3. April 2013, online: <http://clubofpolitics.de/politics/gutenberg-on-the-wrong-side-of-history-i/>.
- 299 Susann Witt-Stahl, Denis Koval: »junge Welt: Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt ukrainische Nazis«, Barth-Engelbart-Blog, 11. Juli 2016, <http://www.barth-engelbart.de/?p=126817>.
- 300 Rosa-Luxemburg-Stiftung: Pussy Riot, Proteste und ausländische Agenten – Heißer Herbst in Russland?, YouTube: https://www.youtube.com/watch?v=_4Szn7xtoko.
- 301 Moritz Gathmann: »Lady Suppenhuhn«, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. August 2012, online: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/pussy-riot-lady-suppenhuhn-11867761.html>.
- 302 Ebd.
- 303 Grigory Entes: »Der Putin ist an allem schuld«, Telepolis, 13. August 2012, online: <https://www.heise.de/tp/features/Der-Putin-ist-an-allem-schuld-3395258.html>.
- 304 Google-Auswahl von Seiten, die die Verbindung zu Soros ausgemacht haben wollen: https://www.google.de/search?q=Pussy-riot-connections+Soros&ie=utf-8&oe=utf-8&gws_rd=cr&dc=0&ei=epkpWpHjB8mksAfozlawAQ.
- 305 Susann Witt-Stahl, Denis Koval: »Potemkinsche Dörfer: Die Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt einen gewaltigen geschichtsrevisionistischen Schwindel«, Junge Welt, 12. Juli 2016, <http://www.barth-engelbart.de/?p=126817>.
- 306 Udo Pfeiffer: »Die ›Antideutschen‹ als neoliberale Erfüllungsgehilfen«, Wahrheitsecke, 22. November 2012, <http://wahrheitscorner.blogspot.de/2012/11/die-antideutschen-als-neoliberale.html>.
- 307 Elke Schenk, Jörn Hagenloch: »Weltmacht«, BertelsmannKritik, 8. Februar 2009, <http://www.bertelsmannkritik.de/weltmacht.htm>.
- 308 Franco Algieri, Janis A. Emmanouilidis, Roman Maruhn: Europas Zukunft – Fünf EU-Senarien. CAP 2003, S. 13 f.
- 309 Arvato Bertelsmann: <http://www.vaw-arvato.com>.
- 310 Financial Times Deutschland vom 24. November 2007.
- 311 Jörn Hagenloch: »Blühende Rendite-Landschaften«, Freitag 02/2006.
- 312 taz: »Die Methode Bertelsmann«, <http://www.taz.de/!5137745/>.
- 313 Bertelsmann Stiftung: »Religionsmonitor 2017 – Muslime in Europa, Integriert, aber nicht akzeptiert?«, online: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/religionsmonitor/projektthemen/religionsmonitor-2017-muslime-in-europa/>.
- 314 Susanne Klaiber: »Der Zahlenkrieg: Forscher kritisiert viel beachtete Integrationsstudie der Bertelsmann-Stiftung heftig«, The Huffington Post, 7. September 2017, online: http://www.huffingtonpost.de/2017/09/07/integration-bertelsmann-kritik_n_17911364.html.
- 315 Laura Gaida: »Ergebnisse geschönt? Experte kritisiert Islam-Studie der Bertelsmann-Stiftung«, Focus Online, 7. September 2017, http://www.focus.de/politik/deutschland/studie-zu-muslimen-in-deutschland-ergebnisse-geschoent-experte-kritisiert-islam-studie-der-bertelsmann-stiftung_id_7566511.html.
- 316 Thomas Schuler: Bertelsmannrepublik Deutschland – Eine Stiftung macht Politik, Campus Verlag 2010.
- 317 Christian Hanelt: »Syrien im fünften Jahr des Bürgerkriegs«, Bertelsmann Stiftung, Januar 2016, online: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/syrien-im-fuenften-jahr-des-buergerkriegs/>.

7 Tödliche Sanktionen und NGOs

- 318 YouTube: 500.000 tote irakische Kinder? ehem. US-Außenministerin: »Wir glauben, es ist den Preis wert.«, online: <https://www.youtube.com/watch?v=QVvi5Tp4XGA>.
- 319 Dr. Justine Walker: »Humanitarian Impact of Syria-Related Unilateral Restrictive Measures«, Office of the United Nations Resident Coordinator in the Syrian Arab Republic, 16. Mai 2016, online: <https://www.documentcloud.org/documents/3115191-Hum-Impact-of-Syria-Related-Res-Eco-Measures-26.html#document/p1>.

- 320** Rania Khalek: »U. S. and EU Sanktions are punishing ordinary Syrians and crippling aid work, U. N. Report Reveals«, The Intercept, 28. September 2016, online: <https://theintercept.com/2016/09/28/u-s-sanctions-are-punishing-ordinary-syrians-and-crippling-aid-work-u-n-report-reveals/>.
- 321** Marco Glowatzki: Orthopädie Praxis in Syrien, YouTube, 5. Dezember 2017, online: <https://youtu.be/HE-CF0YIEk8>.

8 Syrien, Deutschland und der Angriffskrieg

- 322** Mahdi Darius Nazemroaya: »Plans for Redrawing the Middle East: The Project for a “New Middle East”«, GlobalResearch, 18. November 2006, online: <https://www.globalresearch.ca/plans-for-redrawing-the-middle-east-the-project-for-a-new-middle-east/3882>.
- 323** Secretary of State Condoleezza Rice: »Special Briefing on the Travel to the Middle East and Europe of Secretary Condoleezza Rice« (Press Conference, U. S. State Department, Washington, D. C., 21. Juli 2006).
- 324** Michael A. Ledeen: *The War Against the Terror Masters*, St. Martin’s Griffin, 2003, S. 212 f.
- 325** Uwe Ness: »Zu Syrien und der Mär vom friedlichen Beginn der Proteste«, online: <http://www.uweness.eu/maerchen-ueber-syrien.html>.
- 326** Fox News: US intel knew about weapons going from Benghazi to Syria, 18. Mai 2015, online: <http://video.foxnews.com/v/4242465982001/?#sp=show-clips>.
- 327** YouTube: Ex-NATO-Oberbefehlshaber: »Wir werden 7 Länder angreifen«, online: <https://www.youtube.com/watch?v=xTTU6pFiAE>.
- 328** YouTube, Frankreichs Außenminister: »Der Krieg in Syrien seit langem in London geplant«, online: <https://www.youtube.com/watch?v=ANju4oaA4HM>.
- 329** n-tv: »Einsatz vor der syrischen Küste – Deutsches Schiff hilft Rebellen«, <https://www.n-tv.de/politik/Deutsches-Schiff-hilft-Rebellen-article7002301.html>.
- 330** Tim Anderson: Der schmutzige Krieg gegen Syrien, Liepsen-Verlag, Marburg 2016, S. 76.
- 331** Christoph Reuter: »Das Rätsel des deutschen Spionage-Schiffs«, Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/deutscher-geheimdienst-bruestet-sich-mit-rolle-in-syrien-a-850983.html>.
- 332** Carsten Wieland: »Syrien 2013«, Bundeszentrale für politische Bildung, 14. Februar 2013, online: <http://www.bpb.de/apuz/155126/das-politisch-ideologische-system-syriens-und-dessen-zerfall?p=all>.
- 333** CNA (2012) »Syrian violence drives 50,000 Christians from homes«, Catholic News Agency, 27. März 2012, online: <http://www.catholicnewsagency.com/news/syrian-violence-drives-50000-christians-from-homes/>.
- 334** Vincent Funaro: »‘They Accept Us as We Are,’ Christians Join Forces With Muslim Group Hezbollah to Fight ISIS in Lebanon«, Christian Post, 11. Mai 2015, online: <https://www.christianpost.com/news/they-accept-us-as-we-are-christians-join-forces-with-muslim-group-hezbollah-to-fight-isis-in-lebanon-138975/>.
- 335** Murtaza Hussain: »NSA Document Says Saudi Prince Directly Ordered Coordinated Attack by Syrian Rebels on Damascus«, The Intercept, 24. Oktober 2017, online: <https://theintercept.com/2017/10/24/syria-rebels-nsa-saudi-prince-assad/>.
- 336** Tyler Durden: »Bombshell NSA Memo: Saudi Arabia Ordered Attack on Damascus International Airport with US Knowledge«, Zero Hedge, 24. Oktober 2017, online: <http://www.zerohedge.com/news/2017-10-24/bombshell-nsa-memo-saudi-arabia-ordered-attack-damascus-international-airport-us-kno>.
- 337** Twitter-Mitteilung mit Video von @walid970721, 27. Oktober 2017, online: <https://twitter.com/walid970721/status/923825448324345858>; siehe auch auf YouTube <https://youtu.be/nOdW04XCwHk>.
- 338** Ben Norton: »Alternet, U.S. and Gulf Allies Supported Islamist Extremists in Syria, Qatar’s Ex-Prime Minister Admits, Bolstering Growing Evidence«, Grayzone Project, 16. Juni 2017, online: <https://www.alternet.org/grayzone-project/us-and-gulf-allies-supported-islamist-extremists-syria-qatars-ex-prime-minister>.
- 339** Nafeez Ahmed: »Pentagon report predicted West’s support for Islamist rebels would create ISIS«, Insurge Intelligence, 22. Mai 2015, online: <https://medium.com/insurge-intelligence/secret-pentagon-report-reveals-west-saw-isis-as-strategic-asset-b99ad7a29092>.
- 340** WikiLeaks: »Podesta E-Mails«, online: <https://wikileaks.org/podesta-emails/emailid/3774>.
- 341** Tim Anderson: Der schmutzige Krieg gegen Syrien, Liepsen-Verlag, 2016, S. 221 f.
- 342** Mousab al-Hamadee, Roy Gutman: »1,000 Syrian rebels defect to Islamic State in sign it’s still strengthening«, McClatchy, 8. Juli 2014, online: <http://www.sacbee.com/news/nation-world/article2603226.html>; siehe auch Jason Ditz: »1,000-Strong Syrian Rebel Brigade Defects to ISIS«, Anti-War.com, 8. Juli 2014, online: <http://news.antiwar.com/2014/07/08/1000-strong-syrian-rebel-brigade-defects-to-isis/>.
- 343** Alex Newman: »“Moderate” Rebels Armed by Obama Join al-Qaeda, ISIS«, New American, 21. November 2014, online: <http://www.thenewamerican.com/world-news/asia/item/19583-moderate-rebels-armed-by-obama-join-al-qaeda-isis>; siehe auch Liz Sly, Liz: »U.S.-backed Syria rebels routed by fighters linked to al-Qaeda«, Washington Post, 2. November 2014, online: https://web.archive.org/web/20141103065659/https://www.washingtonpost.com/world/us-backed-syria-rebels-routed-by-fighters-linked-to-al-qaeda/2014/11/02/7a8b1351-8fb7-4f7e-a477-66ec0a0aaf34_story.html.

- 344 Fahd al-Zayabi: »Syrian rebels increasingly joining ISIS: Coalition ambassador, Asharq al-Awsat, 25. Dezember 2014, online: <https://eng-archive.aawsat.com/fahd-zayabi/news-middle-east/syrian-rebels-increasingly-joining-isis-syrian-national-coalition-ambassador>.
- 345 Redaktion: »Syrian rebels in the Golan defect to ISIS«, OSNet Daily, 18. Dezember 2014, online: <http://osnetdaily.com/2014/12/syrian-rebels-golan-defect-isis/>.
- 346 Leith Aboufadel: »The Last of the “Moderates” – Harakat Hazzm Disbands to Join Islamists«, Al-Masdar News, 2. März 2015, online: <http://www.almasdarnews.com/article/last-moderates-harakat-hazzm-disbands-join-islamists/>.
- 347 Umberto Bacchi: »Syria: al-Qaeda Nusra Front shows off huge cache of US weapons seized from moderate Harakat Hazzm rebels«, International Business Times, 4. März 2015, online: <http://www.ibtimes.co.uk/syria-al-qaeda-nusra-front-shows-off-us-weapons-seized-moderate-harakat-hazm-rebels-1490378>.
- 348 Redaktion: »Assad loses battles as US, Israel, Turkey, Jordan, Qatar and UAE arm Al Qaeda’s Syrian branches«, DEBKAF, 4. Mai 2015, online: <https://www.debka.com/assad-loses-battles-as-us-israel-turkey-jordan-qatar-and-uae-arm-al-qaedas-syrian-branches/>.
- 349 Tulsi Gabbard (Interview mit CNN-Reporter Jake Tapper, veröffentlicht von NoWorldOrder.com auf YouTube): »Syrians tell me there are no moderate rebels«, 2. März 2016, online: <https://www.youtube.com/watch?v=8LRZIfnXNs>.
- 350 Rania Abouzeid: »Syrian Opposition Groups Stop Pretending«, The New Yorker, 26. September 2013, online: <https://www.newyorker.com/news/news-desk/syrian-opposition-groups-stop-pretending>.
- 351 Ben Reynolds: »There are No Moderate Syrian Rebels«, 2014, Counterpunch, 3. Oktober 2014, online: <https://www.counterpunch.org/2014/10/03/there-are-no-moderate-syrian-rebels/>.
- 352 Der Strafrechtsparagraf wurde inzwischen durch den Bundestag im Rahmen der »Harmonisierung mit EU-Recht« abgeschafft. Siehe Florian Rötzer: »§ 80 StGB ›Vorbereitung eines Angriffskriegs‹ ist seit 1. Januar 2017 gestrichen«, Telepolis, 7. Januar 2017, online: <https://www.heise.de/tp/features/80-StGB-Vorbereitung-eines-Angriffskriegs-ist-seit-1-Januar-2017-gestrichen-3590763.html>.
- 353 Bundesministerium der Verteidigung: »Mandatsverlängerungen: Bundestag stimmt ab«, 13. Dezember 2017, online: <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/abstimmung-ueber-mandate-im-bundestag-20410>.
- 354 Sicherheitsrat der Vereinten Nationen: »Resolution 2249« (2015), online: http://www.un.org/depts/german/sr/sr_15/sr2249.pdf.
- 355 Al Jazeera: »Former DIA Director Michael Flynn: It was a decision to fund, arm ISIS«, online: <https://youtu.be/y1oEoCRkLRI>.
- 356 Seymour Hersh: Military to Military, London Review of Books 2016, online: <https://www.lrb.co.uk/v38/n01/seymour-m-hersh/military-to-military>.
- 357 Ian Fisher: »In Rise of ISIS, No Single Missed Key but Many Strands of Blame«, New York Times, 18. November 2015, online: <https://www.nytimes.com/2015/11/19/world/middleeast/in-rise-of-isis-no-single-missed-key-but-many-strands-of-blame.html>.
- 358 Udo Hochschild: »Idee und Wirklichkeit der Gewaltenteilung in Deutschland – 6. Die nicht erfüllte Verfassung«, online: <http://www.gewaltenteilung.de/#11>.
- 359 Der Generalbundesanwalt: »Rechtliche Stellung des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof«, online: <https://www.generalbundesanwalt.de/de/stellung.php>.
- 360 Karin Leukefeld: Flächenbrand, PapyRossa Verlag, Köln 2016. Das Buch ist inzwischen in der 3. Auflage (März 2017) erschienen. Die Seitenangaben beziehen sich auf die Ausgabe von 2016.
- 361 Karin Leukefeld: Flächenbrand (2016), S. 53.
- 362 Ebd., S. 130.
- 363 Matthias Schiermeyer: »Warum die Peschmerga deutsche Waffen benötigen«, Stuttgarter Nachrichten, 18. August 2016, <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.bundeswehr-hilfe-fuer-die-kurden-warum-die-peschmerga-deutsche-waffen-benoetigen.6785c337-b184-41f9-8c4f-9dc96b3c9d1a.html>.
- 364 Matthias Gebauer, Christoph Sydow, Gerald Traufetter: »Kurdenmiliz kämpft offenbar mit deutschen Waffen gegen Jesiden«, Spiegel Online, 6. März 2017, online: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/irak-kurden-miliz-kaempft-offenbar-mit-deutschen-waffen-gegen-jesiden-a-1137481.html>.
- 365 Dilyana Gaytandzhieva: »350 diplomatic flights carry weapons for terrorists«, trud.bg, 2. Juli 2017, online: <https://trud.bg/350-diplomatic-flights-carry-weapons-for-terrorists/>.
- 366 Tyler Durden: »Weapons Went From The CIA To ISIS In Less Than Two Months«, 2017, Zero Hedge, 15. Dezember 2017, online: <http://www.zerohedge.com/news/2017-12-15/weapons-went-cia-isis-less-two-months-new-study-reveals>.
- 367 CAR-Motto: »Established in 2011, Conflict Armament Research generates unique evidence on weapon supplies into armed conflicts in order to inform and support effective weapon management and control.« Online: <http://www.conflictarm.com/about-us/>.
- 368 Conflict Armament Research: »Weapons of the Islamic State«, 2017, online: www.conflictarm.com/download-file/?report_id=2568&file_id=2574.
- 369 Conflict Armament Research: »Islamic State Weapons in Iraq and Syria«, 2014, online: http://conflictarm.com/wp-content/uploads/2014/09/Dispatch_IS_Iraq_Syria_Weapons.pdf.
- 370 BBC: »The Report – Al Qaeda in Syria«, online: <http://www.bbc.co.uk/programmes/b06s0qy9>.

371 Volkmar Kabisch, Amir Musawy: »IS nutzte Waffen aus der EU«, NDR , 14. Dezember 2017, online: <http://www.tagesschau.de/ausland/waffenexporte-133.html>.

9 Das Verbrechen von Dschabal al-Tharda

- 372** Klaas Voss: »Plausibly deniable: mercenaries in US covert interventions during the Cold War«, 1964–1987, Cold War History, Vol. 16, No 1, 37–60, online: <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/14682745.2015.1078312>.
- 373** Gary Hart: »Intelligence Abuse Déjà Vu«, HuffPost, 21. Dezember 2005, online: https://www.huffingtonpost.com/gary-hart/intelligence-abuse-deja-v_b_12686.html; Walter Dorn: »Plausible Deniability or How Leaders May Try to Conceal Their Roles«, ICC Prosecutor presentation, 18. Mai 2010, Walter Dorn, online: http://walterdorn.net/pdf/PlausibleDeniability_PPT_ICC-OTP_Presentation_Dorn_ReducedSize_18May2010_10June2011.pdf.
- 374** James Ron: »Territoriality and Plausible Deniability: Serbian Paramilitaries in the Bosnian War«, in Bruce B. Campbell, Arthur D. Brenner: Death Squads in Global Perspective: murder with deniability, Palgrave MacMillan, London 2002.
- 375** Marise Payne: Brief an den Autor vom 4. Mai 2017; Marise Payne war damals australische Verteidigungsministerin.
- 376** Russia Today: »Anyone but US! Biden blames allies for ISIS rise«, 3. Oktober 2014, online: <https://www.youtube.com/watch?v=1118nLZNPSY>; Barbara Plett Usher: »Joe Biden apologised over IS remarks, but was he right?« BBC News, 7. Oktober 2014, online: <http://www.bbc.com/news/world-us-canada-29528482>; Noah Rothman: »Dempsey: I know of Arab allies who fund ISIS«, YouTube, 16. September 2014, online: <https://www.youtube.com/watch?v=nA39iVSo7XE>.
- 377** Brad Hoff: »2012 Intelligence Agency document: West will facilitate rise of Islamic State in order to isolate the Syrian regime«, Levant Report, 19. Mai 2015, online: <https://levantreport.com/2015/05/19/2012-defense-intelligence-agency-document-west-will-facilitate-rise-of-islamic-state-in-order-to-isolate-the-syrian-regime/>.
- 378** Nihad Kanaan: Interview mit dem Autor auf dem Berg al-Tharda (Deir ez-Zor, Syrien), 23. Oktober 2017. Oberst Nihad Kanaan war am 17. September 2016 befehlshabender Offizier der Syrisch-Arabischen Armee am Posten Tharda 2.
- 379** Klaas Voß: »Plausibly deniable: mercenaries in US covert interventions during the Cold War«, 1964–1987, Cold War History, Vol. 16, No 1, 37–60, online: <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/14682745.2015.1078312>; David Bogen, Michael Lynch: »Taking Account of the Hostile Native: Plausible Deniability and the Production of Conventional History in the Iran-Contra Hearings«, Social Problems, Vol. 36, No. 3, Juni 1989, S. 205.
- 380** Brad Hoff: »2012 Intelligence Agency document: West will facilitate rise of Islamic State in order to isolate the Syrian regime«, Levant Report, 19. Mai 2015, online: <https://levantreport.com/2015/05/19/2012-defense-intelligence-agency-document-west-will-facilitate-rise-of-islamic-state-in-order-to-isolate-the-syrian-regime/>.
- 381** Tim Anderson: The Dirty War on Syria, Global Research Publishers, Montreal 2016, Kapitel 12; deutsch: Der schmutzige Krieg gegen Syrien – Washington, Regime Change und Widerstand, Liepsen-Verlag, Marburg 2016.
- 382** David Johnston: »Vice Admiral David Johnston speaks about the investigation findings«, ABC TV, 30. November 2016, online: <http://www.abc.net.au/news/2016-11-30/vice-admiral-david-johnston-speaks-about-syria-investigation/8077656>; Marise Payne: Brief an den Autor vom 4. Mai 2017; Marise Payne war damals australische Verteidigungsministerin.
- 383** Nihad Kanaan: Interview mit dem Autor am Tharda-Gebirge, Deir ez-Zor, Syrien, 23. Oktober 2017; Oberst Nihad Kanaan war am 17. September 2016 befehlshabender Offizier der Syrisch-Arabischen Armee am Armeeposten Tharda 2.
- 384** Anne Barnard, Mark Mazzetti: »U.S. admits airstrike in Syria, meant to hit ISIS, killed Syrian troops«, New York Times, 17. September 2016, online: <https://www.nytimes.com/2016/09/18/world/middleeast/us-airstrike-syrian-troops-isis-russia.html>.
- 385** Richard Coe: »Memorandum for USAFCENT/CC«, Centcom, 2. November 2016, online: http://www.centcom.mil/Portals/6/media/REDACTED_FINAL_XSUM_Memorandum__29_Nov_16__CLEAR.pdf, S. 1.
- 386** Marise Payne: Brief an den Autor, 4. Mai 2017. Marise Payne war damals australische Verteidigungsministerin.
- 387** Military Shop: »When the “Shit Got Real” for Australia’s Wedgetail«, 1. Oktober 2014, online: <https://www.militaryshop.com.au/blog/read/n/WHEN-THE-SHIT-GOT-REAL-FOR-AUSTRALIAS-WEDGETAIL.html>.
- 388** RAAF: »E-7A Wedgetail«, Royal Australian Air Force, online: <https://web.archive.org/web/20140204011449/https://www.airforce.gov.au/Technology/Aircraft/B737-Wedgetail/?RAAF-yFLAkGBPvuhRf7dG5J3kHilQ4caywtso>.
- 389** Gareth Porter: »US strikes on Syrian troops: Report data contradicts ‘mistake’ claims«, Middle East Eye, 6. Dezember 2016, online: <http://www.middleeasteye.net/news/us-strike-syrian-troops-report-data-contradicts-mistake-claims-1291258286>.
- 390** Ebd.
- 391** James O’Neill: »Was Syrian air strike a ‘mistake’? And why does Australia loyally plead guilty?«, Independent Australia, 22. September 2016, online: <https://independentaustalia.net/politics/politics-display/was-syrian-air-strike-a-mistake-and-why-does-australia-loyally-plead-guilty,9501>; Nihad Kanaan: Interview mit dem Autor am Tharda-Gebirge, Deir ez-Zor, Syrien, 23. Oktober 2017; Oberst Nihad Kanaan war am 17. September 2016 befehlshabender Offizier der Syrisch-Arabischen Armee am Armeeposten Tharda 2.
- 392** Anne Barnard, Mark Mazzetti: »U. S. admits airstrike in Syria, meant to hit ISIS, killed Syrian troops«, New York Times, 17. September 2016, online: <https://www.nytimes.com/2016/09/18/world/middleeast/us-airstrike-syrian-troops-isis-russia.html>.

- 393 Richard Coe: »Memorandum for USAFCENT/CC«, Centcom, 2. November 2016, online: http://www.centcom.mil/Portals/6/media/REDACTED_FINAL_XSUM_Memorandum__29_Nov_16___CLEAR.pdf, S. 1.
- 394 RT: »US-led coalition aircraft strike Syrian army positions, kill 62 soldiers – military«, Russia Today, 17. September 2016, online: <https://www.rt.com/news/359678-us-strikes-syrian-army/>.
- 395 Debra Killalea: »Syria air strikes mistake: At least 80 dead, Russia, US cast blame«, News Corp, 19. September 2016, online: <http://www.news.com.au/world/middle-east/syria-air-strikes-mistake-at-least-80-dead-russia-us-cast-blame/news-story/9470b270a7b4fc3e260878475f8274b3>.
- 396 MOA: »U. S. Allies ‘Volunteer’ to Share (Millimetric) Blame for Deir Ezzor Attack«, WorldInWar, 20. September 2016, online: <http://www.worldinwar.eu/u-s-allies-volunteer-to-share-millimetric-blame-for-deir-ezzor-attack/>.
- 397 SFP: »A Syrian survivor soldier from Deir Ezzour attack: “The U.S.-coalition warplanes were finishing the wounded [Syrian soldiers] by machine gun”«, Syrian Free Press, 22. September 2016, online: <https://syrianfreepress.wordpress.com/2016/09/22/deirezzour-saa-survivor/>.
- 398 Nihad Kanaan: Interview mit dem Autor am Tharda-Gebirge, Deir ez-Zor, Syrien, 23. Oktober 2017; Oberst Nihad Kanaan war am 17. September 2016 befehlshabender Offizier der Syrisch-Arabischen Armee am Armeeposten Tharda 2.
- 399 William Watkinson: »US military admits it targeted and killed loyalist Syrian forces by ‘mistake’ in Deir ez-Zor«, International Business Times, 29. November 2016, online: <http://www.ibtimes.co.uk/us-military-admits-it-targeted-killed-loyalist-syrian-forces-by-mistake-deir-ez-zor-1594076>.
- 400 Richard Coe: »Memorandum for USAFCENT/CC«, Centcom, 2. November 2016, online: http://www.centcom.mil/Portals/6/media/REDACTED_FINAL_XSUM_Memorandum__29_Nov_16___CLEAR.pdf, S. 2.
- 401 FNA: »JASTA blowback? Syrian people to file lawsuit against US over Deir Ezzur massacre«, FARS News Agency, 5. Oktober 2016, online: <https://www.sott.net/article/330331-JASTA-blowback-Syrian-people-to-file-lawsuit-against-US-over-Deir-Ezzur-massacre>.
- 402 cronaldo753: »Video: ISIS militants cheer atop Syrian soldiers killed by US air strikes«, Al Masdar, 18. September 2016, online: <https://www.almasdarnews.com/article/video-isis-militants-cheer-atop-syrian-soldiers-killed-us-air-strikes/>.
- 403 Nihad Kanaan: Interview mit dem Autor am Tharda-Gebirge, Deir ez-Zor, Syrien, 23. Oktober 2017; Oberst Nihad Kanaan war am 17. September 2016 befehlshabender Offizier der Syrisch-Arabischen Armee am Armeeposten Tharda 2.
- 404 Matt Brown: »Syria breaks Islamic State siege on eastern city, opens a new phase in the war«, ABC News, 6. September 2017, online: <http://www.abc.net.au/news/2017-09-06/syria-breaks-is-siege-deir-ezzor-opens-a-new-phase-in-the-war/8876668>.
- 405 Richard Coe: »Memorandum for USAFCENT/CC«, Centcom, 2. November 2016, online: http://www.centcom.mil/Portals/6/media/REDACTED_FINAL_XSUM_Memorandum__29_Nov_16___CLEAR.pdf, S. 3.
- 406 Gareth Porter: »US strikes on Syrian troops: Report data contradicts ‘mistake’ claims«, Middle East Eye, 6. Dezember 2016, online: <http://www.middleeasteye.net/news/us-strike-syrian-troops-report-data-contradicts-mistake-claims-1291258286>.
- 407 Richard Coe: »Memorandum for USAFCENT/CC«, Centcom, 2. November 2016, online: http://www.centcom.mil/Portals/6/media/REDACTED_FINAL_XSUM_Memorandum__29_Nov_16___CLEAR.pdf, S. 3.
- 408 Tareq Haddad: »At least 30 dead in Deir ez-Zour after Isis launches biggest attack in Syria for months«, International Business Times, 14. Januar 2017, online: <http://www.ibtimes.co.uk/least-30-dead-deir-ez-zour-after-isis-launches-biggest-attack-syria-months-1601091>.
- 409 Corey Dickstein: »Investigation: US, coalition airstrikes likely killed Syrian government forces«, Stars and Stripes, 29. November 2016, online: <https://www.stripes.com/news/investigation-us-coalition-airstrikes-likely-killed-syrian-government-forces-1.441745>.
- 410 David Johnston: »Vice Admiral David Johnston speaks about the investigation findings«, ABC TV, 30. November 2016, online: <http://www.abc.net.au/news/2016-11-30/vice-admiral-david-johnston-speaks-about-syria-investigation/8077656>.
- 411 Richard Coe: »Memorandum for USAFCENT/CC«, Centcom, 2. November 2016, online: http://www.centcom.mil/Portals/6/media/REDACTED_FINAL_XSUM_Memorandum__29_Nov_16___CLEAR.pdf, S. 2.
- 412 William Watkinson: »US military admits it targeted and killed loyalist Syrian forces by ‘mistake’ in Deir ez-Zor«, International Business Times, 29. November 2016, online: <http://www.ibtimes.co.uk/us-military-admits-it-targeted-killed-loyalist-syrian-forces-by-mistake-deir-ez-zor-1594076>.
- 413 Richard Coe: »Memorandum for USAFCENT/CC«, Centcom, 2. November 2016, online: http://www.centcom.mil/Portals/6/media/REDACTED_FINAL_XSUM_Memorandum__29_Nov_16___CLEAR.pdf; Corey Dickstein: »Investigation: US, coalition airstrikes likely killed Syrian government forces«, Stars and Stripes, 29. November 2016, online: <https://www.stripes.com/news/investigation-us-coalition-airstrikes-likely-killed-syrian-government-forces-1.441745>.
- 414 RT: »US-led coalition aircraft strike Syrian army positions, kill 62 soldiers – military«, Russia Today, 17. September 2016, online: <https://www.rt.com/news/359678-us-strikes-syrian-army/>.
- 415 Debra Killalea: »Syria air strikes mistake: At least 80 dead, Russia, US cast blame«, News Corp, 19. September 2016, online: <http://www.news.com.au/world/middle-east/syria-air-strikes-mistake-at-least-80-dead-russia-us-cast-blame/news-story/9470b270a7b4fc3e260878475f8274b3>.
- 416 Anthony Billingsley: »Australian bombs won’t bring peace to Syria, so why do it?«, The Conversation, 30. August 2015, online: <http://theconversation.com/australian-bombs-wont-bring-peace-to-syria-so-why-do-it-46674>.

- 417 Marise Payne: Brief an den Autor vom 4. Mai 2017; Marise Payne war damals australische Verteidigungsministerin.
- 418 Hoshyar Zebari: »Annex to the letter dated 25 June 2014 from the Permanent Representative of Iraq to the United Nations addressed to the Secretary General«, United Nations Security Council, S/2014/440, online: http://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/s_2014_440.pdf.
- 419 Ibrahim al-Usharqir al-Ja'fari: »Annex to the letter dated 20 September 2014 from the permanent representative of Iraq to the United Nations addressed to the President of the Security Council«, United Nations Security Council, S/201/691, 20. September 2014, online: <https://www.justsecurity.org/wp-content/uploads/2015/12/Iraq-Letter-Requesting-US-Help-09202014.pdf>.
- 420 Hoshyar Zebari: »Annex to the letter dated 25 June 2014 from the Permanent Representative of Iraq to the United Nations addressed to the Secretary General«, United Nations Security Council, S/2014/440, online: http://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/s_2014_440.pdf.
- 421 David Wroe: »Australian forces to expand Islamic State strikes after fears military members could be prosecuted«, Sydney Morning Herald, 1. September 2016, online: <http://www.smh.com.au/federal-politics/political-news/australian-forces-to-expand-islamic-state-strikes-after-fears-military-members-could-be-prosecuted-20160831-gr605c.html>.
- 422 Corey Dickstein: »Investigation: US, coalition airstrikes likely killed Syrian government forces«, Stars and Stripes, 29. November 2016, online: <https://www.stripes.com/news/investigation-us-coalition-airstrikes-likely-killed-syrian-government-forces-1.441745>.
- 423 Ebd.
- 424 Jared Malsin: »How a Mistaken U.S.-Led Air Attack Could End the Syria Cease-Fire«, Time, 18. September 2016, <http://time.com/4498493/how-a-mistaken-u-s-led-air-attack-could-end-the-syria-cease-fire/>.
- 425 Ebd.
- 426 Hamza: Russia's ambassador Vitaly Churkin exposes US actions in Syria, YouTube, 18. September 2016, online: <https://www.youtube.com/watch?v=i4LVLajdhek>.
- 427 Tareq Haddad: »At least 30 dead in Deir ez-Zour after Isis launches biggest attack in Syria for months«, International Business Times, 14. Januar 2017, online: <http://www.ibtimes.co.uk/least-30-dead-deir-ez-zour-after-isis-launches-biggest-attack-syria-months-1601091>.
- 428 David Johnston: »Vice Admiral David Johnston speaks about the investigation findings«, ABC TV, 30. November 2016, <http://www.abc.net.au/news/2016-11-30/vice-admiral-david-johnston-speaks-about-syria-investigation/8077656>.
- 429 Ebd.
- 430 Ebd.
- 431 Ebd.
- 432 Paul Toohey: »A war crime in Syria with Aussie jets? Unlikely«, News Corp, 24. September 2016, online: <http://www.news.com.au/national/a-war-crime-in-syria-with-aussie-jets-unlikely/news-story/cb53e264badc0cc9d99fe747f67ee49f>.
- 433 David Macilwain: »Australia Clears Itself of Blame in Deir ez-Zor Bombing, Watches on as Palmyra Falls to ISIS«, Russian Insider, 12. Dezember 2016, online: <http://russia-insider.com/en/aleppo-palmyra/ri18136>.
- 434 James O'Neill: »Was Syrian air strike a 'mistake'? and why does Australia loyally plead guilty?«, Independent Australia, 22. September 2016, online: <https://independentaustalia.net/politics/politics-display/was-syrian-air-strike-a-mistake-and-why-does-australia-loyally-plead-guilty,9501>.
- 435 Adam Lucente, Zouhir Al Shimale: »Free Syrian Army decimated by desertions«, Al Jazeera, 11. November 2015, online: <http://www.aljazeera.com/news/2015/11/free-syrian-army-decimated-desertions-151111064831800.html>.
- 436 RT: »US-led coalition aircraft strike Syrian army positions, kill 62 soldiers«, Russia Today, 17. September 2016, online: <https://www.rt.com/news/359678-us-strikes-syrian-army/>.
- 437 Paraszczuk, Joanna: »Syria Analysis: Which Insurgents Captured Menagh Airbase – & Who Led Them?«, EA Worldview, 7. August 2013, online: <http://eaworldview.com/2013/08/syria-feature-which-insurgents-captured-the-menagh-airbase/>; Mowaffaq Safadi: »Don't rely on Syria's 'moderate' fighting force. It doesn't exist«, The Guardian, 16. Dezember 2015, online: <https://www.theguardian.com/commentisfree/2015/dec/16/dont-rely-syria-moderate-fighting-force-anti-isis>.
- 438 RT: »Damascus denounces US-led coalition for adding 'new bloody massacres' to their 'war crimes' record«, Russian Television, 13. November 2017, online: <https://www.rt.com/news/409657-damascus-us-led-coalition-massacres/>.
- 439 MMM: »"Mistakes" behind 4 US attacks on Syrian Forces«, Monitor on Massacre Marketing, 19. Juni 2017, online: <http://libyancivilwar.blogspot.com.au/2017/06/mistakes-behind-4-us-attacks-on-syrian.html>.
- 440 Islam Times: »US Attacks on Syrian Forces in Al-Tanf a Blatant International Law Breach«, 11. Juni 2017, online: <https://web.archive.org/web/20180219032406/http://islamtimes.org/en/doc/article/644956/>.
- 441 Mohammed Al-Haj Ali, Maria Nelson: »US-led coalition destroys two bridges in IS-held Deir e-Zor, leaving civilians in the lurch«, 29. September 2016, online: <https://syriadirect.org/news/us-led-coalition-destroys-two-bridges-in-is-held-deir-e-zor-leaving-civilians-in-the-lurch/>; siehe auch: Manar al-Frieh, Manal: »US-led coalition continues targeting Syrian infrastructure by destroying al-Syasia bridge in Deir Ezzor«, Syrian Arab News Agency, 7. Oktober 2016, online: <http://sana.sy/en/?p=89914>.
- 442 FARS News Agency: »Syrian people to file lawsuit against US over Deir Ezzor massacre«, Signs of the Times, 5. Oktober 2016, online: <https://www.sott.net/article/330331-JASTA-blowback-Syrian-people-to-file-lawsuit-against-US-over-Deir-Ezzur-massacre>.
- 443 General Aktham: Interview mit dem Autor, 21. Oktober 2017, Deir ez-Zor.

- 444 FNA: »Iraqi Hezbollah: Unidentified Planes Supplying ISIL with Arms from Saudi Arabia«, Fars News Agency, 10. Januar 2015, online: <http://en.farsnews.com/newstext.aspx?nn=13931020001065>.
- 445 FNA: »Iraqi Army Downs 2 UK Planes Carrying Weapons for ISIL«, Fars News Agency, 23. Februar 2015, online: <http://en.farsnews.com/newstext.aspx?nn=13931204001534>.
- 446 FNA: »Iraq's Popular Forces Release Photo of Downed US Chopper Carrying Arms for ISIL«, Fars News Agency, 28. Februar 2015, online: <http://en.farsnews.com/newstext.aspx?nn=13931209001345>.
- 447 Ebd.
- 448 Ebd.
- 449 Ebd.
- 450 Anne Barnard, Mark Mazzetti: »U.S. admits airstrike in Syria, meant to hit ISIS, killed Syrian troops«, New York Times, 17. September 2016, online: <https://www.nytimes.com/2016/09/18/world/middleeast/us-airstrike-syrian-troops-isis-russia.html>.
- 451 William Watkinson: »US military admits it targeted and killed loyalist Syrian forces by 'mistake' in Deir ez-Zor«, International Business Times, 29. November 2016, online: <http://www.ibtimes.co.uk/us-military-admits-it-targeted-killed-loyalist-syrian-forces-by-mistake-deir-ez-zor-1594076>.
- 452 Tareq Haddad: »At least 30 dead in Deir ez-Zour after Isis launches biggest attack in Syria for months«, International Business Times, 14. Januar 2017, online: <http://www.ibtimes.co.uk/least-30-dead-deir-ez-zour-after-isis-launches-biggest-attack-syria-months-1601091>.
- 453 Putin in RT: »Putin: West responsible for Middle East instability and terrorism in Europe«, Russian Television, 12. Oktober 2016, online: <https://www.rt.com/news/362554-putin-west-syria-war/>.
- 454 FNA: »Syrian people to file lawsuit against US over Deir Ezzor massacre«, Fars News Agency, 5. Oktober 2016, <https://www.sott.net/article/330331-JASTA-blowback-Syrian-people-to-file-lawsuit-against-US-over-Deir-Ezzur-massacre>.
- 455 Alex Christoforou: »Syrian MP: 'Syrian intelligence intercepted audio recording between US and ISIS before airstrike on Deir ez-Zor'«, The Duran, 26. September 2016, online: <http://theduran.com/syrian-mp-syrian-intelligence-intercepted-audio-recording-between-us-isis-airstrike-deir-ez-zor/>.
- 456 Mazen: »Al-Jaafari: US-led coalition aggression on Syria means moving from a proxy aggression into "personal aggression"«, SANA, 21. September 2016, online: <http://sana.sy/en/?p=88633>.
- 457 Nihad Kanaan: Interview mit dem Autor auf dem Berg al-Tharda (Deir ez-Zor, Syrien), 23. Oktober 2017. Oberst Nihad Kanaan war am 17. September 2016 befehlshabender Offizier der Syrisch-Arabischen Armee am Posten Tharda 2.
- 458 Ebd.
- 459 Ebd.
- 460 Ebd.
- 461 SFP: »A Syrian survivor soldier from Deir Ezzour attack: "The U. S.-coalition warplanes were finishing the wounded [Syrian soldiers] by machine gun"«, Syrian Free Press, 22. September 2016, online: <https://syrianfreepress.wordpress.com/2016/09/22/deirezzour-saa-survivor/>.
- 462 Al-Abeid, Abd al-Najem: Interview mit dem Autor, Stadt Krankenhaus von Deir ez-Zor, 21. Oktober 2017. Dr. al-Abeid war zu dieser Zeit Leiter des Gesundheitswesens von Deir ez-Zor und Chirurg am größten Krankenhaus der Stadt.
- 463 Press TV: »US Evacuates 22 DAESH commanders from Dayr al-Zawr: report«, 7. September 2017, online: <http://www.presstv.com/Detail/2017/09/07/534383/US-Syria-Daesh-Dayr-Zawr>.
- 464 Press TV: »US airlifted DAESH cmdrs. In Syria to safety: witnesses«, 8. November 2017, online: <http://www.presstv.com/Detail/2017/11/08/541403/Syria-Mayadin-Daesh-commanders-US-airlift>.
- 465 UFilter: »US helicopters transfer DAESH members from eastern Syria«, Uden Filter, 26. August 2017, online: <http://ufilter.blogspot.com.au/2017/08/us-helicopters-transfer-daesh-members.html>.
- 466 FNA: »Iraqi leader accuses US of providing intel to terrorists«, Fars News Agency, 26. November 2017, online: <http://en.farsnews.com/newstext.aspx?nn=13960905001064>.
- 467 TNA: »US directly supports IS terrorists in Syria – Russian Defence Ministry«, Tasnim News Agency, 14. November 2017, online: <https://www.tasnimnews.com/en/news/2017/11/14/1574055/us-directly-supports-daesh-terrorists-in-syria-russian-defense-ministry>.
- 468 Tom Kelly, Stewart Paterson: »The Great ISIS exodus: investigation reveals 250 fighters and 3,500 of their family members were driven out of Raqqa in coalition deal and are now 'spreading across Syria and beyond'«, Daily Mail, 14. November 2017, online: <http://www.dailymail.co.uk/news/article-5078691/Hundreds-ISIS-fighters-smuggled-Raqqa.html>.
- 469 General SR: Interview mit dem Autor, Deir ez-Zor, 22. Oktober 2017. Den Namen des syrischen Generals habe ich gekürzt.
- 470 James O'Neill: »Was Syrian air strike a 'mistake'? and why does Australia loyally plead guilty?«, Independent Australia, 22. September 2016, online: <https://independentaustralia.net/politics/politics-display/was-syrian-air-strike-a-mistake-and-why-does-australia-loyally-plead-guilty,9501>.
- 471 Patrick Begley: »Senate pressures Defence for answers on Saudi Arabian military deals«, Sydney Morning Herald, 30. März 2017, online: <http://www.smh.com.au/federal-politics/political-news/senate-pressure-defence-for-answers-on-saudi-arabian-military-deals-20170329-gv996s.html>; siehe auch: Michael Brull »Christopher Pyne Spruiks Aussie Arms To Saudi Arabia As UN

Warns Of Impending Yemen Famine«, New Matilda, 13. November 2017, online: <https://newmatilda.com/2017/11/13/christopher-pyne-spruiks-aussie-arms-to-saudi-arabia-as-un-warns-of-impending-yemen-famine/>.

10 Der Propagandakrieg um Syrien

- 472** Syria Civil Defence: »The White Helmets«, online: <http://syriacivildefense.org/>.
- 473** Jens Bernert: »Syrienkrieg: Wissenschaftler und andere Experten klären auf«, Blauer Bote Magazin, 6. Oktober 2017, online: <http://blauerbote.com/2017/10/06/syrienkrieg-wissenschaftler-und-andere-experten-klaren-auf/>.
- 474** Maria Jan: », Q&A: Syria's White Helmets«, Al Jazeera, 21. August 2015, online: <http://www.aljazeera.com/news/2015/08/qa-syria-white-helmets-150819142324132.html>.
- 475** Ebd.
- 476** Faith Karimi, Jomana Karadsheh: »CNN, Syria war: White Helmets group says aid center hit by barrel bomb«, CNN, 6. Oktober 2016, online: <http://edition.cnn.com/2016/10/06/middleeast/syriawhite-helmets-center-destroyed/index.html>.
- 477** Wikipedia: »Momenten-Magnituden-Skala«, <https://de.wikipedia.org/wiki/Momenten-Magnituden-Skala>.
- 478** Wikipedia: »Richterskala, Einteilung der Skalenwerte«, https://de.wikipedia.org/wiki/Richterskala#Einteilung_der_Skalenwerte.
- 479** Vanessa Beeley: »Syria: Consign "Barrel Bombs" to the Propaganda Graveyard«, 21st Century Wire, 17. Januar 2017, online: <https://www.globalresearch.ca/syria-consign-barrelbombs-to-the-propaganda-graveyard/5569653>.
- 480** Oslo Freedom Forum 2017: »Abdulrahman al-Mawwas | The White Helmets | 2017«, YouTube, online: <https://www.youtube.com/watch?v=zvE6kluIQiQ>.
- 481** Xyntéo: »Lieutenant-general Sir Graeme Lamb; and James Le Mesurier, director of Mayday Rescue, Syria Civil Defence«, 26. Juni 2015, online: <https://vimeo.com/132521006>.
- 482** Syria Civil Defence: »Our Partners«, online: <http://www.syriacivildefense.org/our-partners>.
- 483** LZ: »Heiko Maas holt "Weißhelme" von Israel nach Deutschland, Carla Ortiz hatte sie in Aleppo aufgespürt«, Linke Zeitung, 25. Juli 2018, online: <https://linkezeitung.de/2018/07/25/heiko-maas-holt-weisshelme-von-israel-nach-deutschland-carla-ortiz-hatte-sie-in-aleppo-aufgespuert/>.
- 484** Mark C. Toner: U. S. Department of State, Daily Press Briefing, 27. April 2016, online: <https://2009-2017.state.gov/r/pa/prs/dpb/2016/04/256667.htm>.
- 485** Vanessa Beeley: »John Pilger Exposes White Helmets as "Propaganda Construct in Syria"«, 21st Century Wire, 26. Mai 2017, online: <http://21stcenturywire.com/2017/05/26/john-pilger-exposes-white-helmets-as-uk-propaganda-construct-in-syria/>.
- 486** Peds Ansichten: »Die Inszenierungen der Weißhelme«, 25. November 2016, online: <https://peds-ansichten.de/2016/11/die-inszenierungen-der-weisshelme/>.
- 487** Blauer Bote: »Syrienkrieg: Wissenschaftler und andere Experten klären auf«, 6. Oktober 2017, online: <http://blauerbote.com/2017/10/06/syrienkrieg-wissenschaftler-und-andere-experten-klaren-auf/>.
- 488** Michael Jabara Carley: »Western Hypocrisy, and Why It Makes the World a Dangerous Place«, Strategic Culture Foundation, 16. Oktober 2016, online: <https://www.strategic-culture.org/news/2016/10/16/western-hypocrisy-why-makes-world-dangerous-place.html>.
- 489** Patrick Mayer: »Syrien: Nahost-Experte erklärt ob Frieden überhaupt möglich ist«, Interview mit dem Nahostexperten Prof. Dr. Günter Meyer von der Universität Mainz, veröffentlicht auf web.de am 27. Oktober 2016, online: <https://web.de/magazine/politik/syrien-konflikt/syrien-nahost-experte-erklart-frieden-ueberhaupt-moeglich-31983502>.
- 490** Jan Oberg: »Was Sie über Aleppo hören, ist bestenfalls ein kleiner Teil der Wahrheit«, Telepolis, online: <https://www.heise.de/tp/features/Was-Sie-ueber-Aleppo-hoeren-ist-bestenfallsein-kleiner-Teil-der-Wahrheit-3610881.html?seite=2>.
- 491** The White Helmets: »Russia strike in Homs today. 33 civilians killed including 3 children and 1 @SyriaCivilDef volunteer, updated photo«, 30. September 2015, online: <https://twitter.com/syriacivildef/status/649229566255439872>.
- 492** Blauer Bote Magazin: »England: ARD traf den Mann, der sich »Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte« nennt«, 24. April 2016, online: <http://blauerbote.com/2016/04/24/england-ard-traf-den-mann-der-sich-syrische-beobachtungsstelle-fuer-menschenrechte-nennt/>.
- 493** Hinter der Fichte: »Die Kleber-SWP-Lüge vom Luftangriff auf Flüchtlingslager«, 7. Mai 2016, online: <http://hinter-der-fichte.blogspot.de/2016/05/am5.html>.
- 494** YouTube: ShaamNetwork S. N. N., online: <https://youtu.be/cGtapfJmuOE>.
- 495** Blauer Bote Magazin: »Bild weist versehentlich nach: Angeblicher Luftangriff auf Flüchtlingslager in Syrien ist eine Fälschung«, 6. Mai 2016, online: <http://blauerbote.com/2016/05/06/bild-weist-versehentlich-nach-angeblicher-luftangriff-auf-fluechtlingslager-in-syrien-ist-eine-faelschung/>.
- 496** YouTube: »2016/5/5«, 5. Mai 2016, online: <https://youtu.be/x8pxmPYVQfcc>.
- 497** Blauer Bote Magazin: »Bild weist versehentlich nach: Angeblicher Luftangriff auf Flüchtlingslager in Syrien ist eine Fälschung«, 6. Mai 2016, online: <http://blauerbote.com/2016/05/06/bild-weist-versehentlich-nach-angeblicher-luftangriff-auf-fluechtlingslager-in-syrien-ist-eine-faelschung/>.

- 498** Bild Online: »Bomben auf Flüchtlingscamp in Syrien – UN verurteilen die „obszöne Attacke««, 5. Mai 2016, online: <https://www.bild.de/politik/2016/politik/politik-eilmeldung-anschlag-45688658.bild.html>.
- 499** The White Helmets: »During operations to save civilians in Kamounia camp, planes returned and bombed again: Evidence«, online: https://twitter.com/SyriaCivilDef/status/728346093772214272?ref_src=twsrc%5Etfw.
- 500** YouTube: »2016/5/5«, 5. Mai 2016, online: <https://youtu.be/x8pxmPYVQfcc>.
- 501** Ärzte ohne Grenzen: »Angriffe auf Krankenhäuser«, 29. April 2016, online: <https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/angriffe-krankenhaeuser-syrien-un-resolution>.
- 502** Propagandaschau: »ARD: Kriegspropaganda über einen angeblichen Luftangriff Russlands auf eine Klinik in Syrien«, 22. Oktober 2015, online: <https://propagandaschau.wordpress.com/2015/10/22/ard-propaganda-ueber-einen-angeblichen-luftangriff-russlands-auf-eine-klinik/>.
- 503** YouTube: »RFS Media Office, The moment parachute rockets dropped from Russian aircrafts exploded in Has town in #Idlib_countryside«, online: https://www.youtube.com/watch?v=XuMMByJb_1E.
- 504** Blauer Bote Magazin: »Kind für Propagandavideo ermordet«, 2017, online: <http://blauerbote.com/2017/03/24/kind-fuer-propagandavideo-ermordet/>.
- 505** YouTube: »Sehr wichtig! Zivilschutz Idlib/Sarmin: Drei Kinder und ihre Eltern Opfer von Giftgasen«, 16. März 2015, online: <https://www.youtube.com/watch?v=N84aC1z0bjw> (Achtung: schockierende Bilder!); siehe auch YouTube: »Zivilschutz Idlib/Sarmin: Versuch, Kinder zu retten, die durch Giftgase verletzt wurden«, 26. März 2015, online: <https://www.youtube.com/watch?v=tNt7T32L1AQ>.
- 506** Prof. Marcello Ferrada de Noli: »White Helmets Movie: Updated Evidence From Swedish Doctors Confirm Fake ‘Lifesaving’ and Malpractices on Children«, The Indicter Magazine, Ausgabe März 2017, online: <http://theindicter.com/white-helmets-movie-updated-evidence-from-swedish-doctors-confirm-fake-lifesaving-and-malpractices-on-children/>.
- 507** YouTube: »Zivilschutz Idlib/Sarmin: Versuch, Kinder zu retten, die durch Giftgase verletzt wurden«, 26. März 2015, <https://www.youtube.com/watch?v=tNt7T32L1AQ&feature=youtu.be&t=1m8s> (Achtung: verstörende Bilder!).
- 508** RT Deutsch: »Wie die ARD vergeblich versuchte, RT Deutsch der Fake News zu überführen«, 11. April 2017, online: <https://deutsch.rt.com/gesellschaft/49053-ard-fakenews/>.
- 509** Vanessa Beeley: »Das „Aleppo Media Centre“ wird vom französischen Außenministerium, der EU und den USA finanziert«, Propagandaschau, 22. September 2016, online: <https://propagandaschau.wordpress.com/2016/09/22/vanessa-beeley-das-aleppo-media-centre-wird-vom-franzoesischen-aussenministerium-der-eu-und-den-usa-finanziert/>.
- 510** Newzzer Ro: »Omran Daqneesh saved after an airstrike in Qaterji nearAleppo in Syria«, 18. August 2016, YouTube online: <https://www.youtube.com/watch?v=Pil-HQ0jDEg>.
- 511** Patrick Mayer: »Syrien-Konflikt und die Chancen auf Frieden unter Baschar al-Assad: Nahost-Experte klärt auf«, Blog auf web.de, 5. November 2016, online: <https://web.de/magazine/politik/syrienkonflikt/syrien-konflikt-chancen-frieden-baschar-al-assad-nahost-experte-klaert-31996720>.
- 512** Vanessa Beeley: »Syria White Helmets Hand in Hand with Al Qaeda«, YouTube, 22. Januar 2017, online: https://www.youtube.com/watch?v=OBkn78q_t_Q.
- 513** Blauer Bote: »MIT-Professor Postol bestätigt: Giftgasangriff in Syrien war Fake«, 19. April 2017, online: <http://blauerbote.com/2017/04/19/mit-professor-postol-bestaetigt-giftgasangriff-in-syrien-war-fake/>; siehe auch: Blauer Bote: »Untersuchung des Chan-Schaichun-Giftgasangriffs in Syrien«, 9. April 2017, online: <http://blauerbote.com/2017/04/09/untersuchung-des-chan-schaichun-giftgasangriffs-in-syrien/>; siehe auch: Günter Meyer: »Giftgasmassaker war Inszenierung der USA«, Rubikon, 26. Juni 2017, online: <https://www.rubikon.news/artikel/giftgasmassaker-war-false-flag-operation>.
- 514** The Guardian: »British doctor charged over double kidnap in Syria appears in court«, 17. Oktober 2012, online: <https://www.theguardian.com/uk/2012/oct/17/british-doctor-shajul-islam-court>.
- 515** Robert Verkaik: »‘Russia airstrikes are killing women and children ... but MISSING ISIS’: Struck off Brit NHS doctor accused of kidnapping Western hostages is treating bomb victims in Syria«, 28. Juli 2016, online: <http://www.dailymail.co.uk/news/article-3711118/Russia-airstrikes-killing-women-children-MISSING-ISIS-Struck-Brit-NHS-doctor-accused-kidnapping-Western-hostages-treating-bomb-victims-Syria.html>.
- 516** Thomas Pany: »Giftgasangriff auf Khan Scheichun: Der OPCW-Bericht löst die Rätsel nicht«, Telepolis, 29. Oktober 2017, online: <https://www.heise.de/tp/features/Giftgasangriff-auf-Khan-Scheichun-Der-OPCW-Bericht-loest-die-Raetsel-nicht-3875667.html>.
- 517** Thomas Pany: »Syrien: Das Herrschaftsmodell der Opposition«, Telepolis, 21. August 2016, online: <https://www.heise.de/tp/features/Syrien-Das-Herrschaftsmodell-der-Opposition-3301542.html>.
- 518** U. S. Embassy in Syria [Anmerkung des Autors: Es gibt keine US-Botschaft in Syrien, trotzdem behauptet die US-Regierung, dass es eine gäbe]: »Security Message for U. S. Citizens: Travel Warning – Syria«, 2017, online: <https://sy.usembassy.gov/security-message-u-s-citizens-travel-warning-syria/>.
- 519** Blauer Bote Magazin: »Syrien: Ost-Aleppo wurde von Al Qaida beherrscht«, 18. März 2017, online: <http://blauerbote.com/2017/03/18/syrien-ost-aleppo-wurde-von-al-qaida-beherrscht/>.

- 520** White Helmets: »Das große Massaker in Urem vom 19. September 2016«, YouTube, 19. September 2016, online: https://youtu.be/S_DUCjGosZQ.
- 521** Dok: »Die Dummheit der NATO-Propagandisten von ‚Bellingcat‘ entlarvt die Wahrheit hinter dem Angriff auf einen syrischen Hilfskonvoi«, Propagandaschau, 27. September 2016, online: <https://propagandaschau.wordpress.com/2016/09/27/die-dummheit-der-nato-propagandisten-von-bellingcat-entlarvt-die-wahrheit-hinter-dem-angriff-auf-syrischen-hilfskonvoi/>.
- 522** Michael Wrase: »Kampf um die Wasserquellen von Damaskus«, Badische Zeitung, 4. Januar 2017, online: <http://www.badische-zeitung.de/ausland-1/kampf-um-die-wasserquellen-von-damaskus--132023629.html>.
- 523** Fortsetzung URS1798: »Al-Kaida und Verbündete verhindern die Wasserversorgung von Millionen von Menschen in Damaskus«, 31. Dezember 2016, online: <https://urs17982.wordpress.com/2016/12/31/al-kaida-und-verbundete-verhindern-die-wasserversorgung-von-millions-von-menschen-in-damaskus/>.
- 524** YouTube: »This ISIS Video Proves White Helmets Work for ISIS (NEVER BEFORE SEEN)«, 5. April 2017, online: <https://youtu.be/eVQzqxqHVNY>.
- 525** The Guardian: »British John Cantlie appears in new Isis Video«, 9. Februar 2015, online: <https://www.theguardian.com/world/2015/feb/09/british-hostage-john-cantlie-isis-video-aleppo>.
- 526** The LipTV: »„From Inside Aleppo“ John Cantlie’s Last ISIS Video?«, YouTube, 10. Februar 2015, online: https://www.youtube.com/watch?v=eS9aB0_BskY.
- 527** Tim Anderson: »Leader of Al-Qaeda in Syria calls the White Helmets „the hidden soldiers of the revolution«, Twitter, 2017, online: <https://twitter.com/timand2037/status/923234149976113152>.
- 528** Blauer Bote Magazin: »Angela Merkel und Al-Qaida-Chef trauern um Weißhelme«, 20. August 2017, online: <http://blauerbote.com/2017/08/20/angela-merkel-und-al-qaida-chef-trauern-um-weisshelme/>.
- 529** Dominic: »Spiegel #Syrien-Experte Christoph Sydow scheint mir ein Fan der Weißhelme zu sein. Hat er jemals ihre Facebook-Bilder gesehen?«, Twitter, 15. September 2017, online: <https://twitter.com/domihol/status/908767185950183429>.
- 530** Dominic: »Here are #Syria’s #WhiteHelmets (honoured by @mayorsCAU) being honoured by Ahrar al-Sham a militia co-founded by a US hunted al-Qaeda leader«, Twitter, 24. September 2017, online: <https://twitter.com/domihol/status/911983741362372609>.
- 531** Carmen Renieri: »#Bellingcat & #SCD omitted 2 say that 1 of the pictured #WhiteHelmets is terrorist Dandel! His brother.. a headchopper!«, Twitter, 2. Oktober 2017, online: <https://twitter.com/RenieriArts/status/914787317302341632>.
- 532** Deutsche Welle: »Dead Berlin bomb suspect radicalized in Germany, brother says«, 14. Oktober 2016, online: <http://www.dw.com/en/dead-berlin-bomb-suspect-radicalized-in-germany-brother-says/a-36049517>.
- 533** Dominic: »#syrien->Weisshelme<-Hyperrealismus: DUTZENDE starker Männer mit Kameras ... den Schwerverletzten trägt er allein«, Twitter, 18. August 2016, online: <https://twitter.com/domihol/status/766365706929725442>.
- 534** Dominic: »Die von #Merkel-#Deutschland mit 7 Millionen € pro Jahr finanzierten #Syrien-Weisshelme bei der Arbeit: Geköpfte Soldaten zur Schau stellen«, Twitter, 20. Juni 2017, online: <https://twitter.com/domihol/status/877307534767476736>.
- 535** Blauer Bote Magazin: »Bundestagsabgeordnete Nouripour und Brantner (Grüne) forderten Friedensnobelpreis für Al Kaida«, 7. Oktober 2016, online: <http://blauerbote.com/2016/10/07/bundestagsabgeordnete-nouripour-und-brantner-gruene-forderten-friedensnobelpreis-fuer-al-kaida/>.
- 536** Marc Drewello: »Twitter-Konto von Siebenjähriger aus Aleppo gelöscht«, Stern, 5. Dezember 2016, online: <https://www.stern.de/politik/ausland/aleppo--twitter-konto-vonsiebenjaehriger-bana-al-abad-geloescht-7224862.html>.
- 537** Blauer Bote Magazin, Urteil zu Gerichtsverfahren gegen Marc Drewello und Stern, 2017, online: <http://blauerbote.com/2017/07/15/urteil-zu-gerichtsverfahren-gegen-marc-drewello-und-stern/>.
- 538** Jo Menschenfreund: »AA erklärt Bundestag Politik: zu 1. [bis 18.]«, 22. Februar 2015, online: <https://jomenschenfreund.blogspot.de/search/label/AA%20erklärt%20Bundestag%20Politik>.
- 539** Tim Hayward: »BANA: The Heartbreaking Story of Child Exploitation, Propaganda and Media Falsehood«, 21st Century Wire, 14. Juli 2017, online: <http://21stcenturywire.com/2017/07/14/bana-the-heartbreaking-story-of-child-exploitation-propaganda-and-media-falsehood/>.
- 540** Khaled Iskef: White Helmets side by side with alqaeda, YouTube, 14. Dezember 2017, online: <https://www.youtube.com/watch?v=59194Lnd3aU>.
- 541** Tim Hayward: »BANA: The Heartbreaking Story of Child Exploitation, Propaganda and Media Falsehood«, 21st Century Wire, 14. Juli 2017, online: <http://21stcenturywire.com/2017/07/14/bana-the-heartbreaking-story-of-child-exploitation-propaganda-and-media-falsehood/>.
- 542** Vanessa Beeley: Omran with Journalist Khaled Iskef in Aleppo, YouTube, 7. Juni 2017, online: <https://www.youtube.com/watch?v=LyX2hh7hoIU>.
- 543** Syriana Analysis: Omran Daqneesh’s Father Exposes the MSM!, YouTube: 6. Juni 2017, online: <https://www.youtube.com/watch?v=7rE0emXxJTo>.
- 544** Der Fehlende Part: Omran Daqneesh – sein Foto ging um die #Welt – nun erzählt sein Vater vom Moment des Luftangriffs, YouTube, 6. Juni 2017, online: <https://www.youtube.com/watch?v=x8N6tOFkG2w>.

- 545** 21st Century Wire: »Pentagon Paid \$540mn to PR firm Bell Pottinger to Produce Fake Terrorist Videos«, 3. Oktober 2016, online: <https://21stcenturywire.com/2016/10/03/pentagon-paid-540mn-to-pr-firm-bell-pottinger-to-produce-fake-terrorist-videos/>.
- 546** Malla Zimmerman: »ISIS' army of 7-footers? Experts say video of Copt beheadings manipulated«, Fox News World, 21. Februar 2015, online: <http://www.foxnews.com/world/2015/02/21/isis-army-7-footers-experts-say-video-copt-beheadings-manipulated.html>.
- 547** Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz: »Völkerstrafgesetzbuch«, online: http://www.gesetze-im-internet.de/vstgb/_13.html.
- 548** Grundrechtekomitee: »Generalbundesanwalt bekennt hanebüchene Rechtsauffassung: „Angriffskrieg ist nicht strafbar“, 7. Februar 2006, online: <http://www.grundrechtekomitee.de/node/242>.

11 Das Grundgesetz und Angriffskriege

- 549** Dietmar Hipp (Interview mit Professor Daniel-Erasmus Khan): »Eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht hätte gute Chancen«, Spiegel Online, 3. Dezember 2015, online: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-einsatz-in-syrien-klagevor-dem-bvg-haette-gute-chancen-a-1065895.html>.
- 550** Nicolas Boeglin: »Resolution 2249 berechtigt nicht zur Bombardierung von Syrien«, Voltairenet, 6. Dezember 2015, online: <http://www.voltairenet.org/article189558.html>.
- 551** Vereinte Nationen, Sicherheitsrat: »Resolution 2249 (2015)«, 20. November 2015, online: http://www.un.org/depts/german/sr/sr_15/sr2249.pdf.
- 552** Centre d'actualités de l'ONU: »Le Conseil de sécurité adopte une résolution appelant à la lutte contre Daech«, ONU Info, 20. November 2015, online: <http://www.un.org/apps/news/fr/storyF.asp?NewsID=36125#.Wjq9nXkiFaR>.
- 553** Philippe Lagrange: »Français tués en Syrie: «La légitime défense ne peut pas être invoquée», 2015, online: <https://www.lopinion.fr/edition/international/francais-tues-en-syrie-legitime-defense-ne-peut-pas-etre-invoquee-53756>.
- 554** Centre national de la recherche scientifique (Nationales Zentrum für wissenschaftliche Forschung).
- 555** François d'Alañon: »Les frappes françaises en Syrie sont-elles justifiées en droit international?«, 28. September 2015, La Croix, online : <https://www.la-croix.com/Actualite/Monde/Lesfrappes-francaises-en-Syrie-sont-elles-justifiees-en-droit-international-2015-09-28-1362103>.
- 556** Marie Bourreau: »Attentats du 13-Novembre«, Le Monde, 21. November 2015, online: http://www.lemonde.fr/attaques-a-paris/article/2015/11/21/le-conseil-de-securite-de-l-onu-appelle-tous-les-pays-a-se-joindre-a-la-lutte-contre-lei_4814636_4809495.html.
- 557** Dapo Akande, Marko Milanovic: »The Constructive Ambiguity of the Security Council's ISIS Resolution«, Ejl: Talk!, 21. November 2015, online: <https://www.ejltalk.org/the-constructive-ambiguity-of-the-security-councils-isis-resolution/>.
- 558** GOV.UK: »PM statement responding to FAC report on military operations in Syria, 2015«, 26. November 2015, online: <https://www.gov.uk/government/speeches/pm-statement-responding-to-fac-report-on-military-operations-in-syria>.
- 559** Deutscher Bundestag: »Bundeswehreinsatz gegen IS-Terrororganisation soll verlängert werden«, 2016, online: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2016/kw42-de-isis/475506>.
- 560** Ebd.
- 561** David Cameron: »David Cameron's Response to the Parliament's Report on Syria«, Voltairenet, 26. November 2015, online: <http://www.voltairenet.org/article189448.html>.
- 562** France Diplomatie: »Syrie: Déclaration conjointe sur les actions militaires récentes de la Fédération de Russie (02.10.15)«, 2. Oktober 2015, online: <https://www.diplomatie.gouv.fr/fr/dossiers-pays/syrie/evenements/actualites-2015/article/syrie-declaration-conjointe-sur-les-actions-militaires-recentes-de-la>.
- 563** David Cameron: »David Cameron's Response to the Parliament's Report on Syria«, Voltairenet, 26. November 2015, online: <http://www.voltairenet.org/article189448.html>.
- 564** »Etat d'urgence en France: restons vigilants«, Amnesty International France, 19. November 2015.
- 565** Nesawissimaja Gaset: »USA organisieren neuen Krieg gegen Assad«, Sputnik News, 27. Dezember 2017, online: <https://de.sputniknews.com/zeitungen/20171227318867885-usa-kriegsvorbereitung-gegen-assad/>.
- 566** Sputnik News: »USA bilden aus IS-Kämpfern „Neue syrische Armee“, 16. Dezember 2017, online: <https://de.sputniknews.com/politik/20171216318718975-is-terroristen-syrien-bildung-armee/>.
- 567** Tim Anderson: »Al Nusra shoots USA missiles at #Russian planes (...)\", Twitter, 28. Dezember 2017, online: <https://twitter.com/timand2037/status/946494626797518848>.
- 568** Maya Dayoub, Mazen: »US helicopters secure movements of Daesh leaders inside Syria«, Sana, 28. Dezember 2017, online: <https://sana.sy/en/?p=122733>.
- 569** Suzan Fraser, Josh Ledermann: »Trump tells Turkey's leader: US to stop arming Syrian Kurds«, Fox News, 25. November 2017, online: <http://www.foxnews.com/politics/2017/11/25/trump-tells-turkeys-leader-us-to-stop-arming-syrian-kurds.html>.
- 570** Ece Toksabay, Tuvan Gumrukcu: »U. S. will take weapons from Kurds after Islamic State defeat: Turkey«, Reuters, 22. Juni 2017, online: <https://www.reuters.com/article/us-mideast-crisis-syria-turkey-usa/u-s-will-take-weapons-from-kurds-after-islamic->

state-defeat-turkey-idUSKBN19D10J.

- 571** Anadolu Agency, Yeni Şafak: »Former SDF spokesman tells of US arming terror groups«, YeniŞafak, 2. Dezember 2017, online: <https://www.yenisafak.com/en/news/former-sdf-spokesman-tells-of-us-arming-terror-groups-2869662>.
- 572** Peter Korzun: »Russia's President Declares Military Victory in Syria: Shift to Diplomacy«, Strategic Culture, 12. Dezember 2017, online: <https://www.strategic-culture.org/news/2017/12/12/russia-president-declares-military-victory-syriashift-diplomacy.html>.
- 573** Reuters in Amman: »Rebel groups reject talks on Syrian conflict hosted by Russia«, The Guardian, 25. Dezember 2017, online: <https://www.theguardian.com/world/2017/dec/25/rebel-groups-reject-talks-on-syrian-conflict-hosted-by-russia>.
- 574** TASS: »Russian military advisors work with all Syrian army units – Russian General Staff«, 27. Dezember 2017, online: <http://tass.com/world/983232>.
- 575** Ebd.
- 576** Sputnik News: »Unbekannte Hubschrauber in Afghanistan: Moskau will von Nato „vernünftige Antwort“, 23. Dezember 2017, online: <https://de.sputniknews.com/politik/2017122318821698-afghanistan-nato-hubschrauber/>.
- 577** Daily Pakistan: »US supplying weapons to ISIS in Afghanistan, says Hamid Karzai«, 2017, online: <https://en.dailypakistan.com.pk/headline/us-supplying-weapons-to-isis-in-afghanistan-says-hamid-karzai/>.
- 578** Alalam News: »Senior MP: US helicopters transfer tens of ISIS terrorists to Afghanistan«, 16. Juni 2017, online: <http://en.alalam.ir/news/1983813/senior-mp-us-helicopters-transfer-tens-of-isis-terrorists-to-afghanistan>.
- 579** Brecht Jonkers: »Russia: ISIS has over 10,000 troops in Afghanistan, more coming every day«, Almasdarnews, 23. Dezember 2017, online: <https://www.almasdarnews.com/article/russia-isis-10000-troops-afghanistan-coming-every-day/>.
- 580** Andrew Illingworth: »Russian tank forces, attack helicopters move towards Afghanistan through Tajikistan«, Almasdarnews, 20. Dezember 2017, online: <https://www.almasdarnews.com/article/russian-tank-forces-attack-helicopters-move-towards-afghanistan-tajikistan/>.
- 581** Wikipedia: »Contra-Krieg«, online: <https://de.wikipedia.org/wiki/Contra-Krieg>.

12 Ausblick

- 582** Wikipedia: »Contra-Krieg Verurteilung der USA, 1986«, online: https://de.wikipedia.org/wiki/Contra-Krieg#Verurteilung_der_USA.
- 583** Kian Ramezani: »Sie nannten es das „Paris des Nahen Ostens“: So cool war Beirut vor dem Bürgerkrieg«, Watson Schweiz, 11. Februar 2017, <https://www.watson.ch/international/history/585484110-sie-nannten-es-paris-des-nahen-ostens-so-cool-war-beirut-vor-dem-buergerkrieg>.
- 1*** Das Sakdina-System (wörtl.: »Macht über Land«) regelte in Thailand die gesellschaftliche Hierarchie. Es gab eine Maßeinheit »Rai« (1600 m²), mit der der soziale Rang eines Menschen bemessen wurde. Dieses System wurde Anfang des 20. Jahrhunderts offiziell abgeschafft, Chit Phumisak war aber der Ansicht, dass dieses feudale System noch lange nach seiner Abschaffung weiterbestand.
- 2*** Die Ernennung des Thronfolgers sollte durch den König erfolgen.
- 3*** Paul Handley berichtet, dass er von Regierungsbeamten in der Nähe der Phu-Phan-Höhenzugs exekutiert worden sei. Laut offizieller Geschichtsschreibung soll er von Dorfbewohnern erschossen worden sein.
- 4*** Die Bundesregierung Deutschlands unterstützt die Weißhelme mit 7 Millionen Euro aus Steuergeldern (Anmerkung d. Übers.; Quelle: Blauer Bote Magazin: »Bundesregierung unterstützt al Kaida mit 7 Millionen Euro, online: <http://blauerbote.com/2016/09/24/bundesregierung-unterstuetzt-al-kaida-mit-7-millionen-euro/>).
- 5*** Zum Zeitpunkt, als dieses Buch geschrieben wurde, begannen die ersten Befreiungen der besetzten Gebiete durch die syrische Armee.
- 6*** Siehe hierzu Eva Golinger: »Washington und der Honduras-Putsch: Die Fakten«, amerika21, 18. Juli 2009, online: <http://www.amerika21.de/hintergrund/2009/usa-82534234-putsch-honduras/>.
- 7*** Das Foto <http://www.freiheit.org/files/617/193> wurde inzwischen von der Website entfernt.
- 8*** Gulf Cooperation Council (Golf-Kooperationsrat).
- 9*** Defense Intelligence Agency, ein militärischer Geheimdienst der USA [Anmerkung des Übersetzers].
- 10*** Dem Außenministerium zufolge zählte man zum Zeitpunkt der Ankündigung im September etwa sechzig Staaten. Auf dieser ersten Liste bemerkte man, dass die Schweiz nicht unter den europäischen Mitgliedsstaaten dieser Koalition aufgeführt war. Vom afrikanischen Kontinent nahmen nur Ägypten, Marokko, Nigeria, Tunesien und Somalia teil; Panama, das in seinen

Entscheidungen oft allein dasteht, nahm als einziger Staat Lateinamerikas an dem genannten Bündnis gegen ISIS teil. Bei seinem persönlichen Erscheinen vor den Senatoren (siehe »Débat au Sénat français sur l'engagement militaire en Syrie«, Réseau Voltaire, 25. November 2015) präziserte der französische Außenminister: »Etwa dreißig Staaten in dem Bündnis sind militärisch engagiert.«

11* Der Begriff »schöpferische Zerstörung« wurde vom österreichischen Ökonomen Rudolph Schumpeter entwickelt, um zu beschreiben, wie der Kapitalismus existierende soziale Systeme zerstört und dann von neuen Wirtschafts- und Sozialsystemen profitiert, die an ihre Stelle treten. Der Ausdruck in Verbindung mit dem Mittleren Osten wurde durch US-Außenministerin Condoleezza Rice 2006 in Tel Aviv für die beabsichtigte Neustrukturierung des Mittleren Ostens geprägt. Der Beginn der Politik war ein Angriff Israels auf den Libanon, der bis dahin als »Schweiz des Nahen Ostens« bekannt war und nach dem Krieg politisch und faktisch in Trümmern lag. Wobei der Neuaufbau, nach Vertreibung der israelischen Invasion durch die Aktivitäten der Hisbollah, nicht das gewünschte Ziel erreichte. Wie es vor dem Projekt der »schöpferischen Zerstörung« aussah, kann man diesen Bildern⁵⁸³ entnehmen:

12* seit 1953 United Nations Children's Fund, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen.

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
AaR	Adopt a Revolution
ADF	Australian Defence Force
AI	Amnesty International
ALBA	Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América (südamerikanisches Staatenbündnis)
AMC	Aleppo Media Centre
ATO	Antiterroroperation (gegen die Aufständischen im Donbas)
BMZ	Bundesministerium für wirtsch. Zusammenarbeit und Entwicklung
BND	Bundesnachrichtendienst
BTI	Bertelsmann Transformation Index
CAP	Centrum für angewandte Politikforschung
CAR	Conflict Armament Research
CENTCOM	(United States) Central Command
CFR	Council on Foreign Relations
CIA	Central Intelligence Agency
CNRS	Centre national de la recherche scientifique
CSR-SY	Syrian Center for Statistics and Research
DCHRS	Damascus Center for Human Rights Studies
DIA	Defense Intelligence Agency (militärischer Geheimdienst der USA)
DP	Democrat Party (Thailand)
EDS	European Defence Strategy
FSA	Free Syrian Army
HRDAG	Human Rights Data Analysis Group
HRW	Human Rights Watch
HTS	Hai'at Tahrir asch-Scham
ICDO	International Civil Defense Organization
IRGC	Revolutionsgarden des Iran
iSTEAMS	International Science, Technology, Education, Arts, Management & Social Sciences
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
LCC	Local Coordination Committees of Syria
MSF	Médecins Sans Frontières (Ärzte ohne Grenzen)
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NED	National Endowment for Democracy
NPR	National Public Radio
OCHA	(United Nations) Office for the Coordination of Humanitarian Affairs
OPCW	Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons
OSF	Open Society Foundations
PAD	People's Alliance for Democracy (Volksallianz für Demokratie, Thailand)
PKK	Partiya Karkerên Kurdistanê (Arbeiterpartei Kurdistans)
PLH	Partido Liberal de Honduras
POC	Point of Contact
PYD	Partiya Yekîfîya Demokrat (kurdisch-demokratische Partei in Syrien)
RLS	Rosa-Luxemburg-Stiftung
RPA	Remotely Piloted Aircraft (Drohne)
RT	Russia Today
RTP	Responsibility to Protect (Schutzverantwortung)
SAFMCD	Syria Association for Missing and Conscience Detainees

SAP	Syrian Accountability Project
SDF	Syrian Democratic Forces (von Kurden geführte Miliz)
SEO	Syrian Expatriates Organization
SIPRI	Stockholm International Peace Research Institute
SNC	Syrian National Council
SOHR	Syrian Observatory for Human Rights
SNHR	Syrian Network for Human Rights
SWEDHR	Swedish Doctors for Human Rights
TSC	The Syria Campaign
TWH	The White Helmets
UDAR	Ukrainische demokratische Allianz für Reformen
UNICEF	United Nations International Children's Emergency Fund ^{12*}
UNOCHA	United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs
UNSMIS	United Nations Supervision Mission in Syria
USAID	United States Agency for International Development
USSOCOM	U. S. Special Operations Command
VAE	Vereinigte Arabische Emirate
VDC	Violations Documentation Center
WHO	World Health Organization (Weltgesundheitsbehörde)
WZB	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
YPG	Yekîneyên Parastina Gel (kurdische Volksverteidigungseinheiten)